



KENNZAHLEN DER VOLKSBANK-PRIMÄRSTUFE 2010

BILANZ	vorläufig	IST
	2010	2009
	in Mio. €	in Mio. €
Bilanzsumme	30.029	28.852
Direktkredite	19.023	17.849
hievon Unternehmen	6.222	5.747
hievon Wohnraum	6.817	6.001
Primäreinlagen	22.307	21.943
hievon Spareinlagen	12.463	12.748

EIGENMITTEL	2010	2009
	Anrechenbare Eigenmittel	2.512
Anrechenbares Kernkapital	1.924	1.778
Capital ratio ¹⁾	15,0%	14,2%
Kernkapital ratio ¹⁾	11,4%	10,7%

ERGEBNISSE	2010	2009
	Nettozinsertrag	501,9
Provisionsüberschuss	204,8	193,9
Betriebsergebnis	235,7	274,1
EGT	124,9	- 75,4
Jahresüberschuss vor Steuern	93,5	- 1,8
Cost-Income-Ratio	69,3%	66,5%

ERGEBNISSE IN % DER Ø-BILANZSUMME	2010	2009
	Nettozinsertrag	1,69%
Provisionsüberschuss	0,69%	0,67%
Sachaufwand	0,54%	0,57%
Personalaufwand	1,09%	1,11%
Betriebsergebnis	0,79%	0,94%

RESSOURCEN	2010	2009
	Mitarbeiter	5.049
Geschäftsstellen	540	544
Banken	62*	63

RATING VOLKSBANKEN VERBUND	Long Term		Short Term		Outlook
	Issuer	Default	Issuer	Default	
Fitch Ratings		A		F1	Stable

Quelle: ÖGV-Controlling

Daten 2010 erhalten vorläufige Ergebniswerte.

Daten 2009 entsprechen Ergebniswerten der Bilanz.

* Fusion Volksbank Linz-Mühlviertel mit Volksbank Wels

¹⁾ Ratios in % Bemessungsgrundlage gesamt (Kreditrisiko, Positionsrisiko, Operationales Risiko)
Stand 19.4.2011

004

Brief des Vorstandes

- 009 Biografien
- 010 Präsidium des ÖGV
- 011 Verbandsrat
- 012 Ressorts

014

Die Volksbanken 2010: Daten und Fakten

- 014 Wirtschaftliches Umfeld 2010
- 015 Die Volksbanken 2010: Volksbank-Primärstufe

019

Dienstleistungen des ÖGV

020 Dienstleistungen für die Gesamtbank und die Geschäftsleitung

- 020 Interessenvertretung in Österreich
 - 028 Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- 029 Europäische Interessenvertretung
- 049 Das Leitbild des ÖGV
- 051 Revision
 - 052 Rechtliche Rahmenbedingungen für Revisionsverbände
 - 060 Prüfung und Früherkennung
 - 060 Prüfungen
 - 065 Früherkennung
 - 066 Risikomanagement
 - 068 Rechnungswesen
- 069 Solidaritätseinrichtungen
 - 069 Volksbanken-Gemeinschaftsfonds
 - 070 Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.
 - 070 Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H.
 - 070 Volksbanken Betreuung – Managementunterstützung
- 074 Regionenförderung, Sozialgenossenschaften und Sponsoring
 - 074 Regionenförderung
 - 074 Sozialgenossenschaften
 - 075 Sozialsponsoring
 - 076 Sportsponsoring
 - 078 Wissenschaft und universitärer Bereich
- 081 Öffentlichkeitsarbeit
- 082 Publikationen
- 084 Eventmanagement
- 086 Geschäftsleiter-Bestellungen und -Dienstverträge

088 Dienstleistungen für den Vertrieb/Markt

- 088 Eine Erfolgsstory geht weiter
- 089 Volksbanken-Beratung
- 092 Controlling für Markt und Vertrieb
- 094 Betreuung von Banken im Aktivgeschäft
- 095 Verbund-Organisation
- 097 Volksbank-Rating und Verbund-Rating
- 098 Zinsrisiko Gesamtbanksteuerung
- 099 Verbund-Marketing
- 102 Beschwerdemanagement
- 103 Europäische Union und internationale Beziehungen
 - 103 Die internationale Volksbanken-Vereinigung (CIBP)
 - 107 Internationale Kooperationen
 - 107 Vertretung in der CIBP

108 Dienstleistungen für die Stabsstellen, die Marktfolge und das Back Office

- 108 Rechtsberatung und -betreuung
- 113 Controlling
- 114 Innenrevision
- 115 Bilanz- und Steuerberatung
- 116 Beteiligungen
- 117 EDV
- 119 Personalmanagement

122 Dienstleistungen für Funktionäre

- 123 Genossenschaftstag 2009

125**Unternehmen des Volksbanken-Verbundes****165****Dienstleistungen des ÖGV für
Gewerbliche Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften**

- 166 Ein Jahr wirtschaftlicher Herausforderung
- 169 Branchensplitter
- 172 Beratung, Betreuung und Koordination
- 175 Struktur der Gruppe „Ware und Dienstleistungen“
- 178 Prüfung Ware

183**Ehrungen des ÖGV****189****Adressen**

- 190 Volksbanken in Österreich
- 196 Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften
- 201 Konsumgenossenschaften
- 202 Abkürzungsverzeichnis
- 204 Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem die letzten zwei Jahre von einer wirtschaftlichen – aber auch von einer Sinnkrise – begleitet waren, stand auch im abgelaufenen Jahr das Geschäftsmodell von Genossenschaften auf dem Prüfstand.

Im Bereich der Volksbanken war das vergangene Jahr durch die aufsichtsrechtliche Neuordnung, die Restrukturierung der ÖVAG und die Erweiterung der Solidaritätseinrichtungen geprägt. In noch nie da gewesenem Umfang wurden die Strukturen der europäischen Bankenaufsicht und vor allem der Gesetzgebungsprozess verändert; die politische Einigung der größten Industrienationen wird bereits heute – lange bevor es europäische oder gar nationale Gesetze gibt – von den Aufsichtsbehörden angewendet. Die kommende Geschäftstätigkeit wird daher immer mehr von der vereinheitlichten Sichtweise der europäischen Aufseher geprägt sein. Ein Hauptanliegen des ÖGV ist es dabei, die Vorteile des genossenschaftlichen Geschäftsmodells zu betonen, das sich ja in der Krise vielfach deswegen bewährt hat, weil es – wie im Bereich der Liquidität durch die Liquiditätsverbünde – krisenfeste Modelle entwickelt hat. Diese Notwendigkeit und die daraus resultierenden Vorteile wurden in einem diesbezüglichen EU-Verfahren noch vor Ausbruch der Krise selbst durch die EU-Gremien anerkannt.

Die Neuausrichtung der ÖVAG als Mittelstandsbank mit ihren Kernfunktionen als Spitzen- und Zentralinstitut für den österreichischen Volksbankensektor wurde mit allgemeiner Zustimmung beschlossen. Die erste Teilabschichtung des PS-Kapitals der Republik Österreich ist uns ein weltanschaulich, wirtschaftliches, aber auch ein vertraglich, ethisches Anliegen aufgrund der mit der Republik Österreich abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung. Die Kernaktionäre der ÖVAG haben gemeinsam mit den Verbundeinrichtungen beschlossen, die 1. Tranche in Höhe von € 300 Mio. im Jahr 2011 zurückzuführen. Die anderen Großaktionäre wie DZ Bank, ERGO und Raiffeisen haben aus den „bekannteren“ Gründen nicht mitgezogen.

Indem Ihr, die Volksbankenvertreter, die 1. Tranche im Jahr 2011 zurückzahlen werdet, setzt Ihr ein einzigartiges Zeichen, dass Ihr Euch zu den genossenschaftlichen Grundsätzen und heute vielfach unpopulär gewordenen Werten bekennt

- der Selbsthilfe – wir nehmen unser Schicksal selbst in die Hand und bringen die Mittel auf
- der Selbstverwaltung – wir steuern unser Boot selbst
- der Selbstverantwortung – wir sind uns des gegenseitigen Ein- und Geradestehens für die Folgen unserer Handlungen bewusst

Diese Grundsätze sind zeitlos und sollen auch unser zukünftiges Handeln prägen.

Die ÖVAG wird den 4. genossenschaftlichen Grundsatz, nämlich den Förderauftrag, nicht nur in ihren Satzungen verankern, sondern auch ihr wirtschaftliches Handeln danach ausrichten, um als Mittelstandsbank gemeinsam mit den Volksbanken an einem Strang zu ziehen und unsere mittelständischen Kunden optimal zu servizieren.

Die Reform der Solidaritätseinrichtungen, die am 15. April 2011 beschlossen wurde, wird ein Meilenstein in der Zukunft unserer genossenschaftlichen Strategie und Struktur darstellen. Die Erweiterung unserer ex ante Bespeisung des Gemeinschaftsfonds durch den Garantieverbund ist

erstmalig und einmalig im österreichischen Bankwesen. Diese Weichenstellung ist ein Garant für die Sicherung unserer dezentral-föderalen Struktur, damit auch in Zukunft zum Wohle unserer Mitglieder und Kunden die Entscheidungen vor Ort getroffen werden können.

Zusammenfassend dürfen wir uns bei allen Volksbanken und der ÖVAG, ihren Vorständen und Aufsichtsräten und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, herzlich bedanken und ein „Vergelt's Gott“ übermitteln – für Eure unternehmerisch-gestalterische Mitwirkung, für Euren täglichen Einsatz, aber auch für Eure solidarische Grundgesinnung und Eure Loyalität der Volksbank-Idee und dem Verbund gegenüber. Wahre Freunde lernt man insbesondere in schwierigen Zeiten kennen – und vor allem – schätzen.

Da ist es wichtig, sich immer vor Augen zu halten, dass dies ja nicht die erste Krise ist, die wir zu bewerkstelligen hatten. Schon die Anfänge der Kreditgenossenschaftsbewegung in Österreich fielen in eine Periode tiefgehender und grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Neuerungen. Diese Rahmenbedingungen setzten Gewerbetreibende und Handwerker zunehmend unter Druck, weshalb die Betroffenen zur wirtschaftlichen Selbsthilfe griffen.

Es könnte daher nicht passender sein, dass sich gerade im heurigen Jahr die Gründung der ersten österreichischen Volksbank in Klagenfurt im Jahr 1851 zum 160. mal jährt. Die älteste Genossenschaftsbank Österreichs besteht noch heute unter dem Namen „Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten AG“ und hat sich gut entwickelt. Wir gratulieren herzlich zum Jubiläum!

Die Förderung der mittelständischen Miteigentümer und Kunden und ihre aktive Unterstützung in allen finanziellen Fragen bestimmt auch heute noch die Geschäftspolitik der Volksbanken. Lokale, regionale Verankerung und Kundennähe sind wesentliche Identifikationsmerkmale unseres Verbundes. Kreditentscheidungen fallen rasch und vor Ort. Volksbanken sind als Mittelstandsbanken nicht nur für das lokale Geschäftsleben, sondern auch für die volkswirtschaftlich wichtige Aufgabe, die regionale Wirtschaft mit Finanzdienstleistungen zu versorgen, unverzichtbar. Kunden und Miteigentümer bestätigen die Richtigkeit unseres Weges: Die Volksbanken liegen seit 1997 an der Spitze der Kundenzufriedenheitsmessung. Dem allgemeinen Abwärtstrend des Zufriedenheitsniveaus aufgrund der Finanzkrise konnten sich zwar auch die Volksbanken nicht entziehen, bleiben aber auch 2010 das Geldinstitut mit den besten Bewertungen. Mit 65 % an sehr zufriedenen Hauptkunden haben die Volksbanken ihre Spitzenposition aus dem Vorjahr erfolgreich verteidigt.

2010 wurden die Volksbanken der drittstärkste KMU-Bankensektor in Österreich. Jeder vierte Klein- und Mittelbetrieb ist Volksbank-Kunde. Die Volksbanken punkten bei den KMUs vor allem mit ihrer Flexibilität, dem besonderen Bemühen um Betriebe dieser Größenordnung und raschen Entscheidungen bei Krediten. Apropos Kredite: Die Unternehmenskredite sind um 8,3 %, ausgeweitet worden, während die gesamte Branche in diesem Segment nur um 2,4 % wuchs. Das Versprechen in der Finanzkrise wurde gehalten: Bei den Volksbanken gibt es keine Kreditklemme.

Nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung wuchs Österreichs Wirtschaft im Jahr 2010 um 2 % – nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 (BIP real –3,9 %) kam die Wirtschaft also wieder in Schwung.

Dieser Aufwärtstrend zeigte sich auch bei unseren Mitgliedern aus dem Bereich Ware und Dienstleistung, denen es gelungen ist, die wirtschaftliche Talsohle der letzten Jahre erfolgreich zu überstehen. Die Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften erwirtschafteten 2010 einen Umsatz von € 1,6 Mrd. Dieses Ergebnis wurde von 3.830 Mitarbeitern für 21.000 Mitglieder erbracht. Insgesamt gehören der Gruppe Ware und Dienstleistung derzeit 108 ordentliche und 47 korrespondierende bzw. außerordentliche Mitglieder an.

2010 wurden acht Genossenschaften im Bereich Ware- und Dienstleistung als ordentliche Mitglieder neu in den Verband aufgenommen. Sie spiegeln ein breites Branchenspektrum wider und demonstrieren die vielfältigen Aktivitäten, für die sich die Rechtsform Genossenschaft eignet. Wie bereits im Vorjahr festgestellt: Die genossenschaftliche Idee lebt!

Unsere Genossenschaften waren in den letzten zwei Jahren – wie viele andere Wirtschaftsunternehmen auch – zweifelsfrei gefordert, sich zu bewähren. Durch überdurchschnittliche Leistungen, ihre starke Verankerung in der Region und bei den Mitgliedern, ihre Risikostreuung und ihre verantwortungsvolle und auf langfristigen Erfolg ausgerichtete Geschäftspolitik ist es ihnen gelungen, die Krise zu meistern und an den wirtschaftlichen Erfolg der Vergangenheit anzuknüpfen.

Zu guter Letzt ist es uns ein besonderes Anliegen, allen verantwortlichen Funktionären, Geschäftsleitern, Geschäftsführern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Mitglieds-genossenschaften, den Mitgliedern in den Verbundgremien, insbesondere jenen des Verbandsrates, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ÖGV unseren besonderen Dank für ihre Arbeit und ihren Einsatz im Interesse unseres Schulze-Delitzsch Verbundes auszusprechen.

Mit genossenschaftlichen Grüßen



Prof. DDr. Hans Hofinger



Mag. Bernd Spohn

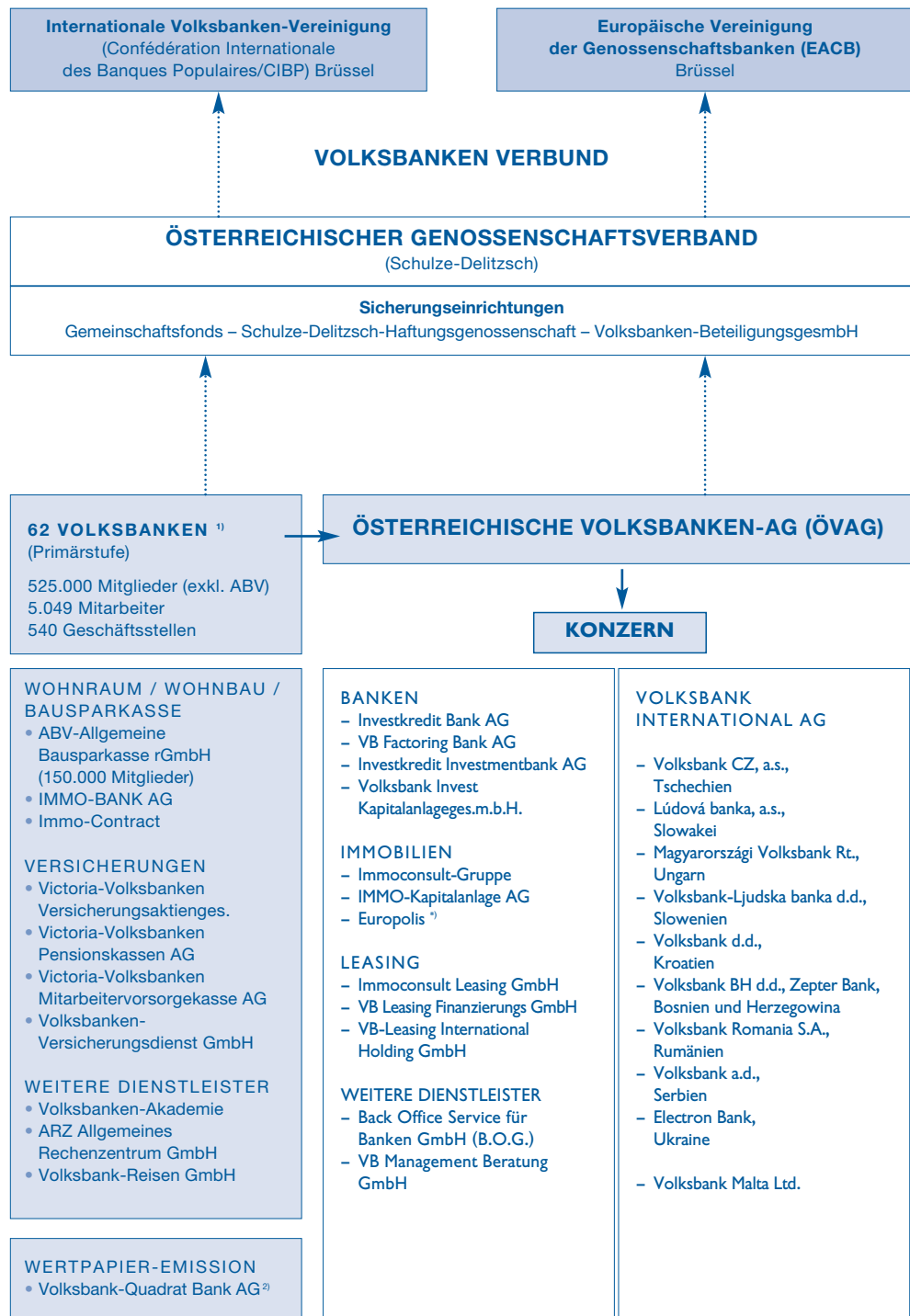


Dr. Rainer Borns



Mag. Margareta Steffel

DER VOLKSBANKEN-VERBUND



.....➔ Mitgliedschaft

➔ Mehrheitsbeteiligungen

1) Die Volksbanken sind über die VB Holding mehrheitlich an der ÖVAG beteiligt

2) 100%-Tochter der VB Holding



Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger
Vorstandsvorsitzender

Vst.-Dir. Dr. Rainer Borns
Vorstandsmitglied

Vst.-Dir. Mag. Margareta Steffel
Vorstandsmitglied

Vst.-Dir. Mag. Bernd Spohn
stv. Vorstandsvorsitzender

BIOGRAFIEN

Prof. DDr. Hans HOFINGER

Verbandsanwalt und Vorsitzender des Vorstandes

1950 geboren in Straß i. Attergau (Oberösterreich). Matura am Stiftsgymnasium der Benediktiner zu Kremsmünster. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg und der Wirtschaftspädagogik sowie der Volkswirtschaft an den Universitäten Linz, Innsbruck, St. Gallen und Wien. Promotionen 1973 zum Dr.iur. und 1978 zum Dr.rer.soc.oec.. Seit 1975 in der ÖVAG, 1976 Geschäftsführer der Volksbank Zwettl. Seit Jänner 1985 Verbandsanwalt und Vorstandsmitglied des ÖGV, seit August 2001 Vorstandsvorsitzender.

Zahlreiche Funktionen im In- und Ausland. Seit 28.5.2009 Aufsichtsratspräsident der ÖVAG. Vizepräsident der Volksbank International AG, Vize-Präsident der CIBP und Mitglied des Präsidiums der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken mit Sitz in Brüssel. Präsident des Kuratoriums zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien.

Autor zahlreicher Publikationen zu genossenschaftlichen Themen. Universitätslektor.

Mag. Bernd SPOHN

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

1961 geboren in Wien. Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften – betriebswirtschaftliche Studienrichtung an der Universität Wien und Wirtschaftsuniversität Wien. Sponion 1988 zum Mag.rer.soc.oec. Steuerberater (Dezember 1992) und beeideter Wirtschaftsprüfer (April 1997). Von 1988 bis Ende 1998 in der KPMG. Seit Jänner 1999 Vorstandsmitglied im ÖGV, seit August 2001 Vorstandsvorsitzender-Stellvertreter.

Mitglied des Beirats der VBAG, AR-Vorsitzender des Volksbanken Versicherungsdienstes. Stellvertretender Vorsitzender in der Vereinigung der Österreichischen Revisionsverbände, Mitglied im Qualitätssicherungsausschuss gem. A-QSG, Mitglied im Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC), Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen.

Dr. Rainer BORNS

Mitglied des Vorstandes

1970 geboren in Mistelbach a.d. Zaya (Niederösterreich). Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Promotion 1994 zum Dr.iur.

1993 – 1995 Assistent am Institut für Zivilrecht der Universität Wien. Seit Juli 1995 im ÖGV, seit 2001 Mitglied des ÖGV-Vorstandes, seit 2005 Mitglied des Vorstandes der Volksbank-Quadrat Bank AG. Seit 2001 Geschäftsleiter der Spar- und Vorschusskasse der Wiener Städtischen. Vertreter des Volksbanken-Sektors in der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken und der CIBP.

Autor zahlreicher Publikationen zu bankrechtlichen und bankwirtschaftlichen Themen. Universitätslektor für Genossenschaftswesen an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Mag. Margareta STEFFEL

Mitglied des Vorstandes

1955 geboren in Watzmanns im Oberen Waldviertel (Niederösterreich). Studium der Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien. 1991 Sponion zum Mag.rer.soc.oec. 1995 Steuerberaterprüfung, im Juli 2000 zum Wirtschaftsprüfer bestellt.

Von 1991 bis 2001 in der KPMG. Seit 1. August 2001 ist Margareta Steffel als Vorstandsmitglied im ÖGV für den Bereich Ware und Dienstleistung zuständig.

PRÄSIDIUM UND EHRENPRÄSIDENT DES ÖGV



Präsident des ÖGV

KR
Dkfm. Werner Eidherr

Vorsitzender
des Beirates
Österreichische
Volksbanken-
Aktiengesellschaft



Vizepräsident
Gruppe „Volksbank“

Generaldirektor KR
Mag. Gerald Wenzel

Vorstandsvorsitzender
Österreichische
Volksbanken-
Aktiengesellschaft



Vizepräsident
Gruppe „Volksbank“

Direktor KR
Mag. Harald Berger

Vorstandsvorsitzender
und Geschäftsleiter
Volksbank
Südburgenland
registrierte
Genossenschaft mit
beschränkter Haftung



Vizepräsident
Gruppe „Ware und
Dienstleistung“

KR
Ing. Wolfgang Maurer

Vorstandsobmann
BÄKO-ÖSTERREICH
Großeinkauf der Bäcker
und Konditoren e.Gen.



Ehrenpräsident
des ÖGV

Generaldirektor i.R.
KR Dkfm. Gerhard Ortner

VERBANDSRAT

MITGLIEDER GRUPPE „VOLKSBANK“

Dir. Dr. Thomas Bock

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

Dir. Dr. Richard Ecker

Vorstandsmitglied und Geschäftsleiter
Volksbank Schärding eG

Dir. Wolfgang Ehrenguber

Vorstandsmitglied und Geschäftsleiter
SPARDA-BANK LINZ registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. KR Josef Haag

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
Volksbank Landeck eG

GD KR Erich Hackl

Vorstandsvorsitzender
Allgemeine Bausparkasse
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Adolf Hammerl

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
Volksbank Alpevorland e.Gen.

Dir. Johannes Jelenik

Vorstandsmitglied und Geschäftsleiter
Volksbank Kärnten Süd e.Gen.

VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Vorstandsmitglied
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Ernst Pfennich

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
Volksbank für die Süd- und Weststeiermark
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Josef Ponecz

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
Gärtnerbank registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Peter Sekot

Vorstandsmitglied und Geschäftsleiter
Volksbank Marchfeld e.Gen.

GD Dr. Walter Zandanell

Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter
Volksbank Salzburg eG

MITGLIEDER GRUPPE „WARE UND DIENSTLEISTUNG“

Prof. Dr. Josef Dézsy

Aufsichtsratsvorsitzender
Einkaufs- und Wirtschaftsgenossenschaft für
soziale Einrichtungen reg.Gen.m.b.H. (P.E.G.)

Ing. Johann Hörtnagl

Obmann des Vorstandes
Stubai Werkzeugindustrie reg.Gen.m.b.H.

Herbert Hubmann

Adeg Österreich Handelsaktiengesellschaft
Aufsichtsratsmitglied
Vorsitzender des Beirates
Zentrale ADEG Steiermark
Vorstandsobmann-Stellvertreter
ADEG Österreich Großeinkauf der Kaufleute
reg.Gen.m.b.H.
(bis 12.5.2010)

Mag. Wolfgang Jäger

Obmann des Vorstandes
ADEG Wolfsberg e.Gen.
(ab 12.5.2010)

Mag. Anton Kovsca

Obmann des Vorstandes
ADEG Österreich Großeinkauf der Kaufleute reg.Gen.m.b.H.

Syndikus em. Dr. Hans Leitner

Aufsichtsratsmitglied
Austria Bau Niederösterreich/Wien e.Gen.

Dir. Leopold Rösler

Obmann des Vorstandes
EGE-Einkaufsgenossenschaft
österreichischer Elektrizitätswerke reg.Gen.m.b.H.

VORSTANDSRESSORT ANWALTSCHAFT

Vorstandsvorsitzender

DDr. Hans Hofinger

1. Strategie & Struktur

- 1.1 Strategie der Volksbanken / Verband
- 1.2 Struktur
- 1.3 Zukunftsgespräche Rating

2. Kooperation

- 2.1 Inland
 - Kammern
 - Verbände
 - Konsum
 - Universitäten
- 2.2 Ausland
 - CIBP
 - BVR
 - BGV

3. Interessenvertretung Inland

- 3.1 WKÖ, BMF, BMJ etc.
- 3.2 Sozialpartnerschaft, Kollektivvertrag

4. Öffentlichkeitsarbeit

- 4.1 Medien
- 4.2 Politik
- 4.3 SD-Schriftenreihe
- 4.4 Gewerbliche Genossenschaft

5. Betreuung Waren-, Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften

6. ÖGV Interna

- 6.1 Personalmanagement
 - Planung
 - Schulung
 - Personalentwicklung
- 6.2 Mitgliederwesen
- 6.3 Verbandsbeiträge
- 6.4 Beschwerdemanagement

7. Rechtsabteilung

8. Genossenschaftspolitik

9. Volkswirtschaft

10. Infrastruktur

- 10.1 Begutachtung Geschäftsleiter-Verträge
- 10.2 Funktionsinformation

VORSTANDSRESSORT MARKT

Vorstandsmitglied

Dr. Rainer Borns

1. Markt

- 1.1 Marketing und Marktoffensive
 - Verbund-Marketing
 - Verbund-Organisation
- 1.2 Marketing Controlling
 - Kundenpotenzialanalyse
- 1.3 Internet

2. Pre-Rating der Volksbank

- 2.1 Beratung der Volksbanken

3. Solidaritätseinrichtungen

- 3.1 Gemeinschaftsfonds
 - Veranlagung
 - Beiträge
 - Unterstützung
- 3.2 Schulze-Delitzsch Haftungsgen.
- 3.3 Volksbanken Beteiligungs Ges.
- 3.4 Trouble Shooting

4. Solidaritätsverbund

- 4.1 Beteiligungsprüfung
- 4.2 Investitionsprüfung

5. Weiterentwickl. des Solidaritätsverbundes

- 5.1 Rating-Indikatoren, Verfahrenslinien, Maßnahmen

6. Risikomanagement

- 6.1 Gesamtbanksteuerung

7. Bildung

- 7.1 Volksbank Akademie

8. Eigenmittelaufbringung

- 8.1 Volksbank-Quadrat Bank AG
- 8.2 Beratung & Betreuung
- 8.3 Begutachtung

9. Interessenvertretung

- 9.1 Lobbying in der EU
- 9.2 Europäische Vereinigung
der Genossenschaftsbanken

10. Bankenaufsichtsrecht

- 10.1 Wissenschaftl. Entwicklung des BWG
- 10.2 Aufsichtsrechtliche Betreuung
der VB Ordnungsnormen

11. Innenrevision

- 11.1 Unterstützung der Volksbanken
- 11.2 Entwicklung von Standards
Ausbau zu einem Managementinstrument

12. ÖGV Interna

- 12.1 Mitgliedschaften/Beteiligungen
- 12.2 Markenrechte
- 12.3 Domains

VORSTANDSRESSORT REVISION KREDIT

Stv. Vorstandsvorsitzender

Mag. Bernd Spohn

1. Revision

- 1.1 Laufende Revision BANK & Ware
- 1.2 Prüfungsrichtlinien
- 1.3 Prüfungsplanung
- 1.4 Sonderprüfungen

2. Prüfungsverfolgung Kredit

3. Strategie aus Sicht der Revision

- 3.1 Zukunftsgespräche – Rating
- 3.2 Qualitätssicherung
- 3.3 Peer Review
- 3.4 Revisorenausbildung

4. Frühwarnsystem

- 4.1 Umsetzungsbegleitung

5. Bilanz & Steuer

- 5.1 Interessenvertretung
- 5.2 Steuerungsberatung-Vertretung der Volksbank
- 5.3 Fachliche Unterstützung der Revisoren

6. Risikomanagement

- 6.1 Kredit, MaH

7. Buchhaltung

- 7.1 Finanzbuchhaltung
- 7.2 Budgetierung
- 7.3 Kostenrechnung
- 7.4 Personalverrechnung und -verwaltung
- 7.5 Finanzplanung

8. Bilanzcontrolling, Produktivitätsanalyse

- 8.1 Quartalsweise Auswertung
- 8.2 Benchmarkinggruppen

9. Infrastruktur, Sicherung, Weiterentwicklung

- 9.1 Mikroverfilmung, Scanning
- 9.2 Datawarehouse
- 9.3 Einsatz neuer Medien

VORSTANDSRESSORT REVISION WARE

Vorstandsmitglied

Mag. Margareta Steffel

1. Revision

- 1.1 Laufende Revision WARE & Bank
- 1.2 Prüfungsrichtlinien
- 1.3 Prüfungsplanung
- 1.4 Sonderprüfungen

2. Prüfungsverfolgung Ware

3. ÖGV interne EDV

- 3.1 Prüferprogramme
- 3.2 Hardware
- 3.3 Datenzugriff
- 3.4 Lotus Notes

4. Bilanz & Steuer

- 4.1 Interessenvertretung
- 4.2 Steuerberatung, -vertretung der WARE
- 4.3 Fachliche Unterstützung der Revision

5. Interne Verwaltung

- 5.1 Innenrevision
- 5.2 Löwelstraße
- 5.3 Versicherung
- 5.4 Expedit
- 5.5 Sicherheit am Arbeitsplatz
- 5.6 Arbeitsmedizin
- 5.7 Brandschutz

6. Konsumverband

- 6.1 Kooperation
- 6.2 Beratung
- 6.3 Revision

7. Veranstaltungsmanagement

- 7.1 Sektorveranstaltung
- 7.2 Dachgeschoss Löwelstraße

8. Rahmenverträge

- 8.1 Energie, Einkauf

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD 2010

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltwirtschaftliche Umfeld war von robustem Nachfragewachstum in den Schwellenländern und einer spürbaren Erholung der meisten Industrieländer gekennzeichnet. Die verstärkte Rohstoffnachfrage führte im Jahresverlauf zu einem spürbaren Anstieg der Rohstoffpreise. Die Preise der diversen Ölsorten stiegen um mehr als 15 %. Gold verteuerte sich – vor allem dank seiner Rolle als „sicherer Hafen“ – um fast 30 %. Auch die Preise der übrigen Metalle wiesen größtenteils deutliche Steigerungen auf.

Sowohl in den USA als auch in der Eurozone sowie in der Schweiz und in Japan wurden in den ersten drei Quartalen durchgängig positive BIP-Wachstumsraten registriert. In der Eurozone wurde das Wachstum vor allem durch den Exportsektor gestützt, der vom zeitweilig schwachen Euro sowie von der wieder erstarkenden Nachfrage profitierte. Daneben wirkten sich auch der private und öffentliche Konsum positiv aus. Hinter den aggregierten Daten verbarg sich in der Eurozone allerdings eine starke Divergenz: Deutschland verzeichnete in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen eine seit der Vereinigung noch nicht erreichte Jahreswachstumsrate von 3,9 %. In Irland dagegen lag die Jahreswachstumsrate im dritten Quartal bei –0,7 % und in Griechenland bei –4,6 %. Länder mit einer hohen Staatsverschuldung und/oder vorangegangenen Immobilienkrisen fielen stark gegenüber dem Durchschnitt zurück und sahen sich wachsenden Problemen bei der (Re-)Finanzierung ihrer Staatshaushalte gegenüber.

Die Wirtschaftsleistung in Österreich stagnierte zu Beginn des Jahres noch, bevor sie ab dem zweiten Quartal im Windschatten der starken deutschen Industriekonjunktur deutlich an Schwung gewann. Im dritten Quartal verzeichnete Österreich ein reales BIP-Wachstum von 2,5 % und war damit spürbar stärker als die Eurozone insgesamt (1,9 %).

Die Jahresinflationsrate, die sich zu Beginn des Jahres noch bei rund 1 % bewegte, stieg im Jahresverlauf stetig an und lag im Dezember

sowohl in Österreich als auch in der Eurozone insgesamt bei 2,2 %. Die Divergenz der einzelnen Länder war auch hier wieder stark. Irland verharrte mit –1,8 % (November) in der Deflation, während Griechenland im Dezember eine Inflationsrate von 5,2 % aufwies.

Der europäische Geldmarkt zeigte im Jahresverlauf wieder Zeichen einer Normalisierung, nachdem die EZB einen Teil ihrer außergewöhnlichen geldpolitischen Maßnahmen auslaufen ließ. Der 3-Monats-Euribor stieg wieder über die 1-%-Marke. Die längerfristigen Anleihenrenditen gingen im Jahresverlauf sowohl im „sicheren Hafen“ Deutschland als auch in den USA zurück, begannen gegen Jahresende aber wieder zu steigen.

Die Unsicherheiten über die Staatsfinanzierung einzelner Mitgliedsländer belasteten den Euro in der ersten Jahreshälfte stark. Anfang Juni war der Kurs des Euro mit USD 1,19 so niedrig wie seit 2006 nicht mehr. Danach erfolgte, unterstützt von der lockeren Geldpolitik der FED, ein vorübergehender Anstieg bis zu einem Kurs von USD 1,42. Zum Jahresende betrug die Abwertung im Jahresverlauf gegenüber dem US-Dollar beinahe 7 %. Beim Schweizer Franken war im Laufe des Jahres eine kontinuierliche Aufwertung zu beobachten, die lediglich während des dritten Quartals unterbrochen wurde. Am Jahresende erreichte der Franken mit einem Kurs von CHF 1,24 pro Euro einen historischen Höchststand. Die Aktienkurse entwickelten sich über weite Teile des Jahres seitwärts. Im letzten Quartal war ein deutlicher Kursanstieg zu beobachten, was vor allem auf die Erwartung einer Ausweitung des „Quantitative Easing“ durch die US-Notenbank, auf überwiegend gute Unternehmensergebnisse und auf die Veröffentlichung einiger guter Konjunkturdaten zurückzuführen war.

DIE VOLKSBANKEN 2010

VOLKSBANK-PRIMÄRSTUFE

Die regionalen Volksbanken stehen zu ihren Werten und zu ihrer Verantwortung für den Mittelstand und den Regionen, in denen sie tätig sind. Die Volksbanken falten den Schirm nicht zusammen, wenn es regnet. Diese Aussage im letztjährigen Jahresbericht gilt weiterhin: Auch 2010 hat kaum eine andere Bank ihre Kredite an Unternehmen so ausgeweitet wie die Volksbanken. Damit haben die Volksbanken eindrucksvoll bewiesen, dass sie in guten wie in schlechten Zeiten Partner ihrer Kunden sind und gemeinsam mit ihnen den Weg des Erfolgs gehen.

Sieger in der Kundenzufriedenheit

Kunden und Miteigentümer honorieren dieses Geschäftsmodell. Die Volksbanken wurden 2010 neuerlich zum Sieger in der Kundenzufriedenheit gekürt.

Die Volksbanken haben es mit Brief und Siegel – sie haben die zufriedensten Kunden. Die GfK-Studie spricht gar von der „herausragenden Position der Volksbanken“.

Der Dank für dieses hervorragende Ergebnis gebührt allen Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die direkt und indirekt die Kunden und Miteigentümer so gut serviciert haben, dass diese begeisterte und überzeugte Volksbank-Kunden sind. Das Ergebnis ist auch ein Beweis, dass die Kunden ganz offensichtlich das wert- und kundenorientierte Volksbank-Geschäftsmodell belohnen.

Dem allgemeinen Abwärtstrend des Zufriedenheitsniveaus aufgrund der Finanzkrise konnten sich auch die Volksbanken nicht entziehen, bleiben aber das Geldinstitut mit den besten Bewertungen. Mit 65 Prozent sehr zufriedener Hauptkunden haben die Volksbanken ihre Spitzenposition aus dem Vorjahr erfolgreich verteidigt. Seit 1997 belegen die Volksbanken Spitzenpositionen in der Kundenzufriedenheit. Für die Studie werden jährlich 20.000 Österreicher und Österreicherinnen befragt.

In vier von sechs verschiedenen Zufriedenheitsbereichen

- „Mitarbeiter kommt auf mich zu“,
- „Konditionen“,
- „Willkommener Kunde“ und
- „Reibungslose Abwicklung“

erhielt die Volksbank von ihren Kunden den jeweils besten Wert aller Banken, bei der Beratungskompetenz liegen die Volksbanken gemeinsam mit einem anderen Institut gleichauf an der Spitze. Das ergibt auch beim Summenwert dieser einzelnen Zufriedenheitsaspekte mit 390 von 600 möglichen Punkten Platz 1.

Kennzahlen der Primärstufe

Die 62 rechtlich selbstständigen Volksbanken stehen im Eigentum von mehr als einer halben Million Österreicherinnen und Österreicher. Gemeinsam mit der Bausparkasse ABV weist die Gruppe 670.000 Mitglieder auf. Die Volksbanken beschäftigen 5.049 Mitarbeiter und servizieren ihre Kunden mit einem dichten Netz von 540 Geschäftsstellen.

Die Highlights 2010

Aktivseite:

Um die regionale Wirtschaft anzukurbeln, wurden 2010 von den Volksbanken die Unternehmerkredite wesentlich stärker als von der Gesamtbranche vergeben. Die Unternehmerkredite konnten um 8,3 % von € 5,75 Mrd auf € 6,22 Mrd. gesteigert werden. Die Branche kommt dagegen nur auf ein Plus von 2,4 % – das zeigt die besondere Verantwortung für die österreichische Wirtschaft, derer sich die Volksbanken als regionale Nahversorger bewusst sind.

Die Direktkredite wurden um 6,6 % von € 17,8 Mrd. auf € 19,0 Mrd. gesteigert. Die gesamte Kreditvergabe war damit mehr als drei Mal so groß wie in der Branche, die um 2,0 % ausweitete.

„Bauen & Wohnen“ ist eine strategische Säule des Volksbank-Retail-Geschäftes und wurde neuerlich durch eine Marketing-Kampagne unterstützt. In der Wohnraumfinanzierung gehören wir zu den Top-Adressen. Dies spiegelt sich auch in den überdurchschnittlichen Zuwächsen wider:

Ein kräftiges zweistelliges Plus von 13,6 % von 6,0 Mrd. auf 6,8 Mrd. gegenüber 9,3 % Prozent der Branche.

Wir gewinnen mit unserem Wachstum Jahr um Jahr Marktanteile – 2007 hatten wir einen Marktanteil von 5,9 %, jetzt stehen wir bei 6,9%, das sind 100 Basispunkte Zuwachs. Dieser Anstieg in einem scheinbar vergebenen Marktsegment ist eine außerordentliche Leistung.

Passivseite:

Die Primärmittel stiegen um 1,7 % von € 21,9 Mrd. auf € 22,3 Mrd., damit entwickelten wir uns gegen den Markttrend, der einen Rückgang von 1,7 % aufwies.

Das Kunden-Wertpapiergeschäft ist um 3,4 % oder um € 320 Mio. angestiegen – auf € 9,8 Mrd nach € 9,5 Mrd. Branchenvergleichszahlen gibt es in diesem Geschäftszweig nicht.

Bilanzsumme:

Die Ultimo-Bilanzsumme der Primärstufe ist um 4,1 % von € 28,9 Mrd. auf € 30,0 Mrd. angewachsen. Die Branche ist um 5,3 % geschrumpft.

Ergebnis 2010:

Das Betriebsergebnis von € 235,7 Mio. entspricht 0,79 % der Bilanzsumme und liegt damit exakt im Branchenschnitt.

Der Provisionsüberschuss kann sich sehen lassen: Er ist um 5,6 % von € 193,9 Mio auf € 204,8 Mio gewachsen. Er konnte allerdings den Rückgang des Nettozinsertrages um € 37 Mio oder 6,8 % (von € 538,7 Mio auf € 501,9 Mio) und der Beteiligungserträge nicht ganz auffangen.

Sowohl der Sach- wie der Personalaufwand konnten in Relation zur Bilanzsumme reduziert werden. Der Sachaufwand (€ 160,3 Mio nach 166,7 im Jahr 2009) wurde von 0,57 % auf 0,54 % verkleinert, der Personalaufwand (€ 323,0 Mio. nach € 322,7 im Jahr 2009) sank von 1,11 % auf 1,09 %.

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt € 93,5 Mio. nach einem Verlust von € 1,8 Mio. im Vorjahr. Im Vorjahr war der Einmaleffekt der Abwertung der Beteiligung an der ÖVAG zu verkraften, was damals auch zu einem negativen EGT in Höhe von € 75,4 Mio EUR geführt hatte. 2010 ergibt sich dagegen ein positives EGT in Höhe von € 124,9 Mio.

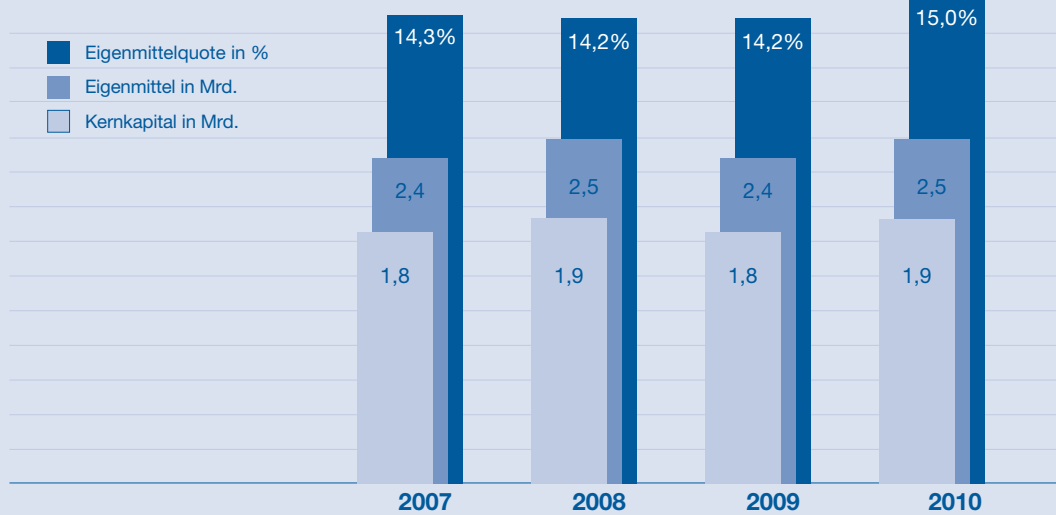
Die Gesundheit der regionalen Volksbanken zeigt die ausgezeichnete Eigenmittelquote von 15,0 % oder 2,5 Milliarden. Das entspricht einem Plus von 6,5 %. Damit haben wir eine fast doppelt so hohe Kapitalausstattung als gesetzlich gefordert.

Die Kernkapitalquote beträgt 11,4 % oder 1,9 Milliarden und ist gegenüber dem Vorjahr um 8,2 % gestiegen.

Die Volksbanken haben ihre ausgezeichnete Kapitalisierung weiter ausbauen können – das stellt die Stärke der Volksbank-Primärstufe klar unter Beweis.

Stabile Eigenmittel

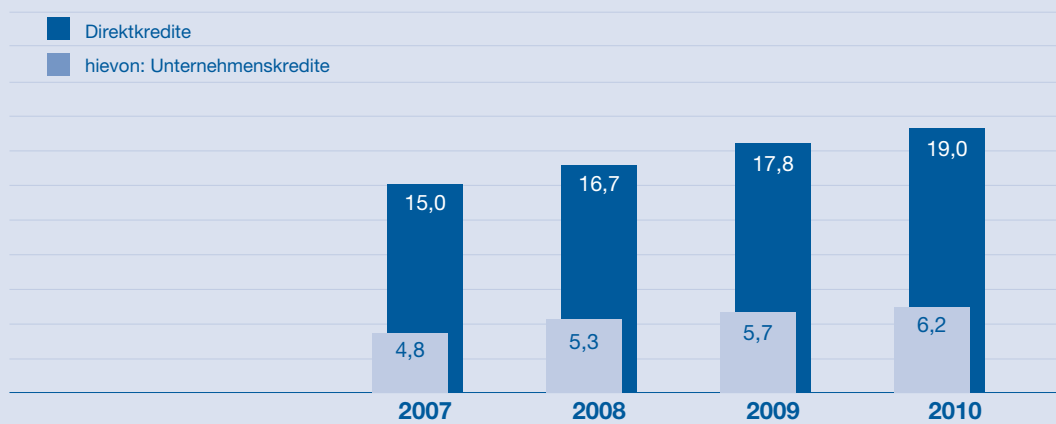
Entwicklung von 2007 bis 2010 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB-Statistiken.
Daten & Analysen
ÖGV-Controlling

Keine Kreditklemme

Direktkredite und Unternehmenskredite – Entwicklung von 2007 bis 2010 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB-Statistiken.
Daten & Analysen
ÖGV-Controlling

Gute Primäreinlagen-Entwicklung

Entwicklung von 2007 bis 2010 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB-Statistiken.
Daten & Analysen
ÖGV-Controlling

DIENSTLEISTUNGEN DES ÖGV



1. ÖGV-DIENSTLEISTUNGEN für die Gesamtbank und die Geschäftsleitung

INTERESSENVERTRETUNG

Interessenvertretung in Österreich

VDir. Dr. Rainer Borns
DDr. Hans Hofinger

Mag. Helya Sadjadian
Dr. Susanne Riesenfelder

Vorstandssekretariat
Ingrid Prazak
Caroline Pfanner



Interessenvertretung ist eine der zentralen Kernkompetenzen des Österreichischen Genossenschaftsverbandes.

Primäres Anliegen ist es, die Interessen der klein- und mittelständischen Unternehmen aktiv zu vertreten. Klein- und mittelständische Unternehmen sind nicht nur Mitglieder und Kunden der Volksbanken, sondern auch vielfach Mitglieder der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch.

Entsprechend unserem Verständnis als umfassender Dienstleister werden daher die Interessen sowohl der Volksbanken als auch des Bereichs Ware und Dienstleistung vertreten. Dies ist erforderlich, damit die spezifischen Interessen von Verbundgruppen und hierbei insbesondere von Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften von den Verantwortlichen in

Politik und in nationalen und internationalen Institutionen in ausreichender Weise Berücksichtigung finden.

Angesichts der zunehmenden Globalisierung und Europäisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt auch wieder das abgelaufene Jahr, dass es erforderlich ist, neben der nationalen Interessenvertretung insbesondere auch auf internationaler und europäischer Ebene (vgl. dazu Kapitel Internationale Interessenvertretung) folgende Grundsätze zu verfolgen:

- Berücksichtigung und aktive Bewusstseinsbildung der Vorzüge genossenschaftlicher Spezifika
- Hervorhebung der Vorteile von Genossenschaften
- Vermeidung von Nachteilen gegenüber Großbanken oder Handelsketten



- Entlastung der Mitglieder
- Verhinderung der Verlagerung von Staatsaufgaben zu den Betrieben
- Eindämmung von Meldewesen und Statistiken
- Vermeidung von Überreglementierung
- Schaffung von Vorteilen für die Kunden der Volksbanken (insbesondere KMU)
- Schaffung von transparenten und verständlichen Gesetzestexten bzw. einer „schlanken“ Gesetzgebung

Die Interessenvertretung erfolgt auf nationaler und europäischer Ebene in intensiver und äußerst positiver Zusammenarbeit mit der Bundessparte „Bank & Versicherung“ der Wirtschaftskammer Österreich.

Die unermüdlichen Bemühungen von Syndikus Dr. Herbert Pichler und seinem Team verstärken oftmals unsere Anliegen.

Auf internationaler und vor allem europäischer Ebene arbeitet der ÖGV in engem Kontakt mit dem Europäischen Verband der Genossenschaftsbanken sowie der internationalen Volksbankenvereinigung CIBP in Fragen der Interessenvertretung zusammen (vgl. dazu Kapitel Internationale Interessenvertretung bzw. im Internet unter www.eurocoopbanks.coop; www.cibp.be/allemand/index.htm).

Aufgrund neuer Anforderungen an den Gesetzgebungsprozess durch eine Verschiebung nach Brüssel und Überschneidungen in den beiden Rechtsgebieten national und international, ist die Zusammenarbeit von Interessenvertretung auf europäischer Ebene und der Rechtsabteilung des ÖGV auf nationaler Ebene umso wichtiger, damit die Interessen unserer Mitglieder bereits frühestmöglich im Gesetzwerdungsprozess umfassend eingebracht und gewahrt werden können.

Eine Studie des CEPS (Centre for European Policy Studies) aus September 2010, an der der ÖGV im Rahmen des Groupement mitgewirkt hat, „INVESTIGATING DIVERSITY IN THE BANKING SECTOR IN EUROPE“ (Erforschung der Vielfalt des europäischen Bankwesens), untermauert die zentralen Entwicklungen, Performance und Rolle der Genossenschaftsbanken in Europa.

Beratung der Volksbanken, Publikationen und Veranstaltungen

Die Interessenvertretung umfasst nicht nur Vorträge zu den jeweils aktuellen Themen, Stellungnahmen und Vertretungen in Gremien, sondern auch die Beratung und Betreuung der einzelnen Banken.

Seminare

Es werden mehrmals jährlich von der Interessenvertretung Volksbank-Akademie-Seminare zu BWG und Erbrecht abgehalten sowie auch eine Vorlesung an der Wirtschaftsuniversität Wien zum Thema Genossenschaftswesen und Verbund. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Betreuung von Dissertationen, Diplomarbeiten und Masterthesen sowie die Unterstützung bei wissenschaftlichen Arbeiten an der Wirtschaftsuniversität Wien durch den ÖGV.

Zur Zusammenarbeit mit der VB-Akademie zählt auch die Überarbeitung und Approbation von Skripten und Unterlagen, beispielsweise „Wirtschafts- und Währungsunion“, „Vermögen verantwortungsvoll weitergeben“ und „Privatstiftung“.

Informationsdatenbanken

Zur Beratung zählt neben der Beantwortung von zahlreichen aktuellen Anfragen und Informationen durch Rundschreiben auch die Zurverfügung-Stellung und laufende Wartung der Datenbanken (EU-Richtlinien, BWG).

Rundschreiben zu BWG-Interpretationen

Über BWG-Änderungen werden unsere Mitglieder aktuell mittels Rundschreiben in der Lotus Notes-Datenbank informiert, so bspw. über die neue Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA; RS Dir. 3/2011), neue Aufsichtsregeln (RS Dir. 37/2010), aber auch sonstige BWG-Neuerungen aus z.B. dem Bereich Meldewesen (Anzeige

der Eigentümerverhältnisse, RS Dir. 2 /2010 und RS Meldewesen 1/2010).

A. AUFSICHT

1. Intra Group Exposures – ÖGV erreicht hohe Eigenmittelparnis

Seit 1.1.2009 ist es den einzelnen Volksbanken sowie der ÖVAG möglich, Forderungen gegen andere Volksbanken respektive die ÖVAG mit 0 % zu gewichten.

Mit der sektorneutralen Implementierung der Intra-Group Exposure Bestimmung in § 22a Abs. 9 BWG ist dem ÖGV ein weiterer wichtiger Schritt zur gesetzlichen Gleichstellung dezentraler Verbundgruppen mit dem Konzern gelungen.

Bei der Regelung des § 22a Abs. 9 BWG handelt es sich um eine Regelung, die es ermöglicht, Forderungen innerhalb einer Verbundgruppe unter bestimmten Voraussetzungen von der Verpflichtung zur Unterlegung mit Eigenmitteln zu befreien.

Ende 2008 schließlich wurde dem ÖGV von der FMA bestätigt, dass die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung des § 22a Abs. 9 BWG für die dem institutionellen Sicherungssystem des Volksbankensektors angeschlossenen Kreditinstitute gegeben sind.

Dieser historische Meilenstein bedeutet für die Volksbanken und die ÖVAG die Möglichkeit einer aufsichtsrechtlichen Anerkennung der gegenseitigen Verantwortung und damit die Nichtunterlegung von wechselseitigen Forderungen mit Eigenkapital. Durch langfristiges und beharrliches Verfolgen von strategischen Zielen hat der ÖGV als Interessenvertreter damit einen wichtigen Erfolg für den Erhalt von starken, unabhängigen Volksbanken und einen starken Verbund erreicht.

Die FMA hat Ende Dezember 2010 nach erstmaliger Überprüfung sowohl durch die KPMG als auch die OeNB die Erfüllung der Erfordernisse für ein institutionelles Sicherungssystem durch Bescheid bestätigt. Damit ist auch weiterhin die Nutzung der BWG-mäßigen Vorteile für die Mit-

glieder der Schulze Delitzsch Haftungsgenossenschaft und damit aller Mitglieder des ÖGV, insbesondere die 0 % Gewichtung im Bereich der Solvabilität und der Großveranlagung gesichert.

2. Geldwäscherei

Nach der Umsetzung der 3. Geldwäscherei-Richtlinie 2005/60/EG und der FATF Sonderempfehlung Nr. VII stellen die neuen Bestimmungen deutlich höhere Anforderungen an die Sorgfaltspflichten der Kreditinstitute und die damit verbundenen organisatorischen Ausgestaltungen.

Die umfassende Unterstützung des ÖGV im Bereich Geldwäscherei besteht einerseits in der Interessenvertretung, aber auch durch das Einrichten einer eigenen Geldwäscherei-Datenbank mit Informationen und Vorlagen zum Bereich Geldwäscherei. Die Online-Datenbank zur Überprüfung der Echtheit von Legitimationsdokumenten beziehen Sektor-Institute zu Sonderkonditionen. In ERFA-Veranstaltungen und sektorweiten Arbeitskreisen wirkt auch die Interessenvertretung mit.

3. EU-Reform der Einlagensicherung

Anlässlich der von der Kommission im Mai 2009 initiierten öffentlichen Konsultation zur neuerlichen Revision der Einlagensicherungsrichtlinie 94/19/EC wurde im Rahmen des Groupements zur Koordinierung der Stellungnahmen der einzelnen genossenschaftlichen Verbände die "Task Force Einlagensicherung" etabliert. In dieser Arbeitsgruppe wurden die jeweiligen nationalen Einlagensicherungssysteme dargestellt, um bestmöglich die verschiedenen Anliegen bzw. nationalen Besonderheiten berücksichtigen zu können. Im Jahr 2010 wurden die ersten EU-Vorschläge für eine europaweite Reform der Einlagensicherung bekannt.

Der ÖGV hat dabei im Rahmen der nationalen und europäischen Interessenvertretung folgende Punkte vorgebracht:

- Gedeckte, statt sicherungspflichtige Einlagen als Bemessungsgrundlage heranzuziehen;
- Keine weitere Verkürzung der Auszahlungsfrist;
- Signifikante Herabsetzung der ex-ante Zielausstattung;
- Verlängerung des Aufbauzeitrahmens auf mind. 15 Jahre;
- Verwendung der in das Einlagensicherungssystem angesparten finanziellen Mittel auch für präventive und insitutssichernde Maßnahmen;
- Im Sinne eines europäischen level-playing field und zur Vermeidung von Topping-up Problemen sollten die Kriterien für die Inanspruchnahme der gesetzlichen Einlagensicherung harmonisiert werden;
- Ablehnung einer Kreditvergabe zwischen verschiedenen Einlagensicherungssystemen;
- Pan-europäische Sicherungssysteme sind mangels flächendeckender noch entwickelter Früherkennungssysteme nach dem derzeitigen Stand des EU-Bankrechts verfrüht;
- Erhalt der Aufrechnungsmöglichkeit bei Auszahlungen von gesicherten Beträgen, um den Leistungsumfang der Einlagensicherung auf tatsächliche Ansprüche zu begrenzen. (z.B. für einen Kredit gesperrte Einlagen);
- Wahrung der Autonomie der einzelnen Sicherungseinrichtungen;
- Einhebung einer Aufnahmegebühr für neu aufgenommene Institute;
- Möglichkeit für Einhebung eines Selbstbehaltes.

Im Jahr 2011 werden die 3 vorliegenden Vorschläge der Präsidentschaft, der Kommission und des Parlaments im Rahmen des Trilogs zusammenggeführt. Der ÖGV nimmt aber schon heute an der Entwicklung der Texte teil.

B. INTERESSENVERTRETUNG IM RAHMEN DER RECHTSABTEILUNG

Standard Compliance Code (SCC)

Die Rechtsabteilung war im Vorjahr auch mit der Änderung des Standard Compliance Codes befasst. In einer Gesprächsrunde im Frühjahr hat die FMA die Kreditinstitutsverbände über jene Punkte informiert, die bei ihrer Prüfungstätigkeit als häufige Beanstandungen aufgefallen sind. Diese Punkte haben insbesondere die Überprüfung der Mitarbeitergeschäfte in den einzelnen Instituten betroffen. Diese Gesprächsrunde führte zu einer Präzisierung zweier Module des SCC, der Richtlinien für Mitarbeitergeschäfte und des Moduls betreffend Insiderrecht und Marktmanipulation natürlich. Bei der Abänderung wurde insbesondere berücksichtigt, dass die Umsetzung in Instituten unterschiedlicher Größe erfolgen können muss.

Änderung der Anlegerentschädigungsrichtlinie

Auf EU-Ebene wird derzeit über eine Änderung der Richtlinie über die Anlegerentschädigung diskutiert, wobei insbesondere die Ausdehnung der Anlegerentschädigung auf € 50.000,- und eine teilweise ex ante-Finanzierung vorgesehen werden sollen. Außerdem sollen die Anlegerentschädigungsfälle auf den Konkurs des Verwahrers ausgedehnt werden. All diese Punkte werden vom ÖGV abgelehnt, da nach der österreichischen Rechtslage die Absicherung der Anleger durch die Regelungen des Depotgesetzes und die insolvenzrechtlichen Bestimmungen ausreichend gewährleistet ist.

Die Ausdehnung der Ausnahmen von der Anlegerentschädigung für Insider und professionelle Kunden gemäß dem WAG wird dagegen vom ÖGV begrüßt.

Die Ergebnisse der noch laufenden Diskussion des Themas auf europäischer Ebene bleiben abzuwarten.

Rundschreiben der FMA

2010 wurden von der FMA diverse Rundschreiben herausgegeben:

- FMA RS zur Übermittlung von Auftraggeberdaten gemäß Verordnung (EG)

1781/2006 über die Übermittlung von Angaben zum Auftraggeber bei Geldtransfer (20.5.2010)

- FMA RS zu Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Verletzung der Offenlegung von Treuhandschaften (20.5.2010)
- FMA RS zu Fragen des Prospektrechtes vom 2.12.2010
- FMA RS zum risikobasierten Ansatz zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vom 23.12.2009

Wie sonst auch üblich gingen all diesen Rundschreiben Konsultationen mit den Bankenvertretern voran, wobei sich der ÖGV in Unterstützung von Experten und Praktikern aus dem Sektor intensiv um die Berücksichtigung der Bankeninteressen einsetzte. Da die Rundschreiben der FMA oft mit einigermaßen großer zeitlicher Verzögerung nach Inkrafttreten der entsprechenden gesetzlichen Regelungen veröffentlicht werden, ist es von großer Bedeutung, dass bereits bestehende, in der Praxis bewährte Abwicklungen und Modelle bei den in Rundschreiben von der FMA wiedergegebenen Ansichten Berücksichtigung finden und Regelungen enthalten sind, die in Einklang mit bisherigen praktischen, insbesondere auch technisch unterstützten Abwicklungen stehen. Besonders setzte sich der ÖGV gegen teilweise überschießende Maßnahmen der FMA ein, um so eine für die Banken praktikable Lösung zu erarbeiten.

Transparenzpaket, mit dem u.a. das BWG, die RAO, die NO, das StGB und die StPO geändert wurden

Die Ergebnisse der routinemäßigen Prüfung Österreichs im Hinblick auf die Einhaltung der FATF-Empfehlungen zeigten, dass in Österreich ein umfassendes und gut funktionierendes System zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismus eingeführt wurde. In einigen relevanten Bereichen, im Wesentlichen Prävention, Aufsicht, Strafrecht, Ermittlung und internationale Zusammenarbeit wurden Defizite festgestellt, deren Beseitigung notwendig ist, um den Wirtschaftsstandort Österreich vor einem Missbrauch durch Kriminelle zu schützen. Die FATF wies darauf hin, dass aufgrund des Angebotes qualitativ hochwertiger Finanzdienstleistungen, der geographischen Lage Österreichs und der engen wirtschaft-

lichen Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern eine lückenlose, genaue und effiziente Implementierung der internationalen Vorgaben gerade in Österreich besonders wichtig ist.

Als Konsequenz wurde daher das Transparenzpaket der Österreichischen Bundesregierung, ein Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz, die Rechtsanwaltsordnung, die Notariatsordnung, das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 geändert wurden, veröffentlicht. So wurde beispielsweise im BWG die Legitimationspflicht bei der Auszahlung von Typ 1-Sparbüchern verschärft. In enger Zusammenarbeit aller Verbände gelang es noch zuletzt, einen Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage über die BWG-Novelle im Parlament einzubringen, womit das im ursprünglichen Gesetzesentwurf vorgesehene Auslagerungsverbot der Funktion des Geldwäschereibeauftragten verhindert werden konnte.

Auch bei Aktiengesellschaften soll die Transparenz durch die Festlegung von Namensaktien als Standardinstrument gesteigert werden. Ein entsprechendes Gesetz, welches Inhabersaktien nur noch bei börsennotierten Gesellschaften zulässt (Namensaktien-Umwandlungsgesetz), soll 2011 in Kraft treten.

Sanktionen- und Devisengesetz

Die FATF hat weiters festgestellt, dass im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gewisse Regelungslücken insbesondere im Hinblick auf den persönlichen und sachlichen Anwendungsbereich verschiedener Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bestehen.

Zur effektiven Durchführung von internationalen Sanktionen zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung wurde das Sanktionen- und Devisengesetz (BGBl 406/1993) den bestehenden Anforderungen gemäß aktualisiert, um so auch innerstaatlich die effiziente, rechtlich ordnungsgemäße Umsetzung der international vorgesehenen Maßnahmen gewährleisten zu können.

Finanzstrafgesetznovelle 2010

Seit der Steuerrechtsreform 2005 wurde in der Literatur intensiv diskutiert, ob der in § 38 FinStrG enthaltene Tatbestand der qualifizierten Abgabenhinterziehung (Freiheitsstrafe von mehr als 3 Jahren) als Verbrechen im Sinne des StGB zu qualifizieren ist oder nicht. Damit bestand Unklarheit über die Reichweite des für die Beurteilung des Vorliegens eines Geldwäschereiverdachts in der Bankpraxis anzuwendenden Vortatenkataloges des § 165 StGB. Mit der Finanzstrafgesetznovelle wurde nun eine Klarstellung herbeigeführt, dass jene vorsätzlichen Finanzvergehen, die mit einer zwingend zu verhängenden Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren bedroht sind, als Verbrechen im Sinne des § 17 StGB gelten. Für die Kreditwirtschaft bedeutet die ausdrückliche Verbrechensqualifikation der teilweise auch neu geregelten Strafbestimmungen der §§ 38, 38a und 39 FinStrG, dass – obwohl es zu keiner formellen Erweiterung des in § 165 StGB enthaltenen Vortatenkataloges der Geldwäscherei gekommen ist – materiell eine Ausweitung der möglichen Vortaten der Geldwäscherei eingetreten ist.

Darlehens- und Kreditrechts-Änderungsgesetz

Mit dem seit dem 11.06.2010 in Kraft getretenen Darlehens- und Kreditrechts-Änderungsgesetz (DaKrÄG) ist es zu wesentlichen Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in diesem Kernbereich des Bankengeschäftes gekommen.

Insbesondere das neue Verbraucher-kreditgesetz (VKrG) hat zu einer Vielzahl an neuen Verpflichtungen geführt, die neue Abläufe, Produkte sowie umfassende Anpassungen der technischen Unterstützungsmechanismen erforderten.

Trotz der Tatsache, dass der finale Gesetzestext erst mit 20.05.2010 zur Verfügung stand, hat es der ÖGV geschafft, hier die Rahmenbedingungen und technischen Voraussetzungen rechtzeitig anzupassen. Durch die enge Kooperation der Rechtsabteilung mit der ÖGV Volksbanken-Beratung im Rahmen eines die Gesetzgebung begleitenden Vertriebsprojektes ist es gelungen, einfache und praxisorientierte Lösungen zu fin-

den. Diese konnten – gemeinsam mit den rechtlichen Rahmenbedingungen – unter anderem an zwei überaus gut besuchten Informationstagen noch vor dem In-Kraft-Treten präsentiert und an die Mitgliedsbanken weitergegeben werden.

In weiterer Folge wurde seitens der Rechtsabteilung versucht – aufgrund der relativ kurzen Vorlaufzeit – möglichst viele Foren und Veranstaltungen (Innenrevisionstage, ERFA-Kredit) zur Wiederholung und nochmaligen Präsentation zu nutzen.

Zudem wurden die Ergebnisse und die ersten Erfahrungen mit dem Gesetz und den neuen Lösungen aus der Praxis laufend evaluiert und konnten auch laufend Verbesserungen erzielt werden.

Inhaltlich konnte, obwohl nur wenige Änderungsvorschläge der Kreditwirtschaft in das Gesetz aufgenommen wurden, erreicht werden, dass im VKrG eine Klarstellung dahingehend vorgenommen wurde, dass bei Datenbanken, welche als bei der Datenschutzkommission durch Bescheid registrierte Informationsverbundsysteme betrieben werden, kein unbegründetes Lösungsrecht nach § 28 Abs 2 DSG zusteht. Damit konnte eine langjährige Forderung des ÖGV umgesetzt werden, die zu einer langfristigen Absicherung der Aussagekraft und Beständigkeit der KKE und der Warnliste führt.

Entfall der Kreditvertragsgebühr

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2011 (BGBl 111/2010) sind die Gebührentatbestände für Darlehens- und Kreditverträge mit 01.01.2011 entfallen. Um die Verlagerung der Gebührenpflicht auf die Sicherungsurkunden zu vermeiden, wurde auch die Ausnahmebestimmung des § 20 Z 5 GebG entsprechend angepasst.

Damit gelangten der langjährige und intensive Einsatz der Kreditwirtschaft und insbesondere auch des ÖGV, der konstant die entsprechende Forderung nach einer Abschaffung der Kreditvertragsgebühr gestellt hat, zum Durchbruch und konnte die Diskriminierung österreichischer Kreditinstitute beseitigt werden.

Auch zivilrechtlich bedeutet dies für unsere Banken einen wesentlichen Fortschritt, weil bestehende Lösungen, deren Ausgestaltung immer auch den gebührenrechtlichen Aspekt berücksichtigen mussten, nun neu überarbeitet und adaptiert werden können. Die Rechtsabteilung des ÖGV wird sämtliche bestehende Modelle hinterfragen, auf Verbesserungspotenzial untersuchen und in den einschlägigen aktivseitigen Handbüchern und Formularen abbilden, um auch hier rasch reagieren zu können.

SEPA (Single Euro Payments Area)

Traditionell bestand in jedem Land ein nationales Zahlungsverkehrssystem, welches Rechtsnormen, technische und organisatorische Standards sowie Softwarelösungen umfasste. Parallel dazu bestanden internationale Zahlungsverkehrssysteme. Ziel der Europäischen Union war und ist es, einen einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum mit einheitlichen Produkten, Regeln und Systemen zu schaffen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Ein einheitlicher Rechtsrahmen ist durch die EU-Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Payment Services Directive = PSD) gewährleistet. Diese EU-Richtlinie wurde in Österreich mit dem Zahlungsdiensteegesetz (ZaDiG) umgesetzt.

In Fortsetzung dieser Bestrebungen wurde im Jahr 2010 insbesondere das Thema der Festsetzung eines verpflichtenden Enddatums für die SEPA-Einführung diskutiert. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der VB-AG hat die Rechtsabteilung zu den Themen des Geltungsbereiches, der Angleichung von Definitionen an bereits bestehende Regelwerke sowie zum Thema Nischenprodukte an der Erstellung einer österreichischen Position mitgewirkt.

Im Bereich des Zahlungsverkehrs wurde zudem seitens der Rechtsabteilung im Rahmen der Veranstaltung „Zahlungsverkehr-Erfahrungsaustausch“ am 29.11.2010 in der VB-AG insbesondere über folgende Themen referiert:

- aktuelle Probleme zu Lastschriftverfahren und Einzugsermächtigungsverfahren
- Wertstellung gemäß ZaDiG und BWG
- Kontenmobilität, Verordnung für grenzüberschreitende Zahlungen, Iran-Sanktionen

Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes

Mit den Zielen Verbesserung der Einkommenstransparenz, Erhöhung des Schutzniveaus gegen Diskriminierungen beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie Verbesserung des Instrumentariums zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes wurde im Jahr 2010 vom zuständigen Bundesministerium ein Gesetzesentwurf vorgelegt, dem umfassende Sozialpartnergespräche vorausgegangen sind. Wesentliche Punkte waren beispielsweise die Festlegung einer Verpflichtung zur regelmäßigen Erstellung eines unternehmensbezogenen Einkommensberichts in Unternehmen ab einer bestimmten Größe, die Verpflichtung zu bestimmten Angaben zum Entgelt in Stelleninseraten, die Ausdehnung des Diskriminierungsschutzes sowie die Anhebung von Mindestschadenersatz in bestimmten Bereichen.

Die Rechtsabteilung hat sich im Zuge des Begutachtungsprozesses dafür eingesetzt, zusätzlichen organisatorischen Aufwand möglichst gering zu halten und auch darauf hingewiesen, dass keineswegs alle der genannten Maßnahmen realistischere dazu geeignet erscheinen, die genannten Ziele zu erreichen. Zudem erschien es aus Sicht der Rechtsabteilung sinnvoll, einen derzeit auf europäischer Ebene in Ausarbeitung stehenden Richtlinienvorschlag zu verschiedenen Gleichbehandlungsthemen abzuwarten, um nicht gegebenenfalls abermals Gesetzesänderungen vornehmen zu müssen.

Anfang 2011 ist das neue Gleichbehandlungsgesetz trotz intensiver Diskussion mit nur geringfügigen Abänderungen in Kraft getreten.

Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010

Am 1.7.2010 ist nach langen Verhandlungen das Insolvenzrechtsänderungsgesetz (IRÄG) 2010 in Kraft getreten. Diese Reform hatte zum Ziel, die Sanierung von Unternehmen zu erleichtern. In diesem Entwurf erfolgte eine Zusammenführung der Konkurs- und Ausgleichsordnung in

eine einheitliche Insolvenzordnung. Die bisher bestehende Ausgleichsordnung wurde aufgehoben.

Das IRÄG 2010 brachte die bisher umfassendste Reform des Unternehmensinsolvenzrechts seit knapp 100 Jahren. Die Insolvenzordnung gliedert sich nun in das bisher bestehende Konkursverfahren und ein Sanierungsverfahren mit Sanierungsplan (entspricht dem bisherigen Zwangsausgleich) und Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung (entspricht dem bisherigen Ausgleichsverfahren, allerdings mit einer Quote von 30 %). Da die Reform zum Ziel hatte, die Sanierung von Unternehmen zu erleichtern, ist daraus zu entnehmen, dass nicht alle Änderungen des Gesetzes sich für die Kreditwirtschaft positiv auswirken. Aufgrund ständiger Interventionen der Kreditwirtschaft konnten jedoch zwei Verbesserungen für die Banken erreicht werden. Der ursprüngliche Entwurf sah vor, dass die Insolvenzeröffnung keinen ausreichend wichtigen Grund zur Vertragskündigung mehr darstellt. Nunmehr ist jedoch vorgesehen, dass dieser Kündigungsausschluss für Verträge nicht für Kredite gilt und die Banken demnach wie gewohnt weiterhin bei Konkursöffnung Kredite fällig stellen können. Eine weitere Verbesserung wurde im Bereich der Anfechtung wegen Nachteiligkeit nach § 31 Abs 1 Z 3 Insolvenzordnung erreicht, wonach nunmehr festgehalten wird, dass mittelbar nachteilige Rechtsgeschäfte dann einer Anfechtung unterliegen, wenn der Nachteil objektiv vorhersehbar war. Eine solche objektive Vorhersehbarkeit liegt insbesondere dann vor, wenn ein Sanierungskonzept offensichtlich untauglich war. Dies bedeutet für die Praxis, dass Sanierungskredite, welche dem Unternehmen in der Krise gewährt wurden, nach dieser Bestimmung dann nicht mehr anfechtungsgefährdet sind, wenn ein taugliches Sanierungskonzept vorlag. Diese Verbesserungen konnten aufgrund zahlreicher Interventionen der Kreditwirtschaft und des ÖGV erreicht werden.

Sonstige für die Banken bedeutsame Änderungen gab es im Bereich der Aus- und Absonderungsrechte, wo die Zwangsstundung für Aus- und Absonderungsrechte von 90 Tagen auf sechs Monate verlängert wurde und bei der Zinsberechnung, wonach Verzugszinsen bei Absonderungsansprüchen in den ersten sechs Monaten nach

Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht verrechnet werden können. Eine umfassende Darstellung der Änderungen wurde am Juristentag 2010 präsentiert und auch per Rundschreiben kommuniziert.

Privatinsolvenz

Da das Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010 nur Änderungen im Bereich der Unternehmensinsolvenz mit sich brachte, sind nunmehr auch Forderungen hinsichtlich Änderungen im Bereich der Privatinsolvenz an das Ministerium herangetragen worden. Diese geplanten Änderungen betreffen z.B. die Erweiterung der Billig-

keitsgründe für die Restschuldbefreiung, Verkürzung der Sieben-Jahres-Frist, Herabsetzung der Mindestquote etc. Im Zuge der Privatinsolvenz-novelle sind auch Änderungen im KSchG geplant, wonach die Aufklärungspflicht des Bürgen auch auf den Pfandbesteller ausgedehnt werden soll und die Verrechnung von Zinseszinsen unterbunden werden soll. All diesen Änderungen steht die Kreditwirtschaft einheitlich ablehnend gegenüber, ein Inkrafttretenstermin für die geplanten Änderungen steht noch nicht fest. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen die geplanten Änderungen einsetzen.

EUROPÄISCHE VEREINIGUNG DER GENOSSENSCHAFTSBANKEN (EACB) Sitz Brüssel

GENERALRAT

VDir. Dr. Rainer Borns

Arbeitsgruppe

„Kordinierung Bankrecht“

VDir. Dr. Rainer Borns

Mag. Silvia Liegl (bis 30.6.2010)

Mag. Helya Sadjadian (ab 1.7.2010)

Arbeitsgruppe

„Steuerfragen“

Mag. Franz Groß

Arbeitsgruppe

„Zahlungssysteme“

VDir. Dr. Rainer Borns

Dir. Josef Fixl

Mag. Silvia Liegl (bis 30.6.2010)

Mag. Helya Sadjadian (ab 1.7.2010)

Arbeitsgruppe

„Personal- und Sozialfragen“

Mag. Wolfgang Schmidt

Arbeitsgruppe

„Verbraucherpolitik“

Mag. Silvia Liegl (bis 30.6.2010)

Mag. Helya Sadjadian (ab 1.7.2010)

Dr. Susanne Riesenfelder (ab 1.7.2010)

Arbeitsgruppe

„Finanzmärkte“

VDir. Dr. Rainer Borns (Präsident)

Arbeitsgruppe

„Rechnungslegung“

VDir. Mag. Bernd Spohn

Mag. Franz Groß

Arbeitsgruppe

„Soziale Verantwortung der Unternehmen“

DDr. Hans Hofinger

Dr. Hermann Fritzl

Ad-hoc-Arbeitsgruppe

Task Force „Einlagensicherung“

VDir. Dr. Rainer Borns

Arbeitsgruppe „Genossenschaftsfragen und Rechtsrahmen“

Mag. Helya Sadjadian (ab 1.7.2010)

INTERESSENVERTRETUNG

Europäische Interessenvertretung



Brüssel:
Grande Place

Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken – Groupement

Die Vereinigung der Genossenschaftsbanken der EU (Groupement Européen des Banques Coopératives; siehe unter <http://www.eurocoopbanks.coop>) besteht seit dem Jahre 1970 und ist innerhalb der EU von den Gemeinschaftsorganen (EU-Kommission, Ministerrat, Europäisches Parlament, Wirtschafts- und Sozialausschuss) als offizieller Sprecher der Europäischen Genossenschaftsbanken anerkannt. Darüber hinaus ist es dem ÖGV im Rahmen des Groupements möglich, gemeinsam mit den anderen repräsentativen genossenschaftlichen Organisationen, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen genossenschaftlichen Bankengruppen sowie die Förderung und Entwicklung der Genossenschaftsidee im Bankensektor im Allgemeinen sicherzustellen. Zu diesem Zweck gehört das Groupement zu den Gründungsmitgliedern des Ausschusses der Europäischen Kreditwirtschaft (EBIC), des Europäischen Zahlungsausschusses (EPC), des Europäischen Ausschusses für Banknormung (ECBS) sowie des Europäischen Beratenden Ausschusses zur Rechnungslegung (EFRAG).

Mit ihren rund 4.000 örtlichen Banken und 60.000 Bankstellen sind die Genossenschaftsbanken weitgehend in der gesamten erweiterten Europäischen Union tätig und spielen im Banken- und Finanzwesen eine bedeutende Rolle. Jede zweite Bank in Europa ist eine Genossenschaftsbank. Genossenschaftsbanken haben eine lange Tradition im Dienste ihrer 160 Millionen Kunden, insbesondere Verbraucher, Einzelhändler und mittelständische Unternehmen. Darüber hinaus bieten sie auch großen, internationalen Kunden ihre Dienste an. Die Genossenschaftsbanken Europas haben rund 50 Millionen Mitglieder, 160 Millionen Kunden, 750.000 Beschäftigte und einen durchschnittlichen Marktanteil von nahezu 20%.

Die Europäische Vereinigung ist einer der wichtigsten Verbände des europäischen Kreditwesens und ist der offizielle Vertreter des europäischen genossenschaftlichen Bankensektors in den EU-Gremien.

Aufgrund der Internationalisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Rechts, ist es von immer größerer Bedeutung, unsere Verantwortung innerhalb der EU wahrzunehmen und schon auf der Stufe der europäischen Gesetzgebung mitzuarbeiten. Das Groupement leistet in

INTERESSENVERTRETUNG

Europäische Interessenvertretung

diesem Bereich Facharbeit und koordiniert darüber hinaus die Zusammenarbeit der genossenschaftlichen Verbände der Mitgliedstaaten.

Die Tätigkeit im Groupement erfolgt in verschiedenen Arbeitsgruppen, in denen der ÖGV vertreten ist.

A. ARBEITSGRUPPE BANKRECHT 1. Europäische Finanzarchitektur

Am 22. September 2010 nahm das Europäische Parlament, nachdem alle Mitgliedstaaten zugestimmt hatten, die neue, von der Kommission vorgeschlagene Aufsichtsstruktur an. Dies wurde vom ECOFIN Rat am 17. November 2010 bestätigt. Drei europäische Aufsichtsbehörden und ein Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) ersetzen ab Januar 2011 die früheren Aufsichtsausschüsse.

Das in dieser Mitteilung vorgeschlagene Finanzaufsichtssystem beruht nun auf zwei Säulen.

- Einem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB), der die potenziellen Risiken für die Finanzmarktstabilität, die sich aus makroökonomischen Entwicklungen und aus Entwicklungen innerhalb des Finanzsystems insgesamt ergeben, überwachen und bewerten soll. Der ESRB wird befugt sein, Warnungen und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten (einschließlich der nationalen Aufsichtsbehörden) und die Europäischen Aufsichtsbehörden zu richten, die den Vorgaben Folge zu leisten haben oder begründen müssen, warum sie untätig bleiben wollen. Am ESRB beteiligt sind die Präsidenten der EZB, der nationalen Zentralbanken sowie der europäischen und der nationalen Aufsichtsbehörden. Die Schaffung des ESRB steht in Einklang mit verschiedenen multilateralen und außerhalb der EU laufenden Initiativen wie der Einsetzung des Gremiums für Finanzstabilität durch die G20. Ziele des ESRB wären unter anderem die Festlegung geeigneter Verfahren, um Informationen über makroökonomische Risiken für die Finanzmarktstabilität zu erhalten

und die Ermittlung von Risiken auf Makroebene innerhalb Europas;

- Und einem Europäischen Finanzaufsichtssystem (ESFS), das sich aus einem Netz nationaler Finanzaufsichtsbehörden zusammensetzt, die mit den neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden („European Supervisory Authorities“/ESA) kooperieren. Letztere werden durch eine Umbildung der bestehenden europäischen Aufsichtsausschüsse in eine Europäische Bankaufsichtsbehörde („European Banking Authority“/EBA mit Sitz in London), eine Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung („European Insurance and Occupational Pensions Authority“/EIOPA mit Sitz in Frankfurt) und eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde („European Securities and Markets Authority“/ESMA mit Sitz in Paris) geschaffen, wodurch die Vorteile eines globalen Rahmens für die Finanzaufsicht mit dem Sachverstand lokaler für die Beaufsichtigung auf Mikroebene zuständiger Behörden verknüpft werden, die den in ihren Ländern tätigen Instituten am nächsten sind.

Die neuen Behörden wurden mit der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 bzw. der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 errichtet, übernehmen sämtliche Funktionen dieser oben beschriebenen Ausschüsse und erhalten darüber hinaus zusätzliche Aufgaben.

Das ESFS wird auf Aufgabenteilung und gegenseitiger Unterstützung beruhen und neben der Beaufsichtigung von Einzelunternehmen auf nationaler Ebene gewisse Aufgaben auf europäischer Ebene bündeln. Es soll harmonisierte Vorschriften sowie kohärente Aufsichtspraktiken und eine kohärente Durchsetzung fördern. Dem Netz sollen die Prinzipien Partnerschaft, Flexibilität und Subsidiarität zugrunde liegen. Ferner sollte es das Vertrauen zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden stärken und zu diesem Zweck u.a. sicherstellen, dass die Aufsichtsbehörden des Aufnahmemitgliedstaats bei der Festlegung von Strategien in den Bereichen Finanzmarktstabilität und Anlegerschutz ein Wort mitzureden haben und grenzüberschreitenden Risiken so bes-

ser entgegengewirkt werden kann. Konkret sind die Ziele der ESFS die Übernahme aller Aufgaben der derzeitigen EU-Ausschüsse der Aufsichtsbehörden; Gewährleistung eines Satzes gemeinsamer Vorschriften; die Gewährleistung der konsistenten Anwendung der EU-Vorschriften; Festsetzungen wie Krisensituationen koordiniert und effektiv gemanagt werden, die Festlegung von Schutzmaßnahmen, um Auswirkungen auf die haushaltspolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zu verhindern;

In diesem Zusammenhang kann jede Behörde neben den nicht bindenden Rechtsakten, wie Leitlinien und Empfehlungen, und den Entwürfen technischer Standards unter bestimmten Umständen auch bindende an nationale Aufsichtsbehörden oder einzelne Finanzinstitute gerichtete Beschlüsse annehmen, gegen die zusammen mit bestimmten anderen Beschlüssen ein Rechtsbehelf eingelegt werden kann.

ZIEL der EBA

- Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts, insbesondere mittels einer wirksamen und konsistenten Regulierung und Überwachung auf hohem Niveau;
- Schutz der Einleger und Anleger;
- Gewährleistung der Integrität, Effizienz und ordnungsgemäßen Funktionsweise der Finanzmärkte;
- Schutz der Stabilität des Finanzsystems und
- Ausbau der internationalen Koordinierung der Aufsicht.

ZUSAMMENSETZUNG der EBA

1. einem Aufsichtsorgan;
2. einem Verwaltungsrat;
3. einem Vorsitzenden;
4. einem Exekutivdirektor;
5. einem Beschwerdeausschuss.

AUFGABEN der EBA

- Ausarbeitung gemeinsamer Aufsichts- und Regulierungsstandards;
- Sicherstellung der kohärenten Anwendung von EU-Recht;
- Anregung der Delegation von Aufgaben und Zuständigkeiten der nationalen Behörden;
- Zusammenarbeit mit dem ESRB;

- „Peer Reviews“ nationaler Aufsichtsbehörden zur Sicherung der Kohärenz der Aufsichtsergebnisse;
- Förderung des Einleger- und Anlegerschutzes;
- Steuerung der Aufsichts-Colleges;
- Mitwirkung bei der Überwachung von Systemrisiken, Rettungs- und Sanierungsplänen;
- Entwicklung von Verfahren für die Sanierung insolvenzbedrohter Institute;
- Übernahme von Aufgaben, die der EBA in EU-Rechtsvorschriften übertragen werden;
- Förderung der Transparenz, Einfachheit und Fairness auf den Märkten.

BEFUGNISSE der EBA

- Entwurf und Erlassung bindender technischer Regulierungs- und Durchführungsstandards;
- Vorlage der Entwürfe an die Europäische Kommission nach Durchführung von Anhörungen und Erstellung von Auswirkungsstudien;
- Annahme der bindenden Standards durch die EK binnen 3 Monaten;
- EK hat die Standards auch dem Rat und dem EP zuzuleiten;
- Veröffentlichung der Standards im Amtsblatt;
- Erlassung von Leitlinien und Empfehlungen;
- Nicht verpflichtend anzuwenden, jedoch „comply or explain Prinzip“ seitens der Aufsichtsbehörden;
- Überwachung der Einhaltung von Unionsrecht.

Maßnahmen im Krisenfall

EBA hat ein Koordinierungsrecht der nationalen Aufsichtsbehörden in Krisenfällen. Bei Erfordernis eines koordinierten Vorgehens können die ESAs für die nationalen Aufsichtsbehörden verbindliche Entscheidungen treffen. Kommt die nationale Aufsicht in einer Krisensituation dem Auftrag nicht nach, kommt es zu einem Durchgriff der EBA auf Einzelinstitute! Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Aufsichtsbehörden in grenzüberschreitenden Fällen sowie Koordinierung und Mitwirkung in den Aufsichts-Colleges. Entwicklung und Durchführung von Stress-Tests ist eine weitere Maßnahme der EBA gepaart mit der Aufsicht über Einrichtungen mit pan-europ. Kontext: Rating-Agenturen.

Aufforderung der FMA vom 15.12.2010, die CEBS Guidelines zu befolgen

In unserem Rundschreiben vom 12.01.2011 (Direktion 3/2011) haben wir das Rundschreiben der FMA näher erläutert, dass die EBA mit 01. Jänner 2011 berechtigt sein wird, direkt anwendbare rechtlich verbindliche Regularungsstandards und rechtlich verbindliche Durchführungsstandards (Binding Technical Standards) zu erlassen.

Neu – mit 01. Jänner 2011 – im Vergleich zur bisherigen Rechtslage gilt, dass für die Einhaltung sämtlicher Leitlinien für die nationalen Aufsichtsbehörden ein wesentlich strengerer „Comply or Explain“ Mechanismus gilt, der letztlich auch für Rechtsunterworfenen zu einer „de facto Einforderbarkeit“ von formal unverbindlichen Leitlinien, Standards und Empfehlungen führen kann.

ÖGV Kommentar

CEBS hat bislang schon Guidelines erlassen, die eine Expertenmeinung dargestellt haben und für die Geschäftsleiter eine Expertenmeinung neben anderen dargestellt hat. Ab 01.01.2011 wird die Expertenmeinung zur harmonisierten maßgeblichen Expertenmeinung, die für alle Geschäftsleiter aufgrund des FMA-Rundschreibens vom 15.12.2010 mit der Geschäftszahl GZ FMA-SG23 9590/0016-CSA/2010 maßgeblich wird. Unklar bleibt das Verhältnis dieser Guidelines zu den in aller Regeln danach ergangenen EU-Richtlinien und Umsetzungen in nationales Recht.

Nachdem Amtssprache in Österreich ausschließlich Deutsch ist, kollidieren diese Dokumente, die nur in Englisch verfügbar sind mit diesem Grundsatz. Wenn diese Dokumente auch nur indirekt über § 39 (allgemeine Sorgfaltsverpflichtung) Gültigkeit erlangen, so sind sie aufgrund des FMA Schreibens doch von quasi normativem Charakter.

Wir haben dieses Problem identifiziert und bei den maßgeblichen Stellen eine Lösung ange-regt.

2. Capital Requirements Directive (CRD)-Änderungsrichtlinie

Hintergrund

Die CRD II (= Capital Requirement Directive) ist ein Richtlinienpaket der Europäischen Union zur Überarbeitung der bestehenden EU Basel II Eigenkapitalrichtlinien, das zum Teil weitreichende Änderungen und Verschärfungen in den Bereichen Großveranlagungen, Hybridkapital, Liquiditätsrisikomanagement und Verbriefungen mit sich bringt. Die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) hat am 29. Oktober 2010 vier Verordnungen zur Umsetzung der CRD II-Richtlinien (2009/111/EG, 2009/83/EG, 2009/27/EG) kundgemacht.

Die Verordnungen wurden auf der Grundlage von entsprechenden Ermächtigungen im Zuge der gesetzlichen Umsetzung der CRD II-Richtlinien (BWG idF. BGBl. I Nr. 72/2010) erlassen und treten als Teil der CRD II-Umsetzung mit 31. Dezember 2010 in Kraft.

- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Solvabilitätsverordnung geändert wird (BGBl. II Nr. 335/2010)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Anerkennung von hybridem Kapital (Hybridverordnung – HybV BGBl. II Nr. 336/2010)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Offenlegungsverordnung geändert wird (BGBl. II Nr. 337/2010)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) betreffend die Mindestanforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement (Liquiditätsrisikomanagementverordnung – LRMV BGBl. II Nr. 338/2010)

CRD II bildet den Auftakt zu weiteren Änderungen, die in den nächsten Monaten und Jahren unter dem Schlagwort Basel III von der Bankenindustrie umzusetzen sein werden.

Das Großveranlagungsregime erfährt mit CRD II seine umfassendste Reform seit dem Finanzmarktanpassungsgesetz aus dem Jahr 1993. Ziel des neuen Großveranlagungsregimes ist die stärkere Begrenzung von Großveran-

lagungsrisiken, ohne jedoch die Liquiditätsbeschaffung von Banken zu gefährden.

CRD II bringt aber auch vielfältige neue Anforderungen an das interne Liquiditätsrisikomanagement von Banken. Liquiditätsrisikostress-testing, Liquiditätskrisennotfallpläne und Vorhalten von Liquiditätspuffern sind nur einige der Themen, die bei Banken nun auf der Agenda stehen.

Inhalte

Der ÖGV konnte mit der EACB einige wichtige Klarstellungen und Regelungen herausverhandeln, die der spezifischen Situation der Volksbanken Rechnung tragen.

Für Volksbanken wichtige Aspekte

Während des gesamten Gesetzgebungsprozesses haben sich ÖGV und EACB – (European Association of Co-operative Banks/Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken) besonders auf die für Genossenschaftsbanken wichtigen Aspekte des Richtlinienvorschlages konzentriert.

Eigenkapitaldefinition

Verbesserung von Qualität, Konsistenz und Transparenz der Eigenkapitalbasis.

Die in Art. 57 (a) CRD genannten originären Eigenmittel umfassen auch alle anderen Instrumente gemäß der Satzung der Kreditinstitute, welche Stammaktien bezüglich ihrer Kapitalqualität als gleichgestellt gelten, insbesondere in Bezug auf die Verlustverkraftung. Hierbei wird die spezifische Gestaltung von Genossenschaften berücksichtigt.

Da der Verlusttragungscharakter von Genossenschaftsanteilen nicht bestritten werden kann ist der Aspekt der „Dauerhaftigkeit“ bei der weiteren Gesetzgebung von besonderer Bedeutung.

Großveranlagungen – Anerkennung von Interbank Exposures innerhalb eines institutionellen Sicherungssystems

Aufgrund der wesentlichen Änderungen im Großveranlagungsregime wird der gesamte § 27 BWG neu gefasst.

Hinsichtlich der GVA-Grenzen fällt das Limit von 800% für die Gesamtheit der Großveranlagungen. Das bisherige Limit von 25% des Eigenkapitals bleibt zwar bestehen, jedoch entfällt das Limit von 20% für Veranlagungen bei Mutter- und Tochterunternehmen, die nicht der Kreditinstitutsgruppe angehören. Aus Harmonisierungsgründen entfallen außerdem zahlreiche nationale Wahlrechte. Dies führt insbesondere zu einer Reduzierung der begünstigenden Gewichtungen der Großveranlagungen. Beispielsweise entfällt die laufzeitenabhängige begünstigende Risikogewichtung für Großveranlagungen am Interbankenmarkt (0%, 20% und 50%). Nunmehr werden Interbankenforderungen einheitlich mit 100% gewichtet. Wir konnten erreichen, dass Forderungen innerhalb einer KI-Gruppe bzw. Forderungen, für die das Privileg der IGE (Inter-Group-Exposure) gilt, weiterhin mit 0% gewichtet werden.

Gruppe verbundener Kunden

Der Begriff der wirtschaftlichen Abhängigkeit wurde ausgeweitet.

Bei der Feststellung des Vorliegens einer Gruppe verbundener Kunden soll künftig auch berücksichtigt werden, ob Kunden durch eine gemeinsame unmittelbare oder mittelbare Finanzierungsquelle miteinander verbunden sind. Um festzustellen, ob eine Gruppe verbundener Kunden vorliegt, hat das Kreditinstitut bei Forderungen, die aus zugrundeliegenden Vermögenswerten resultieren (z.B. Fonds), das Gesamtkonstrukt oder seine zugrundeliegenden Forderungen oder beides zu bewerten.

Während des Gesetzgebungsprozesses hatte der ÖGV vor allem Bedenken darüber geäußert, dass die Definition bzw. der Anwendungsbereich viel zu weit und überdies zu vage sei und verlangte einen engeren Anwendungsbereich.

Die Bestimmungen sind seit 31.12.2010 in Kraft. Zu beachten sind die zahlreichen Übergangsregelungen (insbesondere im Bereich der Großveranlagungen).

Hybride Instrumente – neu definiert

Bei der Hybridverordnung (HybV) handelt es sich um eine neue Verordnung zur Auslegung von bestimmten Anerkennungsvoraussetzungen von hybridem Kapital, welches im Zuge der CRD II-Umsetzung gänzlich neu geregelt wurde. Angesichts der nunmehrigen CRD IV Diskussionen handelt es sich dabei wohl nur um eine Übergangsbestimmung.

Hybridkapital ist künftig gem. § 23 Abs. 1 Z 3a BWG unter den in § 23 Abs. 4a BWG genannten Voraussetzungen (z.B. Nachrangigkeit, Laufzeit etc.) als Kernkapital auf Einzelinstituts-ebene anrechnungsfähig. Gem. § 13 Abs. 14 Z 3a BWG kann unbefristetes Hybridkapital mit Wandlungsrecht bis zu 50%, ohne Wandlungsrecht bis zu 35% und mit Rückzahlungsanreiz bis zu 15% des Kernkapitals angerechnet werden. Die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung iSd RL 2009/111/EG hat die FMA gem. § 23 Abs. 17 BWG per Verordnung festzulegen.

Meldewesen – wird völlig neu geregelt

Ab 31. Dezember 2012 müssen die Behörden der Mitgliedstaaten einheitliche Meldeformate, -intervalle und -termine verwenden. Zur Erleichterung dieser Aufgabe wurde CEBS daher beauftragt, bis spätestens 1. Jänner 2012 Leitlinien zur Einführung eines einheitlichen Meldeformats innerhalb der Gemeinschaft zu erstellen. Die Meldeformate müssen der Art, dem Umfang und der Komplexität der Geschäfte des Kreditinstituts angemessen sein. Somit wird dem Grundsatz der Proportionalität Rechnung getragen.

Offenlegung – wird erweitert

Schließlich wurde aufgrund der Änderungen iZm der CRD II auch eine Adaptierung der Offenlegungsverordnung (OfV) erforderlich, wobei die Neuerungen insbesondere Offenlegungsvorschriften für hybrides Kapital betreffen.

Liquidität

Gemäß § 25 Abs. 2 BWG wird die FMA nunmehr aufgefordert, per Verordnung die Mindestanforderungen für das Liquiditätsrisikomanagement festzulegen. Die Liquiditätsrisikomanagementverordnung (LRMV) legt daher nun qualitative Mindestanforderungen an das Liqui-

ditätsrisikomanagement von Kreditinstituten fest. In Anlehnung an die Arbeitspapiere des CEBS und des Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht sollen Kreditinstitute künftig über robuste interne Strategien und Verfahren zur Messung, Steuerung und Überwachung von Liquiditätsrisiken verfügen.

Eines der wichtigsten Themen in diesem Bereich ist, dass Bankanleihen künftig nicht als highly liquid assets berücksichtigt werden sollen. Dies hätte zur Folge, dass solche Anleihen nicht mehr von Banken gezeichnet werden. In weiterer Folge hält dies vor allem bei dezentralen Sektoren Einfluss auf den Liquiditätsausgleich innerhalb des Sektors. Primärinstitute würden dadurch weniger Emissionen des Spitzeninstitutes zeichnen. Das in dezentralen Sektoren etablierte System der Liquiditätssicherung hat sich in der Krise besonders bewährt und die europäische Bankenlandschaft stabilisiert. Daher muß unserer Meinung nach die von den Lokalbanken bei den Zentralinstituten gehaltene Liquidität besonders behandelt werden.

Verbriefungen – mit neuen Mindestanforderungen

Die neu hinzugefügten Abs. 3-9 in § 22f BWG umfassen umfangreiche Due Dilligence-Anforderungen für Investoren in Verbriefungspositionen sowie ein Minimumerfordernis zur Einbehaltung von Verbriefungspositionen für Originatoren (5%-Regel). Vor einer Investition (und gegebenenfalls auch danach) müssen Kreditinstitute in der Lage sein, den zuständigen Behörden gegenüber nachzuweisen, dass sie eine Regelung zur Analyse und Messung insbesondere folgender Punkte implementiert haben:

- Dass der Originator die 5 %-Quote einhält
- Die Risikonenndaten ihres Investments
- Prospektprüfungsbestätigung von Originator und Sponsor (vgl. Art. 1 Nr. 27 Änderungs RL)

Banken müssen in Bezug auf ihre Verbriefungspositionen regelmäßig selbst geeignete Stresstests durchführen.

Sind die Anforderungen in einem wesentlichen Punkt aufgrund von Fahrlässigkeit oder Unterlassung seitens des Kreditinstituts nicht erfüllt,

so müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die zuständigen Behörden gegen das betreffende Kreditinstitut ein angemessenes zusätzliches Risikogewicht von mindestens 250% des Risikogewichts (mit einer Obergrenze von 1.250%) verhängen.

3. CRD III – Handelsbuch, Wiederverbriefungen, Vergütungspolitik

Die „CRD III“ orientiert sich in weiten Teilen an den Zielen der G20 sowie den Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht vom September 2009. Für unsere Mitglieder ist dabei vor allem die Neuregelung der Vergütungspraktiken, die übermäßige Risikobereitschaft weder fördern noch belohnen soll, von besonderer Bedeutung.

Vergütungspolitik und -praxis der Banken

Angesichts des Wettbewerbsdrucks in der Finanzdienstleistungsbranche und der Tatsache, dass viele Kreditinstitute grenzüberschreitend tätig sind, muss sichergestellt werden, dass die Grundsätze einer soliden Vergütungsstrategie in allen Mitgliedstaaten konsistent angewandt werden. In der neuen Richtlinie werden die allgemeinen Grundsätze für eine risikoorientierte Vergütungsstrategie im Bankensektor festgelegt, die mit einem wirksamen Risikomanagement kohärent ist und zu keinem Eingehen von übermäßigen Risiken führt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die richtliniennahe Umsetzung der Bestimmungen gelegt, um im Sinne der Maximalharmonisierung nicht benachteiligt zu werden.

Die neuen Regelungen der Richtlinie erfassen zwar alle Institute, die Gestaltung der jeweiligen Vergütungspolitik bleibt jedoch auch künftig Aufgabe jeder Bank. Der ÖGV konnte die Einschränkung des persönlichen Geltungsbereichs dieser Verpflichtungen erwirken: erstens auf Mitglieder der Geschäftsleitung, zweitens auf Mitarbeiter, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil der Bank auswirkt („Risikokäufer“ und Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen) sowie drittens um solche Mitarbeiter, die sich in einer ähnlichen Einkommenskategorie befinden wie die Geschäftsleitung der Risikokäufer.

Mit dem Bundesgesetzblatt BGBl I Nr. 118/2010 wurde die Richtlinie des Europäischen Parlamentes 2010/76/EG hinsichtlich der Regelungen für Vergütungspolitik in nationales Recht umgesetzt.

Nach dem Wortlaut der CRD III hat die übermäßige und unvorsichtige Übernahme von Risiken im Bankensektor in den Mitgliedstaaten und weltweit zum Ausfall einzelner Finanzinstitute und zu Systemproblemen geführt. Wenngleich die Ursachen einer solchen Übernahme von Risiken vielfältig und komplex sind, herrscht unter Aufsichtsbehörden und Regulierungsinstanzen, einschließlich der G20 und des Ausschusses der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS), doch Einigkeit darüber, dass die unangemessenen Vergütungsstrukturen einiger Finanzinstitute hierzu beigetragen haben. Eine Vergütungspolitik, die Anreize zur Übernahme von Risiken gibt, die über das allgemein von dem Institut tolerierte Maß hinausgehen, kann ein solides und wirksames Risikomanagement untergraben und ein übermäßiges Risikoverhalten noch verstärken (Erwägungsgrund 1 der Richtlinie).

Der Europäische Gesetzgeber hat daher im Rahmen der CRD III letztlich sehr weit reichende Rahmenbedingungen für die Entlohnung in Banken geschaffen und der nationale Gesetzgeber ist ihm in der Umsetzung in den österreichischen Rechtsbestand ohne Ansehung besonderer Verhältnisse oder Strukturen gefolgt.

In einer Reihe von Stellungnahmen im Rahmen der WKÖ und insbesondere auch des Groupement haben wir die Position des ÖGV und damit die Situation aufgrund unserer dezentralen, regionalen Struktur und unseres genossenschaftlichen Geschäftsmodells gegenüber dem Europäischen Gesetzgeber, gegenüber dem CEBS und auch gegenüber dem Österreichischen Gesetzgeber deutlich gemacht.

Der enorme Zeitdruck, den die EU-Kommission und das EU-Parlament für die nationale Umsetzung auferlegt haben, verbunden mit dem Umstand, dass die CEBS-Guidelines, die der weiteren Interpretation des Richtlinien-textes dienen sollen, erst Anfang Dezember 2010, also wenige Wochen vor Inkrafttreten der BWG-Novelle in

ihrer verbindlichen Letztfassung publiziert wurden, hat trotz aller Interventionen unsererseits zu einer überhasteten, mangelhaften und auch gegenüber anderen EU-Ländern zum Teil weit strenger und nicht sachgerechten Umsetzung der Richtlinie geführt.

Gewissermaßen in letzter Minute konnten allerdings noch notwendige Erleichterungen bei der Regelung einer Auszahlung in Non-Cash-Instrumenten erreicht werden.

Das per 1.1.2011 in Kraft getretene Gesetz bedarf bereits einer Reparatur, um den in der Endredaktion übersehenen, von der Richtlinie allerdings zwingend vorgesehenen Vergütungsausschuss nachträglich zu implementieren. Bei dieser Gelegenheit werden wir wiederum massiv die sachlich gerechtfertigten Erleichterungen für unsere Mitglieder fordern.

Darüber hinaus sehen wir es als unsere Aufgabe, den Volksbanken de lege lata für die künftige Gestaltung ihrer Entlohnungssysteme möglichst praktikable Auslegungen des Gesetzes und Anwendungsvorschläge zu bieten. Wir befinden uns aus diesem Grund derzeit im Gespräch mit der Aufsicht und auch in Diskussion mit den anderen betroffenen Sektoren. Gleichzeitig sind wir bemüht, unsere Argumentation auch auf Basis externer Expertise möglichst gesichert anzubieten; immerhin geht es um ein sensibles Thema wie die Entlohnung unserer Mitarbeiter und die Gestaltung auch langfristiger Dienstverträge.

Die wesentlichen Fragestellungen, mit denen sich alle Institute ausnahmslos auseinandersetzen haben, sind insb. die Einbindung des Risikos aus der Vergütung in das Risikomanagement der Bank, sowie Fragen der Governance und der Transparenz-Regelungen hinsichtlich der Vergütung und vorrangig auch die Frage, inwieweit das eigene Institut hinsichtlich seiner Größe, internen Organisation, sowie Art, Umfang und Komplexität seiner Geschäftstätigkeit, aber auch hinsichtlich seiner Mitarbeiter(kategorien) in Bezug auf die Art und Höhe deren Vergütung und der Auswirkung deren Tätigkeit auf das Risikoprofil der Bank, die zentralen besonderen Bestim-

mungen der BWG-Novelle (Anlage zu § 39b BWG) zu beachten hat.

Der ÖGV hat dazu einen Argumentationskatalog ausgearbeitet, der derzeit abgestimmt wird und der dem jeweiligen Aufsichtsrat (oder künftig auch Vergütungsausschuss) als Muster für seine eigene Prüfung und Beschlussfassung über die Vergütungspolitik des eigenen Hauses zur Verfügung gestellt wird.

Wir sind jedenfalls der Meinung, dass eine genossenschaftliche Regionalbank im Rahmen ihres dezentralen Verbundes grundsätzlich die Anforderungen für eine weitestmögliche Neutralisierung der maßgeblichen Bestimmungen ebenso erfüllt, wie wohl, naturgemäß abgesehen von den Geschäftsleitern, auch die meisten Mitarbeiter in den Volksbanken.

4. CRD IV/Basel III

Für unsere Mitglieder stehen die Diskussionen um die Neuregelung der Kapitalelemente in der Bank und nunmehr in der EU im Mittelpunkt und bilden einen Hauptschwerpunkt der Interessenvertretung. Dieses Änderungspaket wird unter dem Titel „CRD IV“ geführt. Die Europäische Kommission hat im Februar 2010 ein Konsultationspapier zu weiteren Anpassungen der EU-Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie veröffentlicht. Die Vorschläge basieren im Wesentlichen auf den parallel konsultierten Basel III-Empfehlungen des Basler Ausschusses vom Dezember 2009. Sie zielen auf sieben Politikbereiche ab, die mehrheitlich die Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs im Rahmen der G20-Gipfel in London und Pittsburgh widerspiegeln. Dort hatte man sich unter anderem darauf verpflichtet, das

(I) Eigenkapital neu zu definieren und auf die Verbesserung von Qualität, Konsistenz und Transparenz der Eigenkapitalbasis. (II) Risiken breiter abzudecken, indem die Eigenkapitalanforderungen für das Gegenparteiisiko bei Derivaten verschärft werden. (III) Einführung von Standards, die eine Liquiditätsdeckungsquote und eine längerfristige strukturelle Liquiditätsquote beinhalten. (IV) Einführung einer maximalen Verschuldungs-

quote als Ergänzung zum risikobasierten Ansatz von Basel II mit entsprechender Überprüfung und Kalibrierung. (V) Und einer Einführung von anti-zyklischen Eigenkapitalvorschriften.

Ein erster Richtlinienvorschlag seitens der Europäischen Kommission ist für das 1. Quartal 2011 geplant. Ein Inkrafttreten der geplanten Maßnahmen ist für den 01. Jänner 2013 anvisiert.

Definition des harten Kernkapitals (Core Tier 1)

Das Arbeitspapier der Kommission zur CRD IV schlägt 14 Kriterien vor, die für eine Anerkennung als hartes Kernkapital (Core Tier 1 Capital) erfüllt werden müssen. Hartes Kernkapital soll demnach insbesondere auf common equity beschränkt werden und somit grundsätzlich nur Stammaktien umfassen. Für Institute, die keine Aktiengesellschaften sind, sollen jedoch auch adäquate Instrumente unter bestimmten Voraussetzungen berücksichtigungsfähig sein. Die Voraussetzungen des harten Kernkapitals werden zudem auch in der Leitlinie des Ausschusses der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS) vom 14. Juni 2010 festgelegt. Sie gibt 10 Kriterien für das harte Kernkapital vor. Sowohl die Kriterien der CRD IV wie auch die Leitlinien des Ausschusses der Europäischen Bankaufsichtsbehörden entsprechen im Wesentlichen den 14 Prinzipien des Basel III Vorschlags des Baseler Ausschusses für das harte Kernkapital. Alle Kriterien behandeln im Wesentlichen die Dauerhaftigkeit, Verlustteilnahme und Flexibilität von Zahlungen.

Definition des Hybridkapitals (Non-Core Tier 1)

Für hybride Kernkapitalinstrumente sollen nach dem Arbeitspapier zu CRD IV ebenfalls 14 Qualifikationskriterien gelten, die im Wesentlichen den im Basel III Vorschlag des Basler Ausschusses vorgegebenen 14 Kriterien für das hybride Kernkapital entsprechen. Dabei geht es wiederum die Dauerhaftigkeit, Verlustteilnahme und Flexibilität von Zahlungen. Nach CRD IV sollen Hybridkapitalinstrumente mit befristeter Laufzeit oder Tilgungsanreiz (z.B. Interest Step-up) generell nicht mehr als Kernkapital anerkannt werden sollen.

Geschäftsanteilskapital

Der überwiegende Teil des Kernkapitals soll künftig aus Stammaktien bestehen. Der genaue Mindestumfang dieser „predominance“ wurde noch nicht definiert.

Neuregelung des Ergänzungskapitals (Tier 2)

Die bisherige Unterscheidung zwischen den Subkategorien des Ergänzungskapitals (Tier 2), des Ergänzungskapitals erster Klasse (upper Tier 2) und des Ergänzungskapitals zweiter Klasse (lower Tier 2), soll aufgegeben werden. Kapitalinstrumente müssen künftig neun einheitliche Kriterien erfüllen, um als Ergänzungskapital anerkannt zu werden. Auch hier geht es wiederum um die Dauerhaftigkeit, Verlustteilnahme und Flexibilität von Zahlungen.

Streichung Tier 3 Kapitals

Tier 3 soll als anrechenbares bankaufsichtliches Eigenkapital ganz wegfallen. Drittrangmittel können aktuell von Handelsbuchinstituten zur Unterlegung von Marktrisiken genutzt werden. Künftig muss das Kapital zur Abdeckung von Marktrisiken dieselbe Qualität haben, wie sie für Kreditrisiken oder operationelle Risiken erforderlich ist (d.h. Unterlegung mit Kernkapital (Tier 1) oder Ergänzungskapital (Tier 2)).

Ausweitung der regulatorischen Abzugsposten

CRD IV sieht eine Vereinheitlichung und Erweiterung der regulatorischen Kapitalabzugsposten vor, die zudem künftig grundsätzlich vom harten Kernkapital abzuziehen sind (und nicht wie bisher entweder vom Kernkapital beziehungsweise je zur Hälfte vom Kern- und Ergänzungskapital).

Kapitalpuffer (Prozyklizität)

Zusätzlich zu den Restriktionen bei den Eigenmitteld Definitionen und der allgemeinen Anhebung des quantitativen Niveaus – ist eine Verknüpfung von Kapitalpuffern und Ausschüttungen vorgesehen. In concreto werden Korridore vorgeschlagen, das bedeutet, je näher sich das Kapital eines Instituts zum Mindesteigenmittelerfordernis bewegt – umso weniger dürfen ausgeschüttet bzw. durchgeführt (an Dividenden, Rückkäufe etc.) werden. Kapitalpuffer führen de facto zu einer Verdoppelung der Tier 1 Kapitaler-

fordernisse über dem Mindestkapital. Die einzuführenden Kapitalpuffer, die die Kernkapitalquote um mindestens 2,5% erhöhen sollen, können durch die nationale Aufsicht weiter erhöht werden. Durch die Einführung der Kapitalpuffer soll verhindert werden, dass Banken im Krisenfall von Staaten mit zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet werden müssen, mit der Begründung, dass der Ausfall systemrelevanter Institute einer Kettenreaktion in der gesamten Finanzbranche auslösen könnte.

Leverage Ratio/Fremdfinanzierung

Durch die Einführung einer Leverage-Ratio soll sichergestellt werden, dass sich Kreditinstitute nicht zu stark verschulden. Diese widerspricht dem bestehenden System der Solvabilität, da diese nicht auf das Risikoniveau des Kreditinstitutes abstellt, sondern allein auf Bilanzsumme und außerbilanzmäßiges Geschäft.

Liquidity coverage Ratio (LCR)

Mit Hilfe dieser Liquiditätskennzahl soll eine ausreichende Liquidität für den Zeitraum von einem Monat unter normalen Bedingungen und unter gestressten Bedingungen sichergestellt werden. In die Berechnung fließen auch Assets mit ein, die je nach Möglichkeit der Liquidation einen Einfluss auf die LCR nehmen.

Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Hiermit soll eine langfristige Refinanzierung von Kreditinstituten sichergestellt werden: Hierbei werden nicht nur bestehende, abgerufene Verpflichtungen, sondern auch langfristige, außerbilanzielle Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus Kapitalmarktgeschäften einkalkuliert.

Liquidität

Die beiden neuen Kennzahlen für das Liquiditätserfordernis sind unabhängig vom Geschäftsmodell der einzelnen Bank auf sämtliche Banken gleichmäßig anzuwenden.

Fremdanteile/Minderheitenanrechte/Minderheitenanteile

Der Basler Entwurf sieht vor, dass Fremdanteile (= Anteile Dritter an vollkonsolidierten Finanzunternehmen einer Kreditinstitutsgruppe) künftig nicht mehr dem konsolidierten Core Tier 1 Kapital hinzugerechnet werden können, obwohl

die Risikoaktivseite des Tochterunternehmens zu 100% weiterhin konsolidiert werden muss. Das Nichtanrechnen von Fremdanteilen führt zu einer Schiefelage in der konsolidierten Betrachtung – volle Berücksichtigung von Aktiva, nur teilweise Berücksichtigung von Passiva. Minderheitenanteile in Tochtergesellschaften haben dieselbe Kapitalqualität wie die Minderheitsanteile und sind genauso verlusttragend in going concern Situationen wie diese. Die Anrechnung als Kernkapital ist kein Ersatz, da der Kapitalmarkt auf Core Tier 1 Kapital als Bonitätsmaßstab abstellen wird. Überdies wird die Anrechenbarkeit als „other tier 1“ zugleich quantitativ begrenzt, sodass zu befürchten ist, dass - zumindest teilweise – nicht einmal eine Anrechenbarkeit als „other tier 1“ gegen sein dürfte.

Offenlegung der Kapitalbestandteile

Die Zusammensetzung der Kapitalbasis muss zukünftig umfassend im Zuge der Offenlegung nach Säule 3 dargestellt werden. Gefordert werden insbesondere eine Überleitung der einzelnen Kapitalelemente aus den Bilanzposition, eine Aufstellung der aufsichtsrechtlichen Anpassungen und die Erläuterung verwendeter Kennzahlen, die auf Komponenten des regulatorischen Kapitals Bezug nehmen (z.B. Equity Tier 1-Ratio, Core Tier 1-Ratio, Tangible Common Equity-Ratio). Zusätzlich sollen Kreditinstitute verpflichtet werden, ihre Exposures offenzulegen.

ÖGV-Position

- Genossenschaftliches Geschäftsanteilskapital und alle Rücklagen müssen als Tier 1 Kapital anerkannt werden.
- Der Haftsummenzuschlag sollte weiter als ergänzender Eigenkapitalbestandteil anrechenbar bleiben.
- Alle Arten von Partizipationskapital – also sowohl das „normale“ als auch im Zuge der Staatshilfe gezeichnete Partizipationskapital – müssen vom Grandfathering als hartes Kernkapital erfasst werden
- Stimmrechtslose Vorzugsaktien ohne Laufzeit sollten als hartes Kernkapital Anerkennung finden.
- Es muss ein weiteres emitierbares Eigenkapital-Instrument geben, um eine angemessene flexible Steuerung des harten Kernkapitals zu gewährleisten.

- Sämtliche Abzugsposten sollten sich grundsätzlich auf das gesamte Kernkapital beziehen.
- Bei Einführung einer Leverage-Ratio soll diese nicht im Regulierungsbereich (Säule 1), sondern im Rahmen des internen Risiko- adäquanzprozesses (ICAAP, Säule 2) etabliert werden.
- Sämtliche bestehende Kapitalbestandteile, die bisher emittiert wurden, sollen mit möglichen langen Übergangsfristen weiterhin sinngemäß jenen Kapitalkategorien zuzurechnen sein, zu denen sie heute gezählt werden. Übergangsfristen sollten sich an den Übergangsfristen unter CRD II orientieren.
- Wir plädieren mit Nachdruck dafür, dass jedwede Liquiditätsregulierung im Einklang mit den Grundsätzen der Angemessenheit und Ausgewogenheit im Hinblick auf die Verschiedenheit der Geschäftsmodelle und den damit zusammenhängenden verschiedenen Liquiditätsrisikoprofilen – insbesondere auch in Bezug auf Geschäftsmodelle, die maßgeblich die Finanzierung der Realwirtschaft zum Gegenstand haben – ausgestaltet wird.
- Wir ersuchen um Gleichstellung von Fondsveranlagungen und dem direkten Halten auf Einzeltitelbasis und die Vermeidung einer Schlechterstellung gegenüber der inhaltsgleichen Direktveranlagung.
- Die Aussagekraft von Bilanzen, die den fair value ausdrücken sollen und dabei die Möglichkeit einer plötzlichen Krise außer Betracht lässt, entspricht weder der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns noch dem käufmännischen Sorgfaltsprinzips.
- Dynamic Reserving hat uE vor allem den Nachteil, dass es sich dabei um eine gebundenen Rücklage handeln soll, die aus dem versteuerten Gewinn zu bilden ist, aber im Fall von Verlusten nicht aufgelöst werden darf, sondern ausschließlich für den steigenden Kapitalbedarf im Fall von wirtschaftlichen Schwankungen zur Verfügung stehen soll.
- Eine Abstimmung der weiteren Vorgehensweise mit dem Basel Ausschuss ist – vor dem Hintergrund von Wettbewerbsverzerrungen (US und Asien) – unerlässlich; ebenso ist eine Abstimmung mit den IASB Accounting Standards erforderlich.

Zusammenfassung

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden für die Volksbanken zweierlei Auswirkungen haben: Einerseits werden sich die Volksbanken höheren Eigenkapitalanforderungen stellen müssen, was die aktuellen Diskussionen über mögliche Kapitalerhöhungen belegen. Andererseits müssen Kreditinstitute sowohl ihre Management- als auch ihre IT-Systeme (in Zusammenarbeit mit dem ARZ) danach überprüfen, ob diese den neuen Anforderungen genügen. Es ist abzusehen, dass mindestens ein erheblicher Anpassungsbedarf besteht, wenn nicht sogar einzelne Systeme vollständig neu eingeführt werden müssen.

B. ARBEITSGRUPPE VERBRAUCHERPOLITIK

1. Europäisches Vertragsrecht

Die Diskussion bezüglich eines einheitlichen europäischen Vertragsrechts wurde zunächst unspezifisch geführt, getragen von der Idee, europaweit vollkommen einheitliche Rechtsgrundlagen zu schaffen. Es darf hierbei nicht übersehen werden, und darauf haben wir in der Diskussion vehement hingewiesen, dass die Rechtssysteme in den Mitgliedstaaten vom Grundverständnis äußerst verschieden sind (case law vs. codified law). Das Bestreben nach Vereinheitlichung ist im Grunde nachvollziehbar, doch von heute auf morgen sind die autark gewachsenen Systeme nicht problemlos zu harmonisieren.

Es gilt daher, darauf abzustellen, in welchem Ausmaß es zu einer Harmonisierung kommt. Sollten die derzeit in Planung befindlichen Vereinheitlichungsbestrebungen das gesamte Vertragsrecht umfassen, sehen wir diese geplante Entwicklung skeptisch.

Aus unserer Sicht ist lediglich im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr, und insbesondere im B2C-Bereich, eine stärkere Vereinheitlichung zielführend. Dies wird wie folgt begründet: obwohl im Bereich der Verbraucherschutzbestimmungen bereits eine Vielzahl europäischer Harmonisierungsvorhaben umgesetzt wurden, konnte durch die zwingend anzuwendenden

nationalen Verbraucherschutzbestimmungen dennoch kein einheitliches Schutzniveau geschaffen werden. Das Ziel, grenzüberschreitende Dienstleistungen im Sinne eines einheitlichen Marktes möglichst barrierefrei zu gestalten, wurde somit nicht erreicht.

Insbesondere ist auch den Anbietern mangels Rechtssicherheit das grenzüberschreitende Anbieten von Dienstleistungen dadurch noch immer erschwert.

Es zeigt sich daher, dass allenfalls und ausschließlich in diesem Teilbereich weitere und dafür stärker verpflichtende (Vermeidung von „gold plating“) Bestimmungen durchaus Berechtigung hätten.

Aktueller Stand im Bereich Europäisches Vertragsrecht ist, dass eine öffentliche Konsultation zum Grünbuch bis Jänner 2011 durchgeführt wurde. Die nächsten Meetings des Beirats, bei denen eine nutzerfreundliche Regelung, die den Bedürfnissen einerseits der Verbraucher und andererseits den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst ist, folgen im Februar und März 2011.

2. Keine Überarbeitung der Fernabsatzrichtlinie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz) hat bereits 2009 Ergebnisse ihrer Studie betreffend eine Überarbeitung der Fernabsatzrichtlinie (Richtlinie 97/7/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz) präsentiert. Der ÖGV hat sich gemeinsam mit der EACB in der Konsultation stets gegen eine Überarbeitung der Richtlinie mit womöglich neuen belastenden Auflagen für die Banken ausgesprochen. Es stellt somit einen Erfolg der Interessenvertretung dar, dass die Europäische Kommission bisher von ihrem Vorhaben Abstand nahm.

3. Finanzielle Eingliederung

Bereits im Jahr 2008 legte die Europäische Kommission erstmals die Problematik der Financial Exclusion dar, also die Problematik eines Ausschließens gewisser Personengruppen von Finanzdienstleistungen und damit in gewisser Weise aus dem öffentlichen Leben. Die Generaldirektion Employment sprach sich daraufhin für das Recht auf ein kostenloses Bankkonto aus, die GD Binnenmarkt war dagegen. Kommissar Mc Creevy hatte eine unverbindliche Empfehlung an den Finanzsektor vorgeschlagen.

Im Jahr 2009 gab es eine Konsultation zu diesem Thema, deren Ergebnis im Juni 2009 vorlag. ÖGV und EACB betonten in ihrer Antwort auf die Konsultation die Wichtigkeit der Thematik und den Beitrag der Genossenschaftsbanken als Regionalbanken, die durch Nähe und Vertrauen den Grundsatz der finanziellen Eingliederung (Financial Inclusion) schon lange leben.

Alles in allem sprachen sich die Verbände dafür aus, dass ein Bankkonto für jedermann auf freiwilliger Basis vorstellbar wäre, ein gesetzlicher Regelungsbedarf jedoch nicht gesehen wird. Die EACB-Mitglieder wollen den Anwendungsbereich auf ein „basic bank account“ reduzieren und keinen Überziehungsrahmen gewähren. Die EACB hat im Jahr 2009 eine Studie über die Kosten und Vorteile des „basic bank account“ in Auftrag gegeben. Sie schlägt einen Austausch von „best practices“ vor. Die CSES (Centre for Socio-economic and Environmental Studies) Studie „on costs and benefits of policy actions in the field ensuring access to a basic bank account“ wurde im Oktober 2010 publiziert.

Schließlich wiesen ÖGV und EACB darauf hin, dass die „Financial Inclusion“ zwar ein Teil, aber nicht der einzige Bereich der „Social Inclusion“ sein könne. Ein „hard-law approach“ wäre in diesem Bereich nicht effizient, da es Probleme mit anderen rechtlichen Bestimmungen geben könne. Im Zusammenhang mit dem Recht auf ein Girokonto haben wir weiters darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung nicht zu einem Kontrahierungszwang führen darf. Letztlich sollte die Entscheidung zur Eröffnung eines Girokontos jedenfalls beim Kreditinstitut liegen und kein

zwangsweiser Vertragsabschluss erfolgen müssen, da es durchaus gerechtfertigte Gründe gibt, aus denen eine Vertragsbeziehung verweigert wird. Die Schutzbedürftigkeit ist aus unserer Sicht insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass keine Monopolstellung eines einzelnen Partners vorliegt, nicht gegeben. Der Wettbewerb um den Kunden ist Garant genug, dass Kunden ein an ihre Bedürfnisse aber auch ihre eigenen Möglichkeiten angepasstes Konto erwerben können. Daher ist es nicht sinnvoll, ein zwingendes „Standardprodukt“ vorzuschreiben, da dieses wiederum die individuellen Bedürfnisse nicht berücksichtigen würde. Weiters wurde vorgebracht, dass die Verpflichtung für die Bank, jedem Kunden (wie derzeit entgegen unserer Meinung gefordert wird, auch denen, die nicht ansässig sind) Zugang zu einem Konto zu gewähren, mit Kostenaspekten ebenso wie mit Risiken (Geldwäsche etc.) und dem Prozedere kollidieren kann.

Im Jahr 2010 hat die Europäische Kommission ein Konsultationsverfahren durchgeführt, zu dem sich auch der ÖGV via EACB eingebracht hat. Die Kommission beabsichtigt eine gesetzliche Regelung einzuführen, die Vertreter der Kreditwirtschaft sehen jedoch einheitlich keinen Regelungsbedarf und würden zur Vermeidung gesetzlicher Regelungen zur Selbstregulierung tendieren. Der Vorschlag wird im 2. Quartal 2011 erwartet, jedenfalls aber nachdem der Vorschlag der Richtlinie für „responsible mortgage lending and borrowing“ (verantwortungsvolle Kreditvergabe, siehe dazu der gesonderte Punkt in dem Kapitel) gemacht wurde.

4. Alternative Streitbeilegung

Die EU-Kommission hat in der zweiten Hälfte 2010 das Thema alternative Streitbeilegung aufgegriffen und sodann eine Konsultation hinsichtlich der Verwendung und Art von ADR (= „alternative dispute resolution“)-Methoden als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Konsumenten und Unternehmern gestartet. Nach Ansicht des Kommissars John Dalli sollen alle EU-Konsumenten eine einfache, schnelle und kostengünstige Möglichkeit haben, ihre Differenzen mit Unternehmen zu klären. Ziel der veröffentlichten Konsultation ist eine Initiative, die sicherstellt, dass der Konsument mehr Vertrauen

in den Binnenmarkt hat und sich sicherer bei grenzüberschreitenden Einkäufen fühlt. Zudem soll die Belastung der nationalen Gerichte gemindert werden.

Die Kommission ortet vor allem drei Hauptprobleme:

- das Fehlen von ADR-Mechanismen in manchen Sektoren oder manchen Regionen der EU;
- geringe Bekanntheit;
- Abneigung der Unternehmer.

Zu der von der EU-Kommission publizierten Konsultation hinsichtlich der Verwendung und Art von ADR-Methoden als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Konsumenten und Unternehmern haben wir klar kommuniziert, dass die Kreditwirtschaft Österreich bereits ADR Systeme installiert hat, die die Anforderungen beispielhaft erfüllen und haben dazu auf die „Gemeinsame Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft“ hingewiesen (siehe <http://www.bankenschlichtung.at/engl.htm>). Zusätzlichen Handlungsbedarf sehen wir in Österreich nicht, zumal nationale Gesetze, wie etwa ZaDIG, WAG und VKrG, auch die Verpflichtung über diese Systeme zu informieren, vorsehen.

Die Konsultation betreffend ADR läuft bis April 2011 und wird weiter im Rahmen der EACB und der WKÖ von uns verfolgt und Stellungnahmen zur Bestärkung unseres Standpunktes eingebracht. Der EU-Regelungsvorschlag in Form einer Richtlinie wird im November 2011 erwartet.

5. Verbraucherbarometer

Mit dem Verbraucherbarometer (Consumer Market Scoreboard) soll erhoben werden, wie der Binnenmarkt für die Verbraucher im Hinblick auf Angebot, Preiswettbewerb und Kundenzufriedenheit funktioniert. Es sollen jene Märkte ermittelt werden, die für Verbraucher unzulänglich funktionieren. Die so gewonnenen Erkenntnisse sind entscheidend für die Erarbeitung politischer Maßnahmen und liefern wichtige Aufschlüsse für die allgemeine Überwachung des Funktionierens des EU-Binnenmarktes durch die Kommission.

Ab 2010 wurden auch die Integration des Einzelhandels und die Verbrauchersituation in den einzelnen Staaten behandelt. Im Oktober 2010 wurde die 4. Fassung des Consumer Market Scoreboard veröffentlicht, in dem 50 einzelne Marktsegmente daraufhin geprüft werden, wo es zu Störungen für die Verbraucher kommen könnte. Gemäß dem von der Europäischen Kommission veröffentlichten Consumer Market Scoreboard kommen die Verbraucher in der EU wegen der Hindernisse im grenzüberschreitenden Handel noch immer nicht in den Genuss aller Vorteile des Binnenmarkts. In vielen Ländern haben die Verbraucher inzwischen einen schlechteren Stand, gemessen z.B. am Vertrauen der Verbraucher in Verbraucherbehörden und NGOs und in die Wirksamkeit des Umgangs mit Verbraucherklagen. In einigen Ländern haben sich die Bedingungen aber trotz der schwierigen Wirtschaftslage verbessert. Was Verbraucher sich leisten können, unterscheidet sich von einem zum anderen Land stark: In sechs Ländern liegt die Kaufkraft unter der Hälfte des EU-Schnitts. Das Leben in den reicheren EU-Ländern ist trotz der höheren Preise erschwinglicher.

Die Kommission will diese Hindernisse beseitigen und hat dazu einen Maßnahmenkatalog aufgestellt, u.a. zur Vereinfachung der Regeln für den Einzelhandel. Da mit dem Consumer Market Scoreboard auch die Kundenzufriedenheit getestet werden soll, haben wir in unseren Stellungnahmen auch darauf hingewiesen, dass die Kunden die Volksbanken auch 2010 wieder zur Nummer 1 in der Kundenzufriedenheit gewählt haben. Die fortwährenden Bemühungen der Volksbanken um Partnerschaft und Nähe zum Kunden in der jeweiligen Region sind damit entsprechend honoriert worden. Seit 1997 belegen die Volksbanken Spitzenpositionen in der Kundenzufriedenheit. Die Kundenzufriedenheit ist ein wesentlicher Indikator für die erfolgreiche Umsetzung des Volksbank-Geschäftsmodells der Kundenpartnerschaft. Kundenpartnerschaft heißt langfristige Orientierung am Kunden und Aufbau einer engen, lange dauernden Beziehung zum Kunden. Faire, kompetente und persönliche Beratung sind prägende Kennzeichen kundenpartnerschaftlichen Umgangs. Kunden suchen gerade in Krisenzeiten Stabilität und Kontinuität bei ihrem eigenen, vertrauten Geldinstitut. Die regionalen

Volksbanken gehen verantwortungsbewusst mit dem Geld ihrer Kunden um. Sie sichern den regionalen Geld- und Wirtschaftskreislauf. Unsere Kunden und Mitglieder vertrauen in einem hohen Maße auf unser genossenschaftliches Modell der Partnerschaft, Regionalität und Nachhaltigkeit.

6. Zinssatzbeschränkungen

Bereits im Jahr 2010 waren wir in den Konsultationsprozess zu den „Interest Rate Restrictions“ = (IRR; Zinssatzbeschränkungen) eingebunden.

Wir haben dazu festgehalten, dass es in Österreich – abgesehen von der Regelung über die Begrenzung der Verzugszinsen mit derzeit maximal 5 % in § 6 Abs. 1 Z 13 KSchG – keine spezielle rechtliche Regelung betreffend eine Beschränkung von Zinssätzen gibt, abgesehen von der generellen Norm des § 879 ABGB zu Wucher. Aus unserer Sicht sollte auch eine derartige Regelung nicht getroffen werden, da auf diese Art und Weise die Privatautonomie über die Maßen eingeschränkt würde und ist daher eine gesetzliche Obergrenze für Zinssätze nicht gewünscht. Der zu diesem Thema im Auftrag der Kommission vom Institut für Finanzdienstleistungen (iff) gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ausgesandte Fragebogen selbst war aufgrund seiner teils überaus suggestiv formulierten Fragen wohl eher an Verbraucherschutzinstitutionen anstatt an Banken gerichtet war und haben wir in diesen Bereichen massiv darauf hinweisen, dass ein objektiver Fragebogen, der u.a. auch Kreditgebern zugesandt wird, keine Suggestivfragen enthalten dürfe.

Im Jänner 2011 hat die Europäische Kommission eine Studie zu den Interest Rate Restrictions publiziert und eine Konsultation dazu gestartet, die bis Ende März 2011 läuft, in die der ÖGV via EACB und WKÖ wiederum involviert ist.

Wir werden auch hier besonders darauf achten, dass Ergebnisse, von denen wir befürchten müssen, dass sie durch die Fragestellung bereits beeinflusst wurden, richtiggestellt werden können und weiterhin darum bemühen, dass es zu keinen weiteren Begrenzungen der Verzinsung kommt.

7. Verantwortungsvolle Kreditvergabe und Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge

Im Juni 2009 hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zur verantwortungsvollen Kreditvergabe („responsible lending and borrowing“) gestartet, zu den geplanten Maßnahmen auf europäischer Ebene in diesem Bereich. Vorweg zur Information: mit dem letzten Kommissionsvorschlag vom 31.3.2011 wurde der Titel von „responsible lending and borrowing“ in „Directive on credit agreements relating to residential property“ (= Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge) umbenannt. Die EACB hat in ihrer Position deutlich gemacht, warum die Genossenschaftsbanken mit ihrem dezentralen Modell und ihrer Regionalität und Kundennähe einen wertvollen Beitrag zur verantwortungsvollen Kreditvergabe leisten. Die Europäische Kommission hat die EACB daraufhin in ihre zahlreichen Initiativen eingebunden, unter anderem in die Arbeit der Expertengruppe „Credit Histories“ und in diverse weiterführende Studien zum Thema Hypothekarkredit.

In Österreich ist Verbraucherschutz auch im Bereich der hypothekarisch gesicherten Kredite durch das Verbraucherkreditgesetz (VKrG, also Umsetzung der CCD) und den darin normierten Verpflichtungen bereits ausreichend genüge getan. Zum Entwurf einer Richtlinie zu „Responsible Lending and Borrowing“ haben wir daher betont, dass die Regelungen der neuen Richtlinie jenen der CCD (Consumer Credit Directive, Verbraucherkreditrichtlinie) nicht widersprechen dürfen. Dies deshalb, da durch die weite Umsetzung der CCD in Österreich, deren Regelungen (größtenteils) auch auf hypothekarisch gesicherte Kredite anwendbar gemacht wurden. Parallelsysteme in dem Bereich sind zu verhindern, da dadurch massive Kosten entstehen. Problem dabei ist, dass EU-weit nicht einheitliche Standpunkte der Banken bestehen, da beispielsweise die ADR-Berechnung (siehe dazu gesondertes Kapitel) in anderen Mitgliedstaaten ganz anders ist. Dies bedeutet für uns, dass wir gegen mehr als nur die EU-Institutionen unsere Stimme behaupten müssen.

Wo seitens des nationalen Gesetzgebers der unverhältnismäßig große Aufwand für die Banken erkannt wurde, konnten bereits sinnvolle Ausnahmeregelungen erzielt werden. Insbesondere im Bereich der Berechnung des effektiven Jahreszinssatzes darf es zu keinen Abweichungen kommen, da andernfalls zwei unterschiedliche Systeme bereitgestellt werden müssten, die einen massiven zusätzlichen Aufwand darstellen würden und durch unterschiedliche Berechnungen auch zu einer Verwirrung der Konsumenten führen können. Es gilt daher zu vermeiden, dass die Systeme, welche weitgehend an die Regelungen der CCD angepasst wurden, nicht nochmals geändert bzw. angepasst werden müssen. Die neuen Regelungen müssen daher im Einklang mit den bereits existierenden stehen.

Der Regelungs-Vorschlag der Europäischen Kommission wird im März 2011 erwartet. Gleichzeitig wird die Kommission die Ergebnisse der „Study on Costs and Benefits of Policy Options for Mortgage Credit“ veröffentlichen.

Ein großer Erfolg lässt sich in diesem Bereich verbuchen:

Im letzten Kommissionsvorschlag vom 31.3.2011, der sich nun mit neuem Titel „Directive on credit agreements relating to residential property“ (Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge) nennt, ist nun unseren Forderungen entsprochen und die Definition des EJZ (Effektiver Jahreszinssatz = englisch APRC, Annual Percentage Rate of Charge; Art. 12, Seite 33 und Annex 2) entspricht unserer gesetzlichen Definition und der der Consumer Credit Directive (CCD). Daher bleibt unsere bisherige Berechnung des EJZ in Österreich bestehen und es entstehen keine Kosten durch parallele Berechnungsmethoden durch zwei verschiedene Definitionen.

8. Kontenmobilität

Im November 2009 wurde die gemeinsame Empfehlung der Bundeskreditsparte und der Verbände der Kreditwirtschaft über Maßnahmen zur Kontenmobilität (bank account switching) unterzeichnet. Ein Kontowechsel ist für den Kontoinhaber und für die involvierten Kreditinstitute sowohl mit Abwicklungsaufwand als auch

mit Risiken bei der Kontinuität der Zahlungsdurchführung verbunden. Ziel der gemeinsamen Empfehlung war es, dem Kontoinhaber, dem abgebenden und dem aufnehmenden Kreditinstitut einen einfachen und klar definierten Prozess für den Wechsel einer Girokontoverbindung zu bieten.

Gemeinsame Prinzipien zu „Bank Account Switching“ wurden in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten am 31.3.2010 implementiert. Nach Veröffentlichung des EBIC (= European Banking Industry Committee) Reports zur Einführung der "EBIC Common Principles on Bank Account Switching" wurde weitergehende Präzisierung der unklaren Prinzipien durch die Europäische Kommission und BEUC (Europäischer Verbraucherverband) inklusive Stellungnahmen durch EBIC gefordert, während parallel dazu die Europäische Kommission und BEUC eine Überwachung und „mystery shopping“ auf EU-Ebene initiierten. Der diesbezügliche EBIC-Report wurde im Jänner 2011 veröffentlicht. Die weitergehenden Schritte sehen vor, dass der Kommission bis Juni 2011 ergänzende Informationen geliefert werden und die Ergebnisse von „DG SANCO mystery shopping“ Ende 2011 verfügbar sein werden.

Bezugnehmend auf die im Rahmen der von der EU-Kommission vorgesehenen Evaluierung der Vereinbarungen zu Kontenmobilität haben wir auch via WKÖ und EACB festgehalten, dass bei uns keine Beschwerdefälle vorliegen. Die praktischen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Datenaustausch und die entsprechenden Transaktionen in Österreich grundsätzlich funktionieren.

9. Produktbündelung – „Tying and bundling“

Die Europäische Kommission hat 2010 eine Konsultation zu „tying and similar commercial practices“ eingeleitet. Bundling oder Tying bedeutet die Kopplung zweier Produkte aneinander, die nur gemeinsam verkauft werden.

Wir haben in der Konsultation Folgendes klar zum Ausdruck gebracht: Wir verwenden die tied agents nicht als Vertriebsinstrument, daher sind wir von einer etwaigen Regelung zu diesem Thema nicht betroffen. Die meisten Volksbanken

arbeiten mit Vermittlern zusammen, die allerdings nicht exklusiv unsere Produkte vertreiben bzw. die nicht exklusiv Kunden an uns vermitteln. Dennoch sprechen wir uns gegen Neuregelungen in dem Bereich aus, da die damit einhergehende Regelungsflut und Rechtsunsicherheit durch Neuerungen nicht gerechtfertigt ist durch den Nutzen und Schutzzweck der Neuregelungen.

Die Europäische Kommission überlegt derzeit verschiedene Lösungsmöglichkeiten und weitere Schritte. Eine Entscheidung der Vorgehensweise wird im Frühling 2011 erwartet, der Zeitplan scheint optimistisch. Im Rahmen der EACB werden wir uns weiterhin gegen die Einführung von legislativen Maßnahmen auf EU-Ebene einsetzen.

10. Verbraucherrechte-Richtlinie

Die neue Verbraucherrechte-Richtlinie (= Consumer Rights Directive, CRD) soll die Verbraucherrechte weitestgehend harmonisieren und insbesondere bestehende europarechtliche Regelungen für z.B. Fernabsatzgeschäfte ersetzen. Ziel ist es ein kodifiziertes Werk zu haben, das sämtliche Verbraucherrechte in sich beinhaltet.

Unser Hauptbestreben in diesem Zusammenhang ist es gewesen, dass Geschäfte über Finanzdienstleistungen (financial services) aufgrund der zum Teil erst kürzlich (Consumer Credit Directive, CCD) erlassenen Richtlinien in diesem Bereich vom Anwendungsbereich der Verbraucherrechte-Richtlinie ausgeschlossen sind. Bereits im September 2010 haben wir via EACB diesen Vorschlag an das JURI Komitee (Rechtsausschuss, Committee on Legal Affairs) herangetragen. Dem Argument, dass dem Verbraucherschutz im Geschäftsbereich dieser Branche durch bereits bestehende gesetzliche Regelungen hinreichend Rechnung getragen wird, wurde größtenteils Folge geleistet und ist der derzeitige Entwurf der Verbraucherrechte-Richtlinie so konzipiert, dass lediglich der Bereich betreffend „missbräuchliche Klauseln“ auch auf Finanzdienstleistungen (financial services) anzuwenden ist.

Es ist daher unser Hauptbestreben, die Klauseln, welche per se als missbräuchlich gesehen werden bzw. Klauseln, die als missbräuchlich vermutet werden, wobei der Gegenbeweis durch das verwendende Kreditinstitut zu erbringen ist, gängige und durchaus übliche Formulierungen aus unseren Verträgen nicht erfasst.

Ein erster Teilerfolg konnte dahingehend erzielt werden, dass die „per se Missbräuchlichkeit“ einer Regel, die es dem Unternehmer erlaubt, den mit dem Verbraucher zum Vertragsabschlusszeitpunkt vereinbarten Preis einseitig zu erhöhen, ohne dem Verbraucher das Recht aus Beendigung des Vertrages einzuräumen, für Finanzdienstleistungen explizit aufgehoben wurde. Dies gilt jedoch nur insofern der Preis an den Veränderungen einer Notierung oder eines Börsenindex oder von Kursschwankungen auf dem Kapitalmarkt abhängt, die der Unternehmer nicht kontrollieren kann. Dieser Punkt des aktuellsten Entwurfs wurde von uns besonders begrüßt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Änderung im endgültigen Richtlinienentwurf tatsächlich so aufgenommen wird. Der Europäische Rat hat im Jänner 2011 dem vorgeschlagenen Ansatz zugestimmt, das IMCO (Internal Market and Consumer Protection) Komitee hat sich am 1.2.2011 für den generellen Ausschluss von Finanzdienstleistungen vom Anwendungsbereich der Verbraucherrechte-Richtlinie ausgesprochen.

Im März 2011 werden in der Sitzung des Europäischen Parlaments weitere Änderungen erwartet, sodass eine Annahme der Verbraucherrechte-Richtlinie in der ersten Lesung unwahrscheinlich ist.

11. Kosten für Bankdienstleistungen – „bank account fees“

Im Bereich Transparenz der Kosten für Bankdienstleistungen ist nun nach dem „Consumer Market Scoreboard“ und einer Datensammlung für Preise von Bankdienstleistungen eine Form der Selbstregulierung geplant. Dies wurde von uns befürwortet, damit in dem Bereich von einer neuen Verordnung abgesehen wird. Das Kick-off Meeting der Kommission, bei dem wir via EACB vertreten waren und unsere Anliegen

vorbringen konnten, fand im November 2010 statt.

Die Forderungen zur Erhöhung und Vergleichbarkeit der Transparenz der Kosten für Bankdienstleistungen (insbesondere Zahlungsdienstleistungen) sind sehr weitgehend. Wir haben im Konsultationsprozess daher folgende Punkte vorgebracht: Es können Produktinnovationen verlangsamt werden und durch ein einheitliches Produkt- und Preismodell Einschränkungen für Konsumenten entstehen. Es ist zu befürchten, dass sich regionale Besonderheiten in der Produkt- oder Preisgestaltung, die sich aufgrund des bevorzugten nationalen Nutzungsverhaltens ergeben, nicht in den vorgegebenen Strukturen abbilden lassen. Die Umsetzung der Informationsanforderungen ist mit einem wesentlichen organisatorischen und technischen Umsetzungsaufwand (und -kosten) verbunden.

Den Bemühungen zur Erarbeitung eines Vorschlages zu einer Selbstverpflichtung der (europäischen) Kreditwirtschaft zur Transparenz der Kosten von Bankdienstleistungen, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, wenn dadurch die Erfordernisse der Kommission erfüllt werden können ohne dass eine Verordnung erlassen wird. Betont haben wir, dass jede Form der Standardisierung von Bankprodukten bzw. des Wegfalls der freien Ausgestaltung von Bankprodukten abgelehnt wird.

Ein „kombinierter“ Ansatz wird befürwortet: eine Anzahl von standardisierten Produkten gemäß dem Glossar und zusätzlich eine freie Palette an zusätzlichen Produkten, deren Preismodell zwar regelkonform gestaltet und veröffentlicht werden muss, aber sonst keinen weiteren Einschränkungen unterliegt. Das Erstellen eines Glossars, in dem die 10-20 wichtigsten Begriffe rund um das Girokonto (z. B.: Girokonto, Überweisung, Dauerauftrag, Lastschrift, Bankomat- und Kreditkarte, Kontoauszug) erläutert werden, erachten wir als einen guten Weg, um die Forderungen der Kommission ohne großen Aufwand für die Banken zu erfüllen.

Der konkrete Vorschlag für selbstregulierende Prinzipien wird der Europäischen Kom-

mission im April 2011 nach den Meetings der Task Force übermittelt. Von Mai bis Juli 2011 sind Verhandlungen mit der Kommission und BEUC (Europäischer Verbraucherverband) geplant und am 1. Juli 2011 endet die Frist für die Annahme des EU Rechtsrahmens, das Ende der 1. Stufe. Die 2. Stufe ist die Überführung des EU-Rechtsrahmens in nationale Maßnahmen.

Im Zuge der nationalen Maßnahmen haben die Experten haben auf Ebene der Verbände in Zusammenarbeit mit der WKÖ begonnen,

- eine „table fee“ zu erstellen, worin die 10-20 wichtigsten Begriffe in standardisierter Form festgelegt und bepreist werden, z.B. Preise für Kontoführung, Überweisungen, Bankomatkarte etc. und
- ein Glossar auszuarbeiten, welches unter anderem Definitionen und Erklärungen häufiger Bankprodukte und -dienstleistungen enthält, wie beispielsweise Zahlungskonto, IBAN, BIC.

C. ARBEITSGRUPPE FINANCIAL MARKETS

1. Packaged Retail Investment Products („PRIPs“)

Als zentrales Thema stand auf dem Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe „Financial Markets“ 2010 die Mitteilung der EU-Kommission über „Packaged Retail Investment Products“, die auf den Schutz des typischen Kleinanlegers zielt, wobei die Kommission eine Vereinheitlichung aller Rechtsrahmen in produktübergreifender Weise anstrebt. Die avisierten Maßnahmen zielen insbesondere auf ausreichende vorvertragliche Information für den Anleger und insgesamt lautere Vertriebsverfahren.

Als „Packaged Retail Investment Products“ sind insbesondere Investmentfonds, strukturierte Wertpapiere, fondsgebundene Lebensversicherungen und strukturierte Termineinlagen von der EU-Konsultation erfasst.

Zentrale Regelungsanliegen der Mitteilung bilden

- der bei zahlreichen Finanzprodukten derzeit noch unterschiedlich ausgeprägte Anlegerschutz,

- die Abdämpfung von Wettbewerbsverzerrungen aufgrund „weniger regulierter“ Finanzprodukte und
- die weitgehende Ermöglichung des grenzüberschreitenden Handels.

Der ÖGV hat in diesem Konsultationsprozess angemerkt, dass ein vereinheitlichter Rechtsrahmen für Informationspflichten und Vertriebsvorschriften für verschiedene Kleinanlegerprodukte nur dann zum effizienten und wirksamen Anlegerschutz beitragen kann, wenn in den gesetzlichen Rahmenwerken durch sachliche Differenzierungen den Unterschiedlichkeiten der verschiedenen Kleinanlegerprodukte Rechnung getragen wird. Der ÖGV sieht als weiteres Problem, inwieweit die avisierte „harmonisierende“ Richtlinie alle Besonderheiten der unterschiedlichsten Finanzprodukte berücksichtigen will, während gleichzeitig die Gefahr besteht, dass die geplanten Harmonisierungsbestrebungen zu Lasten einer Produktvielfalt gehen. Wiederholt hat der ÖGV darauf hingewiesen, dass österreichische Anleger schon jetzt durch eine Vielzahl von Gesetzen wie z.B. das Investmentfondsgesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz oder das Kapitalmarktgesetz geschützt sind, welche auf europäischen Rechtsvorschriften beruhen.

Aus anderen Mitteilungen der EU-Kommission geht hervor, dass erste Richtlinienvorschläge für die PRIPs-Regulierung Anfang 2011 erwartet werden. Bis Ende 2011 sollen die Gesetzgebungsakte finalisiert werden. Inwieweit dann eine Implementierungsphase in den Mitgliedsstaaten gewährt wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

2. Prospektrichtlinie

Seitens der Kommission wurden die Arbeiten für einen Vorschlag für die Änderung der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG), welche innerstaatlich im Kapitalmarktgesetz umgesetzt ist, weiter fortgesetzt.

Mit der Änderungsrichtlinie werden unter anderem die Ziele der Vereinfachung und Verbesserung des Prospektregimes, insbesondere im Hinblick auf zahlreiche praktische Fragen, die seit der Erstellung der Prospektrichtlinie aufgetreten

sind, die Erweiterung der Ausnahmen (z.B. Anhebung der Mindeststückelung von € 50.000,- auf € 100.000,-), Vereinheitlichung der „Zusammenfassung“, etc.) verfolgt.

Es wurden unter anderem folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Erleichterung des Private Placements
- Neuregelung der „Retail Cascaden“
- Entfall des jährlichen Dokuments gem. § 75a BörseG
- Primat der elektronischen Prospektveröffentlichung

Der ÖGV hat sich wiederholt gegen die Festschreibung weiterer Informationspflichten ausgesprochen und eine sinnvolle Reduktion des Verwaltungsaufwandes verlangt.

Diese neue Richtlinie 2010/73/EU betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, ist am 31.12.2010 in Kraft getreten.

3. Alternative Investment Funds Manager (AIFM)

Die Europäische Kommission hat im Frühjahr 2008 eine Richtlinie zu den Managern alternativer Investmentfonds (sog. AIFM) vorgeschlagen. Ziel der vorgeschlagenen Richtlinie ist es, einen umfassenden regulatorischen Rahmen für AIFM auf europäischer Ebene zu schaffen und eine effektive Aufsicht sicherzustellen. Die vorgeschlagene Richtlinie wird für alle unter den Anwendungsbereich fallenden AIFM harmonisierte regulatorische Standards schaffen und die Transparenz gegenüber den Anlegern und der Aufsicht für die Aktivitäten der Manager und der von ihnen verwalteten Fonds erhöhen. Der Vorschlag soll Inkonsistenzen bestehender nationaler Regelungen überwinden und eine Grundlage für die Entwicklung eines Binnenmarkts für alternative Investmentfonds schaffen.

Am 2. Dezember 2010 hat die Kommission eine vorläufige Anfrage an CESR für technischen Ratschlag zu Durchführungsmaßnahmen hinsichtlich der zukünftigen AIFM-Richtlinie an den Ausschuss der Europäischen Wertpapierauf-

sichtsbehörden (CESR) gesandt. Der vorläufige Charakter dieses Mandats rührte daher, dass die neue Richtlinie zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig verabschiedet war. Wegen der großen Zahl der Durchführungsmaßnahmen wurde die vorläufige Anfrage in vier Teile gegliedert: Teil I deckt allgemeine Bestimmungen, Autorisierung und Bedingungen des Betriebs ab. Teil II ist Durchführungsmaßnahmen hinsichtlich der Verwahrstelle gewidmet. Teil III deckt die Bereiche Transparenzanforderungen und Leverage ab. Teil IV deckt Durchführungsmaßnahmen hinsichtlich der Aufsicht ab. CESR (nunmehr ESMA) ist aufgefordert, den technischen Ratschlag bis zum 16. September 2011 zu erstellen.

Die Einbindung des ÖGV in die europäische Arbeitsgruppe sichert den Volksbanken die Möglichkeit, frühzeitig auf die Gestaltung von Richtlinienentwürfen einzuwirken.

D. ARBEITSGRUPPE STEUERN

Der ÖGV war im Jahr 2010 in den Arbeitsgruppen „Taxation“ sowie „Accounting und Auditing“ durch Mag. Franz Groß vertreten.

Auf dem Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe „Taxation“ stand im Jahr 2010 die von der Kommission weiterhin beabsichtigte Änderung der EU-Zinsenrichtlinie. Zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe vertreten als Experten das EACB in der EU Arbeitsgruppe, welche mit der Überarbeitung der Zinsenrichtlinie und der damit verbundenen Auswirkung befasst ist.

Unsere Hauptkritik richtet sich unverändert auf die Einbeziehung von Dividendenzahlungen, die Aufspaltung der Erträge bei Gemeinschaftskonten, die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten der Zinszahlungen anhand der 3. Geldwäscherichtlinie sowie auf die Anwendung des so genannten „look through principle“ z.B. bei Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Trusts.

Sowohl in der Diskussion wie auch in den schriftlichen Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die oben angeführten Änderungen zum Teil überschießend und mit einem enormen Verwaltungsaufwand bzw. Haftungsrisiko verbunden sind.

Im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie auf ihre Wirksamkeit hin, wurde von der Kommission eine Kostenerhebung beauftragt, um die Belastung der Banken zu verifizieren. Das Ergebnis der Studie soll 2011 in die weiteren Überlegungen zur Änderung der Zinsenrichtlinie einfließen.

Die Teilnahme an der Arbeitsgruppe sichert uns die Chance, bereits beim Entwurf von Richtlinienänderungen auf negative Auswirkungen hinzuweisen und auf Entwicklungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt reagieren zu können.

Die Abstimmung zur Änderung der Umsatzsteuerrichtlinie in Bezug auf Finanzdienstleistungen, der Einführung einer europäischen Bankensteuer, sowie einer Finanztransaktionssteuer waren wesentliche Punkte in der Arbeitsgruppe.

E. ARBEITSGRUPPE RECHNUNGSLEGUNG UND PRÜFUNG

Ein zentrales Thema der Arbeitsgruppe „Accounting and Auditing“ war im Jahr 2010 der Bereich der Internationalen Rechnungslegung (IFRS/IAS; International Financial Reporting Standards/International Accounting Standards). Die Schwerpunkte lagen bei der Änderung des IAS 39 Finanzinstrumente sowie der Definition von Eigen- und Fremdkapital.

Im Hinblick auf die Unterscheidung von Eigen- und Fremdkapital wurde auch die Bedeutung des IFRIC 2 für Genossenschaftsanteile im Zusammenhang mit der Diskussion um Basel III (Eigenmittel) hervorgehoben.

Zum Thema Hedge Accounting besteht eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des EFB, sodass in eine übergreifende Meinungsbildung bzw. Abstimmung möglich ist.

Gleichzeitig war auch die beabsichtigte Änderung bzw. Modernisierung der Rechnungslegungsrichtlinien der EU weiterhin ein Themenschwerpunkt. Hierbei haben wir gefordert, dass Banken im Konzernabschluss von der verpflichtenden

Aufstellung einer Cash Flow Rechnung ausgenommen werden.

Die Übernahme von IFRS für KMU in europäisches Recht ist im Hinblick auf die Verständlichkeit der Regelungen für die Anwender und die Belastung der Unternehmen mit enormen Umstellungskosten und erhöhten Anwendungskosten verbunden und bringt keine Vorteile für die Anwender und Nutzer von Jahresabschlüssen.

Der ÖGV wird sich im Rahmen der Arbeitsgruppe weiterhin dafür einsetzen, dass diese Standards möglichst anwenderfreundlich gestaltet werden und im Falle einer Übernahme in das europäische Recht nur ein Wahlrecht auf Länderebene und Unternehmensebene für die Art der Rechnungslegung darstellen sollen. Im Rahmen einer Umfrage der Kommission haben wir ebenfalls auf die zusätzlich Belastung der Unternehmen (KMU's) hingewiesen. Darüber hinaus vermitteln diese neuen Rechnungslegungsstandards dem Eigentümer oder Kreditgeber keine besseren Informationen als die bestehenden Rechnungslegungsvorschriften.

DAS LEITBILD DES ÖGV

- 1. VISION**
Wir machen die Genossenschaft zur Qualitätsmarke der Zukunft.
- 2. FREIHEIT UND VERANTWORTUNG**
sind die Grundwerte, nach denen wir leben.
- 3. ZUVERLÄSSIGKEIT UND VERTRAUEN**
sind Basis unseres Handelns.
- 4. KOMPETENZ UND EINSATZFREUDE**
unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entscheidend für unseren Erfolg.
- 5. WIR FÖRDERN**
unsere Mitglieder durch eine unabhängige, zeitgemäße und engagierte Prüfung.
- 6. WIR VERTRETEN**
aktiv die Interessen unserer Mitglieder.
- 7. WIR UNTERSTÜTZEN**
unsere Mitglieder durch ganzheitliche Beratung und Betreuung.
- 8. WIR SIND GESTALTER UND MOTOR**
eines leistungsstarken Netzwerks selbstständiger Unternehmer.
- 9. WIR SIND VORDENKER**
und zukunftsorientierter Partner unserer Mitglieder.
- 10. MISSION**
Wir setzen uns mit aller Kraft für den Erfolg unserer Mitglieder ein!

REVISION



RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

für Revisionsverbände und deren Mitglieder

Vst.-Dir.
Mag. Bernd Spohn
Revision Kredit

Vst.-Dir.
Mag. Margareta Steffel
Revision Ware



1. DIE GENOSSENSCHAFTLICHE REVISION

Die für Aktiengesellschaften und große sowie mittelgroße GmbHs verpflichtend vorgeschriebene Abschlussprüfung erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bei der Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts beachtet wurden. Auf Fragen der Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsführung ist bei einer derartigen Gesetzmäßigkeitsprüfung grundsätzlich nicht einzugehen. Lediglich bei Bestandsgefährdung besteht eine Redepflicht des Abschlussprüfers.

Die genossenschaftliche Revision geht darüber hinaus. Nicht nur im deutschen Sprachraum hat sich das Prinzip einer materiellen Prüfung, der sogenannten „Genossenschaftsrevision“, bewährt und dementsprechend bis heute durchgesetzt. Im Rahmen einer derartigen Genossenschaftsrevision ist nicht nur die Gesetzmäßigkeit und Satzungsmäßigkeit des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht zu prüfen, sondern auch, ob die Geschäftsführung den Geboten der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht. Darüber hinaus erstreckt sich eine derartige Revision auch auf die Frage, ob die Genossen-

schaft ihren satzungsmäßigen Förderungsauftrag erfüllt hat.

Mit einer solchen materiellen Prüfung ist auch die Möglichkeit verbunden, Prüfungsverfolgungsmaßnahmen zu setzen und dadurch auf die Abstellung der aufgezeigten Mängel hinzuwirken.

Genossenschaftsrevision ist die traditionsreichste Form der Wirtschaftsprüfung im deutschen Sprachraum

Der Gedanke, die einzelnen Genossenschaften durch einen verbandsmäßigen Zusammenschluss aneinander zu binden, um durch gegenseitige Unterstützung und Beratung ihre Gesundung und Gesunderhaltung im Dienste der Wirtschaft zu stärken, ist fast ebenso alt wie die moderne Genossenschaftsbewegung im deutschen Sprachraum. Als es im 19. Jahrhundert zu ersten wirtschaftlichen Fehlschlägen durch Missmanagement, Unwissenheit oder auch Unlauterkeit der gewählten Genossenschaftsorgane kam, lag es für die Genossenschaftsverbände nahe, ihren Mitgliedsgenossenschaften nicht nur Beratung und Erfahrungsaustausch, sondern auch eine Prüfung vor Ort anzubieten. Schon in den Jahren 1881 und 1882 wurde die Durchführung solcher Prüfungen für alle den Verbänden ange-

hörenden Genossenschaften satzungsmäßig zur Pflicht gemacht. Die verbleibende Lücke bestand darin, dass es den Genossenschaften freistand, einem Verband gar nicht erst beizutreten oder, wenn die Prüfung unangenehm wurde, aus dem Verband wieder auszutreten. Diese Lücke wurde in Deutschland bereits 1889 geschlossen. Damals wurde allen Genossenschaften die Verbandsmitgliedschaft und die Revision durch einen vom Verband bestellten Revisor verpflichtend vorgeschrieben. Den Anlass zu dieser gesetzlichen Regelung bildeten einige Genossenschaftszusammenbrüche. In der Begründung hieß es, die Einführung der Pflichtprüfung sei durch das öffentliche Interesse bedingt.

Die Mitglieder der Genossenschaften gehörten damals in der Mehrzahl wirtschaftlich schwächeren Kreisen an und verfügten nicht über soviel wirtschaftliche Widerstandskraft, um größere Verluste aus einer unverantwortlichen Geschäftsführung tragen zu können. Außerdem waren die wirtschaftlichen Kenntnisse der Mitglieder oftmals nicht ausreichend, um selbst zur Ausübung einer wirksamen Kontrolle der Geschäftsführung in der Lage zu sein. Ferner wurde auf die positiven Erfahrungen bei den Genossenschaften verwiesen, die sich schon bisher einer freiwilligen Revision durch ihren Verband unterworfen hatten.

In Österreich verlief die Entwicklung ähnlich und führte im Jahr 1903 ebenfalls zur Einführung einer verpflichtenden Revision (Genossenschaftsrevisionsgesetz 1903), wobei der Verbandsrevision bis heute der Vorrang gegenüber einer verbandsfreien Revision zukommt.

Damit ist die Genossenschaftsrevision im deutschen Sprachraum die älteste Form der externen Abschlussprüfung überhaupt. Die aktienrechtliche Abschlussprüfung wurde demgegenüber erst in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts eingeführt.

Dass sich die Genossenschaftsrevision in der Praxis außerordentlich bewährt, zeigt auch die Insolvenzstatistik

Die in Verbandsstrukturen eingebettete Genossenschaft ist heute in Österreich für Mitglieder und Gläubiger die sicherste Rechtsform

überhaupt. Dies lässt sich durch die Insolvenzstatistiken vieler Jahre belegen. Das erste Ziel der genossenschaftlichen Revision, nämlich der Schutz der Mitglieder vor Vermögensverlust und gegebenenfalls auch vor Inanspruchnahme ihrer persönlichen Nachschusspflicht, wird in der Praxis ebenso erreicht wie der ebenfalls beabsichtigte Schutz der Gläubiger. Wenn an außerhalb der Kreditwirtschaft tätige Genossenschaften bei Kapitalaufbringung und -erhaltung teilweise geringere Anforderungen als an Kapitalgesellschaften gestellt werden, dann ist dies nicht zuletzt deshalb akzeptabel, weil durch die verpflichtende materielle Prüfung Insolvenzen schon von vornherein weitgehend verhindert werden können.

Der Genossenschaftsrevisor kennt nicht nur die zu prüfende Genossenschaft, sondern auch vergleichbare Genossenschaften mit vergleichbaren Problemen. Eine geeignetere Benchmark als die Nachbargenossenschaft wird es kaum geben. Die Vergleichbarkeit beginnt bei den rechtlichen Grundlagen (Satzung, Geschäftsordnungen etc.) und geht bis hin zu den wirtschaftlichen Strukturen und der Managementkultur. Dies ermöglicht ein hohes Maß an Spezialisierung und damit an Treffsicherheit der Prüfung.

Darüber hinaus verpflichten sich die Prüfungsverbände zur Qualitätskontrolle nach den in Österreich und international gültigen Standards und unterziehen sich in regelmäßigen Abständen einer externen Qualitätsprüfung.

Prüfung durch unabhängige und weisungsfreie Revisoren, deren Unabhängigkeit nicht zuletzt durch einen speziellen Kündigungsschutz gestärkt wird

Die Organisation der Prüfung durch einen Revisionsverband ist für dessen Mitglieder weder Selbstprüfung noch Innenrevision. Durch die große Zahl der Mitglieds-genossenschaften hat keine einzelne die Chance, Einfluss auf ihre eigene Prüfung zu nehmen. Ein potenzieller Einfluss auf die Prüfung wird auch dadurch verhindert, dass die geprüfte Genossenschaft nicht an der Bestellung des Prüfers mitwirkt. Der Prüfer einer Genossenschaft wird nicht durch die Genossenschaft beauftragt, sondern ausschließlich durch den Revisionsverband bestellt. So hat auch die EU-Kommission in ihrer Empfehlung zur

Unabhängigkeit des Abschlussprüfers vom 16. Mai 2002 (Abl. L 191 S 22 [S 38 FN 1]) im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung von Genossenschaften zwei Dinge festgestellt: Zum Ersten hat sie zur Kenntnis genommen, dass manche nationale Rechtsordnungen die Prüfung durch einen nicht von den Gremien des Unternehmens selbst gewählten, sondern anderweitig nach den für dieses Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften bestimmten Abschlussprüfer vorsehen. Sodann hat sie positiv vermerkt, dass dieser Umstand von den so bestimmten Abschlussprüfern als „Schutzmaßnahme“ gewertet werden könne, „die dazu beiträgt, bestimmte, durch eigene Interessen bedingte Risiken für ihre Unabhängigkeit zu verringern“.

Eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit des Prüfers besteht darin, dass nicht der Verband, sondern der von diesem bestellte Revisor eigenverantwortlich prüft. Zur Stärkung der Unabhängigkeit des Revisors besteht ein erhöhter Kündigungsschutz nach § 19 Abs 5 GenRevG.

Die materielle, insbesondere auch an der Erfüllung des Förderungsauftrages der Genossenschaft interessierte Genossenschaftsrevision spielt eine unverzichtbare Rolle im Corporate Governance-System der Genossenschaft. Der Revisor prüft auch die Erfüllung des Förderungsauftrages und sorgt damit indirekt für die Erzeugung eines „Member-Values“, dh für eine effiziente Leistungserstellung der Genossenschaft im Interesse der Mitglieder als Leistungsbezieher.

2. DIE EXTERNE QUALITÄTSPRÜFUNG

Ziel des mit 1. Jänner 2006 in Kraft getretenen Gesetzes über die Qualitätssicherung bei Abschlussprüfungen (A-QSG) ist die Schaffung eines Qualitätssicherungssystems für die prüfenden Berufe, um den Wirtschaftsstandort Österreich, insbesondere den Finanzmarkt, zu stärken, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Abschlussprüfungen zu fördern und die Qualität der Berufsausübung zu sichern.

Die gesetzlichen Grundlagen wurden durch die letzte Novelle aus 2010 ergänzt und erweitert. Im Mittelpunkt dieser Novelle standen weitere Anpassungen an die 8. EU-Richtlinie, vor

allem im Hinblick auf eine weitere Stärkung der Abschlussprüfer-Qualitätssicherung durch erweiterte Behördenkompetenz, Stärkung der Unabhängigkeit und verbesserte internationale Zusammenarbeit. Folgende wesentliche Anpassungen wurden damit in Kraft gesetzt:

- **Verpflichtende kontinuierliche Fortbildung:** Abschlussprüfer und Mitarbeiter in maßgeblich leitender Funktion bei Abschlussprüfungen sind verpflichtet, sich kontinuierlich fortzubilden. Das Ausmaß der Fortbildung wurde mit 120 Stunden verteilt auf drei Jahre festgelegt, zumindest jedoch 30 Stunden p.a. Der betroffene Personenkreis hat dies bis zum 31. März des Folgejahres dem Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfung jährlich nachzuweisen. Diese Regelungen gelten auch für Revisoren. Der erste Nachweis durch die Revisoren des ÖGV wurde im März 2011 an die zuständige Behörde weitergeleitet.
- **Sonderuntersuchungen:** In Zukunft hat die Qualitätskontrollbehörde die Kompetenz, bei Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften eine Sonderuntersuchung anzuordnen.
- **Honorierung des externen Qualitätsprüfers:** Das zwischen Qualitätsprüfer und zu prüfendem/r Abschlussprüfer/Prüfungsgesellschaft vereinbarte Honorar ist nunmehr an den Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfungen zu überweisen ist, der seinerseits nach Abschluss der Qualitätsprüfung das Honorar an den Qualitätsprüfer weiterzuleiten hat. Der Arbeitsausschuss fungiert damit als Zahlstelle. Gemäß den erläuternden Bemerkungen soll dadurch sichergestellt werden, dass Abschlussprüfer oder Prüfungsgesellschaften keine Möglichkeit zu einer ungebührlichen Einflussnahme auf die Finanzierung des Qualitätssicherungssystems haben.
- **Strafbestimmungen:** Durch die Novelle wurde ein System von Strafbestimmungen bei Pflichtverletzungen von Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften eingeführt, wobei zwei Gruppen von Verwaltungsübertretungen geschaffen wurden, für die die Strafen zwischen € 400 und € 5.000 bzw. € 5.000 und € 50.000 festgesetzt wurden.

Weitere Änderungen betrafen die Zulassung von Abschlussprüfern und Prüfungsgesellschaften aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz sowie aus Drittstaaten und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz sowie in Drittstaaten, die Erweiterung und Präzisierung der Aufgaben der Qualitätskontrollbehörde und die Führung des öffentlichen Registers über Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften.

Externe Qualitätsprüfung im Österreichischen Genossenschaftsverband

Der ÖGV hat sich 2010 wiederum einer externen Qualitätsprüfung unterzogen. Auf Basis des von uns noch Ende 2009 eingereichten Dreivorschlags hat der Arbeitsausschuss als Qualitätsprüfer die PwC INTER-TREUHAND GmbH bestellt. Die Prüfung wurde 2010 durchgeführt und konnte mit der Erteilung einer neuerlichen Bescheinigung abgeschlossen werden. Zusammen mit dem ÖGV wurde auch die TREUGENO Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH geprüft, die aufgrund der engen organisatorischen und personellen Verflechtungen mit ÖGV einen gemeinsamen Prüfungsbetrieb bildet.

3. VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER REVISIONSVERBÄNDE (VÖR)

Bei dem 2004 gegründeten Verein handelt es sich um die gesetzlich anerkannte gemeinsame Plattform der österreichischen Revisionsverbände des Genossenschaftswesens, er ist insofern ein Gegenstück zur Kammer der Wirtschaftstreuhand. Die Revisionsverbände organisieren mit ihren rund 230 Abschlussprüfern die Prüfung für ihre primär aus dem Genossenschaftsbereich stammenden Mitglieder und damit für einen wichtigen Teil der Österreichischen Volkswirtschaft, darunter zB rund 2/3 aller österreichischen Kreditinstitute. Darüber hinaus betreuen sie ihre Mitglieder und nehmen deren Interessen wahr.

Dem Verein gehören neben dem ÖGV der GBV (Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband), der ÖRV (Österreichischer Raiffeisenverband) und die Raiffeisen-Landesverbände an.

Zweck des Vereins ist die Förderung der österreichischen Wirtschaft, insbesondere des Genossenschaftswesens, sowie die Vertretung und Förderung der gemeinsamen Interessen, Rechte und Angelegenheiten der Mitglieder durch Sicherung der Qualität und Unabhängigkeit der Abschlussprüfung einschließlich Gebarungsprüfung.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind ua die Durchführung der Fachprüfungen zum Genossenschaftsrevisor, die Mitarbeit im Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfung nach dem A-QSG und im Rechnungslegungsbeirat, die Vertretung der Mitglieder in nationalen und internationalen Organisationen sowie die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen.

Die durch das URÄG 2008 erfolgten gesetzlichen Änderungen im GenRevG weisen der VÖR eine Reihe von Aufgaben zu, deren Umsetzung großteils bereits erfolgte. Dazu gehört die Ausarbeitung von Verordnungen, um die Einzelheiten der Revisorenprüfung zu regeln und Berufsgrundsätze aufzustellen, sowie das Zulassungsverfahren für die Revisorenprüfung. Weiters hat die VÖR eine öffentlich zugängliche Liste der zugelassenen Revisoren zu führen.

Die Genossenschaftsrevisorenprüfungsverordnung trat mit 1. September 2008 in Kraft und regelt die Fachprüfung zum Genossenschaftsrevisor. Über Ablauf und Inhalt der Fachprüfung hat die VÖR 2009 eine aktualisierte Broschüre herausgegeben, in der der Ausbildungsweg zum Genossenschaftsrevisor dargestellt wird.

Die 2008 erlassene und 2009 vom BMWFJ genehmigte Verordnung über die Berufsgrundsätze von Genossenschaftsrevisoren ist mit 1. September 2008 in Kraft getreten und seither von allen Revisoren verbindlich zu beachten.

Weiters war die VÖR in die Begutachtung der Novelle zum A-QSG (Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz) eingebunden und vertrat dabei die rechtlichen Interessen aller österreichischen Revisionsverbände. Gerade in diesem Zusammenhang zeigt sich die Wichtigkeit einer eigenen Interessenvertretung, da damit die Möglichkeit gegeben ist, ein Gegengewicht zu den Wirtschaftsprüfern und ihrer Interessenvertretung, der Kammer der Wirtschaftstrehänder, zu bilden.

Darüber hinaus sorgt die VÖR durch ihre Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Österreichischen Rechnungslegungskomitees (Austrian Financial Reporting and Auditing Committee – AFRAC) dafür, dass genossenschaftliche Aspekte bei Fragen der Rechnungslegung und Abschlussprüfung entsprechend berücksichtigt werden. Sie erreichen die VÖR über www.vor.or.at

4. ÖSTERREICHISCHES RECHNUNGSLEGUNGSKOMITEE

Der 2004 gegründete Verein „Österreichisches Rechnungslegungskomitee“ (Austrian Financial Reporting and Auditing Committee – AFRAC) dient als Fachgremium für das BMJ, das sich aufgrund der ständig steigenden Anforderungen sowohl in zeitlicher als auch fachlicher Hinsicht auf Dauer nicht mehr in der Lage gesehen hat, ohne fachliche Unterstützung die gestellten Aufgaben im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung, insbesondere im Hinblick auf internationale Entwicklungen, bewältigen zu können.

Ordentliche Mitglieder sind ua BMJ, BMfWA, BMF, WKÖ, WT Kammer, Industriellenvereinigung, FMA, Vereinigung österreichischer Revisionsverbände, Sparkassen-Prüfungsverband und der Verband der Versicherungsunternehmen. Die Kosten des Vereins sind von den Mitgliedern zu tragen.

Die eigentliche Facharbeit erfolgt im Beirat. Es handelt sich dabei um ein Fachgremium, dessen Mitglieder über qualifizierte Kenntnisse in Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Die Mitglieder rekrutieren sich aus dem Kreis der rechnungslegungspflichtigen Unternehmen, universitären Lehre, Wirtschaftstrehänder, des

Sparkassen-Prüfverbands, der Vereinigung österreichischer Revisionsverbände, der Investoren, Finanzanalysten, Versicherungsmathematiker, Aufsichtsbehörden börsennotierter Unternehmen und des Verbands der Versicherungsunternehmen. Seitens des ÖGV gehört Mag. Spohn als Vertreter der Vereinigung österreichischer Revisionsverbände dem Beirat als stellvertretendes Mitglied an.

Das AFRAC ist in Arbeitsgruppen organisiert, die sich mit den anstehenden Fachthemen auseinandersetzen. Neben zahlreichen Themen zur IFRS-Bilanzierung werden auch Auslegungen von Fragestellungen aus dem UGB behandelt, die auch für unsere Mitglieder der Gruppe Volksbank sowie Ware und Dienstleistung von großer Bedeutung sind.

Von besonderer Bedeutung für die Mitglieder der Gruppe Volksbank ist die Stellungnahme zu Grundsatzfragen der unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Finanzinstrumenten. In dieser Stellungnahme werden allgemeine Regelungen für die Bilanzierung von Finanzinstrumenten, die zum Teil auch für Kreditinstitute anzuwenden sind, festgelegt. Nachdem die Bilanzierung von Finanzinstrumenten wie Beteiligungen, Investmentfonds, Optionen und andere Derivate sowie von Sicherungsbeziehungen (Hedge-Geschäfte) im UGB nicht geregelt ist, werden die Regeln dazu behelfsmäßig aus Kommentaren, aber auch den komplexen Bestimmungen des IFRS/IAS 39 abgeleitet.

Neben vielen anderen Themen wird auch die Bewertung von Beteiligungen behandelt. Beteiligungen sind entsprechend dieser Richtlinie nach den Grundsätzen der Unternehmensbewertung zu bewerten. Der Ertragswert der Beteiligung ist aus Sicht des beteiligten Unternehmens (subjektiver Ertragswert) zu beurteilen. Unter bestimmten Umständen dürfen daher auch Synergieeffekte und geplante Strukturveränderungen berücksichtigt werden. Ebenso wird klargestellt, dass das Ausschüttungsverhalten des Beteiligungsunternehmens zu berücksichtigen ist. Markt- und Börsenwerte dienen zur Verplausibilisierung des Ertragswerts.

Hinsichtlich der Bewertung von zinsensensitiven Wertpapieren des Anlagevermögens, die am Ende der Laufzeit getilgt werden, wird in der Richtlinie festgehalten, dass eine zinsinduzierte Änderung der Marktpreise zu keiner dauerhaften Wertminderung und damit zwingend zu einer Abwertung im Jahresabschluss führt, sofern Behalteabsicht und Behaltfähigkeit gegeben sind. Bei einer Bonitätsverschlechterung des Emittenten stellt das Abrutschen des Ratings in den non investment grade Bereich aber ein Indiz für das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung und somit für ein Abwertungserfordernis dar.

Als besonderer Anwendungsfall des Bankgeschäfts iSv § 57 Abs 1 letzter Satz BWG werden zur Zinssteuerung von Kreditinstituten gemäß dieser Stellungnahme auch Makro-Hedges zugelassen, wobei neben dem Vorliegen eines Absicherungsbedarfs und einer Absicherungsstrategie auch umfangreiche Anforderungen an die Risikosysteme und die Dokumentation gestellt werden. Insbesondere hat regelmäßig ein prospektiver Effektivitätstest zu erfolgen, mit dem nachzuweisen ist, dass das Sicherungsgeschäft weiterhin seine Sicherungswirkung entfaltet.

Weitere Projekte, die bereits seit längerer Zeit vom AFRAC unterstützt werden, sind Überlegungen zur Modernisierung der Rechnungslegung in Österreich sowie zur Einrichtung einer Enforcement-Stelle für börsennotierte Unternehmen, die ihren Jahres- bzw. Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften aufstellen.

Sie erreichen das Austrian Financial Reporting and Auditing Committee über www.afrac.at

5. BERUFSGRUNDSÄTZE FÜR REVISOREN

Die Vereinigung österreichischer Revisionsverbände hat mit Verordnung Berufsgrundsätze für eingetragene Verbandsrevisoren erlassen. Die darin enthaltenen Regelungen beziehen sich ua auf das standesgemäß Verhalten wie Eigenverantwortung, Unparteilichkeit, Verschwiegenheit, Unabhängigkeit. Ein ganz zentraler Punkt ist dabei die Unabhängigkeit der Revisoren und die Vermeidung

von Interessenkollisionen. Diese Unabhängigkeit muss jeder in der Revision eingesetzte Mitarbeiter jährlich auch gegenüber dem ÖGV schriftlich bestätigen. Revisoren haben bei Ausübung ihrer Tätigkeit jede Bindung oder Handlung zu vermeiden, die ihre berufliche Entscheidungsfreiheit und ihre Unabhängigkeit gefährdet oder gefährden könnten.

Revisoren sind verpflichtet, die vom Revisionsverband gesetzten Qualitätssicherungsmaßnahmen einzuhalten und an der externen Qualitätsprüfung mitzuwirken.

Weiters ist in der Verordnung die facheinschlägige Fortbildungsverpflichtung festgeschrieben, wonach jeder Revisor verpflichtet ist, sich jährlich durchschnittlich 40 Stunden fortzubilden, verteilt auf 3 Jahre jedenfalls 120 Stunden. Einen Nachweis darüber hat jeder Revisor, der als Abschlussprüfer iSd A-QSG tätig ist, auch dem Arbeitsausschuss für externe Qualitätsprüfung bis zum 31. März des Folgejahres zu erbringen. Damit wird einerseits den Anforderungen der 8. EU-Richtlinie entsprochen, andererseits soll damit sichergestellt werden, dass die beruflichen Kenntnisse der Revisoren stets auf dem aktuellen Stand sind.

Im Hinblick auf die Umsetzung der 3. Geldwäsche-Richtlinie haben Revisoren geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Vorgänge, die mit Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in Verbindung stehen, zu erkennen und zu unterbinden. In diesem Zusammenhang hat der Revisionsverband geeignete Informations- und Kontrollsysteme zu implementieren und für eine laufende Schulung des Personals zu sorgen.

6. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR UNSERE MITGLIEDER

Viele unserer Mitglieder sowohl im Kredit- als auch im Warenbereich waren in den letzten Jahren erfolgreich am Markt und konnten gute, oft sogar exzellente Ergebnisse erwirtschaften. Diese Erfolge waren das Ergebnis harter Arbeit von Management und Mitarbeitern, intensiver Bemühungen um den Kunden und seine Bedürfnisse, aber auch einer wohl überlegten Risiko-

politik mit Bedacht darauf, sich nicht primär und überwiegend von kurzfristigen Gewinnmaximierungen leiten zu lassen, sondern langfristig und strategisch zu agieren, das Eigenkapital zu stärken und die Verwaltungsstrukturen schlank zu halten, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Die im 4. Quartal 2008 einsetzende weltweite Rezession, deren Folgen 2009 noch deutlich zu spüren waren, dürfte zwischenzeitlich zwar großteils überwunden sein, ihre Auswirkungen beeinflussen das Wirtschaftsleben aber weiterhin, auch wenn sich die Konjunktur in Westeuropa und damit auch in Österreich 2010 grundsätzlich positiv entwickelte. Gerade die wirtschaftliche Lage in den sog PIGS-Staaten und der in diesem Zusammenhang notwendige Rettungsschirm der Europäischen Union verbunden mit den Auswirkungen auf die Stabilität des Euro haben 2010 deutlich werden lassen, dass uns wirtschaftliche Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit noch eine Zeit lang begleiten werden.

Der Volksbanken-Sektor war von dieser Krise wirtschaftlich genauso betroffen wie viele andere Institute. Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) als Spitzeninstitut musste 2008 die Abgabe der Kommunalkredit Austria AG an den Staat verkraften und nahm – wie andere Banken auch – das staatliche Angebot zur Zeichnung von PS-Kapital in Anspruch. Insbesondere 2009, aber auch noch 2010 sahen sich die ÖVAG, aber auch die regional selbständigen Volksbanken vor Ort einem medialen Kreuzfeuer ausgesetzt, das vor allem unsere Kunden, aber auch unsere Mitarbeiter verunsicherte.

Als eine Maßnahme zur Konsolidierung des österreichischen Volksbankensektors hat der ÖGV das Modell Regio entwickelt, das eine Herauslösung einzelner Tochtergesellschaften der ÖVAG und deren Verselbständigung vorsah. Dieses Modell wurde letztendlich umgesetzt und auch von der FMA genehmigt. Management von ÖVAG und ÖGV, unter Einbindung der sektoralen Vertreter, arbeiteten 2010 intensiv an einer Neuausrichtung der ÖVAG unter Evaluierung möglicher Partnerschaften, um so den Bestand des Spitzeninstituts und seine Leistungen für die regionalen Volksbanken langfristig abzusichern. Im Mittelpunkt der Anstrengungen steht neben

einer strategischen Neuausrichtung der ÖVAG die Teilabschichtung des von der Republik Österreich zur Verfügung gestellten Partizipationskapitals im Jahr 2011.

Zentrales Anliegen des Volksbanken-Verbands ist es, das langjährig aufgebaute Vertrauen in unsere regionalen Banken und unser Spitzeninstitut unter Beweis zu stellen. Unsere Werte stehen auf dem Prüfstein und zu diesen bekennen wir uns auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten: wir sind regionale Banken mit regionaler Verantwortung für unsere Kunden, vor allem auch für die Klein- und Mittelbetriebe, und wir stehen zu dieser Verantwortung. Wir müssen die Menschen in den Regionen, insbesondere die Säulen der österreichischen Wirtschaft, unsere KMUs, mit jenen finanziellen Mitteln versorgen, die sie brauchen, um ihre Wirtschaftsleistung auch künftig erbringen zu können. Diese Verantwortung hat der Volksbanken-Sektor auch 2010 mit einem Direktkreditwachstum von 7 % unter Beweis gestellt. Aber auch unsere Kunden haben das in uns gesetzte Vertrauen bewiesen, was durch die guten Ergebnisse der Fessel-GfK-Umfrage untermauert wird.

Das Geschäftsjahr 2010 war für unsere Regionalbanken ein schwieriges, aber wirtschaftlich durchaus erfolgreiches. Wenngleich unsere Volksbanken im Jahresabschluss 2009 eine teilweise Abschreibung des Beteiligungsansatzes der ÖVAG zu verkraften hatten, sind unsere Regionalbanken weiterhin gut aufgestellt, verfügen großteils über schlanke Verwaltungsstrukturen und eine angemessene Eigenmittelquote. Diese Vorteile gilt es in den nächsten Jahren zu halten.

Die Wirtschaftskrise war auch eine Herausforderung für unsere Waren-, Produktions- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Wenngleich die Auswirkungen abhängig vom Geschäftsfeld und der Branche waren, in der die Genossenschaft tätig ist, so sahen sich die Verantwortungsträger teilweise mit einer rückläufigen Auftragslage und steigenden Risiken hinsichtlich der Bonität ihrer Kunden konfrontiert. Weniger Umsätze bedeuten geringere Deckungsbeiträge und bei einer gleich bleibenden Kostenstruktur sinkende Gewinne oder sogar Verluste.

Unsere Genossenschaften waren daher gefordert, bei ihrer Geschäftspolitik die Erfüllung des Förderauftrags auf ihre Risikotragfähigkeit abzustimmen. Wenngleich es statutarische Verpflichtung jeder Genossenschaft ist, ihre Mitglieder durch geeignete Leistungen zu fördern, darf daraus keineswegs ein Leistungsanspruch jedes einzelnen Mitglieds – ohne Wenn und Aber – abgeleitet werden. Auch das Mitglied seinerseits ist gefordert, die Genossenschaft und alle übrigen Mitglieder zu unterstützen und den eigenen Nutzen in Einklang mit dem gemeinschaftlichen Nutzen zu sehen.

Aufgrund der uns derzeit zur Verfügung stehenden Informationen gehen wir davon aus, dass es unseren Mitgliedern im Bereich Ware nicht nur gelungen ist, die Rezession gut zu meistern, sondern auch das Geschäftsjahr 2010 wirtschaftlich erfolgreich abzuschließen. Dies liegt einerseits darin, dass in Genossenschaften generell sehr darauf geachtet wird, die Verwaltungsstrukturen schlank und damit die Kosten niedrig zu halten, und andererseits in der Vergangenheit großer Wert auf den Aufbau von Eigen- und damit Risikokapital gelegt wurde. Eine gute Eigenkapitalausstattung ermöglicht es unseren Mitgliedern, die eine oder andere wirtschaftliche Talsohle zu verkraften.

Wenngleich unsere Mitglieder großteils auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken können, so bleibt derzeit doch die Ungewissheit, wie sich die neuen Krisen auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung auswirken werden. In Japan haben das Erdbeben und der folgende Tsunami im März 2011 nicht nur den Tod vieler Menschen verursacht und eine gigantische Zerstörung hinterlassen, sondern uns auch vor Augen geführt, dass wir für unseren Wohlstand und seine Absicherung bereit sind, hohe Risiken einzugehen, die wir im Fall einer Jahrhundertkatastrophe, wie sie Japan getroffen hat, nicht beherrschen können. Auch wenn uns die Atomwolke von Fukushima nicht treffen mag, die wirtschaftlichen Folgen bekommt auch die europäische Wirtschaft zu spüren: sei es kurzfristig durch Engpässe bei der Lieferung japanischer Halbfabrikate, sei es mittel- bis langfristig als Folge einer möglicherweise geänderten Energiepolitik mit höheren Strompreisen.

Das Scheitern von Geschäftsmodellen ist Teil des Wirtschaftslebens, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt dies naturgemäß verstärkt zum Tragen. Vielleicht wird auch das eine oder andere genossenschaftliche Geschäftsmodell nicht zukunftsfähig sein, insgesamt zeigt sich aber, dass unsere Mitglieder gut aufgestellt sind. Unsere Genossenschaften waren in den letzten zwei Jahren – wie viele Wirtschaftsunternehmen auch – zweifelsfrei gefordert, sich zu bewähren. Durch überdurchschnittliche Leistungen, ihre starke Verankerung in der Region und bei den Mitgliedern, ihre Risikostreuung und ihre verantwortungsvolle und auf langfristigen Erfolg ausgerichtete Geschäftspolitik ist es ihnen gelungen, die Krise zu meistern und an den wirtschaftlichen Erfolg der Vergangenheit anzuknüpfen.

Wir sind überzeugt, dass der Großteil unserer Mitgliedsgenossenschaften durch umsichtiges Wirtschaften in der Vergangenheit den Grundstein dafür gelegt hat, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bestehen. Viele unserer Mitglieder weisen eine sehr gute Eigenmittelausstattung aus, sind sehr gut am Markt etabliert und verfügen über erfahrene und weitsichtige Geschäftsführer und Vorstände. Durch eine umsichtige, aber auch weit blickende Geschäftspolitik führen die Verantwortungsträger ihr Unternehmen so, dass sie Risiken nur in vertret- und verkraftbarem Ausmaß eingehen, sich bietende Chancen wahrnehmen, gleichzeitig aber auch ihrer Verantwortung gegenüber Mitgliedern und Belegschaft gerecht werden.

PRÜFUNG UND FRÜHERKENNUNG

Vst.-Dir. Mag. Bernd Spohn

Vorstandssekretariat
Prüfung „Kredit“:
Ingrid Sendlbeck
Manuela Rauch

Prüfungsgruppenleiter:
Mag. Johann Bock
Mag. Friedrich Ziegler
Karl Prazak
Dr. Michael Groth
Ing. Mag. Robert Preiner
Bernhard Nebauer

Früherkennung:
Dr. Hermann Madl



Prüfung und Früherkennung sind in einem umfassenden Sinn Kernaufgaben des ÖGV und schaffen Sicherheit.

Die Sicherheit des einzelnen Kunden, des einzelnen Miteigentümers und auch des einzelnen Volksbank-Mitarbeiters wird durch solide verbindliche Einrichtungen wie die Prüfung (Revision), die in den Volksbanken installierten und anerkannten Früherkennungs- und Risikomanagementsysteme sowie die gemeinsam von den Mitgliedern getragenen Einrichtungen zur Bestandsicherung – konkret durch die freiwilligen Solidaritätsgemeinschaften „Volksbanken-Gemeinschaftsfonds“ und „Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft mbH“ sowie „Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft“ – gewährleistet.

1. Durchgeführte Prüfungen

Im Berichtsjahr 2010 wurden von den durch den Verband bestellten Revisoren bei Kreditinstituten, die ordentliche Mitglieder des Verbandes sind, die Prüfungen gemäß Genossenschaftsrevisionsgesetz bzw. gem. § 60 BWG durchgeführt. Bei Vorliegen eines Konzerns wurden auch die jeweiligen Konzernabschlüsse

geprüft, in einem Fall handelt es sich dabei um einen Konzernabschluss gemäß IFRS.

Darüber hinaus wurden neben Jahresabschlussprüfungen einschließlich der Prüfung der Gebarung auch genossenschaftliche Revisionen von Verwaltungsgenossenschaften und Sonderprüfungen abgewickelt.

Grundsätzlich findet bei Jahresabschlussprüfungen noch im laufenden Wirtschaftsjahr eine vorgezogene Prüfung statt. Diese Prüfungen konzentrierten sich auf den Kreditbereich, das Wertpapiergeschäft, das interne Kontrollsystem, organisatorische Belange sowie die Einhaltung von Bestimmungen des Bankwesengesetzes.

Die Prüfungen sämtlicher Jahresabschlüsse und Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2010 wurden einschließlich der Ausfertigung der Prüfungsberichte innerhalb der gesetzlichen Frist von 6 Monaten abgeschlossen. In sämtlichen Fällen, in denen Bestätigungsvermerke zu erteilen waren, konnten uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt werden.



2. Prüfungsaufgaben

Die Grundlagen für die Prüfungen bilden die §§ 60 bis 63 BWG und das Genossenschafts-revisionsgesetz. Die Prüfung erstreckt sich auf die gesamte Gebarung der Kreditinstitute. Sie schließt neben der Prüfung des Jahresabschlusses und bankrechtlicher Bestimmungen auch die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einrichtungen und der Geschäftsführung der Institute ein und geht damit über eine reine Abschlussprüfung weit hinaus.

Einen erheblichen, von Jahr zu Jahr zunehmenden Prüfungsaufwand nimmt die Kontrolle der Einhaltung von bankrechtlichen Bestimmungen (neben Bankwesengesetz insbesondere auch Depotgesetz und Wertpapieraufsichtsgesetz) unter Berücksichtigung von Richtlinien der Bankenaufsicht in Anspruch. In diesem Zusammenhang sind auch die Mindeststandards für das Kreditgeschäft generell, für Kredite in Fremdwährung und mit Tilgungsträgern sowie für die Interne Revision zu erwähnen.

Weiters sind auch die Maßnahmen zur Erfüllung der Erfordernisse aus Basel II wesentli-

cher Teil unserer Prüfung. Die Prüfungsergebnisse sind in einem bankaufsichtlichen Prüfungsbericht darzustellen, wobei die Berichtspflicht durch die Finanzmarktaufsicht in den letzten Jahren drastisch ausgeweitet wurde.

Aufgrund der Bestimmungen des § 63 Abs 3 BWG hat der Revisor der Finanzmarktaufsicht unverzüglich über wesentliche Vorkommnisse, die im Zuge der Prüfung der Kreditinstitute festgestellt werden, zu berichten (Berichtspflicht). Gleichzeitig wird der Abschlussprüfer im Falle einer unzureichenden Ausübung der Berichtspflicht mit einem Berufsverbot bedroht. Dieser Umstand hat bereits zu einer erhöhten Anzahl derartiger Meldungen sowohl durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als auch durch die Revisoren des Verbandes an die Finanzmarktaufsicht geführt.

Aufgrund der Anforderung, bereits bei nicht als gravierend einzustufenden Mängeln Berichtspflicht auszuüben, bedeutet die Ausübung der Berichtspflicht nicht zwangsläufig, dass sich die Bank in einer angespannten Situation befindet. Die Banken, bei denen Berichtspflicht ausgeübt wurde, verfügen zum Großteil über eine hervorragende Kapitalausstattung und meist auch über eine zufriedenstellende Ertragslage. Durch

Prüfer



Cornelia Albrecht



Mag. Christian Kneissl



Mag. Gerald Kozma



Mag. Franz Pfeiffer



Mag.
Peter Reisenbichler



Dr. Walter Ruprich



Mag.
Gerhard Schrattecker

Prüfungsassistenten



Mag.
Michaela Bergthaler



Mag. (FH)
Horstmar Dungler



Mag. Karin Faux



Mag. Oliver Gruber



Helmut Müller



Mag. Alexander Mylius



MMag. Michael Paul



Thomas Pirker

Prüfungsverfolgung



Alexander Ahr



Markus Heissig



Mag. Birgit Szücs



Mag. Renate Zima

Dienstleistungen für die Gesamtbank
und die Geschäftsleitung

Prüfung und Früherkennung



Mag. (FH)
Markus Mayrhofer



Mag. Gerald Mitmasser



Mag. Wilfried Moser



Mag. Andreas Tschaudi



Franz Wölfli, MSc.



Mag. Thomas Wurm



Christoph
Heinrichsberger



Mag. Markus Kern



Mag. (FH) Roman Loidl



Mag. Jürgen Pirzl



Gerhard Sumper



Mag. Martin Walter



Ing. Mag. (FH)
Markus Weinmayr

Informations-Technologie



Bernd Luef

Prüfungskanzlei



Rita Pitterle



Alexandra Schüller



Melanie Stephan

diese extensive Auslegung der Berichtspflicht besteht die Gefahr, dass der eigentlich beabsichtigte Warncharakter zunehmend verloren geht.

Auch seitens der Revisoren des ÖGV musste in einzelnen Fällen ein Bericht an die Finanzmarktaufsicht abgegeben werden.

Mit zu den Prüfungsaufgaben zählen auch die Prüfung der Meldung der stillen Reserven, allenfalls erforderliche Prüfungen zur Eigenmittelaufbringung und der Erstellung von Verschmelzungsgutachten. Daneben haben die Bankprüfer auch die Verpflichtung, an den beratenden Sitzungen des Aufsichtsrats und allenfalls des Prüfungsausschusses über den Jahresabschluss als sachverständige Auskunftsperson teilzunehmen, wobei dies in der Regel mit der Prüfungsschlussbesprechung verbunden wird.

Im Sinne des genossenschaftlichen Prüfungsverständnisses bildet die begleitende Beratung und Betreuung der Kreditinstitute durch die Prüfer einen Beitrag für die ordnungs- und zweckmäßige Unternehmensführung sowie für die Erhaltung und Weiterentwicklung der dauernden Leistungsfähigkeit der Kreditinstitute.

3. Prüfungsabwicklung

Auf eine effiziente Prüfungsdurchführung unter Wahrung einer hohen Prüfungsqualität wird weiterhin großes Augenmerk gelegt.

Besondere Beachtung wird der Qualitätssicherung in der Prüfungsabteilung des Verbandes geschenkt. Hinsichtlich der im Zeitraum Mai bis August 2010 (mit Unterbrechungen) stattgefundenen Prüfung durch Herrn WP Dr. Christian Kraetschmer von der PwC INTER-TREUHAND GmbH wird auf die weiter oben beschriebenen Rahmenbedingungen für Revisionsverbände betreffend Qualitätssicherung hingewiesen.

Die Durchführung der Prüfungen des ÖGV wird durch den intensiven EDV-Einsatz mit Laptops und ein umfangreiches, auf die Prüfung zugeschnittenes Prüfungsprogrammpaket unterstützt. Die Anbindung aller Prüfer-PCs über Modem an das Verbands- bzw. Verbundnetz (Lotus Notes) ermöglicht einen raschen Informations-

fluss. Das Prüfungsprogrammpaket umfasst vor allem die Programme für die Kreditprüfung, den Bilanzakt, die Bilanzanalyse und die notwendigen Textprogramme für die Berichtserstellung sowie ständig erweiterte Informationsdatenbanken.

Die Dokumentation der Prüfungsdurchführung findet zwischenzeitig zum Großteil in einer Lotus Notes Datenbank statt, die sämtliche wesentliche Checklisten enthält, und aus der jederzeit der Stand der einzelnen Prüfungen ersichtlich ist. Die Datenbank führt zu einer verbesserten Dokumentation, insbesondere bezüglich des Zusammenwirkens zwischen Prüfungsleiter und Prüfungsgruppenleiter.

Im Sommer 2010 wurden große Teile der Prüfersoftware angepasst, um die Anforderungen, die sich aufgrund des Mitte 2010 neu eingeführten Risikomanagements ergeben haben, zu berücksichtigen. Dabei war insbesondere der VaR-Ansatz im Kreditbereich eine große Herausforderung. Zu diesem Zweck wurde eine Software entwickelt, die es den Revisoren, unabhängig von einer Anbindung an das ARZ (Allgemeines Rechenzentrum) ermöglicht, die Ergebnisse der Risikoberechnungen der Primärbanken einzuspielen, Daten und Einstellungen zu adaptieren, eine neue VaR-Berechnung durchzuführen und die Auswirkungen auf die Ergebnisse der Risikoberechnung zu errechnen und darzustellen.

Zur Prüfung der einzelnen Kreditobligi wurde eine neue Software programmiert, die über eine Schnittstelle zur oben beschriebenen Software zur Risikoberechnung verfügt. Dadurch können die Ergebnisse der Einzelkreditprüfung bei den Risikoauswertungen und Berechnungen berücksichtigt werden.

Im Herbst 2009 wurde von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder eine Stellungnahme zur Ausgestaltung eines Prüfberichts (KFS/PG2) abgegeben, die eine wesentliche Kürzung der bisherigen Berichtspraxis vorsieht. Aufgrund der Besonderheiten der genossenschaftlichen Prüfung konnten wir uns dieser verkürzten Berichterstattung nur zum Teil anschließen. Im Zuge der Umstellung auf das Office 2007 Paket wurde, für die Erstellung der Prüfungsberichte, eine Software entwickelt, die den Berichtserstellungsprozess umfassend geändert hat.

Nunmehr werden wesentliche Teile des Prüfungsberichts bereits im Zuge der Dokumentation der Prüfungshandlungen in Lotus Notes erstellt und anschließend in einen Musterbericht eingespielt. In diesen Bericht werden auch die Ergebnisse der Risikoberechnung, samt den von den Prüfern festgestellten Abweichungen und Mängeln, eingespielt. Für die wirtschaftliche Analyse wurde der Betrachtungszeitraum von zwei auf vier Jahre ausgeweitet, wodurch auch die Entwicklung der Bank innerhalb der letzten vier Jahre dargestellt und analysiert werden kann.

Im Bereich der Berichtserstellung soll es in den kommenden Jahren, durch die damit gelegte Basis für eine raschere Berichterstellung, zu Effizienzsteigerungen kommen.

Im Zusammenhang mit dieser, sicherlich weitreichendsten EDV-Umstellung der letzten 10 Jahre waren umfassende Schulungen der Revisoren erforderlich, die im Rahmen unserer laufenden Schulungen, aber auch an mehreren speziellen EDV-Schulungstagen erfolgten.

Die in der Regel gute Prüfungsbereitschaft und intensive Unterstützung der Prüfung durch die Kreditinstitute, vor allem durch die Innenrevision, tragen zu einer wirtschaftlichen Prüfungsabwicklung ebenfalls beachtlich bei. Im Laufe des Jahres 2010 wurde die Dokumentation des internen Kontrollsystems bei vielen von den durch uns geprüften Banken deutlich verbessert, wodurch sich für die Zukunft weitere Möglichkeiten zur Vertiefung der Prüfung in diesem Bereich ergeben.

Im Interesse einer ökonomischen Prüfung erfolgt in den letzten Jahren eine verstärkt risikoorientierte Prüfungsplanung und -durchführung. Unter Berücksichtigung des internen Kontrollwesens und der Erkenntnisse aus dem verbesserten Risikomanagement und Früherkennungssystem werden jährlich wechselnde und auf die individuellen Verhältnisse der einzelnen Institute abgestimmte Prüfungsschwerpunkte gesetzt und damit auch die Prüfungsdauer risikoorientiert beeinflusst.

Im Allgemeinen nahm im Jahr 2010 die Prüfung des Kreditbereichs, des Risikomanagements (primär für Kredit- und Veranlagungs-

bereich), des Wertpapiergeschäfts sowie bankrechtlicher Erfordernisse einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Prüfung ein.

Bei der Durchführung der Prüfungen werden die einschlägigen Richtlinien des Instituts österreichischer Wirtschaftsprüfer insbesondere zur ordnungsgemäßen Durchführung von Bankprüfungen und über die Einhaltung des Wertpapieraufsichtsgesetzes beachtet.

4. Früherkennungssystem

Das gemäß § 61 BWG einzurichtende Früherkennungssystem in Verbindung mit der Sicherungseinrichtung (Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft m.b.H.) soll sicherstellen, dass eventuelle Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und rechtzeitig entgegengewirkt werden kann.

Das Jahr 2010 war in diesem Bereich von zwei erheblichen Herausforderungen gekennzeichnet. Zum einen galt es die endgültige Umsetzung des neuen Risikolimitsystems in die Früherkennung zu integrieren und zum anderen zu gewährleisten, dass die im Jahr 2009 gewählte Option des Verbundes, die Vorteile des § 22a (9) BWG zu nutzen (um dadurch bei der Eigenmittelunterlegung Forderungen innerhalb des Sektors mit einem Gewicht 0 von Hundert versehen zu können), gesetzeskonform erfüllt war.

In diesem Sinne war es notwendig, einheitlich geregelte Systeme zur Überwachung und Einstufung der Risiken, die einen vollständigen Überblick über die Mitglieder und das institutionelle Sicherungssystem insgesamt liefern, aufzubauen und eine angemessene Überwachung von Forderungsausfällen sicherzustellen.

Um Interessenkonflikte und Unvereinbarkeiten zu vermeiden, wurden die Gruppenleiter der Prüfung (Revisoren) von diesen bisherigen Aufgaben entbunden und eine eigene Abteilung in der Prüfungsabteilung installiert, die im Jahr 2010 diese Aufgabenstellung mit 5 Mitarbeitern bewältigt hat.

Durch entsprechende Aufgabenneuteilung innerhalb der Prüfungsabteilung konnte

erreicht werden, dass es – trotz der erheblichen Anforderungen durch den Regulator – zu keiner wesentlichen personellen Aufstockung innerhalb der Prüfungsabteilung kam.

Die im Jahr 2010 stattgefundenen Prüfungen durch die KPMG und OeNB/FMA haben das eingerichtete Früherkennungssystem bestätigt, wodurch für den gesamten Sektor Eigenmittel in Höhe von rund € 120 Mio. eingespart werden konnten.

Das sektorale Früherkennungssystem stützt sich weiterhin auf ein Ampelsystem, dem ein Punktesystem zugrundeliegt, das wiederum auf Kennzahlen basiert, die einerseits den regulatorischen Meldungen sowie andererseits den quartalsweisen Risikomeldungen der Banken entnommen werden.

Im Rahmen des Früherkennungssystems werden unverändert periodisch gemeldete bzw. eingeholte Daten und Informationen überwiegend EDV-unterstützt ausgewertet und bei Abweichungen, Unstimmigkeiten bzw. erkennbaren negativen Entwicklungen wird durch Kontakt mit den betreffenden Kreditinstituten für Aufklärung und gegebenenfalls erforderliche Bereinigung gesorgt.

Die Erkenntnisse und Dokumentationen aus dem Früherkennungssystem werden auch im Rahmen der Prüfungen vor Ort verwendet. Diese Unterstützung trägt auch zu einer effizienten Prüfungsdurchführung vor Ort bei.

Risikomanagement im Volksbanken-Verbund

Die Quantifizierung von Risiken und das darauf aufbauende Risikomanagement gehören seit jeher zu den wichtigsten Aufgaben einer Bank. Diese Kernkompetenz zur richtigen Einschätzung von Risiken entscheidet langfristig über den wirtschaftlichen Erfolg und den eigenen Fortbestand. Wir als ÖGV unterstützen alle Volksbanken bei dieser Aufgabe, indem wir für ein zeitgemässes, effektives und den Anforderungen entsprechendes Risikomanagementsystem Sorge tragen.

Spätestens seit den 80er Jahren prägt diese Erkenntnis das Denken und Handeln unseres Verbundes. Das Besondere an den letzten Jahren war jedoch, dass ein Crash-Szenario Realität wurde, welches die Risikomanagementsysteme auf ihre Rechtfertigung und Eignung auf die Probe stellte. Für das Risikomanagement war es ein Härtestest, wie selten zuvor, der Auswirkungen auf die Methodik und Prozesse der Zukunft haben wird.

Für das Jahr 2010 kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass die Anspannung der letzten Jahre merkbar nachgelassen hat. Trotzdem einige wesentliche Ergänzungen in den Risikomanagementsystemen vorgenommen wurden, konnte sich die gesamte Risikosituation und die verfügbare Deckungsmasse für Risiken deutlich verbessern.

Einmal mehr zeigt sich, dass die bewusste und gezielte Konzentration der Volksbanken auf die Realwirtschaft in den Regionen Österreichs und auf deren Kunden eine strategische richtige Entscheidung ist, die Finanzspekulationen in ferneren Ländern und unberechenbare Risikobereiche wirksam unterbindet.

Abgesehen von dem Beteiligungsrisiko kann aus Sicht des Risikomanagements festgestellt werden, dass es in keinen Risikopositionen zu einer Überschreitungen der modellhaft errechneten Risikoziffern gekommen ist, was die Solidität und die Stabilität des eingesetzten Risikomanagementsystems und damit der Volksbanken nachhaltig unterstreicht.

Die neuen Überlegungen im Risikomanagement und die adäquaten Limitierung der Risiken sind nun seit 2008 durchgehend im Einsatz und geben den Primärbanken wertvolle Orientierungshilfen in der Steuerung ihrer Geschäfte. Das Jahr 2010 war davon geprägt, das Wissen und die Anwendung der neuen Methoden in den Volksbanken weiter zu vertiefen. Dieses Risikomanagementsystem ermöglicht es jeder einzelnen Volksbank innerhalb von weniger Tagen einen integrierten und vollständigen Risikobericht über alle Teilrisiken inkl. diverser Stress-Szenarien mit umfangreichen Berichten zu erstellen. Dadurch ist es dem gesamten Verbund nun auch möglich, eine konsolidierte Risikodarstellung über alle Volksbanken hinweg innerhalb kurzer Zeit zu erstellen. Dies stellt einen absoluten Meilenstein im Zeitalter des modernen Risikomanagements dar und setzt damit Maßstäbe hinsichtlich Qualität und Zeitnähe. Wir sind überzeugt, dass sich diese Anstrengungen in unserer schnelllebigen Zeit mehrfach lohnen werden.

Die laufende Verbesserung der Ratinginstrumente und die Risikomesssysteme wurden vom ÖGV auch 2010 begleitet und unterstützt. So werden die Systeme, vor allem für Nischen-segmente und spezifische Kundengruppen, laufend verbessert.

Besondere Bedeutung im Zusammenhang mit der Verbesserung der Qualität der Risikomanagementsysteme wurde den neuen Anforderungen für das Liquiditäts-Risikomanagement und der Ausgestaltung der Stress-Szenarien gewidmet. Noch 2010 wurden entscheidende Weichenstellungen, was die Stärkung des Liquiditätsverbundes und der Messung der Liquiditätsrisiken betrifft, unternommen. Es wurden gemeinsam mit der ÖVAG Hilfsmittel entwickelt und vorbereitet, die es jeder einzelnen Volksbank, wie auch der ÖVAG ermöglichen, die neuen gesetzlichen Anforderungen im Rahmen des Liquiditäts-Risikomanagement zu erfüllen und den Liquiditätsverbund des Volksbankensektors noch stabiler zu machen.

Nicht zuletzt war die Verbesserung der Qualität der Entscheidungsprozesse im Rahmen der Risiko-Steuerung in den Primärbanken ein grosses Anliegen des ÖGV im Jahr 2010. So rich-



Mag. Walter Hatak

Mag. Michael Fenz
Vorstandsassistent,
Risikomanagement Veranlagungen

tet der ÖGV seine Aufmerksamkeit auch auf die adäquate Ausbildung und Weiterbildung, sowie der organisatorischen Verbesserung der Risikomanagement-Prozesse in den Primärbanken. Erst die korrekte Anwendung in der täglichen Bankpraxis vermeidet langfristig Risiken. Um das zu unterstützen, wurde ein erheblicher Zeitaufwand im Rahmen der VB-Akademie und diversen Erfahrungskreisen in die Weiterbildung der Mitarbeiter in allen Bereichen des Risikomanagements investiert. Diesbezüglich angebotenen Seminare, Diskussionsrunden und der Lehrgang „Risikomanagement“ erfreut sich großer Nachfrage.

Neben diesen konzeptionellen Aufgaben des ÖGV für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements waren natürlich wieder zahlreiche Tätigkeiten im Rahmen des Risikocontrollings durchzuführen. Diese umfassen das quartalsweise Erstellen von Auswertungen im Bereich Risikomanagement und die Beantwortung spezifischer Fragestellungen im Verantwortungsbereich bis zu Vorträgen für Bankenaufsicht, Ratingagenturen, Mitarbeiter, Externe und Funktionäre.



Monika Daniela Essler
Adrienn Bachmann
Sylvia Narovec

Rechnungswesen

Die Tätigkeiten der Abteilung „Rechnungswesen“ umfassen die laufende Buchhaltung bzw. Bilanzierung des ÖGV sowie die Personal-, Kosten- und Leistungsverrechnung des Verbandes. Neben der laufenden Buchhaltung und Bilanzierung des ÖGV wird auch das Rechnungswesen für die Volksbanken-Beteiligungs-GmbH, Treuhand Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-GmbH sowie für delegierte Aufgabenbereiche wie Volksbanken-Verbundmarketing und Volksbanken-Verbundorganisation geführt.

Unbeschadet ihrer Autonomie und Eigenständigkeit bilden die Volksbanken im Interesse des Mitglieder- und Gläubigerschutzes, der Banken selbst, der Geschäftsleiter, Funktionäre und Mitarbeiter, aber auch des Verbundes in seiner Gesamtheit, eine starke Solidaritätsgemeinschaft. Solidarität gerade im Bereich einer Haftungsgemeinschaft stärkt den bankpolitischen Grundsatz der Sicherheit und erhöht den Grad des Gläubigerschutzes im Wege der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung unter Wahrung der Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand.

Folgende Sicherungseinrichtungen existieren im Volksbanken-Sektor:

Gemeinschaftsfonds der Gruppe Volksbank

Volksbanken-Kunden und Volksbanken-Miteigentümer haben über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus den zusätzlichen Schutz durch den Gemeinschaftsfonds.

Zweck des Gemeinschaftsfonds ist es, wirtschaftliche Schwierigkeiten bei Volksbanken zu beheben und dadurch die Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. die Interessen der Mitglieder und Gläubiger zu schützen. Diese Bestandssicherungseinrichtung entspringt aus dem Mitgliedschaftsverhältnis zum ÖGV. An der Bildung und der erforderlichen Dotierung des Gemeinschaftsfonds nehmen alle Banken, die dem ÖGV als ordentliches Mitglied angehören, teil. Jede einzelne österreichische Volksbank und die ÖVAG sind daher Mitglied des Gemeinschaftsfonds der österreichischen Volksbanken.

Am besten stellt man sich den Gemeinschaftsfonds als ein Sicherheits-Polster vor. Wirtschaftliche Schwierigkeiten werden durch dieses Sicherheits-Polster abgefangen. Die gesetzliche Einlagensicherung wird erst gar nicht bemüht. Seit Generationen ist deshalb kein Sparer bei einer Volksbank zu Schaden gekommen. Das Sicherungssystem des Volksbanken-Verbundes geht also über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus, die erst nach Eintritt einer Insolvenz tätig zu werden beginnt.



Kurt Großbauer



Mag. Richard Schneider

Damit werden die Interessen unserer Kunden, unserer Mitglieder und unserer Mitarbeiter geschützt.

Obwohl kein Rechtsanspruch einer einzelnen Volksbank auf Unterstützung durch den Gemeinschaftsfonds besteht, ist noch nie ein Volksbank-Sparer oder Anleger geschädigt worden, da der Gemeinschaftsfonds immer geholfen hat.

Der Gemeinschaftsfonds als Sicherungseinrichtung des Verbandes geht auf den im Jahr 1937 gegründeten kreditgenossenschaftlichen Garantiefonds des deutschen Genossenschaftsverbandes zurück und besteht für die österreichischen Kreditgenossenschaften seit 1938 unter wechselnder Bezeichnung. Die Sicherungseinrichtung des Gemeinschaftsfonds entspricht auch heute der vergleichbaren Institution der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Die Sicherheit, die der Gemeinschaftsfonds bietet, geht somit über ein reines Garantieverhältnis hinaus und ist ein Sondervermögen mit jährlicher Dotierung aus Beiträgen, so dass im Sanierungsfall eine rasche Unterstützung gewährleistet ist.



Mag. Thomas Regner
Managementunterstützung

Schulze-Delitzsch- Haftungsgenossenschaft SDH

Gegenstand dieses Unternehmens ist die Erfüllung der Aufgaben der Einlagensicherung gemäß § 93 ff BWG. Jeder Fachverband hat eine Einlagensicherungseinrichtung zu unterhalten – die dem System Schulze-Delitzsch verbundenen Kreditinstitute (Volksbanken, ÖVAG, Investkredit Bank, u.a.) gehören der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft an.

Im Berichtszeitraum waren alle Einlagen und Guthaben, einschließlich Zinsen, von natürlichen Personen mit EUR 100.000,- gesichert, Einlagen von nicht natürlichen Personen waren mit einem Betrag von höchstens EUR 50.000,- gesichert. Die fünf österreichischen Einlagensicherungseinrichtungen der Banksektoren verwalten derzeit gesicherte Einlagen (Einlagenbestände, Depotbestände und Provisionserträge) in der Höhe von rd. € 182,4 Mrd., wovon auf die Einlagensicherung des österreichischen Volksbanken-Verbundes rd. € 15,4 Mrd. oder rd. 8,4% entfallen.

Neben einer Schutzvorkehrung, wie es die Einlagensicherung ist, wurde auch für die Wertpapiervermögen im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Bank oder Wertpapierfirma eine Anleger-Entschädigungsrichtlinie vorgesehen. Forderungen von natürlichen wie auch von nicht natürlichen Personen gegen ein Kreditinstitut, die sich aus Dienstleistungen in Bezug auf Wertpapiere ergeben können, sind bis zu einem Gesamtbetrag von höchstens EUR 20.000,- gesichert.

Stellt der ÖGV, insbesondere im Rahmen der gesetzlichen Prüfung oder des Früherkennungssystems fest, dass Mitglieder durch die Verletzung gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen, der Grundsätze ordentlicher Geschäftsführung (GOG) oder des Bankwesengesetzes (BWG) Gefahren für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen schaffen, unterliegen diese Mitglieder einer befristeten Einflussnahme der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft auf ihre Geschäftsführung.

Volksbanken-Beteiligungs- gesellschaft mbH – VB-BG

Gegenstand der VB-BG ist die Förderung von Banken nach dem System Schulze-Delitzsch durch eine Verbesserung der Kapitalausstattung in Form von Beteiligungen an diesen Unternehmen. Durch diese Gesellschaft können ordentliche Mitglieder der Gruppe Kredit (Volksbanken) des ÖGV durch Kapitalzuführung bzw. organisatorische, beratende und personelle Hilfestellungen, um eine bestandssichernde Rentabilität und Eigenkapitalstruktur herzustellen, unterstützt werden.

Volksbankenbetreuung – Managementunterstützung

Der ÖGV hat zur Sicherheit der einzelnen Mitgliedsbank ein Frühwarnsystem und ein Risikomanagement-System mit klaren Inhalten entwickelt und umgesetzt. Auffälligkeiten aus dem Frühwarnsystem werden unverzüglich der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft berichtet, insbesondere wenn sie zu einer Beanspruchung der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft als Einlagensicherung des Volksbankensektors führen könnten. In besonderen Fällen sieht die die Satzung der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. Maßnahmen zur Beseitigung von Risiken, die die Banken beeinträchtigen können, vor.

Auf Basis der Feststellung der Prüfung und den Ergebnissen der laufenden Meldungen kann noch lange bevor eine Volksbank in Schieflage kommt bzw. die Inanspruchnahme der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft erforderlich ist, Beratung und Unterstützung angeboten werden.

Die gesamthafte Betreuung der Solidaritätseinrichtungen des Volksbankenverbundes und die Identifikation von erforderlichen und die Koordination von beschlossenen Präventionsmaßnahmen stellen ein wesentliches Aufgabengebiet dieser Abteilung dar. Neben der Einberufung und Protokollierung der Sitzungen, Abwicklung des Schriftverkehrs, Erstellung, Ausfertigung und Evidenthaltung der Verträge und deren Kontrolle erfolgt die Führung des Rechnungswesens, die zeitgerechte und ordnungsgemäße Erstellung der Jahresabschlüsse.

Betreuung Volksbanken

Die Betreuung der Volksbanken bezieht sich auf jene Volksbanken, mit denen bereits konkrete Vereinbarungen auf Grund einer Unterstützung durch den Gemeinschaftsfonds bestehen. Dazu gehört insbesondere die laufende Betreuung von Volksbanken entsprechend den getroffenen Vereinbarungen, die Koordination von Sektormaßnahmen, laufende, standardisierte Berichterstattung an Sektorgremien (insbesondere Sektorkomitee und Verwaltungsausschuss des Gemeinschaftsfonds), Wahrnehmung von dem ÖGV eingeräumten Aufsichtsrat-Mandaten und Wahrnehmung der Funktion einer Vertrauensperson.

Prävention

Im Sinne der Prävention werden Maßnahmen gesetzt, wenn die Informationen erwarten

lassen, dass eine Volksbank einen erheblichen Änderungsbedarf hat. Es soll damit rechtzeitig verhindert werden, dass der Gemeinschaftsfonds in Anspruch genommen wird. Neben der Zusammenfassung der Informationen zur Bankbeurteilung einschließlich Versand, Behandlung von Einwänden gegen die Bankbeurteilung, regelmäßige Erstellung eines vergleichenden Gesamtüberblickes über die Entwicklung der Volksbanken, Beobachtung der Entwicklung der einzelnen Volksbanken, Identifikation von Unterstützungsbedarf einzelner Volksbanken werden die Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Volksbanken in den Bereichen Aufbau- und Ablauforganisation und Management unterstützt. Darüber hinaus wird die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen laufend verfolgt.

VOLKSBANKEN-GEMEINSCHAFTSFONDS

Vorsitzender

Präsident Dir. KR Dkfm. Werner Eidherr

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Vorsitzender-Stellvertreter

GD KR Mag. Gerald Wenzel

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. KR Mag. Harald Berger

Volksbank Südburgenland registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

MITGLIEDER

Dir. Dr. Thomas Bock

VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

Dir. Dr. Richard Ecker

Volksbank Schärding e.G.

Dir. Wolfgang Ehrenguber

SPARDA-BANK LINZ registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. KR Josef Haag

Volksbank Landeck eG

GD KR Erich Hackl

Allgemeine Bausparkasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Adolf Hammerl

Volksbank Alpenvorland e.Gen.

Dir. Johannes Jelenik

Volksbank Kärnten Süd e.Gen.

VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Ernst Pfennich

Volksbank für die Süd- und Weststeiermark registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dr. Josef Ponecz

Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Peter Sekot

Volksbank Marchfeld e.Gen.

GD Dr. Walter Zandanell

Volksbank Salzburg eG

Gemäß § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinschaftsfonds in den Verwaltungsausschuss entsandt:

Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger

Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)

VDir. Dr. Rainer Borns

Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)

VOLKSBANKEN BETEILIGUNGS GES.M.B.H.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Kurt Großauer

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Mag. Richard Schneider

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

Präsident Dir. KR Dkfm. Werner Eidherr

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Vorsitzender-Stellvertreter

GD KR Mag. Gerald Wenzel

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

MITGLIEDER

Dir. KR Mag. Harald Berger

Volksbank Südburgenland registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Dr. Thomas Bock

VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

VDir. Dr. Rainer Borns

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Dir. Dr. Richard Ecker

Volksbank Schärding eG

Dir. Wolfgang Ehrenguber

SPARDA-BANK LINZ registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. KR Josef Haag

Volksbank Landeck eG

GD KR Erich Hackl

Allgemeine Bausparkasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Adolf Hammerl

Volksbank Alpenvorland e.Gen.

Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Dir. Johannes Jelenik

Volksbank Kärnten Süd e.Gen.

VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Ernst Pfennich

Volksbank für die Süd- und Weststeiermark
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Josef Ponecz

Gärtnerbank registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Peter Sekot

Volksbank Marchfeld e.Gen.

GD Dr. Walter Zandanel

Volksbank Salzburg eG

PROKURIST

Verbandssekretär Mag. Wolfgang Schmidt

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGSGENOSSENSCHAFT REG.GEN.M.B.H.

VORSTAND

Vorsitzender

VDir. Dr. Rainer Borns

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Vorsitzender-Stellvertreter

Mag. Richard Schneider

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

MITGLIED

Kurt Großauer

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

Präsident Dir. KR Dkfm. Werner Eidherr

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Vorsitzender-Stellvertreter

GD KR Mag. Gerald Wenzel

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

MITGLIEDER

Dir. KR Mag. Harald Berger

Volksbank Südburgenland registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Dr. Thomas Bock

VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

Dir. Dr. Richard Ecker

Volksbank Schärding eG

Dir. Wolfgang Ehrenguber

SPARDA-BANK LINZ registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. KR Josef Haag

Volksbank Landeck eG

GD KR Erich Hackl

Allgemeine Bausparkasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Adolf Hammerl

Volksbank Alpenvorland e.Gen.

Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Dir. Johannes Jelenik

Volksbank Kärnten Süd e.Gen.

VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Ernst Pfennich

Volksbank für die Süd- und Weststeiermark
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Josef Ponecz

Gärtnerbank registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Peter Sekot

Volksbank Marchfeld e.Gen.

VDir. Mag. Bernd Spohn

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

GD Dr. Walter Zandanell

Volksbank Salzburg eG

PROKURIST

Verbandssekretär Mag. Wolfgang Schmidt

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

REGIONENFÖRDERUNG, SOZIALGENOSSENSCHAFTEN UND SPONSORING

Genossenschaftliche Regionenförderung

Eine Perspektive für Regionen und Kommunen

Der Idee der Genossenschaften auf Gemeindeebene wurde am 9. Jänner 2009 ein neuer Schub versetzt - mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV). „Wir sehen dieses Modell auch als eine wichtige Form der Bürgerbeteiligung an“, so ÖGV-Chef Dr. Hans Hofinger. „Gerade auf kommunaler Ebene ist es von großer Bedeutung, dass die Menschen ihre Gemeinde nicht als abstrakte Verwaltungseinheit sehen, sondern sich selbst als Teil dieser Gemeinschaft begreifen.“

„Wir werden den Gemeinden das bewährte Modell der Genossenschaften noch besser und häufiger kommunizieren und den Gemeinden konkrete Anwendungsmöglichkeiten vorschlagen“, so Hofinger. „Bei Bedarf bieten wir den Bürgermeistern Beratungsleistungen und Informationsveranstaltungen an.“ Die regionalen Volksbanken können durch ihre Mitarbeiter und deren Nähe zu den Kunden, durch deren lokale Kontakte, als Meinungsbildner in den Regionen fungieren und konkrete Projekte in der Umsetzung begleiten und unterstützen.

Sozialgenossenschaften – wie ein selbstbestimmtes Leben möglich wird.

Volksbanken und der ÖGV bekennen sich in ihrem Leitbild zu ihrer Verantwortung für Mitwelt, Umwelt und auch Nachwelt und unterstützen daher in vielfältiger Weise karitative Projekte. Das ist einer der Kernpunkte unseres Leitbildes und wird vom ÖGV und den Volksbanken sowie der ÖVAG in adäquater Weise umgesetzt.

Volksbanken und der ÖGV bekennen sich zu den Millenniumszielen und zum Global Marshall Plan. Je mehr Verantwortung ein Unternehmen hat, desto mehr Verantwortung muss es

auch übernehmen – insbesondere für Dritte, die sich nicht selbst helfen können.

In einer Zeit, in der über die Leistbarkeit des Sozialsystems diskutiert wird, ist die Genossenschaftsidee aktueller als je zuvor. Aktivitäten, die das Prinzip Selbstverantwortung fördern, finden unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Schaffung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für diese Aktivitäten ist uns ein besonderes Anliegen. Ein hervorragendes Beispiel sind die Sozialgenossenschaften.

Die WAG beschäftigt seit 2002 persönliche AssistentInnen, schult ihre KundInnen in allen nötigen Kompetenzen, die für eine gelungene Assistenzorganisation erforderlich sind und entwickelt gemeinsam mit öffentlichen Stellen Finanzierungskonzepte für selbstbestimmtes Leben. Die WAG auch in NÖ und im Burgenland tätig. Das erfolgreiche Lobbying der WAG führte zur Pflegegeldergänzungsleistung.

Das stetige Bemühen der Funktionäre der Genossenschaft und deren „Mitstreiter“ führte dazu, dass der Sozialminister derzeit von den politischen Parteien beauftragt ist, eine bundesweite Regelung für persönliche Assistenz zu schaffen. Darüber hinaus gelang es den Verantwortlichen der WAG persönliche Assistenz in Bundesschulen nunmehr ab der 5. Schulstufe zu ermöglichen.

Dadurch können körperbehinderte Menschen in Wien persönliche Assistenz (fast) bedarfsgerecht in Anspruch nehmen und so selbstbestimmt leben und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Erfolgreiche Beispiele dieser Art in anderen europäischen Staaten, insbesondere in den skandinavischen Ländern zeigen, dass gerade für die Gruppe der handicaped people solche Modelle nicht nur unter dem Aspekt der Lebensqualität des Einzelnen, sondern durchaus auch aus ökonomischer und volkswirtschaftlicher Sicht, zu fördern sind.

SPONSORING

Sozialsponsoring

Projekt „Concordia“ für rumänische und moldawische Strassenkinder – Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt

Gestartet wurde das Projekt „Concordia“ von Jesuitenpater Georg Sporschill, der im Auftrag der Caritas Häuser für Straßenkinder in Bukarest und Moldawien aufbaute. „Concordia“ kämpft gegen die bittere Not der Straßenkinder an und hat sich zum Ziel gesetzt, diese Kinder zu fördern. „Concordia“ betreut an die 500 Kinder und versteht sich als Brücke zwischen Menschen, die helfen wollen und jenen, die Hilfe brauchen.

Der ÖGV und die Volksbanken unterstützen das Projekt seit Jahren mit namhaften Beträgen. Das soziale Engagement von Diplompädagogin HOL Charlotte Raffetseder in der Hauptschule und oberösterreichischen Mittelschule St. Georgen im Attergau " wurde im Dezember 2010 besonders gewürdigt – sie erhielten für ihr Concordia-Projekt „Strasser Kinder helfen Straßenkindern“ den Ehrenpreis von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Die Volksbanken unterstützen dieses Projekt seit Jahren.

Caritas-Kinderpatenschaften

Liebe, Geborgenheit und einfach Kind sein dürfen! Das wünschen sich Kinder in Österreich ebenso wie in Äthiopien, Peru, Pakistan, Ukraine, Albanien gleichermaßen. Doch der Alltag vieler Mädchen und Buben in den ärmeren Ländern ist geprägt von Leid, Armut, Kriminalität und Grausamkeit.

Die Volksbanken unterstützen das Caritas-Kinderpatenschaftsprogramm und sorgen dafür, dass die Caritas ihr Programm weiter ausbauen kann. Gemeinsam werden neue Paten und PatInnen gesucht, die ihr Glück teilen und eine Patenschaft übernehmen. So können wir gemeinsam weltweit eine bessere Zukunft für Kinder in Not ermöglichen.

In den Projekten der Caritas und der Concordia verbinden sich die genossenschaftliche Philosophie der gemeinschaftlichen Selbsthilfe mit ganz konkreter und nachhaltiger Unterstützung für die betroffenen Kinder. Unsere gemeinsamen Werte werden in diesen Projekten sichtbar.



Special Olympics

Special Olympics bietet weltweit in 143 Nationen für mehr als 2,25 Million Kindern ab 8 Jahren, Jugendlichen und Erwachsenen mit mentaler Behinderung ganzjährige Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten in 26 verschiedenen olympischen Sportarten an. Diese Sportarten bzw. ihr Regelwerk sind so gestaltet, dass möglichst viele Menschen mit mentaler Behinderung daran teilnehmen und ihrer Behinderung entsprechend sich mit annähernd gleich starken Personen messen können. Der ÖGV unterstützt Special Olympics mit einem jährlichen Betrag.

Weitere Aktivitäten

Licht ins Dunkel ist eine österreichische Institution. 2010 wurde Licht ins Dunkel durch den **Friedenslicht-Marathon** mit Scheckübergabe von € 4.000,- im ORF-Spendenstudio unterstützt.

AMREF, die Projekte in Afrika umsetzen, und das **Hilfswerk Austria** erhielten 2010 ebenfalls Unterstützungsbeträge.

Mit einer Spende für das **Franz Klammer Charity** Golfturnier im Golfklub Fontana hat der Volksbanken-Verband die Ziele der Foundation auch 2010 wieder unterstützt.

SPONSORING

Sportsponsoring



„Unsere“ Weltmeister
in Oslo

Die positive Wirkung des Sport-Sponsorings liegt in der Steigerung der Markenbekanntheit, der Emotionalisierung der Marke und der Erzeugung positiver Bilder (Image) im Kopf der Konsumenten. Kurz gesagt: Durch Sportsponsoring wird die Marke erlebbar gemacht und sie erscheint dynamischer, moderner und jünger.

Die Primärbanken konzentrieren sich hauptsächlich auf regionales Sponsoring. Aus dem Selbstverständnis der Volksbanken, dem genossenschaftlichen Grundgedanken und der Positionierung als finanzieller Nahversorger in den Regionen ist regionales Sportsponsoring ein Eckpfeiler der Strategie. Überregionales Sportsponsoring hat im Volksbank-Bereich zwei Funktionen: einerseits österreichweite Aufmerksamkeit zu schaffen und andererseits die Aufgabe, sich auf intelligente Weise mit regionalen Events zu vernetzen bzw. mit regionalen Events die Marke Volksbank vor Ort angreifbar darzustellen.

Weitere Höhenflüge mit dem Skisprungteam

Die ÖSV Skispringer haben fast alles gewonnen, was zu gewinnen war – und das nach bereits außerordentlich starken Saisonen. Gesamtweltcupstieg durch Thomas Morgenstern, Gregor Schlierenzauer sicherte sich den Skiflug-Weltcup, sämtliche Goldmedaillen bei der WM in

Oslo, um nur die herausragenden Ergebnisse aufzuzählen.

Aber nicht nur die Skispringer erzielten Rekordweiten, sondern auch die Volksbank konnte dank dieser Kooperation einen weiten Sprung in der Wahrnehmung der Kunden machen. Unter allen Bankenmarken ist die Volksbank Nummer 1 bei der Steigerung der Werbeawareness = der spontanen Erinnerung und Bekanntheit und Nummer 1 bei der Sloganbekanntheit.

Die Kooperation mit den Superadlern bringt

- Imagetransfer: Werte wie jung, erfolgreich und sympathisch werden auf die Volksbank übertragen.
- Starke Präsenz für die Marke durch die hohen Einschaltquoten bei den TV Liveübertragungen und der Berichterstattung in den Printmedien.
- Sympathische Zielgruppenansprache: Integration der Springer im gesamten Kommunikationsauftritt, also als Testimonials in Spots, Anzeigen, im Internet und am POS.



Abheben mit Beach-Volleyball

Beach-Volleyball schafft Emotionen, spricht junge, dynamische Zielgruppen an und bringt mediale Aufmerksamkeit. Durch die Einbindung der Superadler wird eine gute Kombination unseres Sponsoring-Engagements im Winter und Sommer erzielt. Beach-Volleyball als Spitzen wie Breitensport bildet auch die Basis für die aktiv-Neukundenansprache.

Events

Flying Emotions am Kulm in Bad Mitterndorf

Der Kulm, die größte Naturflugschanze der Welt, stand ganz im Zeichen der Superadler – und der Marke Volksbank. 50.000 begeisterte Zuschauer vor Ort, davon 3.000 euphorisierte Volksbanken-Mitarbeiter, freuen sich über den Doppelsieg von Gregor Schlierenzauer.

Radchallenge

Mit der Volksbank Radchallenge setzten wir nicht nur im Spitzen-, sondern auch im Breitensport Akzente. Die Stars der Radchallenge sind die Breitensportler.

Im Rahmen einer Vielzahl von regionalen Sponsorships innerhalb des Volksbank-Verbundes war diese Maßnahme die Speerspitze über-regionaler Aktivitäten im Radsport-Sponsoring.

Die Volksbank Radchallenge wurde bei vielen Veranstaltungen als Event im Event durchgeführt. In Kooperation mit den jeweiligen Veranstaltern präsentierten wir uns in einem eigenen Eventbereich mit Unterhaltung, Show und Gewinnspielen. Die jeweilige Volksbank hatte damit Möglichkeit zu einem regionalen Mehrwert – stand doch in jedem Fall der Ort der Radchallenge ganz im Zeichen der Marke „Volksbank“.

Nicole Gergely

Seit 2008 sponsern die Volksbanken Österreichs erfolgreichste Pro-Golferin. So hat sie z.B. 2009 bewiesen, dass ihre Golfbälle Flügel haben – sie gewann bei der Ladies European Tour die Open de France. Gergely schrieb mit ihrem Sieg Sportgeschichte: Sie ist die erste österreichische Siegerin bei der European Ladies Tour. 2010 war als Zwischensaison zu neuerlichen Erfolgen anzusehen.

Sichtbare Freude auf allen Seiten – der Sponsoring-Vertrag mit dem ÖSV wurde verlängert

SPONSORING

Wissenschaft und universitärer Bereich

Der enge Kontakt zu wissenschaftlichen Gesellschaften, wissenschaftlichen Instituten und Universitäten ist für einen Informationsdienstleister wie dem ÖGV unabdingbare Voraussetzung, um seinen Mitgliedern Mehrwert bieten zu können. Neue wissenschaftliche Ansätze können in direktem Kontakt mit Wissenschaftlern erörtert, hinterfragt und auf ihre Nutzenanwendung für unsere Mitglieder geprüft werden. Die Lehrtätigkeit von ÖGV-Vorständen und Mitarbeitern ist ein reger Gedankenaustausch, der insbesondere dazu dient, den Studenten genossenschaftliche Ansätze nahezubringen.

Kuratorium zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien: Präsident ist Hans Hofinger

Die Grundlage der Tätigkeit des Kuratoriums zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien bildet die direkte wissenschaftliche Förderung. Die finanziellen Mittel bringen öffentliche Institutionen, Verbände, Unternehmen und private Mäzene auf. Aus den Dotationen des Kuratoriums werden vor allem Dienststellen für Assistenten und wissenschaftliche Hilfskräfte finanziert, die das zuständige Bundesministerium nicht in entsprechendem Ausmaß berücksichtigt.

Universität Wien – Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen (FOG)

Der FOG entstand vor gut zehn Jahren (1998) aus einer gemeinsamen Initiative der Genossenschaftsverbände Österreichs und des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien. Er steht in einer fast 60 Jahre alten Tradition genossenschaftswissenschaftlicher Forschung an der Universität Wien und ist wichtiger Wegbegleiter für die Entwicklung der Genossenschaften. Der intensive Gedanken- und Informationsaustausch sichert der Wissenschaft praxisrelevante Fragestellungen und garantiert der Praxis umsetzbare Problemlösungen. Am FOG werden auch Diplomarbeiten und Dissertationen betreut.

Auf großes Interesse stieß am 8. März 2010 die FOG-Vortragsveranstaltung im ÖGV-Haus zum Thema „Eigenmittelvorschriften für Kreditgenossenschaften“: Dr. David Grünberger, Finanzmarktaufsicht (FMA), Wien, ao. Univ.-Prof. Dr. Markus Dellinger, Universität Wien, und Dr.

Holger Mielk, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR), Berlin, eröffneten mit Vorträgen und beteiligten sich zusammen mit ÖGV-Vorstandsdirektor Dr. Rainer Borns an der Podiumsdiskussion, die Verbandsanwalt DDR. Hans Hofinger moderierte.

Der FOG war 2010 auf international besuchten Tagungen in Deutschland, Frankreich, Italien und der Tschechischen Republik vertreten und beteiligte sich wieder mit zwei Workshops an der KinderuniWissenschaft in Wien.

Prof. Dr. Johann Brazda ist in das Kuratorium des Fördervereins Hermann Schulze-Delitzsch und Gedenkstätte des deutschen Genossenschaftswesens berufen worden.

Im Internet finden sich unter der neu gestalteten Homepage www.univie.ac.at/genos u. a. aktuelle genossenschaftliche Forschungsprojekte und interessante Hinweise wie die Links unter „Genos im Netz“. Zur XVII. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute, die 2012 an der Universität Wien stattfinden wird, gibt es eine eigene Homepage: igt2012.univie.ac.at.

Abschluss von Dissertationen:

Schaschko, Mario: Neugründungen von Genossenschaften in Österreich, 2010.

Abschluss von Diplomarbeiten:

Jäger, Peter: Kooperative Mikrofinanzsysteme – ein alternatives Mikrofinanzmodell?

Jankowitsch, Maximilian: Corporate Governance Strukturen bei international tätigen Genossenschaftsbanken.

Veröffentlichungen 2009:

Wiener Studien des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Neue Folge: Band 18: Schaschko, M.: Neugründungen von Genossenschaften in Österreich, Wien 2010.



Bereits in 5. Auflage:
Hans Hofingers Management-Bestseller

ÖGV-Vorstand und Mitarbeiter als Vortragende

DDr. Hans Hofinger hielt im Winter- wie auch im Sommersemester 2009 seine beliebte WU-Vorlesung „Der vertikal integrierte Volksbanken-Verbund. Die Genossenschaft als spezielle mittelständische Rechtsform“ ab. Hofinger ist auch als Referent zum Thema „Regula Benedicti – Eine Botschaft für Führungskräfte“ – gefragt, sein Buch ist ein Bestseller.

ÖGV-Vize Mag. Bernd Spohn referierte im Rahmen der Revisorenausbildung, ÖGV-Markt-Vorstand Dr. Rainer Borns hat einen Lehrauftrag an der Wirtschaftsuniversität Wien zu „Verbundmodellen“.

Dr. Georg Zawischa im Bereich Bürgerliches, Handels- und Wertpapierrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien (Doralt/Novotny-Institut), Dr. Hermann Fritzl präsentiert an der Uni Krems „Genossenschaften“. Im Bereich der Steuer und Interessenvertretung wurden wieder zahlreiche Seminare im Rahmen der Volksbanken-Akademie (Erb- und Schenkungsrecht, BWG-Seminar, Revision des Meldewesens/Innenrevision – Fachlehrgang) betreut.

SPONSORING

von Vereinen, Institutionen, Interessenvertretungen

INLAND:

- Institut für Interne Revision
- Controller Verein eV
- European Center of Tort and Insurance Law
- Forschungsinstitut für Kooperationen
- Forschungsverein für Genossenschaftswesen am betriebswirtschaftlichen Zentrum der Universität Wien
- Friedrich August v. Hayek-Institut
- IGA Internationales Institut für Genossenschaftsforschung im Alpenraum
- Institut österreichischer Wirtschaftsprüfer
- International Fiscal Association
- Klub der Wirtschaftspublizisten
- Kreditschutzverband von 1870
- Kuratorium zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien
- Managementclub
- Netzwerk von Christen
- Österreichische Bankwissenschaftliche Gesellschaft
- Österreichisches Controllerinstitut
- Österreichischer Energie-Konsumentenverband
- Österr. Institut für Wirtschaftsforschung
- Österreichischer Journalistenclub
- Schulze-Delitzsch Solidaritätsverein
- Verband österreichischer Wirtschaftsakademiker
- Verein Freunde des Zisterzienserstiftes Zwettl
- Verein zur Förderung der betriebswirtschaftlichen Genossenschaftsforschung
- Vereinigung österreichischer Revisionsverbände
- Volksbank Akademie
- Wirtschaftsforum der Führungskräfte
- Zentrum für Berufsplanung (ZBP)

AUSLAND:

- Internationale Volksbankenvereinigung (CIBP)
- Vereinigung der Genossenschaftsbanken in der EU (Groupement)
- Europäischer Ausschuss für Banknormung
- Forschungsgesellschaft für Genossenschaftswesen Münster e.V.
- Förderverein Hermann Schulze-Delitzsch
- Historischer Verein bayrischer Genossenschaften
- Verbandsmanagement Institut Universität Freiburg
- Zentralverband gewerblicher Verbundgruppen e.V. (ZGV)
- Zukunftsinstitut GmbH – Internationales Institut für Zukunfts- und Trendberatung

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



ÖGV-Chef Hans Hofinger
mit ÖSV-Alpindirektor
Hans Pum

Der ÖGV ist Informationsdienstleister und verbreitet mediengerecht die Anliegen und Inhalte der Volksbanken sowie der Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften.

Der ÖGV betreibt Öffentlichkeitsarbeit für den gesamten Volksbanken-Sektor (Konzept, Text, Umsetzung), auf Bundeslandebene und für einzelne Volksbanken inklusive Krisenintervention. Wir informieren Journalisten und die gesamte Öffentlichkeit – stellvertretend für alle Volksbanken und Verbundunternehmen – als zentrale Anlaufstelle profund über den Volksbanken-Verbund und die gewerblichen Kreditgenossenschaften.

2010 stand die ÖVAG lange unter kritischer „Aufsicht“ der Medien. ÖVAG-Themen wurden von manchen Journalisten als Volksbank-Themen verkauft, was bei den regionalen Volksbanken, deren Mitarbeitern und Kunden zu Irritationen führte. In enger Zusammenarbeit mit der ÖVAG-PR wurde die unterschiedliche Positionierung der ÖVAG und der Volksbanken der Öffentlichkeit kommuniziert.

Die traditionelle ÖGV-Jahrespressekonferenz 2010 wurde mit der ÖVAG-Bilanzpressekonferenz zusammengelegt, um auf diese Weise zu kommunizieren, dass die Volksbanken als

Mehrheitseigentümer der ÖVAG hinter ihrem Spitzeninstitut stehen.

In zahlreichen Einzelgesprächen mit Medienvertretern konnte die Philosophie der Volksbank Gruppe weitergegeben werden. Zahlreiche Presseaussendungen wurden darüber hinaus im Jahr 2010 verfasst, an die 100 ÖVAG-Presseaussendungen mit ÖGV-PR abgestimmt.

Der ÖGV arbeitet intensiv am Kunden-Printmedium „GeldLeben“ und an der Mitarbeiter-Zeitschrift „myweb“ mit. Die Volksbank Kundenzeitung „GeldLeben“ erscheint vier Mal jährlich. Pro Jahr erreichen rund 2 Millionen Exemplare die österreichischen Leser.

Gut informierte MitarbeiterInnen sind zufriedener und motivierter als andere. Die Mitarbeiterzeitschrift myweb berichtet über die neuesten Entwicklungen innerhalb der Volksbank Gruppe. Sie erscheint vier Mal pro Jahr und hat eine Auflage von 7.000 Stück.

Der ÖGV-Internet-Auftritt ist das Informationsportal für den gesamten Volksbanken-Sektor, aber auch für die Waren- Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften.

PUBLIKATIONEN



Dr. Andrea Karner
Chefredakteurin „cooperativ –
Die gewerbliche Genossenschaft“

Anna Wölfel, Bakk.
Redaktionsassistentin

„Wir machen die Genossenschaft zur Qualitätsmarke der Zukunft“.

Dieses Ziel setzt sich der Österreichische Genossenschaftsverband in seinem Leitbild.

Mit seinem Magazin cooperativ und der Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe will er über Genossenschaften und ihre Unternehmensphilosophie informieren.

cooperativ

Dem Handwerk gehört die Zukunft. Osteuropa – Chance oder Risiko? Jeder kann Unternehmer sein. ÖVAG und Volksbanken – wie geht es weiter? Genossenschaften – ein Erfolgsmodell mit Zukunft. Basel III kommt. Das waren die Themen in cooperativ 2010.

Auf 520 Seiten haben die Leser zum Beispiel erfahren, wie sie das Glück anziehen können, ob Nachhaltigkeit im Kredit- und Finanzgeschäft überhaupt möglich ist und wie Familienunternehmen Krisen als Chance nützen.

Wir haben Kommentare eingeholt von bekannten Unternehmern, wie dem verstorbenen Gründer der Swatch-Group Nicolas G. Hayek, von Politikern, wie dem ehemaligen Vizekanzler Erhard Busek und dem Abgeordneten zum Europaparlament Othmar Karas, von Lobbyisten, wie Banken-Syndikus Herbert Pichler.

Unsere Leser haben Genossenschaftsorganisationen in China, in Kanada und auf den Philippinen kennen gelernt, haben mit Herbert Blauensteiner den höchsten Gipfel der Welt bezwungen oder sind mit dem Muskelkater Genesis Team am Mountainbike durch den Wald gejagt.

Alles Wesentliche über Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften haben wir in einer 32 Seiten starken Beilage zu cooperativ 2/10 zusammengetragen und systematisch zusammengestellt.

cooperativ, das Magazin für Genossenschaften, macht auf die Vielfalt von Zusammenarbeit in der Wirtschaft aufmerksam und gibt Antworten auf Fragen wie:

- Wie können kleine und mittlere Unternehmen gegen Industriebetriebe bestehen?
- Was können Genossenschaftsbanken dazu beitragen?
- Wie kann Demokratie auch in Betrieben funktionieren?
- Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer Region stärken?
- Was können Kooperationen für die Bürgergesellschaft leisten?

cooperativ ist Nachfolgerin der Zeitschrift Die Gewerbliche Genossenschaft, die der erste Verbandsanwalt Hermann Ziller 1872 gegründet hat.

Das Magazin erscheint seit 2010 sechs Mal jährlich in einer Auflage von 1.700 Stück.

Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe

Die Neuerscheinung des Jahres 2010 war: Benedikt als Menschenführer – Die Regula Benedicti als Schule für Arbeit, Beruf und Alltag“

Unter diesem Titel hat Hans Hofinger den Bestseller der Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe „Regula Benedicti – Eine Botschaft für Führungskräfte“ überarbeitet und erweitert.

Der alte Titel wurde der ersten Ausgabe nicht mehr gerecht. Hofinger betrachtet den Heiligen Benedikt in seinem neuen Buch als Menschenführer, der in einer Zeit Orientierung bietet, in der die Gesellschaft neue Werte sucht. Als humanistische Lebensweisheit mit klaren Anweisungen für ein friedliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft, eröffnet sie dem Leser die Renaissance einer vergessenen Moral. Benedikt will Menschen, die zuhören können, Einfühlungsvermögen besitzen, Toleranz und Mitgefühl. Illustriert ist der Band mit zwölf farbigen Abbildungen, die dem Leser Benedikt und seine Regeln näher bringen.

Die Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe gründeten Hans Hofinger und Peter Weiss im Jahr 1984.



EVENT-MANAGEMENT

Groß-Veranstaltungen und Event-Management



Event-Management:
Karin Prandtner, Kurt Großbauer



Präs. Dkfm. Eidherr gratuliert Dr. Hofinger zum Jubiläum

Der ÖGV organisiert zahlreiche Veranstaltungen. Top-Beispiele sind der Verbandstag und die Volksbank-Winterspiele. Die langjährige Event-Managerin Kerstin Katschner hat mit Oktober 2010 ein neues Engagement angenommen. Ihre Nachfolgerin ist Karin Prandtner.

Verbandstag 2010 in Wien – "Blicken wir nach vorne, blicken wir in die Zukunft"

Der eintägige Verbandstag stand vor allem im Zeichen der Neupositionierung der ÖVAG. Dr. Herbert Pichler, Geschäftsführer der Bundespartei Bank-Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich sagte in seinem Statement: "Für mich sind die Volksbanken in Österreich Garant für eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen auf einem hohen Niveau. Es ist erfreulich, dass gerade in einer Phase der Verunsicherung das Konzept der Originalität, der Verbundenheit im Ort im Sinne der Kundenpartnerschaft entsprechende Anerkennung gefunden hat."

Der Verbandstag bot auch den Rahmen, um das 25-Jahre Jubiläum von Dr. Hans Hofinger als Verbandsanwalt zu feiern. ÖGV-Präsident Dr. Werner Eidherr in seiner Laudatio: " Er ist im

Moment eines Umbruchs im Bankensektor zur ÖVAG gestoßen, in dem die Sanierung des Instituts und die Neuausrichtung der Volksbanken auf der Agenda standen. Von 1975 an hat er sich als Mitarbeiter der Rechtsabteilung der ÖVAG in den Dienst der Schulze-de Delitzsch-Genossenschaften gestellt. Im Jänner 1985 hat ihn die Primärstufe des Volksbanken-Sektors als Vorstandsmitglied an die Spitze des ÖGV berufen und als Verbandsanwalt an vorderster Front positioniert. Seine Fähigkeiten im persönlichen, wie auch im fachlich wissenschaftlichen Bereich haben die Volksbanken aus dem Niemandsland geführt und zu einem national wie international anerkannten systemrelevanten Sektor gemacht."



Kranjska Gora: Dr. Borns im Interview



Schnappschuss von der Volksbank-Winter-Olympiade

Volksbank-Winter-„Olympiade“ in Kranjska Gora mit 900 Teilnehmern

Die Region Schladming – Ramsau bekam“Volksbank-Flügel mit V“. Dafür sorgten die 38. Winterspiele der österreichischen Volksbanken, die zusammen mit den 7. Meisterschaften der internationalen Volksbankenfamilie CIBP vom 9. bis 15. März 2009 ausgetragen wurden. Die Volksbank Enns-Paltental war zum dritten Mal nach 1992 und 1999 Gastgeber dieses Volksbank-Sport-Großevents.

Die 39. Volksbanken Winterspiele fanden erstmals außerhalb Österreichs statt. Gastgeber des Großevents war die slowenische Banka Volksbank d.d. Die slowenische Volksbank besteht seit 1993. Die Bank hat 200 Mitarbeiter und 11 Filialen.

Die Bewerbe Snowboard, Langlauf, Ski alpin (Riesentorlauf) und Eisstockschießen fanden in Kranjska Gora, Sloweniens führendem Wintersportort, statt. Kranjska Gora, drei Kilometer hinter der österreichischen Grenze, ist als Veranstaltungsort im Alpinskiweltcup auch international bekannt, jedes Jahr werden ein Herren-Riesenslalom und ein Herren-Slalom ausgetra-

gen. Kranjska Gora, am Ursprung der Save zwischen Karawanken und den Julischen Alpen gelegen, bietet eine beeindruckende Landschaftskulisse, der Ort grenzt an den größten Nationalpark Sloweniens, den Triglav – Nationalpark an. Der Weltcuprennen-Ort war Treffpunkt für Teilnehmer aus Österreich, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Rumänien. Der österreichische Botschafter in Slowenien, Dr. Erwin Kubesch, gratulierte den Volksbanken zu Ihrer Idee, ihre Winter-Olympiade in Kranjska Gora zu veranstalten und damit die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu vertiefen.

GESCHÄFTSLEITER-BESTELLUNGEN UND -DIENSTVERTRÄGE



Verbands-Sekretär
Mag. Wolfgang Schmidt

Bei der Geschäftsleiterbestellung steht dem ÖGV ein Begutachtungsrecht zu. Im Berichtszeitraum hat sich hinsichtlich der Anforderungen und der Umsetzung keine Änderung gegenüber dem Vorjahr ergeben. Die Qualifikation von künftigen Geschäftsleitern wird folglich an dem vom Verbandsrat in Umsetzung der Bestimmungen des BWG und der Verbandssatzung beschlossenen „Anforderungsprofil für Geschäftsleiter“ gemessen. Insbesondere die nachweisliche fachliche Qualifikation, das Führungsverhalten und die charakterliche Eignung als Ausprägung persönlicher Zuverlässigkeit sind Gegenstand der Begutachtung.

Als Nachweis für die fachliche Eignung dient in erster Linie die positive Absolvierung der Geschäftsleiterprüfung im Rahmen der Volksbankenakademie. Die positive Absolvierung des Management-Curriculums und eines Fachlehrganges sind wiederum Zulassungsvoraussetzungen für die Geschäftsleiterprüfung. Über die persönliche Qualifikation, insbesondere die Kompetenz als Visionär/Motivator, die Führungskompetenz für sich und im Umgang mit Anderen und die Strategie- und Ergebnisorientierung, sowie die Analysefähigkeit (=unternehmerische Kompetenz) gibt ein ebenfalls obligatorisches Assessment Center Aufschluss.

Auch die Weiterbildung der Geschäftsleiter ist einerseits als Bildungsauftrag an die zuständigen Verbundstellen, andererseits als Verpflichtung zur Weiterbildung im Anforderungsprofil festgeschrieben. Die Volksbanken-Akademie erstellt dazu im Einvernehmen mit dem ÖGV ein attraktives Weiterbildungsprogramm, das durch bestimmte verbundliche Informationsveranstaltungen, wie etwa Fach-Symposien oder ERFA-Tagungen, ergänzt wird.

Dieses Programm setzt Schwerpunkte in den Bereichen Fach- und Führungskompetenz und wird durch die bereits bewährte „Sommer-Akademie“, die sich vorrangig mit aktueller Managementliteratur auseinandersetzt, abgerundet.

Ein weiterer wesentlicher Bereich des Anforderungsprofils für Geschäftsleiter betrifft die Planung der Geschäftsleiter-Nachfolge. Hier wird das Hauptaugenmerk auf den rechtzeitigen Planungsbeginn und den frühzeitigen „Aufbau“ von Nachfolgern gelenkt.

Unter rechtzeitiger Planung versteht das Anforderungsprofil eine möglichst frühzeitige Auseinandersetzung mit der künftigen personellen Zusammensetzung der Geschäftsleitung. Dem ÖGV ist dann längstens fünf Jahre vor dem möglichen pensionsbedingten Ausscheiden eines Geschäftsleiters die geplante Nachfolge mitzuteilen. Eine konkrete Festlegung auf bestimmte Personen ist dabei noch nicht erforderlich, zumal in manchen Fällen zu diesem Zeitpunkt noch keine derartige Festlegung möglich oder erwünscht ist und eine geplante externe Nachbestellung meist erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt wird (möglichst rd. ein Jahr vor dem Ausscheiden). Weiterbildung und Nachfolgeplanung im Geschäftsleiter-Bereich sind Gegenstand der vom Verbandsvorstand mit den Volksbanken regelmäßig geführten Ratinggespräche.

In der Praxis kann allerdings auch bei rechtzeitiger Planung nicht ausgeschlossen werden, dass ein Geschäftsleiter (noch) ohne die erforderlichen Prüfungen und sonstigen Nachweise bestellt werden soll. Eingeschränkt auf diese besonderen Ausnahmefälle ermöglicht das Anforderungsprofil fachliche ÖGV-Hearings durch eine besonders zusammengesetzte Kommission, die – abhängig vom Hearingergebnis – verschiedene Auflagen und Empfehlungen vorschlagen kann, die vom ÖGV in sein Bestimmungsgutachten übernommen werden. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, werden zu diesen Hearings nur Kandidaten zugelassen, die auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und beruflichen Tätigkeit ein positives Ergebnis erwarten lassen. Bewährt haben sich die Bearbeitung und Lösung eines Praxisfalles im Bereich des Aktivgeschäfts und die Diskussion von Fragestellungen aus den Fächern der Geschäftsleiterprüfung.

Vor Abschluss oder vor Änderung von Geschäftsleiterdienstverträgen ist ebenfalls ein Gutachten des Verbandes einzuholen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die aus beabsichtigten Vertragsbestimmungen resultierenden künftigen Belastungen der Verbandsmitglieder gelegt. Für die Vertragsgestaltung stehen Muster des ÖGV zur Verfügung, die im jeweiligen Einzelfall adaptiert werden.

Im Berichtsjahr wurden 6 Bestellungen von Geschäftsleitern und 20 Abschlüsse oder Änderungen von Dienstverträgen bearbeitet.



2. ÖGV-DIENSTLEISTUNGEN für den Vertrieb/Markt

Vst.-Dir. Dr. Rainer Borns
Vorstand Markt

Katharina Maleczek
Marion Schaffra
Vorstands-Sekretariat Markt



EINE ERFOLGSSTORY GEHT WEITER: DIE MARKENPOSITIONIERUNG „VOLKSBANK“

Die österreichischen Skispringer setzen neue Maßstäbe. Ein Land identifiziert sich mit den jungen, stets gut gelaunten Stars und ihren sportlichen Höhenflügen. Werte wie Patriotismus, regionale Identifizierung, Erfolg und Sympathie spiegeln sich auch im Image und in der Markenwelt der Volksbank wider. Dies alles sind Faktoren, die unsere Marke in einem verschärften Wettbewerbsumfeld stärken. Von TV-Produktwerbung über Weltcup-Patronanzspots und regionalen Promotionauftritten – die Superadler bilden die Basis einer integrierten, vertrauensbildenden Kampagne, mit der die Volksbank auf allen Linien punktet.

Unter allen Bankmarken ist die Volksbank Nummer eins bei der Steigerung der Werbe Awareness ist (spontane Erinnerung und Bekanntheit) und Nummer eins bei der Sloganbekanntheit. Die Kampagne hat die höchste Effizienz, gemessen am eingesetzten Werbe-Euro. In einem Umfeld mit stark steigenden Werbedruck der Mitbewerber konnten diese Erfolge trotz gleich bleibendem

Budget gegenüber dem Vorjahr sogar übertroffen werden.

Der Gegenwert der durch das Sponsoring erlangten medialen Gegenleistung übertrifft das 6,6-fache der eingesetzten Mittel. Gemessen und bewertet wird dabei die Sichtbarkeit der Marke in der TV-Sportberichterstattung, in Printmedien und Internet. Dadurch konnte wertvolle, zusätzliche Markenpräsenz und Aktualität geschaffen werden. Titelseiten von reichweitenstarken Tageszeitungen, die strahlende Superadler mit Volksbank-Startnummern am Siegespodest zeigen, sind nur ein Beispiel, welcher medialer und emotionaler Nutzen dadurch erzielt werden konnte.

Die Superadler-Kampagne ist nicht nur Motor für den Produktverkauf, sondern hat sich auch als Markenschutzschild gerade in bewegten Zeiten bewährt. Sie trägt wesentlich dazu bei, die Marke positiv aufzuladen, Sympathie und Kundenvertrauen aufrechtzuerhalten.



Isabella Moser



Niki Fellingner



Manfred Kiss

Seit dem Jahr 2001 besteht die Organisationseinheit „Volksbanken-Beratung“ im österreichischen Genossenschaftsverband. Die Unterstützung der Primärbanken durch das Beratungsteam zielt auf die Optimierung der bankindividuellen Vertriebsstrukturen. Dabei steht die operative Umsetzung von Maßnahmen in der täglichen Vertriebsarbeit im Vordergrund.

Die Aktivitäten zielen vor allem auf die Verstärkung der Kundenpartnerschaft durch gelebte Kundennähe ab. Die ständige Verbesserung der Betreuungsqualität mündet letztendlich in der Erhöhung der Produktivität.

Das Beratungsspektrum umfasst die Bereiche:

- Bank- und Vertriebsanalysen
- Planung und Strategie
- Vertriebsstruktur
- Vertriebsinstrumente
- Beratung und Verkauf
- Vertriebssteuerung und
- Vertriebs-Controlling

Beratungsleistungen im Jahresüberblick

Mit einem Zeitaufwand von 146 Arbeitstagen führte das Team im Jahr 2010 folgende Beratungsleistungen bei den Primärbanken durch:

- Bank- und Vertriebsanalysen bei 6 Volksbanken
- Planung und Strategie bei 6 Volksbanken
- Vertriebsinstrumente bei 6 Volksbanken
- Beratung und Verkauf bei 4 Volksbanken
- Vertriebssteuerung und Controlling sowie Sonstige Mitarbeiter-Information-Workshops bei 5 Volksbanken

Weiterentwicklung der mittelfristigen Sektorstrategie der Volksbank Gruppe

Mit Verabschiedung der Sektorstrategie wurden im Herbst 2008 die Strategieausschüsse Kommerzkunden und Wohnbau gebildet und ergänzen somit den bereits bestehenden Ausschuss für Anlegen und Vorsorgen.

Die Ausschüsse setzen sich aus Vertretern der Primärstufe je Bundesland und des Verbundes zusammen. Der Österreichische Genossenschaftsverband hat in den folgenden Ausschüssen die Geschäftsführung übernommen und berichtet in regelmäßigen Abständen dem Verbandsrat und anlässlich den Vertriebstagen.

Kommerzkundenausschuss

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 4 Strategieausschüsse abgehalten. Unterstützt wurden die Entscheidungen des Ausschusses durch die

Arbeitsgruppen „Der Unternehmer als Privater“ und „Die Ganzheitliche Beratung für Kommerzkunden“.

Aufgabe der Teilnehmer ist die regelmäßige Kommunikation mit den Primärbanken der Bundesländer über die Schwerpunkte des Ausschusses sowie die Entgegennahme von auszuarbeitenden Vertriebsthemen.

Als Schwerpunkte wurde die Vertriebsoffensive „Depot-Check“ im Rahmen des Konzeptes „Der Unternehmer als Privater“ verabschiedet. Neben der regelmäßigen Berichterstattung von laufenden Projekten wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Konzept für die „Ganzheitliche Beratung für Kommerzkunden“ in KBS zu erarbeiten. KBS soll über ein Evidenz- und Terminverwaltungssystem hinaus zu einem vollwertigen und umfassenden Beratungssystem weiterentwickelt werden, das die Betreuer bei einem aktiven Handeln auch bei der Beratung und Betreuung von Kommerzkunden unterstützt.

Der Strategieausschuss unterstützt die erfolgreiche Sales-Promotion „Fit for Business“ und empfiehlt in der Kommunikation diesen Ansatz auf eine breitere Basis zu stellen.

Wohnbauausschuss

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 4 Strategieausschüsse abgehalten. Unterstützt wurden die Entscheidungen des Ausschusses durch die Arbeitsgruppen „Konzeptberatung Wohnbau“ und „R&S Wohnbauberatungstool“.

Der Wohnbauausschuss beauftragte eine Arbeitsgruppe „Konzeptberatung Wohnbau“ zur Ausarbeitung der fachlichen und inhaltlichen Anforderungen an ein Beratungstool, das die Detailprozessschritte – Analyse, Konzepterstellung, Angebot, Entscheidungsprozess, Antrag – unterstützt.

In Abstimmung mit Verbundmarketing und in Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern ABV und Victoria Volksbanken Versicherung wurde die Verbundkampagne erstellt.

Koordination und Mitarbeit bei Sektor-Projekten

Die Volksbanken-Beratung unterstützt den Verbund bei der fachlichen Konzeption und Koordination bzw. Mitarbeit bei folgenden Sektor-Projekten:

- Teilnahme bei strategischen Projekten des Sektors
- Teilnahme von Arbeitskreisen (Spartenteams, CRM-Plattform)
- Unterstützung bei Umsetzung Verbraucherkreditgesetz, WAG
- Implementierung „Finanzservice“ in KBS

Durch die jahrelange Vertriebserfahrung und das erworbene fachliche Know-how sollen die Vertriebsansätze bei Verbundprojekten analysiert und eventuell optimiert werden.

Vertriebstage 2010

Im Jahr 2010 wurden mit 3 regionalen Veranstaltungen die Vertriebstage abgehalten. Dabei wurden folgende Schwerpunkte thematisiert:

- Grundlagen wirksamer Vertriebssteuerung
- Ziele wirksamer Vertriebssteuerung
- Operative Maßnahmen wirksamer Vertriebssteuerung
- Regulative Neuerungen – Einbindung in die tägliche Vertriebsarbeit

Fit im Vertrieb – Die Lotus-Notes-Datenbank

Das kostenlose Newsletter-Service „Fit im Vertrieb“ der Volksbanken-Beratung wird seit nunmehr zwei Jahren den Primärbanken zur Verfügung gestellt.

In der gleichlautenden ÖGV-Datenbank in Lotus-Notes werden Artikel mit den Themen Verkauf, aber auch Tipps für die Führung, Kundenbindung, Arbeitstechniken und Argumentationshilfen veröffentlicht, um wirkungsvolle Ansätze und Methoden in der täglichen Vertriebsarbeit umsetzen zu können.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 34 Fachartikel zusammengestellt und mit 9 Newslettern an 52 Vorstände und 77 Führungskräfte gesandt.

Vertriebs-Awards 2010

Bereits zum fünften Mal wurden am Verbandstag 2010 die Vertriebs-Awards vergeben. Mit dieser Auszeichnung nimmt der ÖGV die Prämierung des Vertriebs Erfolges gemessen an der Marktentwicklungs-Kennzahl 2009 vor. Die Ermittlung der Auszeichnungen erfolgte in 4 Gruppen nach Anzahl der Vertriebsmitarbeiter der teilnehmenden Universal-Primärbanken.

Den Vertriebs-Award 2010 erhielten folgende Volksbanken:

- Volksbank Landeck**
- Volksbank Marchfeld**
- Volksbank Enns-St. Valentin**
- Volksbank Fels am Wagram**

Der Vorstand des ÖGV und die Volksbanken-Beratung gratulieren allen Volksbanken und deren Mitarbeitern für den geleisteten Erfolg.

Das Team Volksbanken-Beratung

Mit Ende August 2010 ist Dr. Roger Kalab in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Für den Einsatz und das Engagement der letzten Jahre im ÖGV, aber auch vorher vor allem im Verbund, wurde ihm die Ehrenmedaille in Gold verliehen. Das Team wird seit diesem Zeitpunkt von Frau Niki Fellingner wieder verstärkt.

Ausblick 2010

Die Beratungsschwerpunkte im Jahr 2011 werden einerseits auf den weiteren Ausbau der Analysen der Vertriebsqualität mit dem „Quick Check“ und die Überarbeitung der „Zielgruppenstrategie“ sein. Einen weiteren Beratungsschwerpunkt stellt die Implementierung des „KBS-Finanzservice“ bei den Primärbanken dar. Die vertriebliche Unterstützung des Wertpapieraufsichtsgesetzes wird in Form von Mitarbeiterinformationsveranstaltungen umgesetzt werden.

ÖGV-VERTRIEBS-AWARDS 2010

Volksbank Landeck

Größenklasse I: ab 55 Vertriebsmitarbeiter



Volksbank Marchfeld

Größenklasse II: 40-54 Vertriebsmitarbeiter



Volksbank Enns-St. Valentin

Größenklasse III: 21-39 Vertriebsmitarbeiter



Volksbank Fels am Wagram

Größenklasse IV: bis 20 Vertriebsmitarbeiter



CONTROLLING FÜR MARKT UND VERTRIEB



Mag. Dieter Penz

„Controlling bringt den Wind in die Segel – MarktControlling erkennt die Wachstumschancen am Markt und integriert diese in die Zielplanung!“

In einer sich dynamisch verändernden Umweltsituation ist es von eminenter Bedeutung, die richtigen Ziele im Auge zu behalten.

Controlling für Markt und Vertrieb hat ein umfangreiches Instrumentarium entwickelt, mit Hilfe dessen die richtigen Ziele angepeilt und erreicht werden können.

Während traditionelles Vertriebscontrolling zumeist mit Statistiken über Anzahl von Kontoeröffnungen und neuer Kundennummern operiert geht das MarktControlling des ÖGV von einem visionären Ansatz aus.

Das MarktControlling des ÖGV beschäftigt sich gezielt mit den wechselnden Bedürfnissen der Marktteilnehmer. Die im Markt tätigen dynamischen Kräfte sollen zu einer Anpassung der Produktpalette an die Bedürfnisse der Kunden genutzt werden.

Bei der Erarbeitung der Strategie für den Volksbanken-Sektor steht der Kunde im Mittelpunkt. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Marktteilnehmern sind daher speziell aus der Sicht der Kunden zu betrachten. Produkte und Preise sind nur ein Bruchteil der zu betrachtenden Marktgegebenheiten. In einer Branche, in der Vertrauen erforderlich ist, stehen für einen Sektor, der den Slogan „Vertrauen verbindet“ lebt, die Bedürfnisse der Kunden an erster Stelle.

Globalisierung und Technologisierung schreiten rapide voran und stellen die Menschen vor große Herausforderungen. Personen in unterschiedlichen Lebenszyklen werden vor Entscheidungen gestellt, die die Chancen für die Zukunft ermöglichen. Von Personen, die neu in das Berufsleben eintreten, wird besondere Flexibilität verlangt und speziell am Ende des Berufslebens sind Stabilität und Sicherheit ein wichtiger Faktor. Die Abwägung von Chance und Risiko stellt nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für Unternehmungen eine große Herausforderung

dar. Das Markt-Controlling der Volksbanken ist auf diese Zielsetzung ausgerichtet.

Rating Markt – MEK – flächendeckendes Benchmarking

Im Volksbankensektor fließt die erfolgreiche Marktbearbeitung in das Rating ein. Die sogenannte MEK (Marktentwicklungskennzahl) besteht aus einem standardisierten Set einzelner Kennzahlen. Diese geben neben der Wettbewerbssituation und der Marktstruktur besonderen Aufschluss über die Performance am Markt.

Der besondere einzigartige Vorteil dieser Kennzahl liegt darin, dass es den Volksbanken nicht nur ermöglicht, innerhalb ihrer Bank den Markterfolg der Filialen auf standardisierter Basis zu vergleichen, sondern darüber hinaus auch ihre Entwicklung am Markt mit der Entwicklung von anderen Volksbanken zu vergleichen.

Indizien für unterschiedliche Entwicklungen können dann im Rahmen des MarCo detailliert betrachtet und untersucht werden.

Überdies stellt die Marktentwicklungskennzahl einen integralen Bestandteil des Volksbank-Ratings dar.

MarCo – MarktControlling – Der Controller ist Steuermann und Lenker

MarCo ist eine vom ÖGV entwickelte und den Volksbanken zur Verfügung gestellte Software, welche im gesamten Sektor für das MarktControlling eingesetzt wird. Jeweils zum Monatsultimo wird diese Datenbank mit sämtlichen Kundengeschäften befüllt. Automationsunterstützt werden Zuordnungen vorgenommen, welche einen überregionalen Sektorvergleich zu lassen. Basierend auf den Erfahrungen und Erfordernissen der einzelnen Institute werden standardisierte Kennzahlenvergleiche erstellt. Damit können nicht nur innerhalb einer einzelnen Volksbank Vergleiche zwischen Filialen durchgeführt werden. Im Wege der MarCo-Meldungen werden vom ÖGV für die Volksbanken umfangreiche Benchmark-Vergleiche erstellt. Das Kerngerüst dieser Kennzahlenvergleiche bildet die sogenannte Marktentwicklungskennzahl.

GeoPortal – geographische Visualisierung von Informationen

Das GeoPortal ist eine Business Intelligence Plattform, deren Kernstück ein geographisches Informationssystem beinhaltet. So ist es möglich regionsspezifische Analysen flächendeckend durchzuführen. Das GeoPortal beinhaltet eine große Fülle von marktspezifischen Informationen, wie Bevölkerungswachstum, Einkommen, Bankstellendichte etc. Dadurch wird es auf sehr einfache Weise möglich, Korrelationen zwischen verschiedenen Attributen regionsspezifisch darzustellen. Der Anwenderkreis des Geoportals setzt sich aus drei unterschiedlichen Zielgruppen zusammen:

1. Controlling:

Den Controllern hilft das Instrument beim Analysieren und Visualisieren komplexer Informationszusammenhänge. Diese müssen sich nicht nur zwangsweise auf regionsspezifische Gegebenheiten beziehen.

2. Marketing und 3. Vertrieb:

Dem Marketing- und Vertriebsmanagement ist es mit diesem Instrument möglich, Bedürfnistrends herauszufinden und die betroffenen Zielgruppen und Segmente zu lokalisieren und identifizieren.

Nicht nur die Struktur des Ist-Kundenbestandes, sondern auch die Bewegung der Kundenströme können unter Zuhilfenahme des GeoPortals dargestellt werden. Anstelle der bisher gewohnten Vertriebsstatistiken gibt es im GeoPortal tiefgehende Auswertungen, welche Aufschluss über den Erfolg der Vertriebsaktivitäten geben. Im Mittelpunkt dieser Auswertungen stehen die Kunden mit ihren Bedürfnissen. Das Abdecken dieser Bedürfnisse durch die VertriebsEinheiten ist der Maßstab für erfolgreiche Vertriebstätigkeiten.

Maßgeschneiderte Spezialanalysen

Geht es darum, einzelne Standorte auf ihre Kundentauglichkeit zu überprüfen, werden hierfür besondere Studien durchgeführt. Die Volksbanken erhalten als Service durch den ÖGV umfangreiche Auswertungen und Hilfestellungen zur Entscheidungsfindung. Konkurrenzsituation und

potenzielle Kunden sind innerhalb dieser Studien ergänzt um regionsspezifische Trends, welche anhand von zusätzlichen Ad-hoc-Recherchen ermittelt werden.

An welchem Ort wollen unsere Kunden ihre Bankgeschäfte tätigen? Die räumliche Nähe zum Wohnsitz oder zum Arbeitsplatz sind wesentliche Bestimmungsfaktoren der Nutzung von Bankfilialen.

Das MarktControlling des ÖGV hat hierfür spezielle Visualisierungstechniken entwickelt. Mit Hilfe von sogenannten Kundenstromanalysen können die Kundenströme im Detail dargestellt und analysiert werden.

BETREUUNG VON BANKEN IM AKTIVGESCHÄFT

Vorrangiges Ziel ist es, die Ideen, Kreativität und Problemlösungskapazität der einzelnen Volksbanken zu nutzen und für alle Volksbanken zur Verfügung zu stellen.

Betreuung im Kreditgeschäft/ERFA Kredit

Im Jahr 2010 fanden wieder neun ERFA-Sitzungen statt, welche wie in den Vorjahren sehr intensiv genutzt wurden. Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals für die intensiven und konstruktiven Gespräche bedanken.

Wesentliche Themen waren:

- Arctis Kredit
- Grundbuch neu in Verbindung mit dem elektronischen Rechtsverkehr
- Fremdwährungskredite
- Verhaltensrating
- Liegenschaftsschätzungen
- Vorkalkulation im Kreditbereich
- TeamBank
- Früherkennung und Intensivbeobachtung
- Meldewesen
- Ratingfamilie

Weiters war uns ein Anliegen, die Banken im Bereich der Kreditorganisation zu unterstützen. Dazu wurden Workshops vor Ort bei den Banken veranstaltet.

Schulungsmaßnahmen

Der Fachlehrgang Kreditreferent wurde in Kooperation mit der Volksbank Akademie erfolgreich eingeführt. Die Experten des ÖGV waren bzw. sind sowohl bei der Konzeption, als auch in der Rolle als Trainer/Beobachter/Prüfer sowie bei der Erstellung des Hearings und der Prüfung maßgeblich beteiligt. Die Ausbildung wird im Sektor stark nachgefragt und weitere Absolventen haben im Jahr 2009 ihre Qualifikation als geprüfter Kreditreferent erworben. Das Angebot wird ständig an die aktuellen Anforderungen adaptiert und angepasst.

Betreuung im Bereich Meldewesen

Das Meldewesen unterliegt einer laufenden Veränderung. In diesem Sinne war es auch im vergangenen Jahr notwendig, die Systeme und auch die Banken auf diese Änderungen einzustellen bzw. vorzubereiten. Dies erfolgt auch in engem Kontakt und laufender Abstimmung mit OeNB/FMA und dem allgemeinen Rechenzentrum (ARZ).

Es fanden daher auch im Jahr 2010 viele Schulungen zu folgenden Themen statt:

- Großkreditevidenz / Großveranlagungen
- Meldewesen für Innenrevision
- ONA-Seminar
- Meldewesen für Praktiker / Experten
- ERFA-Sitzungen zu diesem Thema



Markus Partl

Verbund-Koordination, Innovation und Controlling

Seit dem Verbandstag 1997 repräsentiert der ÖGV in den Bereichen Marketing und Organisation den Volksbanken-Verbund nach außen. In umfassenden Delegierungsabkommen mit der ÖVAG wurde die Aufgabenverteilung bei Marketing und Organisation geregelt.

Die Kernfunktionen der Verbundkoordination sind Koordination, Innovation und Controlling, um für die Volksbanken Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerungen und Marktvorteile erzielen zu können. Mit der Koordination ist immer auch eine unsichtbare Seite verbunden – nämlich die Vermeidung von Doppel- und Mehrfachgleisigkeiten. Diese stillen Leistungen tragen wesentlich zu einer Effizienzsteigerung und reibungsloser Leistungsentfaltung bzw. zu Aufgabenreduzierungen im gesamten Sektor bei.

Die zweite Kernleistung, die für den Sektor erbracht wird, liegt im Bereich Innovation. Dabei geht es um die ständige Beobachtung und Auswertung nationaler und internationaler Entwicklungen im gesamten Bereich der Finanzdienstleistungen. Aus diesen Beobachtungen werden konkrete Vorschläge in den entsprechenden Sektorgremien eingebracht und von den Verbundeinrichtungen realisiert.

Die dritte Kernleistung besteht im Controlling des Marketing- und Organisationsbeitrages sowie der ARZ Sonderfinanzierungen der Volksbanken. Der sorgsame Umgang mit den Mitteln der Volksbanken verpflichtet zu einem laufenden, detaillierten und transparenten Controlling dieser Mittel. Dieses erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der ÖGV-Buchhaltung sowie den delegierten Bereichen Marketing, Verbundorganisation und dem ARZ.

Die Verbundorganisation wird im Rahmen des Volksbanken-Organisationsausschusses (kurz VB-OA) tätig und hat folgende Aufgaben:

a) die Umsetzung des marktstrategischen Gestaltungswillens des Volksbankenverbundes sowie die Festlegung des strategischen Gestaltungswillens des Verbundes in spezifisch organisatorischen Fragen.

b) Bedarfserhebung, Planung und Controlling von Verbundaufgaben im Bereich Organisation einschließlich EDV-Organisation. Definition der Verbundanforderungen, der Verbundlinie und Verabschiedung von Grundsätzen, z.B. von Richtlinien für die Organisation des Bankbetriebes oder Pflichtenheften für die EDV-Auftragsvergabe.

Die Koordination gemeinsamer Vorhaben und Initiativen der Volksbanken an das Allgemeine Rechenzentrum (ARZ) steht im Mittelpunkt des Tätigkeitsfeldes der Verbund-Organisation. Die Verbund-Organisation agiert dabei als Vertreter in bankübergreifenden Gremien und als Ansprechpartner gegenüber dem ARZ. Alleiniger Auftraggeber an Dritte in Verbundangelegenheiten ist der ÖGV.

Bereits 2004 wurden die Weichen für eine Reform der Spartenteamarbeit und für eine raschere Meinungsbildung gestellt. Eine neue Umfragedatenbank wurde installiert und ist bereits aktiv. Der Entscheidungsprozess für „Bagatellanträge“ wurde wesentlich schlanker gestaltet.

Trotz dieser Bemühungen scheint der Weg vom Aufzeigen eines Bedarfs bis zur organisatorischen Umsetzung noch zu lange zu sein. Daher wird es unser Bestreben sein, noch rascher zu Lösungen „time to market“ zu kommen. Dadurch sollte verhindert werden, dass Banken aufgrund langer Zeitspannen bei der Entscheidungsfindung bzw. bei der Entwicklung selbst Lösungen entwickeln.

Strategische Projekte des Jahres 2009

- Arctis Kredit
- Neugestaltung des Formularwesens
- Testfallerstellung
- E-Bilanz
- Neugestaltung Home & Office-Banking
- SBP-Bankomaten
- Anschaffung und Vorbereitung für den Rollout einer neuen Software FER (Frühwarn/Event/Recovery) – der Rollout für diese Software wird 2011 erfolgen
- Weiterentwicklung des risikoorientierten Meldewesens
- Der Rollout für das neue Risikomanagementsystems für die VB Primärstufe konnte 2010 abgeschlossen werden,
- Übernahme der Waldviertler Volksbank Horn und der Sparda Bank Villach/Innsbruck in das ARZ



Harald Seebacher

VOLKSBANKEN-ORGANISATIONS-AUSSCHUSS

Vorsitzender

Dir. Dr. Helmut Winkler

VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

Vorsitzender-Stellvertreter

Dir. Mag. Günther Alland

VOLKSBANK BADEN e.Gen.

Dir. Dr. Otto Zeller

VOLKSBANK SALZBURG eG

GESCHÄFTSFÜHRER

VERBUND-ORGANISATION

Dir. Dr. Harald Seebacher

Österreichische

Volksbanken-Aktiengesellschaft

MITGLIEDER

Dir. Peter Bernik

Volksbank Gailtal eG

VDir. Dr. Rainer Borns

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Dr. Markus Bunk

VOLKSBANK AKADEMIE

Prok. DI Mag. Dr. Wolfgang Grech

Allgemeine Bausparkasse registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Martin Heilinger

Volksbank Niederösterreich-Süd registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Dr. Christoph Jagereder

Volksbank Ried im Innkreis eG

Kurt Kaiser MSc

Österreichische

Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Franz Knor

Volksbank Südburgenland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Josef Ponecz

Gärtnerbank registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Dir. KR Ing. Mag. Dr. Gerhard Schwaiger

Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz AG

Dir. Alfred Stiendl

Volksbank Mürztal-Leoben registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Hartwig Trunner

Volksbank Marchfeld e.Gen.

Prok. Mag. Hans-Jürgen Valent

Österreichische

Volksbanken-Aktiengesellschaft

RATING DER VOLKSBANKEN UND DES VERBUNDES

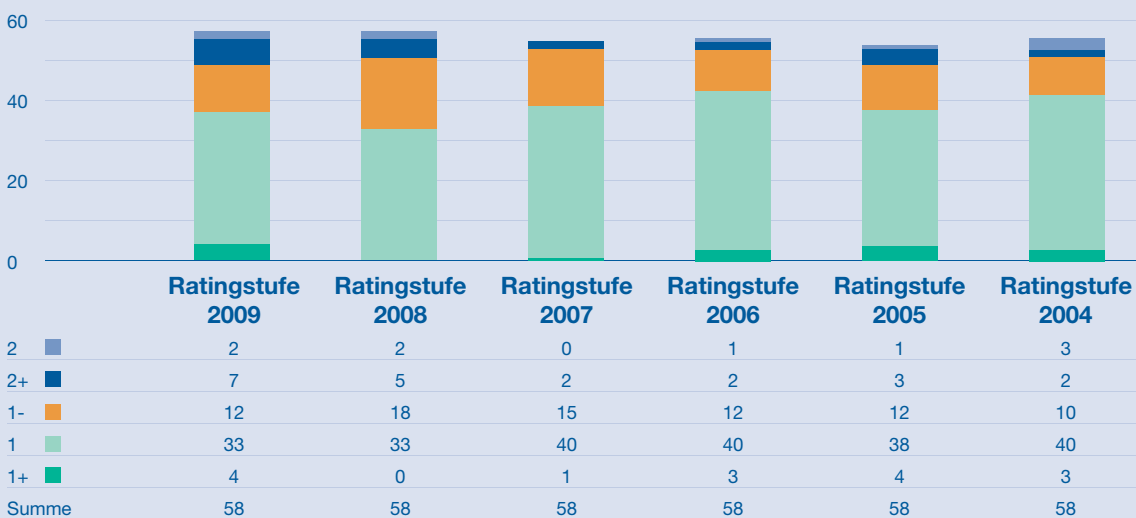
Volksbank-Rating

Das 2004 erstmals erstellte Rating für jede Volksbank wurde 2010 neuerlich für alle Volksbanken ermittelt. Von der Ratingagentur Fitch-Ratings wird das VB Rating sehr positiv gesehen.

Die Finanzmarktkrise zeigt sich auch in den Ratingergebnissen der einzelnen Volksbanken. Die Volksbanken erreichen jedoch nach wie vor ein sehr hohes Niveau.

Weiterhin konstante positive Struktur bei den Ratingergebnissen der einzelnen Volksbanken

Das Volksbank-Rating durch den ÖGV (Volksbanken-Primärstufe)



Verbund-Rating

Im Dezember 2009 wurde das Individual-rating von FitchRatings mit „negativ watch“ versehen. Im Jahr 2010 haben wir sehr transparent und offen mit FitchRatings unsere Strategien für die Zukunft dargelegt. Das robuste Geschäftsmodell und die Redimensionierungs-Maßnahmen der ÖVAG wurde auch von der Ratingagentur positiv bewertet und das bestehende ausgezeichnete Longterm-Rating von „A“ wieder bestätigt und zudem beim Individual-Rating der Hinweis „negativ watch“ gestrichen.

Volksbanken Verbund-Rating:

- Long-term IDR: bestätigt bei 'A'; stabiler Ausblick
- Short-term IDR: bestätigt bei 'F1'
- Individual Rating: bestätigt bei 'C/D'
- Support Rating: bestätigt bei '1'
- Support Rating Floor: bestätigt bei 'A'

ZINSRISIKO GESAMTBANKSTEUERUNG

Mag. Raduil Sokolarski
Mag. Peter Tiefenthaler
Mag. Theodor Seiz



Das abgelaufene Jahr war von folgenden Schwerpunkten gekennzeichnet:

1. Die Risikomanagement Datenbank ersetzt das alte APM Excel
2. Das Liquiditätsrisiko gewinnt an Bedeutung und SAP dient als Datenbasis für die sektorale Konsolidierung der Liquiditätsplanungen
3. Die G&V Simulation wurde weiter ausgerollt
4. Die Einzelgeschäftsvorkalkulation wurde um einige Funktionen erweitert und wird in zahlreichen Banken produktiv verwendet

Die Risikomanagement Datenbank (VBRM) ersetzt mittlerweile den alten APM Bericht und sorgt damit für eine revisionssichere Datenhaltung. Damit kann auch der APM Bericht mittlerweile deutlich komfortabler und automatisierter erstellt werden.

Die zunehmende Bedeutung des Liquiditätsrisikos führte einerseits zu zahlreichen neuen regulatorischen Vorschlägen und Verordnungen, die entsprechend beantwortet und in ihrer Auswirkung auf Volksbanken analysiert wurden, andererseits zum Aufbau eines sektoralen Liquiditätsplanungstools, das von SAP mit Kapitalbindungsdaten versorgt wird.

Die G&V Simulation wird mittlerweile in einigen Banken fachlich kalibriert, der ÖGV leistet hier fachlichen und technischen Support und unterstützt die VBC bei der Durchführung von APM Beratungen auf Basis des neuen Tools.

Die Einzelgeschäftsvorkalkulation wird mittlerweile von zahlreichen Banken operativ verwendet, im Laufe des Jahres wurde die Kalkulation von Kapitalmarktindikatoren hinzugefügt und die Technik der Pouvoirmatrix erweitert.

Auch 2011 wird das Thema Liquidität unsere Aktivitäten prägen, Stellungnahmen zu den geplanten Basel-Regelungen und der operative Betrieb des neu ausgerollten Planungstools sind für die Stärkung des Liquiditätsverbundes von hoher Bedeutung.

Die G&V Simulation ist technisch zunehmend ausgereift, so, dass 2011 in erster Linie der Aufbau eines darauf basierenden Analyse- und Beratungsprozesses notwendig sein wird.

Zahlreiche Workshops und Schulungen unterstützen weiterhin alle Volksbanken in den oben angeführten Themen und Fragestellungen.

VERBUND-MARKETING



Kurt Kaiser, MSc
Dr. Hermann Fritzl

Das Verbund-Marketing ist in den Volksbanken-Marketingausschuss (kurz: VB-MA) eingebunden. Der VB-MA evaluiert die vom Markt kommenden Anforderungen und beschließt Umsetzungsmaßnahmen in klassischen Marketingbereichen wie Kommunikation, Produktentwicklung und Vertrieb. In enger Zusammenarbeit von Verbund-Marketing, Volksbanken-Beratung und der Koordinationsstelle werden Marketing und Kommunikation geplant.

Kampagnen führen zu Wachstum

„Bauen und Wohnen“ ist eine wichtige strategische Säule des Volksbank Retail Business. Die emotionale Bedeutung der „eigenen vier Wände“ ist zeitlos und unumstritten. Die Kampagne trägt zum überdurchschnittlichen Marktanteilswachstum des Volksbanken-Sektors in diesem Bereich bei.

Durch die Volksbank Sicherheitspolster konnten die Kunden entspannt ihre Finanzierungs-Vorhaben starten. Die Kunden erhielten Gutscheine für unterschiedliche Versicherungslösungen in Kooperation mit der Victoria-Volksbanken Versicherung sowie einen Gratis-USB-Stick mit Infos fürs energetisch optimierte Zuhause.

Die Hälfte der Kunden sind noch nie auf ein Vorsorge-Produkt angesprochen worden, sprechen den Volksbanken aber große Kompetenz in diesem Bereich zu. Studien belegen, dass der Kunde aktive Ansprache erwartet. Darauf richtete sich eine Outbound-Marketing-Kampagne, die zu mehreren tausenden konkreten Terminvereinbarungen und Beratungsgesprächen führte.

Abschlüsse von Zukunftsvorsorge und Garantie-Sparen wurden mit Jahresvignetten der Victoria-Volksbanken Versicherung promotet. Eine konzentrierte Medienkampagne zum Jahresende sorgte mit Superadler Martin Koch als Mitfahrer am Autodach für besondere Aufmerksamkeit.

In einer Regionalitätskampagne „beflügelten wir Österreich“. Die Stärken der Volksbank-Primärstufe wurden mit Nachdruck kommuniziert, und zwar überall dort, wo die Volksbanken und ihre Kunden zu Hause sind. In vielen regionalen und lokalen Zeitungen wurde eine Kampagne geschaltet, die durch Zahlen und Fakten die erfolgreiche Entwicklung und Stabilität der Primärstufe darstellen. Tausende Mitarbeiter aus allen Volksbanken waren dabei die „Testimonials“ und stan-

den für gelebte und erfolgreiche Kundenpartnerschaft und regionale Stärke.

KMU

Jedes vierte mittelständische Unternehmen unterhält eine Geschäftsbeziehung mit der Volksbank. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an diesem Erfolgswert haben die fundierten Fachbeiträge im Rahmen zahlreicher Publikationen und betriebswirtschaftlich fundierte Unternehmer-Tools.

„Fit for Business“ ist die seit Jahren etablierte Fort- und Weiterbildungsinitiative für Klein- und Mittelbetriebe. Fixpunkt war die Sommerakademie vom 26. bis 30. Mai 2010, die Impulstage mit dem Schwerpunktthema „Beschleunigen und Entschleunigen“ sowie zahlreiche regional umgesetzte Fachveranstaltungen.

Jugendmarketing

2010 waren die Volksbanken Sponsor von kleinen bis mittelgroßen Festivals, die von Mitte Mai bis Anfang September österreichweit über die Bühne gingen. Diese Festivals bildeten die Volksbank Festival Tour. Abgerundet wurde die Tour durch den Volksbank Kultband Bandcontest.

Summer Splash 2010. Die größte Maturareise Europas feiert unaufhaltsam ihre Erfolge weiter. Auch 2010 feierten knapp 14.000 Matu-

ranten ihre bestandene Matura bei Summer Splash. Egal ob Sport, Action, Internet, Tanzen, Party im Partyschloss, einen Ausflug mit der Klasse oder einfach mal Abtauchen-Summer Splash bietet ein unvergessliches Programm mit höchster Qualität.

Erstmals wurde die Volksbank Neukunden-Gewinnung mit einem Online-Schwerpunkt umgesetzt. Die Zielgruppe der 12 bis 19-jährigen ist zur Gänze online, dank mobiler Endgeräte zu jeder Tages- und Nachtzeit. Um erste Erfahrungen mit sozialen Netzwerken zu sammeln, startete Volksbank Aktiv Card im Sommer 2010 die erste Volksbank Fanpage auf Facebook.

Mit Mike ins Kino. „Ich – einfach unverbesserlich“ lockte knapp 300.000 Zuschauer ins Kino. Jeder neue Mike-Sparer erhielt in der Volksbank einen Kinogutschein für diesen erfolgreichen Animationsfilm. Die Kino-Aktionen für Mike-Sparer werden auch 2011 fortgesetzt.

Erfolgsstory Kartengeschäft

Mit rund 950.000 Volksbank-Karten, davon rund 140.000 Kreditkarten und 810.000 Debitkarten, ist die Volksbank in diesem wichtigen Segment weiterhin auf Wachstumskurs. Gemeinsam mit der Banken-Tochter Pay-Life Bank GmbH wurden zahlreiche gemeinsame Vertriebsaktionen erfolgreich umgesetzt.



VOLKSBANK

Garantie-Sparen
Für den Traum einer sicheren Zukunft als Fonds oder Versicherung:

- hohe Ertragschancen
- erzielte Gewinne sind abgesichert
- höchste Flexibilität

Prospektus über die jeweiligen Prospektusblätter ist über den Prospektusbeleg zu erhalten. Bitte beachten Sie, dass die Prospektusblätter nur für die jeweilige Anlageart und nicht für die gesamte Anlage gelten. Die Prospektusblätter sind über www.volksbank.at/garantiesparen zu erhalten.

www.volksbank.at/garantiesparen Volksbank. Mit V wie Flügel.



SKI AUSTRIA **VOLKSBANK**

Jetzt Bauspar-Wohn-Kombi sichern:
2,14% Start-Zinssatz

- Garantierte Zinsobergrenze von 5,5% p.a.
- Exklusiver Sicherheitspolster

Bei Polster: Guthabens für zahlreiche Versicherungslösungen sowie ein Garantizinsloch mit Info für das energetisch optimierte Zuhause.

www.volksbank.at Volksbank. Mit V wie Flügel.

VOLKSBANKEN-MARKETING-AUSSCHUSS

Vorsitzender

Dir. KR Mag. Harald Berger

Volksbank Südburgenland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Vorsitzender-Stellvertreter

Dir. Erich Krieger

Volksbank Ötscherland eG

GESCHÄFTSFÜHRER VERBUND-MARKETING

Kurt Kaiser MSc

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

MITGLIEDER

Dir. Dr. Thomas Bock

VOLKSBANK VORARLBERG e.Gen.

VDir. Dr. Rainer Borns

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Dr. Markus Bunk

VOLKSBANK AKADEMIE

Dir. Wolfgang Glas

Volksbank Altheim-Braunau registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Dr. Andreas Hirsch

Volksbank Salzburg eG

Dir. Wolfgang Layr

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Erwin Pichler

VICTORIA-VOLKSBANKEN
Versicherungsaktiengesellschaft

Dir. Dr. Gerhard Reiner

VOLKSBANK GRAZ-BRUCK e.Gen.

Mag. Michael Ritter

Allgemeine Bausparkasse registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Mag. Wolfgang Schauer

Volksbank Kufstein registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Dr. Harald Seebacher

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft

Dir. Mag. Hartwig Trunner

Volksbank Marchfeld e.Gen.

Dir. Dr. Ilse Vigl

Wiener Spar- und Kreditinstitut registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dir. Dr. Gottfried Wulz

Volksbank, Gewerbe- und Handelsbank
Kärnten Aktiengesellschaft

BESCHWERDEMANAGEMENT

Die außergerichtliche Lösung von Konflikten



Dr. Hermann Fritzl

2002 wurde in Österreich im Rahmen der Wirtschaftskammer Österreich eine unabhängige Ombudsstelle eingerichtet, wobei der Anwendungsbereich auf grenzübergreifende Sachverhalte eingeschränkt ist:

- grenzüberschreitender Zahlungsverkehr,
- Verhaltenskodex Hypothekarkredite,
- Elektronischer Geschäftsverkehr,
- Fernabsatz von Finanzdienstleistungen.

Neben dieser übersektoralen Schlichtungsstelle gibt es im Volksbankensektor auf sektoraler Ebene Schlichtungsverfahren, die grundsätzlich keine Einschränkung des Anwendungsbereiches erfahren. Der Beschwerdeführer wendet sich in aller Regel zuerst an sein Kreditinstitut und versucht mit diesem eine außergerichtliche Einigung zu erzielen.

Gelangen das Kreditinstitut und der Beschwerdeführer zu keinem Ergebnis, steht Kunden noch die sektorale Schlichtungsstelle bei der zuständigen Ombudsperson des ÖGV offen. Bei diesem von den Volksbanken bereits seit 1998 auf freiwilliger Basis installierten Beschwerdemanagement liegt grundsätzlich keine Einschränkung des Anwendungsbereiches vor. Übrigens: Beschwerdeführer in OÖ steht auch der Weg zur oberösterreichischen Schlichtungsstelle frei.

In rund 50 Einzelfällen wurde im Jahr 2010 vom Volksbanken-Ombudsmann zumeist eine für beide Seiten befriedigende Lösung erzielt.

EUROPÄISCHE UNION UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die Internationale Volksbanken-Vereinigung Confédération Internationale des Banques Populaires (CIBP)



Diana Virgilio
Projektmanagerin

Bernard Huberdeau
Generalsekretär

Silvia Durán
Assistentin

Heide Lohmeier
Projektmanagerin

Die Internationale Volksbanken-Vereinigung (CIBP) ist eine Interessensgemeinschaft, der Banken, Finanzinstitute und Bankenverbänden angehören, deren Geschäftsmodell sich an den genossenschaftlichen Prinzipien und Werten orientiert. Vorrangiges Ziel der CIBP-Mitglieder ist es, die Entwicklung der Geschäfte ihrer Kunden, zu denen in erster Linie kleine und mittelständische Unternehmen zählen, zu begünstigen.

Seit der Gründung der Vereinigung in Paris im Jahre 1950 bestehen diverse Kooperationen zwischen den CIBP-Mitgliedsorganisationen, die in 23 Ländern in und außerhalb von Europa vertreten sind. Neben europäischen Bankengruppen gehören auch einzelne Banken und Bankengruppen, beispielsweise in Argentinien, Chile, Kanada, Marokko und in der Türkei, zu den CIBP-Mitgliedern. Ein Jahr nach Gründung der CIBP traten auch der ÖGV und die Österreichische Volksbanken-AG der Vereinigung bei.

Dieses internationale Netzwerk aus Vertretern des genossenschaftlichen Bankensektors dient als Plattform zum Austausch von Erfahrungen und zur Realisierung von Partnerschaftsabkommen und praxisbezogenen Maßnahmen. Die Vertreter der CIBP-Mitgliedsorganisationen versammeln sich regelmäßig in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen, um bestehende Netzwerkstrukturen zu stärken, um gemeinsame nachhaltige Strategien zu entwickeln und um konkrete Aktionen und Projekte durchzuführen, die auf die Anforderungen der Vereinigung und speziell auf die aktuellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder und deren Kunden ausgerichtet sind.

Ideenschmiede, Koordinations- und Kontaktstelle für den Interessen- und Informationsaustausch ist das CIBP-Generalsekretariat unter der Leitung des Generalsekretärs, Herrn Bernard Huberdeau, und der Mitarbeit von Frau Heide Lohmeier (Projektmanagerin), Frau Diana Virgilio

(Projektmanagerin) und Frau Silvia Durán (Projektmanagerin).

Das CIBP-Generalsekretariat hat seinen Sitz in Brüssel und befindet sich damit in unmittelbarer Nähe zu allen politisch bedeutenden EU-Institutionen und Lobbyverbänden.

Größenordnung der CIBP-Mitglieder

Die Bilanzsumme aller CIBP- Mitgliedsorganisationen beträgt € 1.826 Mrd. Die beteiligten Banken-Gruppen verwalten Einlagen in der Höhe von mehr als € 907 Mrd. Das gesamte Kreditvolumen beträgt mehr als € 743 Mrd.

Die Universalbank-Gruppen der CIBP haben rund 174.403 Mitarbeiter. Diese betreuen mehr als 64,8 Millionen Kunden in 28.200 Geschäftsstellen.

Aktivitäten 2010

27. CIBP-Kongress:

Der CIBP-Kongress findet alle drei Jahre statt und ist eine der wichtigsten Hauptveranstaltungen der Internationalen Volksbanken-Vereinigung. Im Rahmen dieser Kongresse versammeln sich Vertreter aller CIBP-Mitglieder: Vertreter von Regionalbanken, von deren zentralen Einrichtungen und Bankenorganisationen. Im Rahmen der Kongresse werden Diskussionsthemen gewählt, die für alle CIBP-Mitglieder von strategischem Interesse sind. Neben den Vertretern der CIBP-Bankenmitglieder sind auch hochrangige Persönlichkeiten aus der Banken- und Finanzwelt zu den Kongressen eingeladen.

Der 27. CIBP-Kongress fand vom 7. bis zum 10. Juli 2010 in Quebec City in Kanada statt und wurde mit der großartigen Unterstützung der Desjardins Gruppe als Gastgeber durchgeführt.

Das Hauptthema des Kongresses lautete „How to Better Harmonize Financial Performance and Cooperative Performance“ (sinngemäß auf Deutsch „Wie gelingt es unseren Volksbanken besser, die finanzielle Leistungsstärke mit unserer Leistungsfähigkeit als Genossenschaftsbanken in Einklang zu bringen?“).

Der Kongress wurde in drei Themenblöcke unterteilt:

1. Besonderheiten von Genossenschaftsbanken in Bezug auf ihre Beziehung zu Mitgliedern und Kunden
2. Die Definition von „Financial Performance“ für Genossenschaftsbanken oder „Patient Banking“
3. Good Governance und Sound Growth Strategien

Diese Schwerpunktthemen sind im Kontext der Finanzkrise besonders relevant. Im Verlauf der Tagung wurde deutlich, dass das genossenschaftliche Geschäftsmodell zeitgemäß ist und dass die Volksbanken gerade mit diesem Geschäftsmodell in der Lage sind, zeitgemäße Antworten auf kritische Fragen zu finden und Problemlösungen für globale Herausforderungen entwickeln zu können.

Das CIBP LINK-Programm (Internationales Training-Programm für Manager)

Im Rahmen der Arbeitsgruppe CIBP LINK, deren Vorsitz Dr. Rainer Borns (ÖGV) führt, wird seit Mai 2007 das CIBP LINK-Programm organisiert.

CIBP LINK steht für „Leadership, Internationality, Networking, Key Competences“ und dieses sind die Kernelemente des Trainingsprogramms, das sich an Führungskräfte aus Regionalbanken und Zentralinstituten von CIBP-Mitgliedsorganisationen richtet.

Dieses internationale Management-Programm unterscheidet sich ganz grundsätzlich von den internen Trainingsangeboten der CIBP-Mitglieder: der Schwerpunkt des Programms liegt darauf, den Teilnehmern zu ermöglichen, in einem internationalen Umfeld Erfahrungen auszutauschen, komplexe Themenbereiche sowie relevante Fallbeispiele aus genossenschaftlicher Perspektive zu beleuchten und hilfreiche, berufliche wie auch persönliche Netzwerke untereinander aufzubauen.



Im Rahmen des Programms werden den Teilnehmern zahlreiche Möglichkeiten geboten, um ihre Fähigkeiten als Führungskräfte zu schulen und um bestehende Netzwerkstrukturen der CIBP zu nutzen, um so Innovationen zu wagen und die unterschiedlichsten Kooperationen einzugehen.

Die grundlegende Planung, wie etwa die Erarbeitung von Leitlinien, die Bestimmung der inhaltlichen Schwerpunkte für die einzelnen Seminarbausteine sowie die Festlegung der Organisatoren und Veranstaltungsorte für die einzelnen Module, wird innerhalb der Arbeitsgruppe CIBP LINK und mit Unterstützung des Generalsekretariats (Kontaktperson: Frau Heide Lohmeier) vorgenommen.

Ein Durchgang des CIBP LINK-Programms gliedert sich in drei Module, die stets wechselnd in einem der CIBP-Mitgliedsländer durchgeführt werden. Das jeweilige Gastgeberland ist maßgeblich für die Gestaltung der einzelnen Seminarbeiträge und Trainingseinheiten zuständig.

Durch den Wechsel der Veranstaltungsorte wird den einzelnen CIBP-Mitgliedern auch ermöglicht, den Programmteilnehmern ihre Institution vorzustellen und durch ein vielseitiges kulturelles Rahmenprogramm auf die Besonderheiten des jeweiligen Landes aufmerksam zu machen.

[CIBP-Kongress in Quebec](#)

Die Veranstaltungsorte für die drei bevorstehenden Module des fünften Durchgangs (2011/2012) sind Montabaur, Marrakesch und Österreich.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Tätigkeiten der CIBP LINK-Teilnehmer steht die Erstellung einer Gruppen-Präsentation. Diese Präsentation stellt ein mögliches Kooperationsprojekt vor, welches sich innerhalb des CIBP-Netzwerkes realisieren lässt. Die Präsentation wird nach Beendigung des gesamten Programmdurchgangs von der jeweiligen Arbeitsgruppe vor einer hochkarätigen CIBP LINK-Jury vorgestellt.

Im Februar 2011 wurde mit Module III in Mailand der vierte Durchgang des CIBP LINK-Programms erfolgreich abgeschlossen. Der Programmstart des fünften Trainingsdurchgangs ist für Anfang Juni 2011 im Schloss Montabaur (Organisator ist die Akademie Deutscher Genossenschaften, ADG) anberaumt.

Weitere Informationen über die Inhalte und den Ablauf des CIBP LINK-Programms sowie über das Teilnehmerprofil finden sich auf der Webseite der CIBP (www.cibp.eu).

Weitere CIBP-Arbeitsgruppen und Initiativen

Die Arbeitsgruppe INTERNATIONAL DESKS

Diese traditionelle Arbeitsgruppe der CIBP begann im Herbst 2008 unter der Führung von Herrn Andrea Corbella (Stellvertretender CIBP-Generalsekretär und ICBPI-Vertreter, Italien) zu überprüfen, welche Schwierigkeiten und Anliegen die einzelnen CIBP-Mitgliederorganisationen haben, um ihre Kunden bei grenzüberschreitenden Aktivitäten in anderen CIBP-Mitgliedsländern unterstützen zu können.

Die Arbeitsgruppe hat für 2011 einige wesentliche Vorhaben definiert. Hierzu gehört auch, den Aufbau derartiger „International Desks“ innerhalb jedes CIBP-Mitgliedslandes voranzutreiben, um die Tätigkeiten dieser Auskunfts- und Servicestellen besser zu harmonisieren und so allen Kunden in CIBP-Mitgliedsländern einen standardisierten Service und ein breites Informationsnetzwerk anzubieten.

CIBP-Aktionsplan und Gründung von Expertenkreisen

Der CIBP-Aktionsplan des gegenwärtigen CIBP-Präsidenten, Herrn Alban D'Amours, ist in diesem Jahr erfolgreich weiter umgesetzt worden. Gemäß der Vorgaben des Aktionsplans wurden drei neue Expertenkreise zu folgenden Themenschwerpunkten gegründet:

1. Expertenkreis „Liquidity and Asset/Liability Management“
2. Expertenkreis „Basel Committee III Regulatory Developments“
3. Expertenkreis „International Accounting Standards and Reporting“.

Die CIBP-Mitglieder sind dazu aufgefordert, Fachleute aus ihren Organisationen auszuwählen, die ihre Expertise in diese Expertenkreise einbringen und die an gemeinsamen Studien und Projekten mitwirken.

Ausführliche Informationen zu den einzelnen Expertenkreisen sowie zum CIBP-Aktionsplan finden sich auf der CIBP-Webseite (www.cibp.eu).

KMU Forum

Im Herbst 2010 fand in Budapest das dritte Europäische KMU Forum unter der Schirmherrschaft der CIBP, der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB) und mit Unterstützung der Europäischen Vereinigung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (UEAPME) statt. Die Veranstaltung wurde im Rahmen der Vorbereitung auf die ungarische EU-Ratspräsidentschaft, die sich auf die erste Jahreshälfte von 2011 bezieht, organisiert und widmete sich daher schwerpunktmäßig den genossenschaftlichen Banken und KMUs in Ungarn. Hierbei trafen Vertreter von KMU, Volksbanken und andere Finanzdienstleister, Repräsentanten von nationalen Behörden, von EU-Institutionen und Vertreter des Internationalen Währungsfonds zusammen, um über ein breites Themenspektrum zur KMU-Förderung zu diskutieren und verschiedene Problemlösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Weiterführende Informationen zu dieser Veranstaltung finden sich auf der CIBP-Webseite.

Vorrangiges Ziel dieser alljährlich stattfindenden Veranstaltung ist es, eine Plattform zu schaffen, die den Dialog zwischen Volksbanken, KMU-Vertretern und relevanten nationalen, europäischen und internationalen Behörden unterstützt, um so die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren zu erleichtern. Ein besonderes Anliegen der CIBP ist es, auf die Interessen der KMU aufmerksam zu machen und damit den Volksbanken zu helfen, ihren wichtigsten Kunden auch zukünftig die besten Dienstleistungen anbieten und eine vertrauensvolle Geschäftsbeziehung aufbauen zu können. Das nächste KMU Forum wird voraussichtlich im Herbst 2012 stattfinden.

Internationale Kooperationen

Der ÖGV verfolgt im Interesse seiner Mitglieder eine klare Kooperationsstrategie. Auf bilateraler Ebene wurden zwischen einzelnen Volksbanken-Organisationen Kooperationsverträge abgeschlossen, die es den Volksbanken ermöglichen, ihre Kunden grenzüberschreitend ins Ausland zu begleiten und dabei Partnerbanken anzubieten, welche die gleiche Unternehmensphilosophie, -kultur und Geschäftspolitik verfolgen und die gleiche Kundenstruktur aufweisen wie die jeweiligen österreichischen Volksbanken. Dies führt einerseits zu einer optimalen Betreuung unserer Kunden, andererseits auch zu Kosteneinsparungen und zu Synergieeffekten.

Der Kooperationsvertrag zwischen dem Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und dem Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Deletzsch) wurde am 23. Jänner 1997 unterzeichnet.

Seit Jänner 1992 existiert eine Kooperation zwischen französischen und österreichischen Volksbanken. Eine engere Zusammenarbeit vereinbarten der Genossenschaftsverband Bayern e.V. und die österreichischen Volksbanken im November 1993. Am 16. Juni 1999 kam es zu einem Kooperationsabkommen zwischen den marokkanischen Volksbanken und den österreichischen Volksbanken.

CIBP – CONFÉDÉRATION INTERNATIONALE DES BANQUES POPULAIRES

Sitz: Brüssel

EXEKUTIVKOMITEE

Vizepräsident

Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger (ÖGV)

MITGLIEDER

Präs. Dir. i.R. KR Dkfm. Werner Eidherr (ÖGV)

Dir. Mag. Wolfgang Perdich (ÖVAG)

Kontaktpersonen:

Vst.-Dir. Dr. Rainer Borns (ÖGV)

Mag. Georg Buxbaum (VB International AG)

MITGLIEDER DES ÖSTERREICHISCHEN VOLKSBANKEN-VERBUNDES IN DEN ARBEITSGRUPPEN

ARBEITSGRUPPE „INTERNATIONALE PLATTFORM, VORBEREITUNG KONGRESS“

Dr. Peter Weiß (ÖGV)

ARBEITSGRUPPE „RECHTSRAHMEN FÜR GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATION“

Verbandsanwalt Prof. DDr. Hans Hofinger (ÖGV)

Dr. Susanne Riesenfelder (ÖGV)

ARBEITSGRUPPE „TRAINING FÜR MANAGER ZU INTERNATIONALEN THEMEN“

Vst.-Dir. Dr. Rainer Borns (ÖGV)

Dr. Markus Bunk (VB AKADEMIE)

ARBEITSGRUPPE „UNTERSTÜTZUNG DER KMU DURCH VOLKSBANKEN

Dir. Dr. Ulrich Zacherl (ÖVAG)

ARBEITSGRUPPE „LIQUIDITY UND ASSET/LIABILITY-MANAGEMENT“

Mag. Martin Schopf (ÖVAG)

3. ÖGV-DIENSTLEISTUNGEN für die Stabsstellen, die Marktfolge und das Back Office

BERATUNG UND BETREUUNG

Rechtsberatung und -betreuung

obere Reihe:
Eva Fichtinger
Mag. Karin Trzebin
Dr. Johanna Thalhammer
Dr. Harald Stehlik

untere Reihe:
Silvia Knamm
Dr. Georg Zawischa
Mag. Christa Drobesh
Mag. Josef Mösenbacher
Mag. Philip Pokorny
Mag. Christiane Lewisch



Die Rechtsabteilung des ÖGV versteht sich als kompetente Beratungsstelle sämtlicher Verbandsmitglieder und steht diesen mit umfassendem Fachwissen und Erfahrung auf allen Gebieten des Zivil- und Wirtschaftsrechts in Österreich zur Verfügung. Mengenmäßigen Schwerpunkt bildet dabei die Beratung der Volksbanken, und darüber hinaus werden auch die Mitglieder der Gruppe Ware in allen anfallenden Rechtsfragen umfassend betreut.

Das Team aus acht vielfältig spezialisierten Juristen, unterstützt durch das engagierte Sekretariat, arbeitet fachübergreifend, rasch und stets mit der Zielsetzung, für jedes Mitglied und jede Herausforderung bestmögliche Lösungen zu entwickeln. Sie fungieren vor allem in dringenden Fällen als ständig präsenter Ansprechpartner. Zudem wirkt die Rechtsabteilung in planender, vorausschauender Weise mit und steht so bereits im Vorfeld den Verbundunternehmen durch intensive Mithilfe zur Seite.

Kontinuierliche Weiterbildung, die aktive Teilnahme an Gesetzgebungsprozessen sowie jahrzehntelange Expertise garantieren dabei ein umfassendes Verständnis für die Besonderheiten eines jeden Tätigkeitsgebietes und sorgen für höchstes fachliches Niveau auf immer aktuellem Wissensstand.

Das Tätigkeitsspektrum spannt sich von juristischer Erstberatung über Rechtsauskünfte und Gutachten aller Art bis hin zu Intervention und Krisenmanagement. Die Rechtsabteilung hat zum Ziel, rechtliche Risiken in den ihr vorgelegten

Sachverhalten zu identifizieren und wirksam zu minimieren.

So werden zu den aufgelisteten Rechtsgebieten insbesondere folgende Dienstleistungen geboten.

Arbeitsrecht:

Insbesondere die Volksbanken werden hier umfassend beispielsweise zu Dienstverträgen, Karenz, Beendigung von Arbeitsverhältnissen und Kollektivvertragsfragen beraten.

Bankvertragsrecht und Bürgerliches Recht, Gebührenrecht, Kreditsicherungsrecht:

Bei der Begutachtung und Gestaltung von Verträgen und Vertragsmustern kann auf die umfassende Erfahrung im Formularwesen zurückgegriffen werden und können Divergenzen mit den Vertragspartnern so oft schon im Vorfeld vermieden werden.

Allgemeines Zivilprozessrecht, Exekutions- und Insolvenzrecht:

Im Falle einer allfällig notwendigen Prozessberatung legt die Rechtsabteilung den Schwerpunkt darauf, von Anfang an klar über Chancen und Risiken zu informieren und den richtigen Weg zur Durchsetzung von Ansprüchen, sei es ein „normales“ Gerichtsverfahren oder Mechanismen der alternativen Streitbereinigung, zu finden.

Im Falle von Verbandsklagen stellt die Rechtsabteilung die Schnittstelle zwischen den Interessen der Volksbanken und den vor Gericht vertretenden Rechtsanwälten dar.

Genossenschaftsrecht, Unternehmensrecht, Gesellschaftsrecht und Vereinsrecht:

Hier bietet die Rechtsabteilung unter anderem umfangreiche Unterstützung und Beratung bei der Konzeption von Unternehmensideen und deren rechtliche Umsetzung sowie weitreichende Hilfestellung bei gesellschaftsrechtlichen Belangen, z.B. bei der Satzungstextierung, bei der Planung und Durchführung von Generalversammlungen, bis hin zu Umgründungen und Unternehmenszusammenschlüssen.

Bankwesenrecht, Finanzstraf- und Strafrecht und Öffentliches Recht:

Neben der Hilfestellung in aufsichtsrechtlichen Belangen werden die Banken und deren Vertreter bei allfälligen Verfahren umfassend beraten. Die Wahrung des Bankgeheimnisses steht im Strafverfahren zumeist im Vordergrund. Im Bereich des Öffentlichen Rechts unterstützt die Rechtsabteilung bei der Kommunikation mit den Behörden.

Marken-, Urheber- und Wettbewerbsrecht:

Neben der Hilfestellung bei aktiven und passiven Urheberrechtsverletzungen sowie der Überprüfung von Werbemaßnahmen nach dem UWG zählt der umfassende Schutz der im Eigentum des ÖGV stehenden Marke „Volksbank“ zu den wesentlichsten Dienstleistungen auf diesem Gebiet.

Wertpapierrecht:

Allgemeine Produktberatung steht hier im Vordergrund.

Weitere Schwerpunkte der Beratungstätigkeit:

Betreuung durch Informationsvermittlung: Rundschreiben

Um den Mitgliedern des ÖGV einen eindeutigen Informationsvorsprung zu verschaffen, ist die Rechtsabteilung bemüht, möglichst detailliert mit hochqualitativen, übersichtlichen und signifikanten Mitteilungen über relevante Neuerungen im legislativen Bereich und im Aufsichtsbereich zu informieren.

Neben der Mitwirkung bei Direktionsrundschriften und der Verfassung von Warnmitteilungen, Allgemeinen Rundschreiben zu Nachforschungen in Sachwalterschaften sowie Rundschreiben betreffend Kontoöffnungsbeschlüsse wurde im Rahmen der Rundschreiben Recht insbesondere zu folgenden Themen informiert:

- Abmahnung Emissionsbedingungen
Kassenobligationen – § 6 Abs 1 Z 3 KSchG;
Neue Checkliste-C für bewilligungspflichtige
Eigenemissionen – Version 01.01.2010

- Zahlungsdienstegesetz: § 27 Abs 6 ZaDiG – Entgelte für Zahlscheine; Abmahnung der AGB; Gebühren bei Bankomatbehebungen in Deutschland
 - Abwicklung des Haftkreditvertrages im Fall der Abgabe einer Bankgarantie im Rahmen von Treasury4You
 - Treuhandkonto OMV
 - Hinweis auf Veröffentlichung der Kammer der Wirtschaftstrehänder gemäß § 40c BWG
 - Mehrere Rundschreiben zu Jurisdok-Neuerungen: Kredit- und Passivhandbuch
 - Eingetragene Partnerschaft-Gesetz (EPG)
 - Zwei Rundschreiben zu Prospektrecht – FMA-Rundschreiben
 - Mehrere Rundschreiben zur 2. Leerverkaufsverbotsverordnung
 - Die neue ROM I-Verordnung
 - FATF-Tagung Februar 2010
 - Geldwäsche – 2010 International Narcotics Control Strategy Report (INSCR)
 - Geldwäsche – FMA-Rundschreiben zum risikoorientierten Ansatz
 - Zwei Rundschreiben zu Fremdwährungskrediten – Zweitinstanzliches Urteil sowie Urteil des HG Wien
 - Grenzüberschreitende Zahlungen in Euro: Verordnung Nr. 924/2009 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft; ZaDiG: Telefonvereinbarung
 - BWG-Novelle zum Ergänzungskapital – BGBl. I Nr. 152/2009, seit 01.01.2010
 - Informationstage Verbraucherkreditgesetz
 - VOLKSBANK-Juristentag 2010
 - Neues Insolvenzrecht
 - Mehrere Rundschreiben zum Darlehens- und Kreditrechtsänderungsgesetz (DaKrÄG) und Verbraucherkreditgesetz (VKrG)
 - Verpflichtung zur Registrierung der Videoüberwachung
 - Einzüge von Kundenkonten durch Lottospielgemeinschaften
 - Zwei Rundschreiben zum Thema Bankkonzession gemäß § 1 Abs 1 Z 7a BWG
 - Bekanntgabe der Möglichkeit zur Übermittlung von verschlüsselten E-mails an das BMI oder die Polizei
 - Grundschild nach deutschem Recht
 - Rechtskräftige Urteile des OGH zu „Snowball“-Emissionen
 - Übersicht zur Wertstellung gemäß ZaDiG und BWG
 - 17. ERFA-Tagung Bankrecht – Aktivgeschäft; Termine und Anmeldung
 - Gebührenbefreiung für Lombarddarlehen auch für Einmalkredite gültig
 - Änderung des Gebührengesetzes (Budgetbegleitgesetz 2011 – 2014)
 - Entfall der Kreditvertragsgebühr
 - Änderung des Standard Compliance Code
- Im Rahmen der Personalrundschreiben wurde über folgende Themen informiert:**
- Arbeitsrechtliche Änderungen im Zuge des Budgetbegleitgesetzes
 - Ausbildungskosten – Seminarlisten der Akademie
 - Verspätete Anmeldung von Dienstnehmern zur SV
 - Kollektivvertrag 2009
 - Änderung der Arbeitsstättenverordnung (AStV): Erste Hilfe und Brandschutz
 - Arbeitszeitbestimmungen
 - FMA-Rundschreiben Interessenkonflikte bei bestimmten Vergütungssystemen
- Aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Bereiche Geldwäsche und Compliance wurde die neue Rundschreibenkategorie Geldwäsche/Compliance geschaffen und über folgende Themen informiert:
- Neuer Arbeitskreis Geldwäscherei/Compliance
 - Hoch-Risikostaaaten im Bereich von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung
 - FMA-Rundschreiben zur Übermittlung von Auftraggeberdaten; FMA-Rundschreiben zu Verdachtsmeldungen
 - FATF-Sanktionen- und Devisengesetz
 - Transparenzpaket: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem die Rechtsanwaltsordnung, die Notariatsordnung, das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 geändert werden
 - Transparenzpaket: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bankwesengesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Börsengesetz 1989, das Zahlungs-

dienstegesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, das Glücksspielgesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden soll

- Kontrolle von Mitarbeitergeschäften
- Transparenzpaket; Konsortialgeschäft: Feststellung des wirtschaftlichen Eigentümers
- FATF-Sitzung 20.-25. Juni 2010
- Veröffentlichung der Mitteilung der Kammer der Wirtschaftstrehänder gemäß § 40c BWG
- Neue Sanktionen gegenüber dem Iran; EU verschärft Maßnahmen; FMA-Rundschreiben zur Übermittlung von Auftraggeberdaten vom 20.5.2010
- Rundschreiben der OeNB betreffend Iran-Sanktionen
- Veröffentlichung der Mitteilung der Kammer der Wirtschaftstrehänder gemäß § 40c BWG, Stand 30.9.2010
- Neues Meldeformular Geldwäsche

Weitere Informationsdienstleistungen

Die Rechtsabteilung hat die programmtechnische und inhaltliche Betreuung von „Jurisdok“, einer Lotus-Notes Datenbank, mit folgenden Themenkreisen inne:

- Kredithandbuch
- Passivhandbuch
- Rundschreiben Recht seit 1981 (im Volltext ca. seit Mitte 1989)
- Umfassende Judikaturammlung zum Kreditsicherungs- und Bankvertragsrecht (Inhalte der ERFA-Tagungen seit 1987, aber auch aktuellste, noch nicht bei ERFA-Tagungen behandelte Judikatur)
- Judikaturammlung Genossenschaftsrecht
- Belegexemplare aller relevanten Formulare des Kredit- und Passivgeschäftes (z.B. BOG-Formulare, PKS, ARCTIS, ...)

Grundlagenarbeit

Zu den weiteren wesentlichen Aufgaben der Rechtsabteilung gehört es, im Bankenbereich die vertraglichen Grundlagen des gesamten Massengeschäftes auf rechtlich fundierter Basis zu gewährleisten. Gesetzesänderungen, Judikaturänderungen, neue Produkte, Anwendungen und

Zielgruppen erfordern einen hohen Einsatz auf diesem Gebiet.

Korrespondenz mit der FMA

Die Rechtsabteilung wickelt die erforderliche Korrespondenz mit der FMA (Finanzmarktaufsicht) und der Oesterreichischen Nationalbank – insbesondere in Angelegenheiten des Umfangs der Bankkonzession und den im BWG statuierten Anzeigeverpflichtungen – für unsere Mitgliedsbanken ab.

Approbation von Sektorformularen

Die Befugnis zur rechtlichen Approbation für den Einsatz im Volksbanken-Verbund bestimmter Formulare und automationsunterstützt hergestellter Drucksorten liegt bei der Rechtsabteilung. Rund 200 Formulare (ARCTIS, PKS, „papierhafte“ Formulare der BOG) werden permanent auf Aktualität überprüft, überarbeitet und gegebenenfalls neuerlich approbiert. Belegexemplare aller dieser Formulare sind in Jurisdok enthalten.

Juristen-Chat

Als virtueller Sitzungsraum für die Erörterung rechtlicher Themen dient ein von der Rechtsabteilung betreuter Juristen-Treffpunkt im Intranet (Lotus Notes), das sogenannte „Juris-Team“.

Im JurisTeam wurden auch im Jahr 2010 alle von der EU erlassenen Finanzsanktionsmaßnahmen veröffentlicht und wöchentlich gewartet. Dies ermöglicht es unseren Mitgliedsbanken, ihrer Verpflichtung zur Kontrolle ausreichend nachzukommen, die veröffentlichten Listen auf mögliche Übereinstimmungen mit ihren Kunden zu prüfen.

Arbeitskreise

Die Rechtsabteilung koordiniert und leitet die Arbeitskreise:

- Kredithandbuch
- Passivhandbuch
- Wertpapier

Die Ergebnisse der gemeinsamen Sitzungen mit den Praktikern unseres Sektors werden durch das ARZ bzw. die BOG umgesetzt.

Das in Jurisdok integrierte, permanent aktualisierte „Kredithandbuch“ und „Passivhandbuch“ sind unabdingbare Wissensdatenbanken und Arbeitsbehelfe der Volksbank-Mitarbeiter, deren Verlässlichkeit und Aktualität als selbstverständlich vorausgesetzt wird, aber nur durch permanenten Einsatz gewährleistet werden kann.

Neuer Arbeitskreis Geldwäsche und Compliance

Aufgrund der sich laufend erhöhenden Anforderungen der FMA und des Gesetzgebers an die Bereiche Geldwäscherei und Compliance sowie des Bedarfes stärkerer Koordination insbesondere auch bei der technischen Umsetzung in diesen Bereichen, wurde im Sektor ein neuer Arbeitskreis für die Themen Geldwäsche und Compliance eingerichtet. Die Verbindung der beiden Themen erfolgt deshalb, weil in vielen Banken Personalunion hinsichtlich der beiden Funktionen besteht.

Ziel dieses Arbeitskreises ist insbesondere auch die Unterstützung der Volksbanken bei der praktischen Umsetzung der rechtlichen Anforderungen der FMA-Rundschreiben im Bereich Geldwäsche und Compliance unter Beachtung einer möglichst effizienten Abwicklung auch im Vertrieb.

Generell soll der Arbeitskreis ein Bindeglied zwischen den juristischen Anforderungen und der praktischen Umsetzung sein. Ständige Mitglieder des Arbeitskreises sind insbesondere Praktiker aus den Volksbanken, von Seiten des ÖGV die Bereiche Recht und Vertrieb und die Verbund-Organisation insbesondere als Bindeglied zum ARZ.

Die Mitglieder des Arbeitskreises sind in der Datenbank Geldwäsche ersichtlich, Vorsitzender des Arbeitskreises ist Herr Prok. Betr.oec. Wolfgang Kopf von der Volksbank Vorarlberg. Die Datenbank Geldwäsche wird derzeit umgebaut und in Zukunft auch den Bereich Compliance abdecken.

Gastsitz im Fachrat Bankrecht des BVR

Der Fachrat Bankrecht hat die Aufgabe, die operative und konzeptionelle Arbeit des Bun-

desverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken durch die Erörterung bedeutender bankrechtlicher und rechtspolitischer Probleme zu unterstützen. Von der Rechtsabteilung des ÖGV wird ein Gastsitz in diesem Gremium gehalten, was in regelmäßigen Abständen mit der Teilnahme an Veranstaltungen des Fachrates verbunden ist. Dieser Tätigkeitsbereich lässt intensiven Erfahrungsaustausch und maßgebende Einblicke hinsichtlich bankrechtlicher Belange zu, was vor allem bedingt durch ein zunehmend international ausgerichtetes Aufgabenfeld unerlässlich ist.

Ausbildungs-Veranstaltungen

Informationstage Verbraucherkreditgesetz

In Kooperation mit anderen Abteilungen des Hauses fanden am 8.6.2010 in Wien (101 Teilnehmer) und am 9.6.2010 in Salzburg (84 Teilnehmer) Informationsveranstaltungen zu den Neuerungen des Verbraucherkreditgesetzes statt. Dabei wurde über folgende Themen referiert:

- Rechtliche Grundlagen für Verbraucherkredite und Formularwesen
- Neuerungen für den Vertriebsprozess und Unterstützung
- Sonderformen im Vertrieb – „Leasing, Allgemeine Bausparkasse und easy Credit“

VOLKSBANK-Juristentag 2010

Diese Veranstaltung fand am 28. Juni 2010 in Wien statt; insgesamt konnten rund 101 Teilnehmer über nachstehende Fragestellungen informiert werden.

- Neue Insolvenzordnung
- ROM I
- Verbandsprozess/Fremdwährungskredite
- BWG-Novelle
- Verbraucherkreditgesetz
- Bonitätsdatenbanken
- Verbraucherschutz

17. ERFA Tagung Bankrecht Aktivgeschäft

Bei 5 Veranstaltungen am 4.11. (Graz), 9.11. (Salzburg), 11. und 15.11. (Wien) und am 17.11. (Wels) mit insgesamt rund 168 Teilnehmern konnte über die aktuelle Judikatur und deren Entwicklung informiert werden.

BERATUNG UND BETREUUNG

Controlling



Mag. Josef Kobler
Dr. Barbara Pobeheim

Durch das „Projekt Region“ wurden per 31.12.2009 drei Retailbanken und die ABV Mitglieder der Volksbanken-Primärstufe. Diese Erweiterung führte in der Volksbank-Primärstufe zur Adaptierung des Benchmark-Reportings.

Im Zwei-Jahres-Rhythmus wird in der Primärstufe ein nachhaltiger, strategischer Plan von Bestands- über Ertrags- bis hin zur Personalentwicklung erstellt. Im Jahr 2010 wurde diese Planung für die Jahre 2011 bis 2014 durchgeführt. In den Ergebnissen der Strategieplanung ist ein klares Ziel zu erkennen: nachhaltig im Betriebsergebnis zu wachsen. Das bedeutet für die Volksbanken, ihre Potenziale für Wachstum und das damit verbundene Risiko einerseits und die Entwicklung der Kosten andererseits im Blick zu behalten. Diese Effizienz drückt sich auch klar in der geplanten Cost Income Ratio von 66% in der Volksbank-Primärstufe aus.

Ein wichtiger Beitrag seitens des ÖGV-Controllings dazu ist das regelmäßige Monitoring der Kostenentwicklung und hier im Speziellen der EDV-Kosten der Primärstufe. Das Ergebnis dieses Reports im Jahr 2010 zeigte, dass sich die EDV-Kosten der letzten Jahre, trotz vermehrtem

EDV-Einsatz, im Gleichklang mit den Gesamtkosten der Primärstufe entwickelt haben. Somit haben die Volksbanken hier eine effiziente IT-Infrastruktur sowie Softwarelandschaft zur Unterstützung ihres Kerngeschäftes.

ÖGV Controlling stellt jährlich und quartalsweise ausgewählte Daten für den Verbundabschluss und das Fitch- und Moodys-Rating zur Verfügung. Der Volksbanken-Verbund umfasst alle Banken der Primärstufe, die ABV und die Konzerndaten von ÖVAG und Volksbank Vorarlberg.

Damit sichert ÖGV Controlling eine nachhaltige Kundenpartnerschaft durch das Aufzeigen der ausgezeichneten Bonität der Volksbanken durch die internationale Ratingagentur „Fitch Ratings“. Mit dem Langfrist-Rating von „A“ für alle Banken des Volksbanken-Verbundes wird dem Verbund-Modell auch in Zukunft eine positive Entwicklung testiert.

In den zweimal jährlich stattfindenden Controllingarbeitskreisen bildeten folgende Fachthemen Schwerpunkte: Kalkulation der Standard-Stückkosten je Bankprodukt und deren Einfluss auf die Vorkalkulation in den Kundenberatungsgesprächen, das Interne Kontrollsystem sowie die Geldwäsche. Die rasch zunehmenden gesetzlichen Anforderungen für das Bankgeschäft sowie die Komplexität erfordern einen kontinuierlichen Controlling-Erfahrungsaustausch. Dieser hat in bewährter Form beim 11. Volksbanken Controllertag, der die Plattform der überregionalen Kommunikation und des Wissensaustausches für die Controller der Volksbanken ist, im Juni stattgefunden. Der Themenschwerpunkt lag auf „Controlling – Wandel aktiv gestalten“. 100 ControllerInnen sind der Einladung zum Erfahrungsaustausch zu den Themen Liquiditätsmanagement und Präsentation der Geschäftsmodelle der „neuen“ Primärstufen-Zugänge wie Volksbank Wien, ABV und Immobank gefolgt. Das Feedback dazu war wie immer erfreulich: 80% beurteilten die Veranstaltung mit Sehr gut und 20% mit Gut.

BERATUNG UND BETREUUNG

Innenrevision



Thomas Pirker

Die im ÖGV eingerichtete Kontaktstelle zur fachlichen und organisatorischen Unterstützung der internen Revision der Kreditinstitute unseres Sektors nimmt die gesamtsektoralen Innenrevisionsangelegenheiten durch Hilfestellung, Unterstützung und Schulung der Innenrevisoren wahr.

Im September 2010 hat Herr Thomas Pirker, der bereits auf eine langjährige Tätigkeit im Banksektor, insbesondere in der internen Revision im Sparkassen-Sektor, zurückblicken kann, diese Agenden übernommen.

Unsere Mitglieder werden u.a. an den regionalen Innenrevisionsprechtagen „ERFA-Innenrevision“ beraten und betreut. Eine weitere Qualitätsverbesserung der Tagungen erfolgte gezielt durch ausgewählte Referate und Referenten in den bestehenden fünf Arbeitsgruppen.

Durch die Teilnahme an Veranstaltungen der ARGE Interne Revision und diversen sektoralen Arbeitskreisen wird Aktualität und Problembewusstsein gewährleistet sowie die Weiterentwicklung von Schnittstellen von Themenbereichen mit der Innenrevision ermöglicht.

Das weit über unserem Sektor hinaus bekannte „Innenrevisionshandbuch“ und die Informations- und Diskussionsplattform der Datenbank „ERFA-Innenrevision“ werden kontinuierlich mit aktuellen Unterlagen und Informationen für die interne Revision versorgt.

Gemeinsam mit der Volksbanken-Akademie konnte der ÖGV im Jahre 2000 das Ausbildungsmodell „Fachlehrgang Interne Revision“ initiieren und entscheidend daran mitwirken. Um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten, wird die Teilnahme als Trainer und in den betreffenden Fachteams wahrgenommen.

Diverse Rundschreiben und Informationsmaterial wurden unseren Mitgliedern auch im Berichtsjahr wieder zu Verfügung gestellt.

Im Jahr 2011 sind zahlreiche Aufgaben im Rahmen der Betreuung der Innenrevision im Volksbankensektor zu leisten

- Im Sinne unseres Leitbildes, die Unterstützung der Innenrevision durch ganzheitliche Beratung und Betreuung zur Schaffung eines klaren Informationsvorsprunges
- permanente Kontrolle und Adaptierung des Innenrevisions-Handbuches
- Kontrolle der Effizienz und Qualität des Fachlehrganges „Interne Revision“
- Gezielte Aus- und Weiterbildung im Rahmen der ERFA-Tagungen zur optimalen Erfüllung der Aufgaben
- Verbesserung des Image und der Akzeptanz der Internen Revision im Unternehmen
- Darstellung des Berufsbildes Innenrevision als „Wissensmanagement und Kompetenzzentrum Innenrevision“
- Vertretung der Interessen der internen Revision im Sektor und auch gegenüber dem Verband
- Gestaltung des jährlichen ÖGV-Innenrevisionstages
- Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen zur Wahrung der Interessen der internen Revision
- Optimierung der Prüfungseffektivität und -effizienz
- Mitwirkung bei der Schaffung eines wirksamen Systems der Internen Kontrolle
- Implementierung und Ausbau der Revisionstools „BODO“ (Business Objects Datenoptimierung)

29. Innenrevisionstag des Österreichischen Genossenschaftsverbandes

Der traditionsreiche ÖGV-Innenrevisionstag war auch im Berichtsjahr mit ca. 200 Teilnehmern überaus gut besucht und fand am 16. November 2010 im Austria Trend Hotel Savoyen Vienna statt.

Der Innenrevisionstag stand unter dem Thema Basel III, ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process), Risikomanagement und der Vorstellung des Projektes „BODO“ (Business Objects Datenoptimierung).

BERATUNG UND BETREUUNG

Bilanz- und Steuerberatung



Mag. Christina Luef
Mag. Franz Josef Groß
Mag. Gerlinde Stumpf

Das Jahr 2010 war geprägt durch einige Änderungen von steuerlichen und unternehmensrechtlichen Bestimmungen, die von der ÖGV-Abteilung Bilanz & Steuer aufzuarbeiten waren.

Im Vordergrund standen die Änderungen der Einkommensteuer-, Lohnsteuer-, Umsatzsteuer- und Investmentfondsrichtlinien sowie die gesetzlichen Änderungen bei Einkommensteuer, Bankrecht und Unternehmensrecht. Zum Jahresende bildete die Einführung der Stabilitätsabgabe (Bankensteuer) und der Kursgewinnsteuer den Arbeitsschwerpunkt.

Das Projekt Region wurde in der Abschlussphase bei Bilanzierungs- und Steuerfragen betreut.

Die Arbeiten zur internationalen Rechnungslegung betrafen im Rahmen der Arbeitsgruppe des Groupements die Änderungen der IFRS/IAS, deren Einfluss auf die nationale Rechnungslegung immer mehr zunimmt. Die Interessenvertretung in diesem Bereich soll negative Entwicklungen für Volksbanken sowie Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften verhindern bzw. abschwächen.

Den Schwerpunkt der Betreuung bilden telefonische Einzelanfragen, welche sich hauptsächlich auf Bilanzierung und Steuerfragen beziehen, werden großteils sofort erledigt. Anfragen zu Themen des Meldewesens und Bankwesensgesetzes nehmen tendenziell zu. Insgesamt waren 2010 rund 3.000 externe Anfragen durch die Abteilung zu beantworten.

Die Anfragebeantwortung bzw. die Übermittlung schriftlicher Informationen an die Sektorbanken erfolgte mittels der Sektorkommunikation Lotus Notes. Mit rund 1.500 Antwort-Mails wurde ein rascher und unmittelbarer Informationsaustausch erreicht.

Unterstützungen und Hilfestellungen bei den Betriebsprüfungen der Finanzverwaltung wurden durch Teilnahme an den Schlussbesprechungen bzw. auf telefonischem Wege geleistet. Soweit Rechtsmittel gegen Steuerbescheide ergriffen wurden, erfolgte die Unterstützung der Mitglieder durch die Ausarbeitung der Berufungsschriften.

BERATUNG UND BETREUUNG

Bilanz- und Steuerberatung

Die Auswertung der einschlägigen Fachliteratur und Judikatur sowohl für Einzelfälle als auch für den Gesamtverband ist ein wichtiger Bestandteil der Betreuungsarbeit.

Die Vertretung der steuerlichen Gesamtinteressen der Volksbanken und der Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften stellen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Abteilung dar. Die externen Ansprechstellen für diesen Teil der Fachverbandsagenden sind das Bundesministerium für Finanzen, die Wirtschaftskammer Österreich und die Fachverbände.

Die Interessenvertretung auf europäischer Ebene wurde vor allem durch Kontakte zu den einzelnen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Steuerfragen im Rahmen des Groupements wahrgenommen.

Einen Schwerpunkt der Interessenvertretung bildete die Mitarbeit in einer Expertengruppe der Europäischen Kommission für die beabsichtigte Änderung der EU Zinsenrichtlinie.

Die Betreuungsarbeit für die sektorale Emissionsbank Volksbank-Quadrat Bank AG betrifft die laufende Verwaltungstätigkeit, wie z.B. Veranlagung, Koordinierung der Bilanzierung und Prüfung, Aufbereitung der Informationen für Vorstand und Aufsichtsrat.

Die fachspezifische Information der Mitgliederkreise „Volksbank“ und „Ware“ erfolgte durch Rundschreiben für den Jahresabschluss und zum Steuerrecht

Die fachliche Betreuung der ÖGV-Programme und des ARZ CUBA Bilanzaktes zur Unterstützung der Bilanzierungsarbeit der Sektorbanken ist ebenfalls ein wesentlicher Teil der Betreuungsarbeit.

Bilanzfachtage

Die Bilanzfachtage sind eine wichtige Plattform, um die Mitarbeiter des Rechnungswesens über wesentliche Punkte der Bilanzierung zu informieren. Da diese Informationsrunden in kleineren Gruppen abgehalten werden, besteht die Möglichkeit zu Fachdiskussionen bzw. am

Rande der Veranstaltung zu persönlichen Beratungs- und Betreuungsgesprächen.

An den im November 2010 durchgeführten Bilanzfachtagen wurden die Mitglieder Kredit in praxisrelevanter Form über aktuelle Bilanzierungs- und Steuerfragen zum Jahresabschluss 2010 informiert. Über die aktuellen Schwerpunkte der Betriebsprüfung und den Stand laufender Steuerverfahren, die von allgemeinem Interesse sind, wurde ebenfalls berichtet.

Beteiligungen

Für Beteiligungen ist von den Volksbanken aufgrund der ÖGV-Satzung eine Bewilligung des ÖGV einzuholen. Bei der Begutachtung der Beteiligungsvorhaben werden vor allem betriebswirtschaftliche, aber auch steuerliche Aspekte berücksichtigt. Im Jahr 2010 wurden 16 neue Beteiligungsprojekte von Volksbanken im Sinne der ÖGV Satzung bearbeitet.

Die Beteiligungsbewilligungen im Rahmen des Projekts Region wurden zusätzlich bearbeitet.

BERATUNG UND BETREUUNG

EDV

Dienstleistungen für die Stabsstellen,
die Marktfolge und das Back Office

Beratung und Betreuung



Wolfgang Steurer
Thomas Artl
Markus Barth
DI Mansour Baradaran
Bernd Luef
DI Wolfgang Schilling
Michael Scharf

Die Software-, Hardware- und Systembetreuung der ÖGV Mitarbeiter sowie die Unterstützung unserer Mitglieder ist eine wesentliche Aufgabe der EDV-Abteilung. Wir verstehen uns als Servicestelle, und wollen unsere Eigenentwicklungen und die IT-Infrastruktur auf einem modernen, sicheren und anwenderfreundlichen Niveau halten. Nach dem Austritt von Herrn Robert Riegler verstärkt seit September 2010 Herr Thomas Artl das EDV-Team in der Software-Entwicklung.

IT-Anwendungen für den Sektor

Für die Volksbanken werden vom ÖGV Applikationen entwickelt und gewartet, die einerseits der Arbeitsunterstützung und andererseits der Informationsverwaltung dienen.

Volksbanken-Informationssystem (VIS) VERA-ONA 8.1

Die Meldewesen wurden im Jahr 2010 an gesetzliche Bestimmungen angepasst. Komplet neu implementiert wurden konsolidierte und sektorkonsolidierte Berichte. Die unkonsolidierten VERA-ONA Berichte wurden ebenfalls laufend überarbeitet. Die Banken bekommen monatliche Updates mit den aktuellen Daten und Berichtsversionen.

VIS Bilanzen 10.0: Das Programm enthält im Volksbankenteil die Veröffentlichungsbilanzdaten aller Volksbanken von 2002 bis 2009 mit diversen Auswertungsmöglichkeiten und einem vordefinierten Analyseblatt mit Durchschnittsberechnung über einen vom Benutzer festlegbaren Zeitraum. Für Analysezwecke besteht die Möglichkeit einzelne Kreditinstitute über ein eigenes Eingabeformular im Programm zu erfassen.

Die VB-RM Applikation ging 2010 in den Echtbetrieb, dazu wurden umfangreiche Berichte in der IT-Abteilung entwickelt (Kredit-Report).

Zur Unterstützung bei der Bilanzierung wurden das Rückstellungsprogramm, das Anhangprogramm und das Veröffentlichungsbilanzprogramm an neue gesetzliche Bestimmungen angepasst und an die Volksbanken verteilt.

Informationsblatt Verbraucherkreditgesetz

Für die Erstellung des vorvertraglichen Informationsblattes wurde den Volksbanken eine Lotus Notes Anwendung zur Verfügung gestellt. Diese Anwendung ist für den Kundenberater direkt im KBS angebunden.

Applikationen im ÖGV

Datawarehouse

Das auf Microsoft SQL-Server entwickelte ÖGV-Datawarehouse wurde auf die aktuelle Version von Microsoft SQL-Server 2008 umgestellt. Diese Umstellung wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, das DWH am SQL Server 2000 wurde eingestellt.

Jahresabschlussmeldung

Die jährliche Meldung der veröffentlichten Bilanzen an die OeNB wurde für einen Teil des Sektors (ÖVAG-Töchter, Hauskreditgenossenschaften, Nicht-ARZ-Banken) aus der ÖGV-Bilanzdatenbank erstellt, wobei die Prüfregeln an neue Vorgaben der OeNB angepasst wurden. Das gleiche wurde für die zu meldenden Konzernbilanzen vorgenommen.

Aggregierte IAS-Konzernbilanz und Volksbanken-Rating

Unterstützung des Ratingprozesses und der Erstellung der IAS-Konzernbilanz durch diverse Datenschnittstellen in OLAP aus den Daten des ÖGV DATAWAREHOUSE.

Prüferprogramme

Im Zuge der Umstellung des Risikomanagements wurde das alte Kreditprüfungsprogramm durch zwei neue Applikationen abgelöst, die beide unter Access 2007 entwickelt wurden. Die Daten der VB-RM Applikation werden in diesen Programmen unseren Revisoren zur Verfügung gestellt.

- RMKP – Risikomanagement- und Kreditprüfungsprogramm
- EKP – Einzelkreditprüfungsprogramm

Die Berichtsprogramme wurden auf neue Beine gestellt und unter Office 2007 komplett neu entwickelt.

IT-Betrieb im ÖGV

Die EDV-Abteilung betreut ca. 70 Laptops, 60 Workstations und rund 12 Server für die ÖGV-Mitarbeiter.

Wichtige Neuerungen

- Die Umstellung der Office-Applikationen auf Office 2007 wurde im Jahr 2010 abgeschlossen. Den Volksbanken wurden sämtliche ÖGV-Applikationen in einer Office 2007 Version zur Verfügung gestellt.
- Mit dem Austausch der ca. 5 Jahre alten Hardware bei den Notebooks erfolgte auch gleichzeitig der Umstieg auf Windows 7.
- Die Umstellung auf Windows 7 war sowohl im Bereich der Prüferprogramme als auch im Security Bereich (VPN, Verschlüsselung) eine große Herausforderung.
- Zahlreiche Server und Clients wurden mittels VMWare virtualisiert und die alte Hardware damit abgelöst.
- Die Umstellung auf die aktuelle Lotus Notes Version 8.5.1 wurde im Berichtsjahr ebenfalls vorangetrieben.

BERATUNG UND BETREUUNG

Personalmanagement

Im Jahr 2010 beschäftigte der ÖGV durchschnittlich 124 MitarbeiterInnen und damit erhöht sich der MitarbeiterInnenstand zum Vorjahr um 3 Personen.

Mit der Ausübung der Personal-Agenden ist Herr Mag. Wolfgang Schmidt betraut. Seit dem Ausscheiden von Frau Mag. Iris Fellner wird er seit August 2010 von Frau Mag. Bahareh Sarrafpour unterstützt.

Die Personalstelle der ÖGV sieht sich einerseits als Ansprechpartner der Führungskräfte in allen personalrelevanten Fragen und unterstützt sie in ihren Führungsaufgaben, sie möchte jedoch auch beratend für die ÖGV-MitarbeiterInnen zur Verfügung stehen, um neben einer fachlichen Zusammenarbeit auch das soziale Miteinander mitzutragen und zu fördern.

Gleichzeitig möchte der ÖGV auch im Bereich der Personalarbeit seine Beratungs- und Unterstützungsfunktion gegenüber seinen Mitgliedern im größtmöglichen Umfang wahrnehmen und insbesondere den Volksbanken, aber auch den Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften seine Kompetenz auch in Personalangelegenheiten zu Verfügung stellen.

Personalsuche – Auswahl

Im ÖGV wird das Thema Recruiting aufgrund der hohen Zahl von Expertenpositionen sehr sorgfältig getrieben.

Als Recruiting Tool wird von Seiten des ÖGV die online Jobbörse auf unserer verbundweiten Homepage – auch direkt über www.oegv.info.at zu finden, genutzt, die die Möglichkeit schafft, den Verbund als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren, aber auch um MitarbeiterInnen im Verbund neue Perspektiven aufzuzeigen.

Ein weiteres Tool, das wir gerne nutzen, ist die interne Jobbörse, die nur ÖGV-MitarbeiterInnen zugänglich ist. Die Vorteile dieses Recruiting Instrumentes sind nicht nur, dass man die MitarbeiterInnen bezüglich der Personalsituation indirekt am Laufenden hält, sondern viel mehr, dass die KollegInnen unterstützend bei der Personalsuche agieren können. In Zeiten der so-



Mag. Bahareh Sarrafpour
Mag. Wolfgang Schmidt

cial media, wo das Networking eine so wichtige Rolle spielt, ist es nur logisch, dass man auch das Netzwerk seiner eigenen MitarbeiterInnen nutzt und so zu interessanten Profilen kommt.

Darüber hinaus wird auf unterschiedlichen Personalplattformen und im Bedarfsfall auch in regionalen Tageszeitungen – etwa wenn RevisorInnen vorrangig für eine bestimmte Region gesucht werden – inseriert.

Der Personalauswahlprozess erfolgt durch ein strukturiertes Interview, durch die Personalstelle gemeinsam mit dem Fachbereich, einen Kennenlern-Tag, wo der/die Bewerber/in die Möglichkeit bekommt, die Abteilung, die zukünftigen Kollegen und den Arbeitsplatz kennen zu lernen und – wo es sinnvoll erscheint – der Einsatz von Arbeitsproben, die meist zu einem validen Ergebnis führen und uns die richtigen, zu uns passenden MitarbeiterInnen erkennen lassen.

Nach einer entsprechenden Anzahl geführter Interviews, eingebettet in einen gut strukturierten Bewerbungs- und Auswahlprozess, konnten im Jahr 2010 12 neue KollegInnen für den ÖGV gewonnen werden, die insbesondere aufgrund von internen Wechseln, Karenzierungen,

Pensionierungen und neuer Aufgabenstellungen erforderlich waren.

Bewerbermanagement – Nachhaltiges Recruiting

Das Bewerbermanagement ist uns ein besonderes Anliegen, weil es die Visitenkarte des Unternehmens am Bewerbermarkt darstellt. Die BewerberInnen bekommen, abhängig vom Stand des Recruitingprozesses, eine persönliche Antwort „in time“. Darüber hinaus erhalten alle BewerberInnen, die zu einem persönlichen Gespräch eingeladen worden sind, ein wertschätzendes Feedback zum Ergebnis und zu den Eindrücken, die sie im Zuge des Auswahlprozesses hinterlassen haben. Besonders gut qualifizierte und überdurchschnittlich „gute“ BewerberInnen werden in einer Evidenzliste geführt und im Bedarfsfall kontaktiert.

Die Installation eines eigenen Online-Bewerberpostfaches hat die Kontakte wesentlich beschleunigt und insbesondere die Antwortzeiten zu den BewerberInnen erheblich verkürzt. Mittlerweile langen mehr als 90% der Bewerbungen auf elektronischem Weg in der Personalabteilung ein und können so in einem elektronischen Workflow umgehend weiterbearbeitet werden. Das verstehen wir als wesentlichen Teil eines modernen, zeitgemäßen Bewerbermanagements.

Internes und externes Personalmarketing

Erfolgreiches internes und externes Personalmarketing – ein Thema, das uns im gesamten Verbund betrifft – ist auch für im ÖGV ein herausfordernder Kernbereich in der Arbeit der Personalabteilung.

Um eine noch stärkere Mitarbeiterbindung zu erreichen, setzen wir unterschiedliche strategische und operative Maßnahmen. Dazu zählt etwa ein Einführungsprogramm für neue MitarbeiterInnen. Dieses Einführungsprogramm besteht aus einem Welcome Part, der verbunden ist mit einer Einschulung, die von der Personalabteilung und der EDV-Abteilung gemeinsam gegeben wird. Ziel ist es, in den ersten beiden Arbeitstagen die neuen KollegInnen mit dem Unternehmen und den Workflow-Prozessen vertraut zu machen. Mit einem ausführlichen Verlängerungsgespräch am Ende der Befristung legt der ÖGV

Wert auf eine konsequent stärkenorientierte, positive Gesprächsführung zwischen Führungskraft und MitarbeiterIn mit dem Schwerpunkt Potenziale und persönliche Fähigkeiten auszubauen, gemeinsame Ziele zu definieren und die Arbeit effektiv und ergebnisorientiert zu gestalten. Dem ÖGV sind seine MitarbeiterInnen sehr wichtig, nicht nur weil sie ein Haupterfolgsfaktor sind, sondern weil ein externes Personalmarketing nur dann funktionieren und effektiv sein kann, wenn es auch intern besteht.

Die zuvor genannten Maßnahmen sind Ausdruck der von der Personalstelle im ÖGV auch gesamtsektoral gesetzten Schwerpunkte im Bereich des Personalmarketings („employer branding“). Damit wollen wir erreichen, dass auch die Volksbanken von potenziellen Bewerbern so wahrgenommen werden, dass auch weiterhin die Menschen, die den Anforderungen der Volksbanken entsprechen und die insbesondere ihre Werte teilen, eine berufliche Tätigkeit im Volksbanken-Verbund anstreben. Speziell in schwierigen Zeiten sind ein einheitlicher Auftritt und gemeinsame Schwerpunkte im Personalmarketing erforderlich, um im Bewerbermarkt die Stärke des Volksbanken-Verbundes zu verdeutlichen.

Karriere-Online

Die Karriereseite auf der Homepage soll durch die Hauptmenüpunkte „Jobbörse, Arbeiten in der Volksbank/im ÖGV und Personalentwicklung“ den Besuchern einen guten Einblick geben, auf welche Personalschwerpunkte die Volksbank bzw. der ÖGV setzt.

Unter dem Unterpunkt „Menschen in der Volksbank/im ÖGV“ wurden langjährige MitarbeiterInnen über ihre Karriere, Werdegang und ihre persönliche Empfehlung für die berufliche Zukunft interviewt. Das Ziel ist es, potenziellen BewerberInnen ein Gefühl für das Arbeiten und Leben in der Volksbank/ÖGV zu geben und andererseits mögliche Jobprofile und Karrierewege aufzuzeigen. Zudem werden auf diesem Weg auch die in der Volksbank gelebten Werte transportiert und dem Bewerber auf möglichst persönliche Weise nahe gebracht. Wir halten diesen Teil von Karriere-Online für einen wesentlichen Faktor in der Ansprache potenzieller geeigneter BewerberInnen.

Hervorragend etabliert haben sich auch die von uns betreuten Personalisten-Workshops im Verbund, bei denen sich Personalverantwortliche seit Jahren mehrmals jährlich treffen, um fachlichen Erfahrungsaustausch zu betreiben. Es werden gemeinsame Fragestellungen be- und dementsprechend Lösungen erarbeitet, ausführlichst und zu den unterschiedlichsten Themen, die zuvor von den Personalisten angemeldet werden, diskutiert und zu diversen Inhalten/Schwerpunkten referiert. So haben wir im Oktober 2010 erstmals in dieser Form einen thematischen Schwerpunkt gesetzt und externe Referenten zum Thema Gesundheit/Stress/Burnout eingeladen.

Ziel 2011

Die Personalstelle des ÖGV wird auch im Jahr 2011 Schwerpunkte zu gemeinsamen Themen setzen, um gemeinsam mit dem Volksbanken-Verbund Synergien zu entwickeln. Dazu zählen

- Vergütungspolitik
- Gleichbehandlungsgesetz und
- Aktivitäten im Personalmarketing

Den Volksbanken sollen damit gute und zukunftsweisende Instrumente für eine erfolgreiche Positionierung am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden.

4. ÖGV-DIENSTLEISTUNGEN für Funktionäre

Die ehrenamtliche Mitwirkung von Mitgliedern in der Verwaltung einer Genossenschaft ist ein wesentliches Merkmal des Prinzips der genossenschaftlichen Selbstverwaltung.

Wenn sich Genossenschaftsmitglieder für ein Ehrenamt engagieren, dann können sie in eine Reihe von Funktionen gewählt werden, wie z.B. als ehrenamtliche Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Genossenschaftsräte oder Delegierte.

Genossenschaftstag 2010:

Martin Fuchsbauer
Hans Hofinger
Werner Eidherr
Peter P. Baumgartner
Rainer Borns
Gerald Wenzel
Wolfgang Maurer



So unterschiedlich die Funktionen auch sein mögen, eines haben sie gemeinsam: Funktionäre wirken in ihrer Freizeit für das Wohl der Genossenschaft. Dafür ist ihnen ganz herzlich zu danken.

Anforderungsprofil

Aufgrund der hohen Bedeutung von Aufsichtsräten als Eigentümervertreter – sie repräsentieren die Interessen der Mitglieder / Miteigentümer und Kunden in der Geschäftspolitik – wurde vom ÖGV gemeinsam mit ehrenamtlichen Funktionären ein Anforderungsprofil entwickelt, das auf die spezifischen Bedürfnisse einer Genossenschaftsbank zugeschnitten ist.

Ziel des Anforderungsprofils ist es, zusätzlich zu den bankspezifischen Anforderungen die spezifischen, genossenschaftlichen, wertorientierten Handlungsmaximen einzubeziehen. Dies soll dauerhaft die Interessen von Kunden und Miteigentümern sichern. Eine Besonderheit der Genossenschaft besteht darin, das Unternehmens-

wohl, insbesondere die Ertragskraft, nicht als Selbstzweck zu betrachten, sondern der Erfüllung des Zwecks einer Genossenschaft – dem Förderauftrag – unterzuordnen. Eine wichtige Aufgabe ist es also, die richtige Balance zwischen dem „Wohl des Mitglieds“ und dem „Wohl der Genossenschaft“ zu finden.

Funktionäre spielen im modernen Bankbetrieb eine wichtige Rolle, deshalb bietet der ÖGV den Funktionären folgende Aus- und Weiterbildungsmodule an:

- Funktionärsinformation
- Funktionärsschulung
- Genossenschaftstag

Funktionärsinformation

In den Funktionärsinformationen sollen die Funktionäre ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus den aktuellen bankbetrieblichen Tätigkeiten einbringen und Maßnahmen und allgemeine Entwicklungen festlegen.

Schwerpunkt im abgelaufenen Jahr waren Themen wie betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Risikomanagement und rechtliche Kenntnisse.

Funktionärsschulung

Die Mitglieder einer Genossenschaft sind über das Ehrenamt an Entscheidungen und Kontrollmöglichkeiten innerhalb der Genossenschaft beteiligt. Die Tätigkeit des ehrenamtlichen Funktionärs erfordert eine hohe fachliche und menschliche Kompetenz.

Die Schulungen sind auf das Informationsbedürfnis der Aufsichtsräte von Genossenschaften zugeschnitten und bieten jenes Spektrum an Wissen, das notwendig ist, um die Funktion des Aufsichtsrates erfüllen zu können.

Im ersten Teil der Funktionärsschulung werden die Aufgaben des Aufsichtsrates und die rechtlichen Grundlagen behandelt, im zweiten Teil wird die Mitwirkung des Aufsichtsrates bei der Kreditvergabe schwerpunktmäßig behandelt sowie die Instrumentarien für Kreditentscheidungen und für die Kreditprüfung. Weitere Themen sind Kreditrisikomanagement, Wertpapierrisikomanagement und Risikolimitsystem.

Im Jahr 2010 wurde den ehrenamtlichen Funktionären das bewährte Seminar „Bewilligungspraxis des Aufsichtsrates“ angeboten. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Seminars sind die Bewilligungspraxis des Aufsichtsrates unter Berücksichtigung der Mustergeschäftsordnung für den Aufsichtsrat, der Instrumente zur Entscheidungsfindung im Kreditgeschäft sowie eine Präsentation des Risikomanagements, insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen von BASEL II (ICAAP).

In Summe nahmen rund 50 Teilnehmer an den Funktionärsschulungen 2010 teil.

Genossenschaftstag 2010: Die neue Bankenregulierung und die Konsequenzen für die Volksbanken

Experten warnen vor einer Überforderung der Bankbranche, wenn von Basel III über Solvency II, neuen Aufsichtsbehörden, Bankensteuern und Einzahlungen in den Banken-Abwicklungsfonds alles auf einmal eingeführt wird. Welche Konsequenzen werden die neuen Bankenregularien auf die Volksbanken haben?

Zeitgleich mit dem Genossenschaftstag fand der G20-Gipfel in Seoul statt, an dem die neuen Regularien beschlossen wurden. Am Genossenschaftstag 2010 erläuterten profunde Experten die neuen Bankenregularien und stellten die Auswirkungen auf die Volks- und Realwirtschaft, die Retailbanken und die Volksbanken dar.

„Manager müssen Mut machen“, sagte Peter P. Baumgartner, Mit-Autor des gleichnamigen Wirtschafts-Bestsellers, und entführte am Schluss des Genossenschaftstages in die spannende Südpolar-Expedition der Endurance, verknüpfte diese mit der Person Shackletons und seiner Führungskraft, insbesondere unter dem Gesichtspunkt zentraler Fragen zu Unternehmensphilosophie und Neuausrichtung.

UNTERNEHMEN DES VOLKSBANKEN-VERBUNDES



ÖSTERREICHISCHE VOLKSBANKEN-AG

Das Spitzeninstitut des Volksbanken-Verbundes



Martin Fuchsbauer
Gerald Wenzel
Michael Mendel
Wolfgang Perdich



Zentrale:
Österreichische Volksbanken-AG
1090 Wien, Kolingasse 14-16
Tel.: +43 (0) 50 4004-0
Fax: +43 (0) 50 4004-3682
info@volksbank.com
www.volksbank.com

Vorstand:
GD KR Mag. Gerald Wenzel
GD-Stellvertreter
Dkfm. Michael Mendel
VDir. Martin Fuchsbauer, MBA
VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Aufsichtsrats-Präsident:
DDr. Hans Hofinger

Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) ist das Spitzeninstitut der österreichischen Volksbanken. Die Volksbanken-Primärstufe hält über die Volksbanken Holding mit rund 58 Prozent die Mehrheit am Spitzeninstitut. Mit einer Sperrminorität von 25 Prozent plus einer Aktie ist die deutsche DZ-Bank an der VBAG beteiligt. Zehn Prozent hält die deutsche ERGO-Gruppe (VICTORIA-Versicherung) und 6,1 Prozent die Raiffeisen Zentralbank.

Bilanz und Eigenmittel

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt EUR 46,5 Mrd. und zeigt somit einen Rückgang von EUR 2,7 Mrd. oder 5,5 % gegenüber dem Vorjahr. Bereinigt um die Vermögenswerte einer Veräußerungsgruppe ging die Bilanzsumme um EUR 2,2 Mrd. oder 4,7 % zurück.

Die Forderungen an Kunden betragen EUR 23,6 Mrd. zum Ultimo 2010 und bleiben um EUR 0,5 Mrd. oder 2,2 % unter dem Vorjahreswert. Das ist vor allem auf Rückgänge im Segment Unternehmen (EUR 0,8 Mrd.) zurückzuführen.

Die verbrieften Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 betragen EUR 16,1 Mrd. und verringerten sich gegenüber dem Vorjahresresultimo um EUR 1,2 Mrd. oder 7 %. Dies ist einerseits auf planmäßige Tilgungen und andererseits auf Rückkäufe im Konzern zurückzuführen, die nur teilweise durch neue Emissionen kompensiert wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind um EUR 0,2 Mrd. auf EUR 7,3 Mrd. gesunken.

Die bankrechtlichen Eigenmittel der ÖVAG Gruppe zum 31. Dezember 2010 betragen EUR 3,6 Mrd. Die Tier I Ratio (Verhältnis Kernkapital zur Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko) erreicht 10,3 %, im Vorjahr lag sie bei 10 %. Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko zum Ultimo 2010 beträgt 9,4 % (31. Dezember 2009: 9,2 %). Die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 12,8 % (31. Dezember 2009: 12,5 %). Die vorhandenen Eigenmittel über-

steigen das regulatorische Erfordernis um mehr als EUR 1,3 Mrd. bzw. 59,7 %.

Der Personalstand im Konzern verringerte sich seit dem Jahresultimo 2009 um 209 Mitarbeiter und beträgt nun 7.531 Mitarbeiter (bereinigt um die Mitarbeiter der Veräußerungsgruppe). Durch die Optimierung des Vertriebsnetzes im Ausland ging der Mitarbeiterstand von 6.307 auf 6.115 Mitarbeiter zurück. Gleichzeitig verringerten sich die Vertriebsstellen im Ausland seit Jahresende 2009 um 35 auf 548 Vertriebsstellen. Der Mitarbeiterstand im Inland ging geringfügig um 17 Mitarbeiter auf 1.416 Mitarbeiter zurück.

Die positive Tendenz, die sich bereits in den Quartalszahlen der ÖVAG abgezeichnet hat, wurde auch im Jahresergebnis 2010 fortgesetzt. Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt EUR 91 Mio. Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten liegt für das Geschäftsjahr 2010 bei EUR 55 Mio. Die Erwartungen wurden somit erfüllt.

Segment Unternehmen

Investkredit Bank AG, Investkredit Investment Bank AG, Invest Mezzanine Capital Management GmbH und VB Factoring AG nehmen im Konzern der Österreichischen Volksbanken-AG die Betreuung der Kundengruppe Unternehmen wahr.

Der Aufsichtsrat der Investkredit Bank AG hat am 14. September 2010 auf dem Weg zur Zusammenführung der Österreichischen Volksbanken-AG, ÖVAG, und der Investkredit Bank AG das Vorstandsteam der ÖVAG auch mit der Führung der Investkredit Bank AG beauftragt. Seitdem tritt das strategische Segment Unternehmen (ohne VB Factoring Bank AG) sowie die Immobilienfinanzierung der Investkredit Bank AG unter der Marke Volksbank AG – Investkredit am Markt auf.

Die optimale Betreuung der Kunden ist vorrangiges Ziel der Volksbank AG – Investkredit. Der breite Bogen von Finanzdienstleistungen wird gemeinsam mit den Unternehmenskunden lösungsorientiert diskutiert. Ein partnerschaftlicher Ansatz ist das Fundament für stabile und ertragreiche Kundenbeziehungen.

Die Aktivitäten des klassischen Unternehmensgeschäftes in Österreich sind im Bereich Kommerzgeschäft zusammengefasst:

Die Abteilung Mittelständische Unternehmen ist auf die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen und auf die Risikoteilung im Rahmen von Konsortialfinanzierungen mit der Volksbank Primärstufe orientiert. Die Unternehmenskunden der regionalen Volksbanken werden in Finanzierungsfragen in der Regel gemeinsam

Die Primärstufe des österreichischen Volksbanken Sektors und die ÖVAG sind zum gegenseitigen Vorteil seit Jahrzehnten überaus eng miteinander verbunden.

Das Spitzeninstitut übernimmt für die Volksbanken zum Beispiel folgende Aktivitäten:

- Liquiditätsmanagement
- Konsortialkredite
- Clearing-Stelle
- Internationales Geschäft
- Emission von Wertpapieren, Wertpapier-Handel
- Strukturierte Produkte
- Spezielle Services wie Verbund-Marketing, Verbund-Organisation, Back-Office-Services



Die neu gestaltete ÖVAG-Zentrale in 1090 Wien

mit diesen betreut, produktabhängig aber zum Teil auch direkt serviert.

Die Abteilung Corporate Banking betreut das Eigengeschäft der Volksbank AG – Investkredit mit klarer Fokussierung auf mittelständische österreichische Unternehmen, die zum Großteil von langfristig orientierten Eigentümerfamilien gesteuert werden.

Auf einzelnen Märkten in Mitteleuropa (Deutschland, Polen, Tschechien) werden Unternehmen und Finanzinvestoren spezielle Corporate Finance-Leistungen angeboten. Der Schwerpunkt liegt auf Projektfinanzierungen (Infrastruktur und vor allem erneuerbare Energien), LBO-Finanzierungen, Mergers & Acquisitions-Beratung, Private Equity und Kreditfinanzierungen in Mittel- und Osteuropa.

Die Servicepalette der Volksbank AG – Investkredit wird durch Dienstleistungen im Cash Management, Debt Capital Markets, Corporate Treasury sowie Factoring durch die VB Factoring AG abgerundet.

Segment Retail

VB-Leasing International Holding GmbH (VBLI)

1994 gegründet, ist die VB-Leasing International heute zu jeweils 50 % im Eigentum der Österreichischen Volksbanken-AG und der VR-LEASING AG in Deutschland. Der schrittweise Aufbau eines schlagkräftigen Netzwerks in acht mittel- und osteuropäischen Staaten machte die VB Leasing zu einem der erfolgreichsten Leasinganbieter in CEE. Sie betreut acht Landesgesellschaften in Tschechien, Slowenien, Kroatien, Polen, Bosnien und Herzegowina, der Slowakei, Serbien und Rumänien und ist seit Januar 2009 zusätzlich an dem ungarischen Marktführer Lombard Lizing beteiligt.

Die Struktur und Prozesse der gesamten Gruppe basieren auf drei Geschäftsfeldern: Car Lease & Services, Construction & Transport und Machinery. Diese Spezialisierung auf Mobilienleasing sowie die geschäftsfeldorientierte Ausrichtung sind Basis für umfassendes, länderübergreifendes Branchen- und Produkt-Know-how.

Trotz wirtschaftlicher Stagnation in einigen VBLI-Ländern und eklatanten Einbrüchen auf den Leasingmärkten Mittel- und Osteuropas hat sich die strategische Ausrichtung der gesamten

VB Leasing-Gruppe nicht nur stabilisierend, sondern leicht wachstumssteigernd auf die Geschäftsentwicklung in 2010 ausgewirkt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Neugeschäftsvolumen von EUR 925 Mio. erzielt, was einer Stückzahl von rund 38.000 entspricht.

Volksbank International Gruppe (VBI)

Zehn Banken in neun Ländern

Die VBI-Gruppe umfasst zehn VBI-Banken in neun mittel- und osteuropäischen Ländern (Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Ukraine) sowie die Volksbank International AG mit Sitz in Wien. Seit ihrer Gründung im Jahr 1991 verfolgt die VBI Gruppe eine konservative Risikopolitik und eine Strategie der Fokussierung auf das Geschäft mit Privatkunden sowie mit kleinen und mittleren Unternehmen. In Zukunft wird die Volksbank International AG das Geschäft mit Mikrounternehmen stärker in ihrem Geschäftsmodell verankern.

Eine weitere wichtige Sparte der VBI ist das Zuleitungsgeschäft von Unternehmenskunden ihrer österreichischen, deutschen, französischen und italienischen Partnerbanken.

Mit 51 % ist die Österreichische Volksbanken-AG die Mehrheitseigentümerin der VBI. Seit 2004 sind auch die deutschen Genossenschaftsbanken DZ BANK AG / WGZ BANK AG und die französische Banque Populaire Caisse d'Épargne (BPCE) mit jeweils 24,5 % an der VBI beteiligt.

Die VBI konnte sich 2010 dank ihrer starken Positionierung in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld behaupten und das operative Ergebnis der gesamten Gruppe steigern.

Die VBI erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2010 ein operatives Ergebnis (vor Risiko) in Höhe von EUR 231 Mio., das bedeutet eine Steigerung um +7,1 % gegenüber dem Vorjahr. Einen wesentlichen Beitrag lieferte das Zinsergebnis in Höhe von EUR 417 Mio., das um 2,1 % gegenüber 2009 gestiegen ist. Die Provisionserträge blieben zwar hinter den Erwartungen, konnten aber um 1,5 % auf EUR 81 Mio. erhöht werden.

Insbesondere die Kernzielgruppen der VBI, Retailkunden und KMUs, bekamen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise (beispielsweise höhere Arbeitslosigkeit, mehr Insolvenzen) im Jahr 2010 zu spüren. Daher mussten die Risikovorsorgen deutlich erhöht werden. Sie betragen zum Ende des Geschäftsjahres 2010 EUR 237 Mio., was einen Anstieg zum Vorjahr von 35,8 % bedeutet. Davon entfallen etwa zwei Drittel auf Rumänien.

Grundsolides Geschäftsmodell bewährt sich

Die Fokussierung auf eine qualitative Entwicklung hat sich strategisch gut bewährt. Die Tochterbanken der VBI konzentrieren sich auf das klassische Kundengeschäft mit Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetrieben. Das konservative und grundsolide Geschäftsmodell und dessen konsequente Umsetzung haben sich auch im schwierigen Umfeld 2010 bewährt.

Bilanzsumme sank leicht

Die Bilanzsumme der VBI betrug per 31. Dezember 2010 EUR 13,7 Mrd., das entspricht einem minimalen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 %. Den größten Anteil hat die Volksbank in Rumänien mit einer Bilanzsumme von EUR 4,8 Mrd. Dahinter folgen die Banken in Tschechien (EUR 2 Mrd.), Ungarn (EUR 1,8 Mrd.), der Slowakei (EUR 1,3 Mrd.) und Kroatien (EUR 1 Mrd.).

Krisenresistentes Retailgeschäft

Das Retailgeschäft der Volksbank International in CEE zeigte sich auch 2010 angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen äußerst robust. Die Gesamterträge des Segments Retail – bestehend aus Zins-, Gebühren- und Provisionserträgen – konnten von EUR 300 Mio. im Jahr 2009 um 1,6 % auf EUR 305,6 Mio. im Berichtszeitraum gesteigert werden.

Das Retailergebnis leistete in einem nach wie vor herausfordernden Umfeld einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der VBI-Bankengruppe. In neun Banken wurde ein Gewinn erzielt. Nur in Rumänien führten Einmaleffekte zu einem negativen Ergebnis. Das operative Ergebnis der Volksbank Rumänien war aber positiv.

Corporate-Geschäft

Das Kreditvolumen im Firmenkundengeschäft der VBI-Gruppe lag per Jahresende 2010 bei EUR 4,3 Mrd., das Einlagenvolumen bei EUR 1,9 Mrd. Auf die Volksbank Tschechien fallen 26,5 % des gesamten Kreditvolumens, das sind EUR 1,1 Mrd. Sie konnte ihren Status als erfolgreiche Bank für Klein- und Mittelbetriebe weiter festigen. Vom gesamten Corporate-Kreditvolumen der VBI-Banken entfallen rund 51 % auf Kredite für Klein- und Mittelbetriebe, 28 % auf Immobilienprojektfinanzierungen, 16 % auf Großkunden sowie 4 % auf den Bereich Public Finance.

Die Österreichische Volksbanken-AG hat am 7. Dezember 2010 bekannt gegeben, die Möglichkeiten eines Verkaufs der Volksbank International AG und der VB-Leasing International Holding GmbH zu prüfen und einen diesbezüglichen Prozess zu starten. Die Sondierungsschritte finden aktuell statt und können in einem Verkauf dieser Beteiligungen münden.

Segment Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Immobilienkreditfinanzierungen der Investkredit Bank AG, die Leasingfinanzierungen der Immoconsult Leasinggesellschaft m.b.H., die Immobilienentwicklung durch die PREMIUMRED Real Estate Development GmbH und das Immobilien Asset Management der Europolis Gruppe (die mit Ende 2010 verkauft wurde). Neben Kunden in Österreich werden vor allem Immobilienpartner in CEE und SEE betreut. Unter dem Anspruch „excellence in real estate“ bietet der ÖVAG Konzern ein von Fachkompetenz getragenes Angebot rund um die gewerbliche Immobilie.

In der Immobilienkreditfinanzierung ist die Volksbank AG – Investkredit seit vielen Jahren in der langfristigen Finanzierung von gewerblichen Immobilienprojekten in Österreich und den zentral- und osteuropäischen Ländern tätig.

Das Jahr 2010 war geprägt durch wesentliche Redimensionierungsmaßnahmen, allen voran der erfolgreiche Verkauf der Europolis AG an die CA Immobilien Anlagen AG. Der Verkauf

wurde mit dem Closing am 31. Dezember 2010 planmäßig abgeschlossen.

Organisatorisch werden 2011 alle Immobilienaktivitäten im ÖVAG Konzern unter einer Führung und einem einheitlichen Auftritt namens „VB Real Estate Services“ zusammengefasst. Dies wird zu einer wesentlichen Qualitätssteigerung in den Prozessen beitragen, aber vor allem den Kunden Klarheit und Transparenz über das umfangreiche Leistungsspektrum an Produkten und Services bieten.

Strategie 2015

Die ÖVAG blickt auf ein Geschäftsjahr 2010 zurück, in dem die Weichen für den nachhaltigen zukünftigen Erfolg der ÖVAG gestellt wurden. Zu Beginn wurden noch zwei Strategien parallel verfolgt: Eigenständig bleiben mit einer neuen, nachhaltigen Unternehmensstrategie oder mit einem strategischen Partner die Kompetenzen bündeln. Wie bekannt, sind im Frühjahr 2010 die Verhandlungen mit der BAWAG aufgrund unterschiedlicher organisatorischer und strategischer Vorstellungen beider Häuser eingestellt worden. Somit war klar, dass nun die „Strategie 2015“ umzusetzen war.

Die ÖVAG wird sich aufgrund ihres Strategiekonzeptes 2015 auf die Stärken im Kerngeschäft besinnen und dort wendig und schlagkräftig agieren. Das Kerngeschäft basiert auf den Säulen Spitzeninstitut des Volksbank-Sektors, Unternehmens- und Immobiliengeschäft sowie Kompetenz beim Treasury. Geografisch wird sich die ÖVAG auf Österreich und die angrenzenden Länder – als Bank für Mitteleuropa – konzentrieren. Das Geschäftsrisiko wird dadurch deutlich reduziert und die Ertrags- und Ergebnisentwicklung stabilisiert.

Am 15. April 2011 wurde von den Volksbanken beschlossen, der ÖVAG über eine Kapitalerhöhung 300 Mio. EUR zuzuführen und der Republik Österreich im Jahr 2011 die erste Tranche des Partizipationskapitals in Höhe von 300 Mio. EUR zurückzuzahlen. Diese Beschlüsse zeigen deutlich, dass die Volksbanken voll hinter ihrem Spitzeninstitut stehen.

Österreichische Apothekerbank eG

Kompetenz schafft Vertrauen



Othmar Schmid



Helmut Kneissl



Österreichische Apothekerbank
Kompetenz schafft Vertrauen.

Die Österreichische Apothekerbank ist – seit ihrer Gründung im Jahr 1910 – der Finanzdienstleister für mehr als zwei Drittel der österreichischen Apotheken. Basierend auf dem einhundertjährigen Erfahrungsschatz stellen wir unser Fachwissen in den Mittelpunkt unserer umfassenden Kundenbeziehungen.

Den wachsenden Bedürfnissen entsprechend planen wir schon heute den gemeinsamen Erfolg für morgen. Als Partner mit Kompetenz und Verantwortung für Ihr Unternehmen: mit maß-

geschneiderten Produkten zu attraktiven Konditionen und persönlicher, bedarfsgerechter Betreuung.

Wir beobachten und analysieren den Markt, machen Erfolge sichtbar und schaffen dadurch die Basis für Vertrauen und Sicherheit. Ein ständiger Prozess zur Perfektionierung unseres Qualitätsanspruches. Denn: „Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein!“

Spitalgasse 31
Postfach 6
1091 Wien
Tel.: +43-1-40080-0
Fax: +43-1-40080-4401
apobank@apobank.at
www.apobank.at

Vorstand:
Mag.pharm. Dr. Gerhard Trousil
(Vorsitzender)
Vorstandsdirektor Othmar Schmid
Vorstandsdirektor Helmut Kneissl

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Mag.pharm. Gottfried Bahr

Die Ärztebank – Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft

Einfach näher an der Praxis



Anton Heisinger
Heinz M. Abler



die
ärzte
bank

Kolingasse 4
1096 Wien
Tel.: +43 (1) 521 07-0
Fax: +43 (1) 521 07-190
info@aerztebank.at
www.aerztebank.at

Filiale Graz:
Herrengasse 9
8010 Graz

Filiale Linz:
Landstraße 10
4020 Linz

Filiale Innsbruck:
Museumstraße 8
6020 Innsbruck

Filiale Salzburg:
Makartplatz 7
5020 Salzburg

Vorstand:
Vorsitzender des Vorstandes:
Mag. Anton Heisinger
Mitglied des Vorstandes:
Heinz M. Abler

Aufsichtsratsvorsitzender:
Vorstandsdirektor
Dr. Rainer Borns

Als berufsständische Spezialbank im Volksbankensektor und Kreditinstitut ist die Ärztebank traditionell auf eine enge Kooperation und Abstimmung mit den Standesorganisationen der Ärzte und Zahnärzte eingestellt. Dies gilt gerade heute, in einer Zeit der ständigen gesundheitspolitischen Diskussionen und Reformen mehr denn je. Die durch Vertrauen geprägte Verbindung zu den Berufsständen stellt ein tragendes Element der Bank dar. Vor dem Hintergrund des beginnenden Wandels im österreichischen Gesundheitswesen von der flächendeckenden Einzelpraxis hin zu interdisziplinären und sektorübergreifenden Kooperationen sind diese intensiven Beziehungen von besonderer Bedeutung.

Dabei gewährleistet die langjährige Erfahrung der Ärztebank im Gesundheitswesen und ihr berufsspezifisches Know-how eine fundierte Betreuung der Kunden – gerade auch bei schwieriger werdenden Rahmenbedingungen.

Die zeit- und ortsungebundene Beratung (auch am Abend oder am Wochenende, in der

Bank oder beim Kunden) steht dabei im Vordergrund. Die Ärztebank-Kundenberater kennen die spezifischen Anforderungen eines Arztes und verfügen über statistische Daten und Kennzahlen für verschiedene Fachrichtungen. Betriebswirtschaftliches Beratungs-Know-how bezüglich Praxisgründung, Praxisübernahme und Beurteilung von Erst- und Folgeinvestitionen unterscheidet die Ärztebank wesentlich von anderen Banken.

Hauptsitz der Bank ist Wien. Daneben ist die Ärztebank auch in Graz, Linz und in Innsbruck vertreten. Als weiterer Standort wurde im Jahr 2010 eine Filiale in Salzburg eröffnet.

Die Positionierung der Ärztebank als berufsständisches Kreditinstitut mit Privatbankcharakter hat sich auch in diesem Berichtsjahr bewährt. Der Marktanteil in der Ärzteschaft ist weiter gestiegen und beträgt zum Jahresende 14,68%.

Im Kreditgeschäft setzte die Bank konsequent die Geschäftsstrategie des qualitativen und

zielgruppenorientierten Wachstums fort. Die Neuausleihungen konzentrieren sich auf die Ärzteschaft mit einem Wachstum von EUR 33,45 Mio. (12,32%).

Im Einlagengeschäft war das Ärzte-Premium-Sparkonto der Wachstumstreiber und hat ein Wachstum von EUR 72.470 Mio. (30,09%) gegenüber 2009 erreicht.

Trotz der Erfolge der neuen Produkte und des Best Advice-Ansatzes im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft konnte die Ärztebank sich nicht völlig den Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der entstandenen Verunsicherung der Anleger entziehen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Finanzsektor konnten die Betriebserträge gegenüber dem vergangenen Jahr gesteigert werden. Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,72 %.

Die Markenbekanntheit wurde durch unterstützende Maßnahmen wie der Teilnahme an Ärztekongressen oder der Durchführung von Finanzabenden und diversen Seminaren für Existenzgründung und Praxisführung weiter erhöht.

Die gute Zusammenarbeit mit den Ärztekammern manifestiert sich in der massiv gestiegenen Beteiligung der Ärztekammern an der Ärztebank. Neben der Aufstockung bestehender Anteile ist besonders erfreulich, dass sich 2010 zwei weitere Ärztekammern für eine Beteiligung an der Ärztebank entschieden haben und somit alle Ärztekammern Österreichs Eigentümer der Ärztebank sind. Darin zeigt sich die gute Kooperation zwischen Ärztebank und Ärztekammern.

Corporate Social Responsibility

Großes soziales Engagement beweist die Ärztebank durch die Unterstützung des Stern-talerhofs, ein Kinderhospiz mit Pferdetherapie in Österreich. Der Beitrag der Ärztebank konnte auch im Jahr 2010 wieder viele Unterstützer zum Mitmachen bewegen.

Durch die Kooperation mit dem österreichischen Ärzte-Kunstverein wurde den Kunden der Ärztebank außerdem ein anderer Einblick in ärztliche Kunst geboten und den Künstlern eine Plattform, ihre Kreativität und Schaffenskraft zu präsentieren.

Ausblick

Die Diskussion zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen sehen wir als Chance, unsere Positionierung als berufsständische Bank weiter zu etablieren. Die Marketing-Aktivitäten werden sich verstärkt auf die Wahrnehmung der Ärztebank als Finanzplaner und Partner in Zeiten anstehender Gesundheitsreformen konzentrieren.

Anfang 2011 gründet die Ärztebank die Ärzte Consulting GmbH, ein Tochterunternehmen zur betriebs- und finanzwirtschaftlichen Beratung von Ärzten. Die Idee zu diesem Beratungsunternehmen entstand durch Anregung der Ärztekammern. Ziel der Beratung ist, in intensiven Gesprächen und durch eingehende betriebs- und finanzwirtschaftlichen Analyse dem Arzt seine wirtschaftlichen Potenziale aufzuzeigen sowie entsprechende Lösungsansätze zu erarbeiten. Auch neue Organisationsformen am Gesundheitssektor stehen im Fokus der Beratung. Die Ärzte Consulting GmbH wird auch die Position der Ärztebank als starken und kompetenten Partner der Ärzte festigen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die steigende Beteiligung der Kunden an der Ärztebank. Die Ärzteschaft sind unser gemeinsamer Nenner und gleichzeitig der Maßstab für die gemeinsamen Interessen. Deshalb haben die Kunden der Bank die Möglichkeit sich über eine Mitgliedschaft an der Schulze Delitzsch Ärzte und Freie Berufe e.Gen. am Erfolg der Ärztebank zu beteiligen.

Gärtnerbank reg.Gen.m.b.H.

Wir fördern Wachstum



Peter Böhm
Josef Ponecz



Kagranner Platz 48
1220 Wien
Tel.: +43-1-2041041
Fax: +43-1-201041-45 oder 50
info@gaertnerbank.at
www.gaertnerbank.at

Vorstand:
VDir. Josef Ponecz
VDir. Peter Böhm

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Rudolf Holzhammer

„WIR FÖRDERN WACHSTUM“ – und das seit nunmehr 90 Jahren! Die Gärtnerbank wurde 1920 als selbstständiges, regional verankertes Institut für den Gartenbau gegründet und wird auch zukünftig als Spezialinstitut im Rahmen des genossenschaftlichen Förderauftrages der Gärtnerschaft in Wien und Umgebung zur Seite stehen.

Unabhängigkeit und Selbstständigkeit sind für uns die wesentlichsten Grundlagen für den Erfolg. Frei nach dem Motto „Geld aus der Region – für die Region“ ist die regionale Verwurzelung ein wichtiger Wert.

Unsere Vision

Wir streben danach, unseren Hauptkunden, den Gartenbaubetrieben in Wien und Umgebung, durch unser spezielles Know-how als kompetenter und lösungsorientierter Partner zur Seite zu stehen. Aber auch im Privatkundensegment und im Kommerzkundengeschäft stehen kontinuierliche Betreuung und höchste Beratungsqualität im Vordergrund.

Erfolge und besondere Ereignisse 2010

Das Jahr 2010 stand ganz unter dem Motto „90 Jahre Gärtnerbank“.

Wie in den vergangenen Jahren, wurde auch 2010 versucht, das Wachstum im Kreditgeschäft der Gärtnerbank über die Primäreinlagen zu finanzieren.

Die Gärtnerbank feierte im vergangenen Jahr ihr 90-Jahr-Jubiläum. Mit einem eigens für dieses Ereignis kreierten „Jubiläumssparbuch“ konnten 284 neue Kunden mit einem Neuvolumen von € 13,20 Mio. gewonnen werden.

Die Kreditpolitik der Gärtnerbank war wie bereits in den letzten Jahren unverändert auf ein qualitatives Wachstum ausgerichtet.

Die Zinsen haben sich im abgelaufenen Jahr auf niedrigem Niveau stabilisiert, die Kurse an den Börsen zur Jahresmitte wieder angezogen.

Unter diesem zum Teil schwierigen Marktumfeld ist es trotzdem gelungen, die von uns verwalteten Volumen an Kundengeldern auf Wertpapierdepots um 5,5 % auszubauen.

Auch die Fondssparstatistik 2010 für die über die Volksbank-Invest verwalteten Fonds kann sich sehen lassen.

Das Fondssparvolumen betrug zum Jahresultimo 2010 € 8,43 Mio.

Die nicht bankbetrieblichen Erträge, hauptsächlich aus Vermietung und Verpachtung, konnten um 31,6 % gesteigert werden. Grund dafür war vor allem Indexanpassungen bei unseren vermieteten Objekten.

Die Eigenmittelquote der Gärtnerbank lag zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 deutlich über der gesetzlich notwendigen 8 %-Marke und erreichte sehr gute 16,9 %.

Unser Vorhaben für 2011

Im kommenden Geschäftsjahr wird die Gärtnerbank ihre Vertriebsbemühungen schwerpunktmäßig wiederum auf die qualitative Ausweitung des Kreditvolumens und eine weitere Intensivierung des Dienstleistungsgeschäftes, begleitet von einer moderaten Erhöhung des Primärmittelaufkommens, legen, um die Marktanteile zu festigen und die Kundenpartnerschaft weiter auszubauen.

Die Modernisierung des Filialnetzes wird 2011 mit entsprechenden Adaptierungs- und Umbaumaßnahmen der Geschäftsstellen bei Bedarf fortgesetzt.

Die strategische Planung der Gärtnerbank verfolgt die wesentlichen Ziele

- Verbesserung der Ertragskraft
- Verbesserung der Besicherungssituation bei den Kundenforderungen
- Steigerung der Kundenforderungen bei gleichzeitig sorgfältiger Risikopolitik
- Stärkung des Eigenkapitals
- Ausbau der Marktanteile im Gartenbau
- Ausbau des Mitgliederwesens

Die Planung für das Jahr 2011 ist klar an diesen Zielen orientiert. Die geänderte Vertriebsstruktur, modernste Technologie und bestens geschultes Personal sind schon geschaffene Grundvoraussetzungen zur Erreichung der Ziele.

VB Factoring Bank AG

Sichere Umsatzfinanzierung beflügelt das Geschäft!



Herbert Auer
Gerhard Ebner



Thumegger Straße 2
5020 Salzburg
Tel.: +43-0662-623553-0
Fax: +43-0662-623553-160
info@vb-factoring-bank.at
www.vb-factoring-bank.at

Repräsentanz:
1013 Wien
Renngasse 10
Tel.: +43-1-53135-545
Fax: +43-1-5330504-545
info@vb-factoring-bank.at
www.vb-factoring-bank.at

Vorstand:
Herbert Auer
Dr. Gerhard Ebner

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
VDir. Mag. Wolfgang Perdich

Rekordumsatz im Jubiläumsjahr

Das auf Factoring spezialisierte Bankinstitut unter der Führung der beiden Vorstände Herbert Auer und Gerhard Ebner hat beim Umsatz erstmals einen Meilenstein überschritten. Die Spezialbank konnte im Jahr 2010 ein Forderungsvolumen im Ausmaß von Euro 1,096 Milliarden ankaufen. Das entspricht gegenüber 2009 einem Plus von 12,2%. Rund 70% des Geschäftsvolumens betreffen inländische Forderungen. Die restlichen 30% entfallen vorwiegend auf Forderungen in Länder der Europäischen Union sowie in die OECD Staaten.

VB Factoring, eine 100%-Tochter der Volksbank AG, feierte 2010 auch das 30-jährige Firmenjubiläum. Gleichzeitig, quasi als „Geburtstagsgeschenk“, wurde in Österreich die Kreditsteuer abgeschafft. Dadurch wird Factoring noch attraktiver. Es wird so nun besonders auch für große Kunden eine einfach umsetzbare Finanzierungsvariante mit einem gefragten Zusatzeffekt. Denn besonders im Segment Großkundengeschäft ist Factoring als Instrument zur Bilanz-

verkürzung gefragt. International sind schon bisher bekannte, zum Teil auch börsennotierte Marken und Unternehmen, aus diesem Motiv heraus mit Factoring unterwegs, außer eben in Österreich, weil sie in der Vergangenheit die Zusatzkosten der Kreditsteuer nicht unterbringen konnten.

Factoring hat viele Stärken

Unternehmensfinanzierung ist ja meist ein Mix von unterschiedlichen Modulen. Factoring als einer dieser Bausteine stärkt vor allem die Liquidität, gerade heutzutage ein besonders wichtiger Vorteil. Es ist außerdem ein ausgezeichnetes Instrument zur Wachstums- und Außenstandsfinanzierung. Der Rahmen passt sich sozusagen dem Geschäftsverlauf des Kunden an. So können saisonale Umsatzspitzen und Zahlungsziele besser überbrückt werden.

Vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen sind darüber hinaus die Vorteile populär, die Factoring gegenüber „unintelligenten“ Lösungen wie dem Zessionskredit hat. So bietet

VB Factoring speziell für KMU das komplette Forderungsmanagement inklusive Mahnwesen, Inkasso und Kundenbuchhaltung als Ergänzung zur dynamischen Finanzierung an. Auch das Ausfalls- oder Delkredere-Risiko kann, wo es Sinn macht, mittels Factoring abgedeckt werden. Factoring bietet also gerade kleineren Unternehmen einen Komplettservice, wie er sonst in dieser Kombination nirgends zu bekommen ist.

Rahmenbedingen – Ausblick

Alle Banksektoren gehen heute mit dem Geschäftsmodell Factoring deutlich offensiver um als in der Vergangenheit. Wir wollen dabei mit Flexibilität und individuellen Lösungen punkten. Für die nahe Zukunft plant die VB Factoring ein spezielles Factoring-Paket für Importeure und eine neue Variante für Großkunden.

VB Factoring Bank AG:

Eine Spezialbank der Volksbanken Gruppe. Gegründet 1980 in Salzburg von Bankhaus Berger & Comp. (heute Vontobel) und Walter E. Heller Overseas Corporation (USA). 1989 Einstieg der Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) mit 50%. 1996 übernahm die ÖVAG die übrigen Anteile und wurde einziger Aktionär. Die VB Factoring Bank sieht sich schon seit damals als Komplettanbieter rund um die Kundenforderungen. Vor 20 Jahren wurde daher auch ein eigenes Inkassobüro – Eur-incasso – gegründet. Der Geschäftsbereich Factoring wuchs rasch: 1980, im ersten vollen Geschäftsjahr, belief sich der Umsatz auf 16 Millionen Euro. Mit 1,096 Milliarden Euro im Jahr 2010 erreichte man den bisherigen Rekordwert.

Die Bezeichnung Factoring lässt sich weit bis vor das Mittelalter zurückverfolgen: Die Handeshäuser der Fugger und Welser setzten einen „Faktor“ in den Niederlassungen ein. Daraus wurden im 19. Jahrhundert in Nordamerika sogenannte „Factoring-Houses“, welche den Klienten u.a. Forderungseintreibung und Übernahme des Ausfallrisikos anboten. Factoring hat in den letzten Jahrzehnten besonders in Europa rasant zugelegt. Über 500 Factoringgesellschaften bewegen hier ein Volumen von rund 877 Milliarden Euro, das entspricht ca. 68% des gesamten Weltmarktes (Quelle FCI).

Volksbank Investments

Wir schaffen Möglichkeiten



Friedrich Strobl



Manfred Stagl



Saturn Tower
Leonard-Bernstein-Straße 10
1220 Wien

Tel.: +43 (0) 50 4004-3638
Fax: +43 (0) 50 4004-3191
volksbankinvestments@volksbank.com
www.volksbankinvestments.com

Leitung:
Friedrich Strobl, MBA
Manfred Stagl

Volksbank Investments entstand 2008 aus der Integration von Volksbank Strukturierte Investments und Volksbank Invest KAG und verbindet als einziger Anbieter am österreichischen Markt die Möglichkeiten der traditionellen Fondswelt und der Zertifikate-Technologie. Unter dieser gemeinsamen Dachmarke ist es mit innovativen Ansätzen und der Nutzung von Synergien gelungen, ein ganz neues Kapitel in der Verbesserung der Portfolio-Effizienz für unsere Investoren aufzuschlagen.

Für die Volksbanken-Gruppe repräsentiert Volksbank Investments das gemeinsame Dach, unter dem eine integrierte Asset Management Produktpalette mit einem gemeinsamen Hüllen-Management angesiedelt ist. 2010 konnten – nach intensiven Vorarbeiten – auch die letzten Ecksteine des „Hauses“ Volksbank Investments präsentiert bzw. final entwickelt und daraus eine klare Strukturierung in den Bereichen Vorsorge sowie Vermögensmanagement abgeleitet werden.

Wie wichtig diese Organisation für den gesamten Volksbankensektor mittlerweile geworden ist, zeigt die Entwicklung der Assets unter Management von Volksbank Investments. 2010 konnte die 8-Milliarden-Euro-Grenze überschritten werden, mit 8,23 Milliarden Euro Assets unter Management per 31.12.2010 konnte trotz erst im Jahresverlauf auf den Markt gebrachter wesentlicher Produktangebote das Vorjahresergebnis somit um knapp 4% erhöht werden.

Mit der Markteinführung des VB Asset Navigators (in einer sicherheits- und einer wachstumsorientierten Variante) im ersten Halbjahr 2010 ist die neue Philosophie des Hauses durchgängig auf alle Bereiche angewandt. Diese neue Diversifikation „made by Volksbank“ steht für einen Quantensprung in der Verbesserung der Portfolio-Effizienz. Zahlreiche nationale und internationale Awards bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Darüber hinaus wurden 2010 intensive Schritte gesetzt, um die Rentenkompetenz von Volksbank Investments weiter auszubauen.

Weiterhin sehr erfreulich hat sich der Marktanteil von Volksbank Investments im Zertifikatesgeschäft entwickelt, wo die Marktführerschaft insgesamt wie auch bei den Garantiezertifikaten und Bonusprodukten gefestigt werden konnte. Das Zertifikatevolumen von Volksbank Investments für Aktien und Rohstoffe beläuft sich per 31.12.2010 auf 2,45 Mrd. Euro, damit gelang es, trotz eines im Jahresverlauf schwieriger werdenden Marktes, das hohe Niveau der Vorjahre sogar weiter leicht zu steigern.

Volksbank Investments Aktienfonds konnten auch 2010 im nationalen wie auch internationalen Vergleich eine Reihe von Auszeichnungen für sich verbuchen. Wie schon im Jahr 2009 wurde auch 2010 beispielsweise die Asien-Kompetenz des Hauses durch die Verleihung der Lipper Awards für Österreich, Deutschland und Gesamteuropa eindrucksvoll bestätigt.

Die VB Invest KAG als Teil von Volksbank Investments hatte per Ende 2010 insgesamt 70 Fonds in ihrer Angebotspalette. Das Fondsvolumen der KAG lag mit 3,46 Mrd. Euro (inkl. eigener Subfonds) leicht über jenem des Vorjahres.

Die Etablierung des Vermögensmanagements als wichtiger Teil von Volksbank Investments konnte 2010 erfolgreich fortgesetzt und auch die Assets under Management um knapp 8% gesteigert werden. Insbesondere sei hier beispielhaft auch die hervorragende Zusammenarbeit mit der Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG (VVP) erwähnt. Volksbank Investments hat für die VVP einen innovativen Asset Management Ansatz entwickelt. Dessen Umsetzung durch Volksbank Investments hat seit 2007 Jahr für Jahr zu einer im Marktvergleich überdurchschnittlichen Performance geführt.

Gewürdigt wurde dies bereits zum zweiten Mal in Folge durch die Verleihung des internationalen IPE-Awards als „beste Pensionskasse Österreichs“, wobei maßgeblich für die Entsch-

eidung der international besetzten Fachjury der Asset Management Ansatz von Volksbank Investments war.

Im Bereich Institutioneller Investoren werden neben der VVP Pensionskasse insbesondere Banken, Versicherungen, Stiftungen und private Unternehmen betreut.

Der Grundsatz der verlässlichen Einhaltung des Leistungsversprechen kennzeichnet die Volksbank Investments Philosophie und bedeutet, dass Kunden von der Entwicklung der Produkte – egal in welcher Hülle – das erwarten dürfen, was beim Kauf transparent und verständlich versprochen wurde. Ein sehr gutes Beispiel dafür war 2010 die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge. Während viele Zeichner dieses Produktes von der so genannten Ausstopp-Problematik betroffen waren und somit nicht mehr von einer zukünftigen Performance der im Produkt enthaltenen Aktien profitieren, gibt es dieses Problem bei Volksbank Investments Produkten nicht.

Insgesamt ist es dem Volksbankensektor gelungen, in diesem Marktsegment mit dem Austro-Garant den mit EUR rund 229 Mio. österreichweit größten staatlich geförderten Vorsorgefonds aufzubauen. Bei den Vorsorgelösungen (Zukunftsvorsorge, Garantie-Sparen und auch die Pensionskasse bzw. Mitarbeitervorsorgekasse) erwarten wir, dass wir die schon erarbeitete Position weiter ausbauen können. Diese Produkte zählen zu einem am stärksten wachsenden Segment von Volksbank Investments.

Neben der Festigung der hohen Marktanteile im Bereich Strukturierte Investments sehen wir 2011 auf im Retailbereich deutliche Wachstumschancen durch den nunmehr zur Verfügung stehenden und bereits gut am Markt eingeführten VB Asset Navigator. Erste zusätzliche Marktimpulse sollte zudem die im Laufe des Jahres 2011 geplante weitere Fokussierung der traditionellen Rentenkompetenz inklusive der neuen Alpha-Zinsmodule bringen.

Für institutionelle Kunden bietet Volksbank Investments ab 2011 – in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Volksbanken – eine attraktive Angebotspalette mit Serviceleistungen und Produkten aus dem Vermögensmanagement.

Neben dem Kernmarkt Österreich bietet Volksbank Investments seine Produkte auch in zahlreichen CEE Ländern an (Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien sowie Rumänien) und hat dafür zusätzlich auch ein eigenes Sales-Team aufgebaut.

Volksbank Investments – nationale und internationale Auszeichnungen 2010

LIPPER FUND AWARDS

1. Platz: **VB-Pacific-Invest Österreich, Deutschland & Europa**

ÖSTERREICHISCHER FONDSPREIS

1. Platz: **VB-Pacific-Invest**

ÖKO INVEST 2010 – BRANCHENMAGAZIN FÜR NACHHALTIGE INVESTMENTS

3. Platz: **VB-Ethik-Global**

ALTERNATIVE INVESTMENTS AWARD

3. Platz: **VB Global Trend und ALPHA Strategien Futures MH**

ÖSTERREICHISCHER DACHFONDSAWARD

- 1.+3. Platz: **Volksbank-Smile**
2. Platz: **VB Asset Navigator pure, Premium-Evolution 50 und Premium-Evolution 25**
3. Platz: **Premium-Evolution 100, VB Asset Navigator pure und VB Ethik-Global**

ZERTIFIKATE AWARD

2. Platz: Publikumspreis

IPE AWARDS

1. Platz: „Beste Pensionskasse Österreichs“
Die in Europa höchste Auszeichnung für Pensionskassen wurde der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG (VVP) zuerkannt. Die gesamte Vermögensmanagement-Veranlagung erfolgt durch Volksbank Investments, der Asset Management Einheit der Volksbankengruppe.

TeamBank

Zwei Länder, eine Marke

Christiane Decker
Alexander Boldyreff



Die Partnerschaft der TeamBank mit dem fairen Credit und den Volksbanken entwickelt sich immer mehr zur Erfolgsgeschichte.

Mitte 2008 fiel der Startschuss für die Erweiterung des Marktgebietes der Nürnberger TeamBank in Richtung Österreich. Erster Kooperationspartner war die Volksbank Ost in Schwchat. Mittlerweile hat sich der faire Credit als fester Bestandteil im österreichischen Ratenkreditmarkt etabliert. So konnten die Kundenforderungen 2010 im Vergleich zum Vorjahr mit 142 Mio. Euro mehr als verdoppelt werden. Gleichzeitig stiegen die Provisionsleistungen an Partnerbanken in Österreich im Berichtsjahr auf 2,6 Mio. Euro (2009: 1,7 Mio. Euro).

Durch das hohe Engagement der Partnerbankenmanager vor Ort konnte die TeamBank auch 2010 weitere Volksbanken hinzugewinnen, womit sich die Anzahl der Partner auf insgesamt 25 Institute erhöhte. Neben den Partnerbanken besteht seit Ende 2008 auch ein Credit Shop der TeamBank in Wien, sodass der faire Credit mitt-

lerweile in allen Bundesländern angeboten wird. Damit ist der Ratenkreditexperte seinem Ziel, eine flächendeckende Präsenz in ganz Österreich aufzubauen, ein gutes Stück näher gekommen.

Gelebter Teamgeist

Das partnerschaftliche Vertrauen zwischen der TeamBank und den Volksbanken in Österreich wirkt sich auch positiv auf das Engagement ihrer Mitarbeiter aus. So unterstützen Partnerbankbetreuer der TeamBank ihre österreichischen Kollegen bei der Einführung und Einrichtung des fairen Credits. Neben intensiven Schulungen finden auch regelmäßige Treffen zum Erfahrungsaustausch sowie Motivationsveranstaltungen statt.

Wie gut die deutsch-österreichische Zusammenarbeit mittlerweile funktioniert, zeigte sich beim Vienna-City-Marathon, an dem eine gemeinsame Staffel aus Volksbanken und TeamBank teilnahm. Unter dem Namen „TeamBank Österreich“ kämpfte man sich über die Distanz von 42 Kilometern und konnte am Ende unter mehr als

Fischhof 3/6
1010 Wien
Tel.: +43-1-74040-6170
Fax: +43-1-74040-6174
office@teambank.at
www.teambank.at

Vorstand:
Alexander Boldyreff
Dr. Christine Decker
Christian Polenz

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Albrecht Merz



Manuela Barent
mit Fairman

1.000 Teilnehmern einen sensationellen – und vor allem werbewirksamen – dritten Platz erobern. Herausforderungen gemeinsam zu meistern schweißte bekanntlich zusammen, und so war es wenig verwunderlich, dass sich am Abend beim gemeinsamen Festessen der vielbeschworene Teamgeist von ganz alleine einstellte.

Gemeinsame Aktivitäten eignen sich nicht nur zur Stärkung des Teamgedanken. Durch die überaus positiven Rückmeldungen von Kunden und den hohen Werbeeffekt beim Publikum bestärkt, entschied sich die TeamBank Österreich den beliebten Herbstlauf in Wien nicht nur als Hauptsponsor, sondern auch als gemeinsame Teamveranstaltung zu nutzen. Neben 250 Mitarbeitern aus den österreichischen Volksbanken nahmen auch 70 deutsche TeamBanker an dem Wettbewerb teil. Die starke Präsenz sorgte dafür,

dass der faire Credit nachhaltig einem breiten Publikum in Erinnerung blieb.

Der faire Credit als Top-Marke

Welchen Bekanntheitsgrad und welche Attraktivität der faire Credit als Marke mittlerweile in Österreich genießt, macht eine Befragung der GfK unter den Partnerbanken und deren Kunden, die im Sommer 2010 durchgeführt wurde, deutlich. Darin werden von den Befragten Schnelligkeit bei der Kreditentscheidung und Flexibilität in der Rückzahlung positiv hervorgehoben. Trotz seiner gut zweijährigen Präsenz auf dem österreichischen Markt erreicht der faire Credit im Vergleich zu anderen Ratenkreditanbietern den Status einer „Star Brand“. Darunter versteht man Marken, die sich durch ihre Attraktivität und Bekanntheit deutlich positiv von den Mitbewerbern abheben.

Wie gut die TeamBank und die Volksbanken im Bereich des fairen Credits mittlerweile verzahnt sind, zeigt auch die erfolgreiche Werbekampagne der TeamBank „Flexibel kann so einfach sein“ vom Herbst 2010. Um die Kampagne glaubwürdiger und authentischer zu gestalten, wählte man für die Personen, die neben der Werbefigur „Fairman“ auftraten, drei reale Kundenberater aus. In einem aufwendigen und spannenden Casting wurden 160 Bewerber aus den Partnerbanken in Deutschland und 43 aus Österreich auf ihre Modelqualitäten getestet. Für Deutschland siegte schließlich Tanja Gentner, während Manuela Barent von der Volksbank Wien das neue Werbegesicht Österreichs wurde.

Zwei Gesichter, aber eine Marke – schöner als mit den beiden Gewinnerinnen kann man die Partnerschaft zwischen beiden Ländern nicht darstellen.

Allgemeine Bausparkasse reg.Gen.m.b.H. (ABV)

Die Allgemeine Bausparkasse zum Wohlfühlen

Erich Hackl
Thomas Köck
Manfred Ulreich



ABV *Bausparen*

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr

Das weltwirtschaftliche Umfeld war im abgelaufenen Geschäftsjahr von deutlichem Nachfragewachstum in den Schwellenländern und einer Erholung der meisten Industrieländer gekennzeichnet. Nach anfänglicher Stagnation gewann in Österreich die Konjunktur um die Jahresmitte 2010 deutlich an Schwung. Getragen wurde der Aufschwung vorwiegend von den Exporten, wogegen die Inlandsnachfrage verhalten ausfiel.

Erfreulicherweise hat die Wirtschafts- und Finanzkrise nur relativ schwache Spuren auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hinterlassen. Im Verlauf des Jahres 2010 hat die anziehende Konjunktur bereits zu einer kräftigen Ausweitung der Beschäftigung geführt.

Umfassend bewährt sich das in Österreich praktizierte Bausparsystem. Hohe Zustimmungswerte bei Umfragen unter Konsumenten bilden die positive emotionale Basis für die anhand kon-

kreter Zahlen darstellbaren erreichten Erfolge. So ist nach der jüngsten GfK-Umfrage Bausparen wieder die beliebteste Sparform in Österreich. Der unbestreitbare Vorteil eines stabilen Partners für Finanzierungen und Geldanlage hat es ermöglicht, dass die österreichischen Bausparkassen im Jahr 2010 die Ergebnisse des bisherigen Rekordjahres 2009 hinsichtlich der Neugeschäftsabschlüsse nochmals übertreffen konnten.

Mit dem Abschluss von 1.035.768 Bausparverträgen wurde das Vorjahresergebnis um 1,4 % übertroffen. Die Guthaben auf Bausparverträgen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,6 Mrd. auf EUR 18,7 Mrd. erhöht.

Das Volumen zugeteilter Bauspardarlehen liegt mit EUR 11,9 Mrd. um 3,6 % über dem Vorjahreswert, insgesamt gewähren die österreichischen Bausparkassen Darlehen von EUR 17,6 Mrd. an mehr als 383.000 Kunden. Diese Kunden konnten davon überzeugt werden, dass das Bausparsystem einen volkswirtschaftlich stabilisierenden Beitrag, insbesondere in Zeiten

Liechtensteinstraße 111-115
1091 Wien
Tel.: +43 (0) 1 31380-0
Fax: +43 (0) 1 31380-209
service@abv.at
www.abv.at

Vorstand:
GD KR Erich Hackl
Dir. Mag. Thomas Köck
Dir. Mag. Manfred Ulreich

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dir. Ernst Pfennich

steigender Zinsentwicklung und unsicherer Rahmenbedingungen, leistet.

Eine Serie von ABV-Erfolgsmeldungen

Nachdem unter vergleichsweise ungünstigeren Bedingungen bereits im Vorjahr ausgezeichnete Ergebnisse erreicht werden konnten, hat die ABV die verbesserten Umfeldbedingungen genutzt und in nahezu allen Vergleichsparametern eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erreicht.

Die ABV verwaltet per 31.12.2010 einen Bausparvertragsbestand im Ansparstadium von 562.740 Verträgen gegenüber 557.064 zum Vorjahresresultimo. Die damit verbundenen Bauspareinlagen sind von EUR 1.814 Mio. im Vorjahr auf EUR 1.847 Mio. angestiegen. Die Gesamtheit der mit mindestens 6-jähriger Laufzeit errichteten Bausparverträge ist, unter Berücksichtigung der tarifmäßigen Ober- und Untergrenzen, variabel verzinst.

Die Ausleihungen der ABV sind im Jahr 2010 um 9,4 % angestiegen und entwickelten sich damit stärker als der insgesamt von den Bausparkassen ausgewiesene Zuwachs. Von insgesamt EUR 1.328 Mio. aushaftender Salden zum 31.12.2010 entfallen EUR 911 Mio. auf Bauspardarlehen, die gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 3,9 % zu verzeichnen hatten, die Zwischendarlehen haften nach einem Wachstum von 24,4 % mit EUR 381 Mio. aus.

Die ABV erreichte im Neuabschluss 118.669 Bausparverträge, was einem Zuwachs gegenüber 2009 um 4.682 Verträge bzw. 4,1 % entspricht und einen Anstieg des Marktanteils von 11,2 % auf 11,5 % ergab. Das ist die höchste je erzielte Anzahl von Vertragsabschlüssen in einem Geschäftsjahr. Die Volksbanken trugen 61,0 % zu diesem Erfolg bei, 39,0 % wurden von außersektoralen Vertriebspartnern aufgebracht. Von den neu abgeschlossenen Vertragssummen mit EUR 2.239 Mio. entfallen rd. 12 % auf Verträge, die unmittelbar für Finanzierungszwecke errichtet wurden.

Die Finanzierungsleistung erreichte EUR 287 Mio., was einem Anstieg von 34,6 % und einem Marktanteil von 9,2 % gegenüber 6,6 % im Vorjahr entspricht. Damit konnte eine den sonstigen Kennzahlen vergleichbare Größenordnung erreicht werden. Für die ABV tätige Makler und freiberufliche Mitarbeiter erbrachten den wesentlichen Anteil der neuen Finanzierungen. Volksbanken, Versicherungen und Partnerbanken leisteten volumsmäßig einen geringeren Beitrag.

Rechtzeitig gesetzte Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit haben im Jahr 2010 neuerlich zu einem deutlich verbesserten Ergebnis geführt.

Der Nettozinsertrag hat sich um EUR 7,0 Mio. auf EUR 37,5 Mio. erhöht, die Betriebserträge sind mit EUR 45,6 Mio. um EUR 7,3 Mio. höher als im Vorjahr. Dagegen konnte der Anstieg der Betriebsaufwendungen auf EUR 33,3 Mio. mit nur EUR 1,8 Mio. begrenzt werden, sodass ein deutlich verbessertes Betriebsergebnis von EUR 12,4 Mio. gegenüber EUR 6,8 Mio. im Vorjahr erzielt werden konnte.

Nach deutlich geringeren Risikovorsorgen als im Vorjahr, nach Abzug zu leistender Steuern vom Einkommen und Ertrag und unter Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung einer 4 %igen Dividende auf die Geschäftsanteile erfolgt eine kräftige Stärkung des Kernkapitals durch Zuweisung von EUR 6,0 Mio. zu den Rücklagen.

Der neu gebildete Konzern

Auch die per 31.12.2009 entstandene Kreditinstitutsgruppe, bestehend aus ABV und IMMO-BANK AG, entwickelt sich glänzend: Die Konzernbilanzsumme der beiden Wohnraumfinanzierungsexperten liegt mit EUR 3.296 Mio. um 1,8 % über dem Vorjahreswert, das konsolidierte Betriebsergebnis erreicht EUR 26,6 Mio., das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit EUR 21,3 Mio..

Ausblick auf 2011

Im Umfeld einer bestehen bleibenden latenten Unsicherheit sowie eines möglichen Zinsanstieges sind grundsätzlich gute Voraussetzungen für das als stabil und solide eingeschätzte Bauspargeschäft gegeben.

Die von der österreichischen Bundesregierung angekündigte Aktion, in den nächsten vier Jahren jeweils EUR 100 Mio. für Maßnahmen der thermischen Sanierung von Gebäuden bereitzustellen, sollte, wie bereits im Jahr 2009, Anstoß für entsprechende Investitionen mit positiven Auswirkungen auf Bauwirtschaft und damit verbundene Nebengewerbe bilden. Die Abwicklung dieser Förderaktion, die gleichermaßen konjunkturbelebend als auch unterstützend bei der Verfolgung der Klimaschutzziele ist, wird wieder unter wesentlicher Beteiligung der Bausparkassen erfolgen.

Zielsetzung der ABV ist es, auch in diesem Umfeld marktgerechte Konditionen im Veranlagungs- und Finanzierungsbereich und gleichzeitig für Partner und Kunden hohe Dienstleistungsqualität sowie kompetente Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um den erfolgreichen Weg nachhaltig fortzusetzen.

IMMO-BANK Aktiengesellschaft

Von Haus aus besser



Günther Pillwein



Peter Klungenbrunner



Stadiongasse 10
1016 Wien
Tel.: +43-1-404 34-0
Fax: +43-1-404 31-367
info@immobank.at
www.immobank.at

Vorstand:
Dir. Günther Pillwein
Dir. Mag. Peter Klungenbrunner

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
GD KR Erich Hackl

Auch 2010 konnte die IMMO-BANK AG durch Spezialisierung auf den Wohnimmobilienbereich und Nutzung ihrer Vorteile als Wohnbaubank in den relevanten Geschäftsfeldern zulegen und ihre Marktstellung weiter festigen.

Im Berichtsjahr konnte das Betriebsergebnis von hohem Niveau ausgehend um überaus erfreuliche 5% auf EUR 14,9 Mio. gesteigert werden. Die Bilanzsumme wuchs auf EUR 1,485 Mrd., im Vergleich zu 2009 bedeutet dies ein Zuwachs von 6%.

Die Kreditpolitik 2010 stand ganz im Zeichen qualitativen Wachstums. Die Forderungen an Kunden (Eigenanteil) wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 8,9% auf EUR 1,055 Mrd. an.

Seit Jahrzehnten ist Effizienz-Steigerung in sämtlichen Sachbearbeitungs- und Abwicklungsbereichen sowie das Bekenntnis zu flachen Strukturen für die IMMO-BANK AG tägliche Praxis. Im Berichtsjahr lag die Cost-Income Ratio bei 35%.

Seit 1993 ist die IMMO-BANK AG als Wohnbaubank berechtigt, steuerbegünstigte Wohnbauanleihen in Form von Wandelschuldverschreibungen zur Zeichnung aufzulegen. Aufgrund der KEST-Befreiung bis zum Nominalzinssatz von 4 % erfreut sich das Anlageprodukt reger Marktnachfrage. 2010 konnten so Anleihen im Wert von EUR 49,2 Mio. an Privatkunden verkauft werden. Der Vertrieb erfolgte, wie bereits in den vorangegangenen Jahren, hauptsächlich über die regionalen Volksbanken.

Die Emission dieser Wandelschuldverschreibungen stellt die Basis für die attraktive Palette der IMMO-BANK-Ausleihungsprodukte dar!

Die Basis für die 2010 ausgebauten Marktposition der IMMO-BANK AG liegt an folgenden Faktoren:

2010 blieb der Wohnimmobilienmarkt in Österreichs Ballungszentren sowie in den deutschen Städten Berlin und Dresden vor Ein-

brüchen verschont. Ungebrochen zeigte sich die Nachfrage hinsichtlich Wohnraum, wobei besonders Mietwohnungen und Anlageobjekte auf Interesse stießen. Bedingt durch die wirtschaftlich instabile Situation in den Jahren zuvor entdeckten weiterhin kapitalstarke private Investoren den Wohnimmobilienmarkt für sich.

Als Spezialbank punktet die IMMO-BANK AG auch mit geballtem Fachwissen. Spezialkenntnisse in banktechnischer oder förderspezifischer Richtung sind für die Mitarbeiter des Hauses ebenso selbstverständlich, wie Kenntnisse des Mietrechts-/Wohnungseigentums-Gesetzes oder Routine in Projekt- und bautechnischen Fragen. Dieser hohe Grad an gebündeltem Fachwissen im weiträumigen Feld der Wohnimmobilienfinanzierung ist das Resultat permanenter Aus-/Weiterbildung, wird aber auch durch den Betrieb von Tochtergesellschaften gefördert.

Eingebettet in das erfolgreiche System der heimischen Wohnbauförderung erfüllt die IMMO-BANK AG als Wohnbaubank eine wichtige Aufgabe. Durch die Vergabe von Baurechten an Wohnbaugenossenschaften zur langfristigen Finanzierung von Grundstücken unterstützt das Fachinstitut die Errichtung und Vergabe moderner, aber erschwinglicher Wohnungen an Private. Eine Win-Win-Situation, von der zahlreiche Gesellschaftsbereiche profitieren: der Wohnungssuchende, der Anleihe-Kunde, die Bauwirtschaft und nicht zuletzt auch die IMMO-BANK AG.

Bedingt durch ein schlüssiges Geschäftsmodell und permanente Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ist die IMMO-BANK AG auch weiterhin zuversichtlich, die Marktposition ausbauen zu können.

Ein strategischer Schwerpunkt wird in der Aufwertung des Retailgeschäftes liegen: Mit der Eröffnung der neu gestalteten Geschäftsstelle in der Stadiongasse im Mai 2011 stehen topmoderne Beratungsflächen für Privatkunden bereit.

Als Pionier im Bereich soziales Wohnen soll ein weiteres Geschäftsfeld intensiviert werden: die Finanzierung von zeitgemäßen Wohneinheiten für Senioren sowie der Bereich betreutes Wohnen.

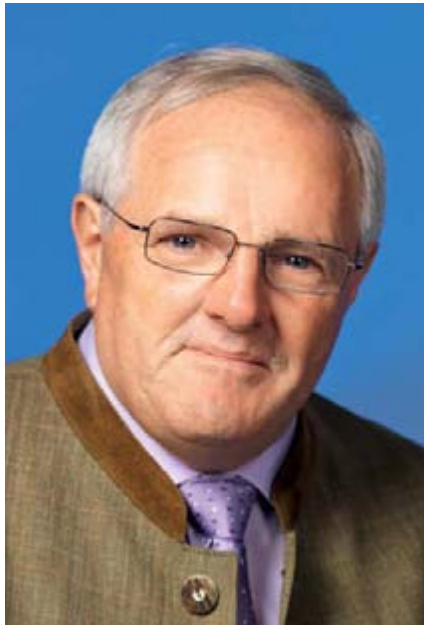
Auch 2011 wird die Kombination aus hohem Spezialisierungsgrad, fundiertem Fachwissen sowie ausgeprägter Service- und Beratungsbereitschaft der IMMO-BANK AG zu einer positiven Marktpositionierung verhelfen.

IMMO-CONTRACT Hausverwaltung GmbH

Der Erfolg gibt uns Recht – Sie mit Sicherheit auch!



Günther Pillwein



Karl Fichtinger



Landesgerichtsstraße 6
1010 Wien
Tel.: +43 (0) 50 450-520
Fax: +43 (0) 50 450-529
Hausverwaltung@IMMO-CONTRACT.com
www.IMMO-CONTRACT.com

Geschäftsführer:
Dir. Günther Pillwein
Karl Fichtinger

Die IMMO-CONTRACT Hausverwaltung ist ein zuverlässiger und gewissenhafter Verwalter von Immobilien aller Art im Raum Wien, Niederösterreich und Linz. Derzeit werden deutlich über 120 Zinshäuser und eine größere Anzahl von Vorsorgewohnungen verwaltet und es werden täglich mehr.

2010 wurde auch in der Hausverwaltung auf Qualitätsverbesserung gesetzt, um den erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können und die Serviceleistungen für unsere Kunden noch weiter verbessern zu können. Der Leiter der Hausverwaltung, Mag. (FH) Johannes König genießt nicht nur in Branchenkreisen hohes Ansehen, als Vortragender bei diversen Schulungen gibt er sein Wissen und seine Erfahrung sehr erfolgreich weiter. So wurde er 2010 für den Cäsar nominiert. Durch diesen Preis werden persönliche Leistungen in der Immobilienwirtschaft gewürdigt und so die Qualität in der Branche gefördert.

Die Zufriedenheit unserer Haus- und Wohnungseigentümer liegt uns in jedem einzelnen Fall besonders am Herzen. Sie zeigt uns, dass unser Weg richtig ist und der rasche Zuwachs weiterer Kunden mit Ihren Objekten ist der beste Beweis dafür.

Als Renner hat sich die Verwaltung einzelner Vorsorgewohnungen entwickelt. Ein Rundumservice, von der Abrechnung der Betriebskosten, Mietersuche, Übergabe, Übernahme, den Vorschreibungen, Abrechnungen, Steuerbeiblättern usw. – der Kunde hat praktisch nicht mehr Aufwand als mit einem Sparbuch.

Als Österreichs größter Immobilitreuhänder der VOLKSBANK GRUPPE betreuen wir als etablierte Hausverwaltung im Wesentlichen:

- Wohnungseigentumsanlagen
- Zinshäuser
- Betriebsliegenschaften

Zu unseren Kunden zählen:

- Wohnungs- und Hauseigentümer
- institutionelle Anleger
- Unternehmen
- Banken

Das breite Fachwissen der Mitarbeiter garantiert eine kompetente Beratung und Betreuung der Liegenschaften in allen wirtschaftlichen und rechtlichen Belangen. Die professionellen Kooperation und gute Zusammenarbeit mit Spezialisten aus dem Baufach, Steuerberatern und Rechtsanwälten runden das Angebot ab.

Unsere Vorzüge sind:

- quartalsweise Abrechnung
- getrennt geführte Konten (natürlich auch bei Ihrer Volksbank)
- Organisation und Durchführung der jährlichen Hausversammlung
- Mediation zwischen den Interessen der Eigentümer und den Anliegen der Bewohner
- Koordination und Überwachung bei Umbau- und Verbesserungsarbeiten.

Die exakte Abrechnung gewährleistet den Eigentümern eine kontinuierliche Ertragsoptimierung und Wertsteigerung.

Wir werden auch weiterhin bemüht sein, alles zu tun, um dem Slogan „VERTRAUEN VERBINDET.“ immer gerecht zu werden.

IMMO-CONTRACT wächst dank des Vertrauens, das uns die Kunden entgegenbringen.

**IMMO-CONTRACT – VERTRAUEN
VERBINDET – Der Erfolg gibt uns Recht!**

Immobilienvermittlung Immobilienbewertung

Die IMMO-CONTRACT Maklergesellschaft ist vor allem als Immobilienmakler und Liegenschaftsbewerter tätig und gehört zu den größten Immobilientreuhändern in Österreich. IMMO-CONTRACT ist nicht nur in Branchenkreisen ein Begriff, sondern schlichtweg DER IMMOBILIEN-TREUHÄNDER DER VOLKSBANK GRUPPE. Nach dem wirtschaftlich allgemein doch etwas schwierigen Jahr 2009 konnte IMMO-CONTRACT im Jahr 2010 den erfolgreichen Weg fortsetzen und mit einer Umsatzsteigerung von beinahe 20 Prozent ein beeindruckendes Ergebnis liefern. Doch nicht nur die Quantität könnte gesteigert werden, sondern in besonderer Weise auch die Qualität.

dennähe zu zeigen, denn durch die sinnvolle und effektive Verbindung von Immobilie und Bank ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte für mehrere Geschäftsbereiche. Die Zusammenarbeit mit den Volksbanken wurde immer noch weiter intensiviert. Der altbewährte Slogan VERTRAUEN VERBINDET wird dabei in die Tat umgesetzt, zum Vorteil für die Volksbanken und auch IMMO-CONTRACT.

So konnte IMMO-CONTRACT die hohen Standards erfüllen, um als innovatives Unternehmen für ihre hervorragenden Leistungen in den erlauchten Kreis der LEITBETRIEBE AUSTRIA aufgenommen zu werden. Die hohe Auszeichnung wurde aber von IMMO-CONTRACT auch als Verpflichtung angesehen, als Vordenker und Innovator der Immobilienbranche die Wirtschaft nachhaltig zu stärken.

Derzeit sind weit über 20.000 Interessenten mit nahezu 50.000 Suchwünschen in unserer EDV vorgemerkt und werden auch laufend bearbeitet. Unsere Kunden können aus einem Angebot von rund 3.500 aktuellen Immobilien auswählen. Doch die IMMO-CONTRACT mit ihren Betriebsstätten in Wien, Linz, St. Pölten, Baden, Eisenstadt Heidenreichstein, Krems, Mistelbach, Schärding, Stockerau, Wieselburg und Wr. Neustadt wächst unaufhörlich weiter. 2010 wurde in Horn ein weiterer Standort feierlich eröffnet. Für 2011 sind weitere Betriebsstätten in Amstetten und Strasshof bereits in Vorbereitung, weitere sind noch im Planungsstadium.

Weiters wurde anlässlich der IMMY Gala 2011 IMMO-CONTRACT der IMMY in Silber, der Qualitätspreis der Wirtschaftskammer für Immobilienmakler, als Auszeichnung für die hervorragende Tätigkeit 2010 überreicht.

Darüber hinaus ist IMMO-CONTRACT mit seinem Expertenteam auch weiterhin als äußerst erfolgreicher Spezialist für Immobilienbewertungen tätig. Langjährige Erfahrung und Kenntnis der Marktsituation haben uns zum verlässlichen Partner von Banken, Investoren, Notaren und Rechtsanwälten sowie Privatkunden gemacht. So hat sich auch hier eine äußerst intensive Kooperation von IMMO-CONTRACT mit den Volksbanken und ihren Spezial- und Partnerbanken entwickelt, die alle unseren Grundsatz „Jedes Gutachten eine Expertise!“ zu schätzen wissen.

IMMO-CONTRACT steht für höchste Kompetenz, Verlässlichkeit und Seriosität im Immobilienbereich. Durch unser Mutterunternehmen, die IMMO-BANK und unsere Kooperation mit den Volksbanken besitzen wir darüber hinaus den Vorteil, optimierte Finanzierungen mit anzubieten und vermitteln zu können. Unseren Partnerbanken bieten wir die Möglichkeit ihre Kun-

VB Leasing Finanzierungs GmbH

Wir streben danach, unsere Partner täglich aufs Neue zu begeistern



Manfred Wolf
Peter Stanzer



Wasagasse 2
1090 Wien
Tel.: +43 (0) 50 4004-7766
Fax: +43 (0) 50 4004-7265
office@vbleasing.at
www.vbleasing.at

Geschäftsführer:
Mag. Peter Stanzer
Mag. Manfred Wolf

Unter der Marke VB Leasing stellen wir unseren Partnern und Kunden 30 Jahre Erfahrung im Bereich Mobilen- und Fahrzeugfinanzierung zur Verfügung. Eine zentrale Funktion sind dabei Dienstleistungen für die österreichischen Volksbanken im Bereich vermittelter Leasingverträge sowie Abwicklungsleistungen.

Erfolge und besondere Ereignisse

Im Jahr 2010 wurde im Rahmen der Mobilen-Leasing Gruppe ein Neugeschäftsvolumen von rd. € 300 Mio. akquiriert. Trotz des schwierigen Marktumfeldes konnte im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit den Volksbanken ausgebaut werden. Das gemeinsam akquirierte Volumen betrug rund € 62 Mio. (im Vgl. zu € 60 Mio. in 2009). Die intensivierete Betreuung und der Ausbau des Qualitäts- und Geschwindigkeitspotenzials der zur Verfügung gestellten, auf Internet basierenden Software ermöglicht der Volksbank rasches und effizientes Handeln. Neben der Betreuung der Volksbanken bestehen Vertriebschwerpunkte über Partner in den Bereichen Fahrzeughandel, Finanzdienstleister und Büroautomation. Über die breite Palette der Ver-

triebspartner und die Konzentration auf die Kundensegmente der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Privatkunden ist es gelungen, auch im Jahre 2010 eine deutliche Steigerung bei den abgeschlossenen Verträgen zu erzielen. Diese Strategie führte gemeinsam mit der guten Objektdeckung dazu, dass das Jahr 2010 für die VBLF das wirtschaftlich mit Abstand erfolgreichste Jahr ihrer Geschichte war. Neben der erfreulichen Ertragsituation konnten aber auch deutliche Marktanteilsgewinne erzielt werden.

Unsere Vorhaben 2011

Auch 2011 steht der Vertrieb über unsere Bankenpartner verstärkt im Vordergrund. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist Leasing ein äußerst wichtiges Instrument zur Unternehmensfinanzierung auf besicherter Basis. Für 2011 ist sowohl im Hinblick auf Stückzahl als auch auf Neugeschäftsvolumen mit weiterem Wachstum zu rechnen.

VICTORIA-VOLKSBANKEN

Versicherungsaktiengesellschaft

Versichern heißt verstehen.



Ingo Lorenzoni



Erwin Pichler



Christoph Thiel



Josef Kreiterling



Victoria-Volksbanken Versicherung Stetiges Wachstum und Forcierung des Sachgeschäftes

Seit 1. Juni 2010 hat die Victoria-Volksbanken Versicherung gemeinsam mit den anderen Gesellschaften der ERGO Austria ein neues Zuhause. Der Standortwechsel symbolisiert gemeinsame Stärke, neue Größe und unterstreicht den zentralen Stellenwert der ERGO Austria und ihrer Gesellschaften als Know-how-Träger für den Ausbau des Bankenvertriebes in CEE und SEE. Zur weiteren Forcierung des internationalen Bankenvertriebes wurde im Juli 2010 das „Internationale Competence Center für Bancassurance“ am neuen Standort etabliert.

Für den neuen Markenauftritt der Victoria-Volksbanken konnte 2010 „Superadler“ Wolfgang Loitzl als Testimonial gewonnen werden. Er verkörpert authentisch die Unternehmenswerte Glaubwürdigkeit, Bodenständigkeit im besten Sinne und den Willen zum Erfolg. Die Produkte SICHER AKTIV Unfallschutz, SICHER WOHNEN Haushalt-/Eigenheimversicherung, ROCKET Ein-

malerlagsversicherung und der KFZ Schutz erstrahlen bereits im neuen Look & Feel.

Ergebnisse 2010

Parallel zur schrittweisen Konsolidierung der globalen wirtschaftlichen Lage, konnte die Victoria-Volksbanken Versicherung 2010 wesentliche Schritte zur Realisierung ihrer ambitionierten strategischen Zielsetzungen machen. Das Unternehmen nutzte den ökonomischen Aufwärtstrend und erzielte Prämieinnahmen, die weiterhin auf dem hohen Niveau von 2009 und erneut deutlich über dem Branchenschnitt liegen.

Eine der zentralen Zielsetzungen der Victoria-Volksbanken Versicherung lautet, ihre Produktpalette optimal an den Kundenbedürfnissen auszurichten, um Marktpotenziale verstärkt auszuschöpfen. Nach SICHER WOHNEN 2009 wurde zum Jahresauftakt 2010 die neue SICHER AKTIV Unfallversicherung lanciert. Ihre Highlights wurden dem Kooperationspartner Volksbank im Rahmen österreichweiter Roadshows vorgestellt. SICHER AKTIV überzeugt unter anderem mit den

ERGO Center
Businesspark Marximum/Objekt 3
Modocenterstraße 17
1110 Wien
Tel.: +43-1-31341-0
Fax: +43-1-31341-6010
office@victoria.at
www.victoria.at

Vorstand:
Mag. Ingo Lorenzoni
Erwin Pichler
Dipl.-Math. Christoph Thiel
Dkfm. Josef Kreiterling

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
Thomas Schöllkopf

umfangreichsten Rehabilitationsleistungen am österreichischen Markt.

Mit ihrer bestens aufgestellten Produktlinie im Sachversicherungsbereich verfolgt die Victoria-Volksbanken Versicherung konsequent ihre Strategie der Forcierung dieses Geschäftsfeldes. Dies schlägt sich in den Erfolgskennzahlen 2010 eindeutig nieder.

Das eingereichte Neugeschäft in der Sparte Unfall konnte mit dem Produktlaunch von SICHER AKTIV um 69,7 % im Vorjahresvergleich massiv gesteigert werden. Auch die SICHER WOHNEN Haushalt-/Eigenheimversicherung ist weiterhin auf Erfolgskurs. Das belegt der Anstieg des eingereichten Neugeschäftes um 42,5 % im Vorjahresvergleich.

Deutlich positiv ist auch der Geschäftsverlauf in der Sparte Leben. So weist die laufende Lebensversicherung eine zweistellige Zuwachsrate des eingereichten Neugeschäftes in Höhe von 13,5 % auf. Wesentlicher Erfolgstreiber in diesem Zusammenhang ist die fondsgebundene Lebensversicherung GARANTIE-SPAREN, die 2010 um beeindruckende 31,7 % gesteigert werden konnte.

Vorhaben 2011

Zu Jahresende 2010 wurde von der Victoria-Volksbanken Versicherung das Projekt Pluspunkt abgeschlossen. Dessen klare Zielsetzungen sind, das bestehende Bankenbetreuungsmodell zu durchleuchten und Optimierungsmöglichkeiten zu bestimmen, um starke Impulse für den erfolgreichen Ausbau des Bankenvertriebs zu setzen. Die Ergebnisse von Pluspunkt wurden Ende 2010 allen Victoria-Volksbanken Mitarbeitern in der Steiermark, Kärnten und im südlichen Burgenland vorgestellt. Das Modell erzeugte großes Interesse und stieß auf sehr hohe Akzeptanz.

2011 werden bereits gemeinsam mit ausgewählten Volksbanken in der Region erste Umsetzungsmaßnahmen gesetzt. Entsprechend der strategischen Ausrichtung der Victoria-Volksbanken Versicherung soll insbesondere das Sachgeschäft im Bankenvertrieb ausgebaut werden. Damit erschließt sich beiden Kooperationspartnern ein zusätzliches Geschäftsfeld, von dem bisher nicht wirklich profitiert werden konnte.

VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG



Marita Hofer



Claudio Gligo



Axel Hartleib



Die Marktentwicklung

Die Anzahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten (AWB/LB) betrug per 31.12.2010 in den Pensionskassen rund 780.000 Personen und lag damit in etwa auf Vorjahresniveau.

Veranlagung

Die Veranlagungsergebnisse der überbetrieblichen Pensionskassen lagen im Jahr 2010 im Schnitt bei 6,6 %. Die Victoria-Volksbanken Pensionskasse konnte sich mit einem durchschnittlichen Ergebnis von 8,8 % über ein besonders gutes Veranlagungsjahr freuen. Je nach Aktienanteil der einzelnen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRG) lagen die Erträge aus der Kapitalveranlagung zwischen 6,0 % (Aktienanteil <16 %) und 10,4 % (Aktienanteil >40 %). Das insgesamt von Pensionskassen verwaltete Vermögen erhöhte sich um rund 7 % von 13,8 Mrd. € auf 14,8 Mrd. €.

Ausgezeichnet als beste Pensionskasse Österreichs

Im Dezember 2010 wurde die Victoria-Volksbanken Pensionskasse das zweite Jahr in Folge mit dem IPE Award als „beste Pensionskasse Österreichs“ ausgezeichnet. Der IPE Award wird auf Basis der Beurteilung einer unabhängigen, aus internationalen Beratern für betriebliche Vorsorge bestehenden Fachjury vergeben. Die Experten begründeten ihre Entscheidung mit dem innovativen Asset Management-Ansatz, der basierend auf einem ausgeprägten Risikomanagement-Fokus aktive Allokationsanpassungen vor dem Hintergrund sich verändernder Marktumstände vorsieht und seit 2007 zu einer im Marktvergleich überdurchschnittlichen Performance geführt hat.

ERGO Center
Businesspark Marximum/Objekt 3
Modocenterstraße 17
1110 Wien
Tel.: +43-1-31341-91041
Fax: +43-1-31341-96970
bav@victoria.at
www.bav.victoria.at

Vorstand:
Dipl.-Math. Axel Hartleib
Mag. Claudio Gligo
Mag. Marita Hofer

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
Dir. Manfred Stagl

VICTORIA-VOLKSBANKEN

Vorsorgekasse AG

Die Marktentwicklung

2010 setzte sich die Erholung an den Märkten fort. Die Betrieblichen Vorsorgekassen haben 2010 das verwaltete Vermögen um mehr als 25 Prozent auf über 3,5 Milliarden Euro gesteigert und für ihre Kunden ein Ergebnis von durchschnittlich 2,66 % erwirtschaftet. Die VICTORIA-VOLKSBANKEN Vorsorgekasse konnte sich mit einer Performance von 2,8 % über dem Markt platzieren.

Bereits 75 Prozent der erwerbstätigen Österreicher haben Anwartschaftszeiten aus dem System Abfertigung Neu erworben.

entschieden. Das Beitragsvolumen von knapp 100 Mio. € zeigt die große Bedeutung der Selbstständigen für die Vorsorgekassen.

Unser Geschäftsverlauf 2010

Die verwalteten Verträge stiegen im Geschäftsjahr 2010 um rund 12 % auf knapp 42.900.

Die Gesellschaft verwaltete zum Jahresende 2010 über 29.000 Selbstständige und rund 240.000 Arbeitnehmerkonten, wobei sich der branchenweit zunehmende Anteil von beitragsfreien Anwartschaften ebenfalls zeigt.

Das insgesamt verwaltete Vermögen belief sich per 31.12.2010 auf rund 115,5 Mio. €.

Ausblick

Zusätzliche Impulse erwarten wir durch die Übertragung alter Abfertigungsanwartschaften in die Vorsorgekasse, die noch bis Ende 2012 steuerlich begünstigt ist. Für unsere Kunden ist damit unter anderem eine Verbesserung von deren Eigenkapitalquote verbunden.



ERGO Center
Businesspark Marximum/Objekt 3
Modecenterstraße 17
1110 Wien
Tel.: +43-1-31341-91041
Fax: +43-1-31341-96970
bav@victoria.at
www.bav.victoria.at

Vorstand:
Dipl.-Math. Axel Hartleib
Mag. Claudio Gligo
Mag. Marita Hofer

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
Dir. Manfred Stagl

Zum 31.12.2010 erhielten österreichweit 2,2 Mio. Arbeitnehmer laufende Abfertigungsbeiträge, weitere 3,0 Mio. Arbeitnehmer hatten zum selben Stichtag beitragsfreie Anwartschaften aus früheren Arbeitsverhältnissen erworben.

Das veranlagte Vermögen aller Vorsorgekassen betrug zum Jahresende 2010 rund 3,6 Mrd. €. Im Jahr 2010 sind rund 850 Mio. € laufende Beiträge an die Vorsorgekassen geflossen.

Bezogen auf die Selbstständigenvorsorge zeigt sich nach den ersten drei Jahren seit der Einführung folgendes Bild:

Per 31.12.2010 waren insgesamt rund 412.000 Selbstständige von der verpflichtenden Teilnahme betroffen und weitere ca. 10.000 Personen hatten sich freiwillig für diese Vorsorgeform

VOLKSBANKEN VERSICHERUNGSDIENST GMBH

Der Sektormakler

stehend:
Robert Hirner
Manfred Kiss

sitzend:
Klaus Steiner
Ernst Zehetner



Erfolge und besondere Ereignisse 2010

Das EGT belief sich auf € 417.000,- und der TREUEBONUS (eine freiwillige, über die Subprovisionszahlungen hinausgehende Leistung an die Volksbanken) erreichte eine Höhe von € 631.000,-.

Die Zusammenarbeit mit dem wesentlichsten Versicherungspartnern, allen voran der Sektorversicherer, Victoria-Volksbanken Versicherung, konnte weiter intensiviert werden und der Bestand bei diesem Unternehmen um € 317.000,- auf € 2,148.000,- gesteigert werden.

Vorhaben 2011

Im Mittelpunkt steht die Forcierung des Sachversicherungsgeschäftes im Firmenkundenbereich sowie das anhaltende Bemühen die Subprovisionszahlungen an die Volksbanken zu optimieren.

Zudem ist die Überarbeitung unserer Homepage geplant sowie die Zurverfügungstellung unserer Versicherungsbestandsdaten für die Volksbanken.

Lindengasse 5
1071 Wien
Tel.: +43-1-523 30 35-0
Fax: +43-1-523 30 35-25
vbvd@vbvd.at

Geschäftsführer:
Mag. Klaus Steiner
Prok. Ing. Ernst Zehetner
Mag. Robert Hirner
Manfred Kiss

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
VDir. Mag. Bernd Spohn

Volksbank Akademie

Wir fördern Menschen



Markus Bunk



Erich Fuker



Johann Garstenauer



Schottenring 3/2
1010 Wien

Tel. 05040045 - 0
Fax: 05040045- DW 33
office@akademie.volksbank.at

Geschäftsführer:
Dr. Markus Bunk

Vorstand:
Dr. Markus Bunk
Dir. Erich Fuker
Mag. Johann Garstenauer

Vorsitzender
des Beirates:
Dir. Mag. Hansjörg Mattersberger

Statement

- Wir sind ein professioneller Lösungsanbieter für Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Fachqualifikation, Persönlichkeit, Verkaufskompetenz und Führung.
- Den Bildungsmarkt gestaltend suchen wir neue Geschäftsfelder und verfolgen die sich daraus ergebenden Chancen.
- Als Wissensmanager identifizieren, entwickeln und verbreiten wir relevantes Wissen. Dabei setzen wir Bildungsstandards auf hohem Niveau, zeigen Bildungsbedarf auf und bieten unseren Kunden abgestimmte Lösungen.
- Durch wertorientierte Bildung entwickeln wir ein tragendes genossenschaftliches Fundament auf gemeinsamen Werten.
- Ziel ist die Entwicklung selbstverantwortlicher und gemeinschaftsfähiger Persönlichkeiten.
- Für die Führungskräfte vermitteln wir die Kompetenz zur Leitung selbstständiger Sektoreinheiten.

2010 ...

... war auch für die Volksbank Akademie ein Jahr mit schwierigem Umfeld. Nicht immer ging unser Wunsch nach ausreichend vielen Teilnehmern auf den angebotenen Veranstaltungen in Erfüllung. Wir haben diese Zeit jedoch genutzt, um für die Zukunft zu arbeiten. Wir haben neue Bildungswege und -methoden entwickelt und kräftig investiert. Die wichtigste Einzelinvestition in den letzten Jahren ist das Learning Management System, das wir EDI (Education Interactive) getauft haben. 2010 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen für den geplanten Roll-out 2011. In breit angelegten Workshops und Testphasen wurde das System an die Anforderungen der Volksbank Akademie und des gesamten Sektors im Bereich E-Learning angepasst.

Ausgewählte Highlights des Jahres 2010: Bankkaufmann/Bankkauffrau

Als ideale Ergänzung zur dualen Ausbildung in Volksbank und Berufsschule besteht für Lehrlinge zB im Rahmen der „Lehrabschlussprüfung – Intensivtage“ die Möglichkeit, sich

punktgenau auf die Lehrabschlussprüfung zum Bankkaufmann/zur Bankkauffrau vorzubereiten.

Einsteiger/Basisberater

- „Wir arbeiten zusammen!“ – Das ist eine der Kernaussagen von „Willkommen@Volksbank“, im Zuge dessen neue Mitarbeiter die „Volksbank Familie“ aus zahlreichen Perspektiven kennen lernen. Dabei werden wichtige Informationen zu Struktur und Leistungsangebot des Volksbanken-Verbands von vielen ranghohen Dozenten und professionellen Trainern zielgruppenorientiert aufbereitet.

- Den fachlichen Höhepunkt innerhalb der Bildungswege „Einsteiger“ und „Basisberater“ stellt ohne Zweifel „basical“ dar. Seit Jahren bewährt sich dieses Blended-Learning-Paket als Mischung aus interaktivem Selbststudium und zwei Präsenzphasen („basical – Sum up-Tage“ & „basical – Intensivworkshop“) bestens.

Kundenberater / Privatkundenbetreuer

Die Re-Zertifizierung im Anlagebereich erfreut sich seit Einführung im Jahr 2009 einer großen Beliebtheit. Waren es im ersten Jahr rund 140 Mitarbeiter, so hielten sich 2010 bereits 286 Mitarbeiter durch das „Anlage – Fresh up“ fachlich auf dem neuesten Stand. Immer up to date zu sein bedeutet, sich alle 2 bis 3 Jahre re-zertifizieren zu lassen. Der erfahrene Kundenberater frischt in diesem interaktiven Training sein Wissen im Selbststudium auf und bestätigt dies durch einen Abschlusstest. Auch 2011 wird dieses Training wieder ab 1. Mai bis Jahresende angeboten.

Marktfolge

- Für die Mitarbeiter der Marktfolge Aktiv- und Passivgeschäft wurde die Ausbildung weiterentwickelt und aktualisiert.

- Der Bildungsbereich Kreditreferent wurde um neue Trainings erweitert und um aktuelle Themen ergänzt, um das hohe Niveau zu halten.

- Die Spezialisierung auf professionelle Wertpapierabwicklung und -verwaltung erfolgt im Zuge des Fachlehrgangs „Wertpapierreferent“. Die Ausbildung orientiert sich am Kompetenzprofil „Wertpapierreferent“ und umfasst die Kompetenzfelder Fach-, Persönlichkeits-, Sozial- und Aufgabenkompetenz. Die Volksbank-interne Qualifizierung zum „Wertpapierreferent“ kann auch um eine externe, staatlich anerkannte Zertifizierung bereichert werden.

- Im Zuge der Weiterentwicklung unseres Angebots wurde 2010 der neue Bildungsweg „Banking Professional“ analog zur Kundenberater- und Sachbearbeiter-Ausbildung konzipiert. Mit dieser Ausbildung bauen die Teilnehmer fundiertes Fachwissen im Aktiv- und Passivgeschäft auf und unterstützen so ihre Kollegen am Markt. Dieser neue Bildungsweg wird erstmals 2011 angeboten!

Interne Spezialisten

- Das bewährte Angebot im Bildungsbereich der Internen Spezialisten wurde gezielt gestrafft und gleichzeitig um ausgewählte Themenbereiche erweitert. Insbesondere mit den neuen Trainings „Interpretation Risikobericht“ und „IKS in der Praxis“ wurde neuen Anforderungen in den Bereichen Risikomanagement bzw. Organisation Rechnung getragen.

- Nach der erforderlichen Neugestaltung der VB-Marketingstrategie im Jahr 2010 sind nun die Weichen für den neu ausgerichteten Fachlehrgang Marketing gestellt. Der Fachlehrgang startet im Jahr 2011 und endet – in bewährter Weise – mit dem gemeinsamen Zertifikat der Volksbank Akademie und der Donau-Universität Krems im Jahr 2012.

Persönlichkeitsentwicklung

Das Angebot an persönlichkeitsbildenden Maßnahmen konzentrierte sich 2010 vorrangig auf bewährte Angebote, um dem gezielten Weiterbildungsinvestitionen der Volksbanken Rechnung zu tragen. Besonders hervorstreichen sind die neuen Themen „Speed Reading“ zum

Erlernen spezieller Techniken, die zu einer enormen Erhöhung der Lesegeschwindigkeit beitragen, sowie das Training „Nie mehr ärgern“. Dieses innovative Angebot liefert Ideen, um sich kürzer und vor allem weniger intensiv zu ärgern.

Führungskräfte

Erstmalig wurde neben dem bewährten Lehrgang „Leadership – Start-up“ der viermodulige Lehrgang „Leadership – Professional“ angeboten, um die persönlichen Leadership-Kompetenzen von erfahrenen Führungskräften in einem sich wandelnden Umfeld mit komplexen Herausforderungen weiter auszubauen. Neben den Trainingsmodulen gibt es auch Einzelcoachings, um die Teilnehmer möglichst zielgerichtet auf schwierige Situationen vorzubereiten.

Internationale Bildungsaktivitäten

Die Unterstützung der Bildungsaktivitäten der Töchterbanken der Volksbank International war im Jahr 2010 von der Orientierungsphase der Banken geprägt. An der langjährigen Kooperation wurde weiterhin festgehalten und unter anderem intensiv an den Vorbereitungen für die Kundenberaterausbildung der Volksbank Serbien gearbeitet. Hierbei wurden weitere 16 Trainer der Volksbank Serbien durch die Volksbank Akademie ausgebildet.

TrainerAus- und -Weiterbildung / TrainerTreffen

- Auch 2010 konnten wir 13 neue Trainer begrüßen, die die TrainerAusbildung abgeschlossen und somit die Qualifikation für ihre zukünftige verantwortungsvolle Tätigkeit erworben haben. Die internen Trainer sind innerhalb der Volksbank Gruppe eine wichtige Stütze der Bildungsarbeit. Durch ihre Erfahrungen und die tägliche Tätigkeit in der Praxis schaffen sie mit ihrem Know-how einen entscheidenden Mehrwert bei den Trainings, den die Bildungsarbeit im Volksbank Sektor auszeichnet. Engagierte und kompetente Mitarbeitern sollen daher gefördert werden, als interne Trainer tätig zu sein!

- Mit dem TrainerTreffen konnten wir auch 2010 für einen Erfahrungsaustausch der besonderen Art sorgen. Diesmal stand unsere Veranstaltung unter dem Motto „Summer Olympics“, bei der es rund um den Stubenbergsee diverse sportliche Aktivitäten zu bewältigen gab. Mit einem neuen Konzept verfolgten wir die bewährte Tradition, unseren Trainern spezifische Inputs zukommen zu lassen.

Und 2011...

Neben den oben beschriebenen Bildungsaktivitäten 2011 soll Folgendes nicht unerwähnt bleiben: Sozusagen als Nebenprodukt des in den ersten Wochen des Jahres 2011 abgeschlossenen Strategieprozesses ist schon im letzten Jahr erstmalig eine Akademie-Imagebroschüre in Zusammenarbeit mit ÖVAG-Marketing erstellt und "unter die Leute" gebracht worden. Als nächstes gemeinsames Projekt ist unsere Homepage an der Reihe. Nach fünf Jahren Betrieb nehmen wir den Sektor-Relaunch zum Anlass, eine Generalüberholung zu starten und den Auftritt sowie die Benutzung unseren Ansprüchen entsprechend zu gestalten. Wir fördern Menschen. – Fordern Sie uns!

ARZ – Allgemeines Rechenzentrum Ges.m.b.H.

Gemeinsam gestalten wir die Zukunft



Hans Langer



Rafael Wariwoda



Bernd Geiger



Gemeinsam gestalten wir die Zukunft

Wer sind wir? „Ihr EDV-Partner“

Das ARZ ist ein Kompetenz-Zentrum für IT-Dienstleistungen. Die Kunden des ARZ sind Kreditinstitute, Finanzdienstleister, Gebietskörperschaften und Krankenhäuser, wobei der Schwerpunkt im Bankbereich liegt.

Aufgabe des ARZ ist es, mit seinen Produkten und Leistungen für zukunftssichere Lösungen zur Unterstützung seiner Kunden zu sorgen und dabei zeitgemäße Technologien anzuwenden.

Mit seinem bankspezifischen Leistungsangebot versorgt das ARZ Volksbanken sowie Hypo- und Privatbanken.

Es umfasst zentrale und dezentrale IT-Infrastruktur für Hardware, Software und Netzwerk und die Sicherstellung für einen einwandfreien, wirtschaftlichen und stabilen Betrieb.

Es bietet seinen Kunden Gesamtlösungen im IT-Bereich von Beratung und Produktauswahl über Beschaffung, Schulung, Einführung bis zum laufenden Service und Durchführungsbetrieb.

Strategische Zielsetzung des ARZ ist es, seinen Kunden im Produktionsbereich höchste Verfügbarkeit, Datensicherheit und beste Performance zu bieten, Produktentwicklung in intensiver Zusammenarbeit mit den Kunden zu betreiben, durch ständigen Vergleich mit dem Mitbewerber Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten und Wettbewerbsvorteile zu sichern sowie durch eine möglichst einheitliche und kontinuierliche Produktstrategie durch Kooperationen sowie durch Bündelung der Kundeninteressen ein günstiges Kosten-/Nutzenverhältnis zu gewährleisten.

Besondere Ereignisse 2010

Für das ARZ mit seinen rund 485 Mitarbeitern brachte das Jahr 2010 große Erfolge in der Entwicklungs- und Projektarbeit:

Geschäftsstelle Innsbruck:
Tschamlerstraße 2
Anton-Melzer-Straße 11
6020 Innsbruck
Tel.: +43 (0) 50 4009
Fax: +43 (0) 50 4009-1382
tirol@arz.at
www.arz.at

Geschäftsstelle Wien:
Grasbergerstraße 13
Rennweg 97-99
1030 Wien
Tel.: +43 (0) 50 4009
Fax: +43 (0) 50 4009-5505
wien@arz.at
www.arz.at

Geschäftsführer:
Mag. Bernd Geiger
DI Hans Langer
DI Rafael Wariwoda

Vorsitzender
des Aufsichtsrates:
VDir. KR
Ing. Dr. Gerhard Schwaiger

Ergebnisse 2010:

- Fortsetzung ARCTIS Kredit
- DMS für ARCTIS Kredit
- EZKO-Weiterentwicklung
- Ratingrekalibrierung für VBAG-Töchter
- RiWa-Dokumentation
- RiWa-RWA-Optimierung
- Testfallerstellung für ARCTIS Kredit, automatischer Test für ARCTIS Kredit
- SAP SEM PA: fachl. EGK-Rollout
- HBP-Rollout (Ablöse HOB)
- Beginn mit Umsetzung Verfügerverwaltung in ARCTIS
- Integration SPARDA/Villach
- Integration VB Horn
- Fertigstellung Abspaltung Retailbanken von VBAG
- Rollout Serviceprozesse und DMS
- Umsetzung Kundenmanagement
- Umsetzung Meldewesen auf Basis ZDP
- Fremdbehebung im VB-Sektor
- Ausbau der Teststruktur für optimiertes Testen
- Ausbau der RIS (Reporting Infrastruktur)
- Umsetzung SBP Bankomat
- Fertigstellung VB-AZV plus Rollout
- ZV: Umsetzung FW-Kredit, Nachfolgeprojekte zu SEPA
- DAKrÄG Umsetzung
- Ablöse PKS-Formulare
- Fusion VBAG/IK
- Erweiterung VB-Intranet/Internet
- WP-Formulare für DMS
- Adaptierung GEOS
- A4/3 und A4 WP-Belegsteuerung
- READ 10
- Geldwäscheprävention Phase II
- Umsetzung Paylife/NINA
- Umsetzung Vermögenszuwachssteuer
- Umsetzung gesetzlicher Anforderungen im Meldewesen

Vorhaben 2011:

- Fortsetzung ARCTIS Kredit
- DMS für ARCTIS Kredit
- EZKO-Weiterentwicklung
- Ratingrekalibrierung für VBAG-Töchter
- RiWa-RWA-Optimierung
- Testfallerstellung für ARCTIS Kredit, automatischer Test für ARCTIS Kredit
- SAP SEM PA: fachl. EGK-Rollout
- HBP-Rollout (Ablöse HOB)
- Beginn mit Umsetzung Verfügerverwaltung in ARCTIS
- Ablöse Summit
- Rollout Serviceprozesse und DMS
- Umsetzung Kundenmanagement plus Rollout
- Umsetzung Meldewesen auf Basis ZDP
- DAKrÄG Umsetzung
- Ausbau der Teststruktur für optimiertes Testen
- Ablöse PKS-Formulare
- Erweiterung VB-Intranet/Internet
- Adaptierung GEOS
- A4/3 und A4 WP-Belegsteuerung
- Geldwäscheprävention Phase II
- Beginn Ablöse LFD auf ARCTIS
- Umsetzung e-Bilanz
- Umsetzung Saldenbestätigung
- Planung und Beginn Rollout ARCTIS-Kredit
- Abspaltung LiveBank
- Umsetzung gesetzlicher Anforderungen im Meldewesen
- Beginn Pflichtenheft Kassenanwendung auf ARCTIS
- Umsetzung Paylife/NINA
- NINA/OLI
- Umsetzung Vermögenszuwachssteuer
- READ 11
- Umsetzung Compliance WP Phase 1
- ARCTIS Grundbuch
- EBP Phase 3/Online-Vertrieb
- Retail Dashboard
- Einsatz Nachfolgeprodukt MERVVA
- Div. SEPA Weiterentwicklungen
- Fusion VBAG/IK

Back Office Service für Banken GmbH (B.O.G.)

Bankprozesse optimal mitgestalten

Christian Reitgruber
Hubert Bereuter



back officeService

Die Firma Back Office Service für Banken GmbH (B.O.G.) beschäftigt rund 190 Mitarbeiter und ist eine Tochter der Österreichischen Volksbanken-AG.

Die 5 Bereiche erbringen für den Volksbankverbund, den ÖVAG-Konzern sowie weitere Kunden zahlreiche Dienstleistungen rund um den Bankbetrieb.

Wertpapier- & Depotbank-Service

Im Geschäftsjahr 2010 war trotz hoher Verunsicherung auf den internationalen Märkten keine verminderte Geschäftstätigkeit zur Abwicklung der börslichen und außerbörslichen Transaktionen erkennbar. Die generelle internationale und nationale Ausweitung der eher komplexen Geschäftsvarianten setzte sich abermals fort. Dies bedeutet für die laufende ordnungsgemäße Kundenservicierung, dass eine hohe Flexibilität gefordert ist.

Zum Limitieren des operationalen Risikos der Abwicklung und dem Settlement der Spezial-

produkte konnten die erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden.

Im Rahmen der GEOS Servicierung konnten die Sparda Villach sowie die Waldviertler Volksbank Horn als Neukunden gewonnen werden. Im Geschäftsbereich „Fondsservicierung / Fondsbuchhaltung“ konnte das Bankhaus Schellhammer & Schattera als wichtiger Neukunde und Servicierungspartner gewonnen werden.

Treasury&Derivatives Clearing

Die Treasury-Geschäfte am Kassa- und Terminmarkt konnten insgesamt das Vorjahresniveau wieder erreichen (inkl. Banküberträge). Die Marktlage war 2010 jedoch stark schwankend.

Die Rückgänge in den Wertpapierleihertransaktionen werden durch eine Steigerung bei Transaktionen von Repos mehr als kompensiert.

Der Trend von 2009 setzte sich bei den Wertpapierderivaten fort: Starke Zuwächse bei der Abwicklung von Terminbörsengeschäften in

Kollingasse 14-16
1090 Wien
Tel.: +43 (0) 50 4004-0
Fax: +43 (0) 50 4004-87545
www.bog.volksbank.at

Geschäftsführer:
Mag. Hubert Bereuter
Dr. Christian Reitgruber

Beirats-Vorsitzender:
Dir. Mag. Harald Posch

Wien und Frankfurt dafür Rückgang der OTC-Equity Derivatstransaktionen. Ebenso der Trend bei Zins- und Währungsderivaten: Transaktionszahlen bei Zinsderivaten legten zu, jene von FX-Derivaten waren rückläufig.

Seit Herbst 2010 wurden neu für die VB International und VB Leasing International die Abwicklung der Refinanzierungsgeschäfte übernommen.

Im Jahr 2010 konnte via T4U Servicierung der VBAG/B.O.G. bereits die Marke von 1.000 Abschlüssen überschritten werden. Über 40 Volksbanken haben dieses Service bereits bean-sprucht.

Zahlungsverkehr

Die Transaktionszahlen im Geschäftsjahr 2010 entwickelten sich positiv im Rahmen der geplanten Erwartungen, im Inlandszahlungsverkehr mit der üblicherweise moderaten Entwicklung um rd. + 2%. Die Transaktionen bei den Devisenzahlungen blieben über den Erwartungen, im EU-Zahlungsverkehr (SEPA) gesamthaft mit rund 2% leicht unter Plan.

Im Personalbereich konnten die geplanten Einsparungen durch Pensionierungen (Datenträgerverarbeitung, Scanningkorrektur, Nachforschung) wie vorgesehen umgesetzt werden.

Der Auslandszahlungsverkehr war 2010 vor allem durch die Systemumstellung auf das ARZ Programm „AZV Neu“ geprägt. Zusätzlich zur Umstellung der bestehenden Mandanten konnten im Rahmen einer intensiven Kundenakquisition weitere 19 Volksbanken von den Vorteilen einer zentralen Abwicklung überzeugt werden. Insgesamt nutzen inkl. Hypo NÖ derzeit 38 Banken den AZV Service der B.O.G. Für 2011 sind bilaterale Kontakte mit weiteren Interessenten vorgesehen.

Im Bereich Electronic Banking Hotline konnten 2010 die VB Ost und die VB Donau-Weinland als neue Kunden gewonnen werden.

Durch das Release des Kundenprogrammes Home&Office Banking war eine außergewöhnliche Auslastung an der Servicehotline zu verzeichnen.

Services

Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Fertigstellung der neuen Kundenzentrale (HQ neu) und der damit verbundenen Übersiedlungen. Ab Juli 2010 wurden an 35 Siedlungstagen ca. 1.200 Mitarbeiter übersiedelt und die dadurch entstandenen Leerflächen in den Mietobjekten für eine ordnungsgemäße Rückgabe vollständig geräumt bzw. adaptiert.

In der Kundenzentrale stehen dem Konzern 24.000 m² Bruttogeschoßfläche zur Verfügung, davon 12.500 m² Konferenz- und Bürofläche und 142 KFZ-Stellplätze in der 4-geschos-sigen Tiefgarage. Das neue Betriebsrestaurant wartet mit einer Kapazität von 240 Sitzplätzen auf und die Ausgabe von rd. 800 Essen pro Tag zeugt von einer regen Akzeptanz seitens der MitarbeiterInnen.

Die technische und infrastrukturelle Betriebsführung aller Liegenschaften umfasst insgesamt bereits rd. 53.000 m².

Der ehemalige Verlag war 2010 von großen Veränderungen betroffen. Bis Ende April 2010 agierte die B.O.G. in der Sparte Verlag als Händler mit eigenem Lager.

Mit Wirkung 1. Mai 2010 wurden die Verlags-Aktivitäten organisatorisch neu konzipiert, die ehemaligen Einheiten Marketing- und Office-Services schlussendlich in der neuen OE „Zentraler Einkauf“ im B.O.G.-Bereich Services angesiedelt. Weiters wurde die Lager- und Logistik-Leistung an einen neuen Geschäftspartner – die Firma J. Weiss in Wiener Neudorf – outgesourct.

Bankenlogistik

Der hohe Bargeldbedarf in Österreich war durch die im Vergleich zum Vorjahr unverändert hohe Notwendigkeit zur Bargeld-Versorgung der

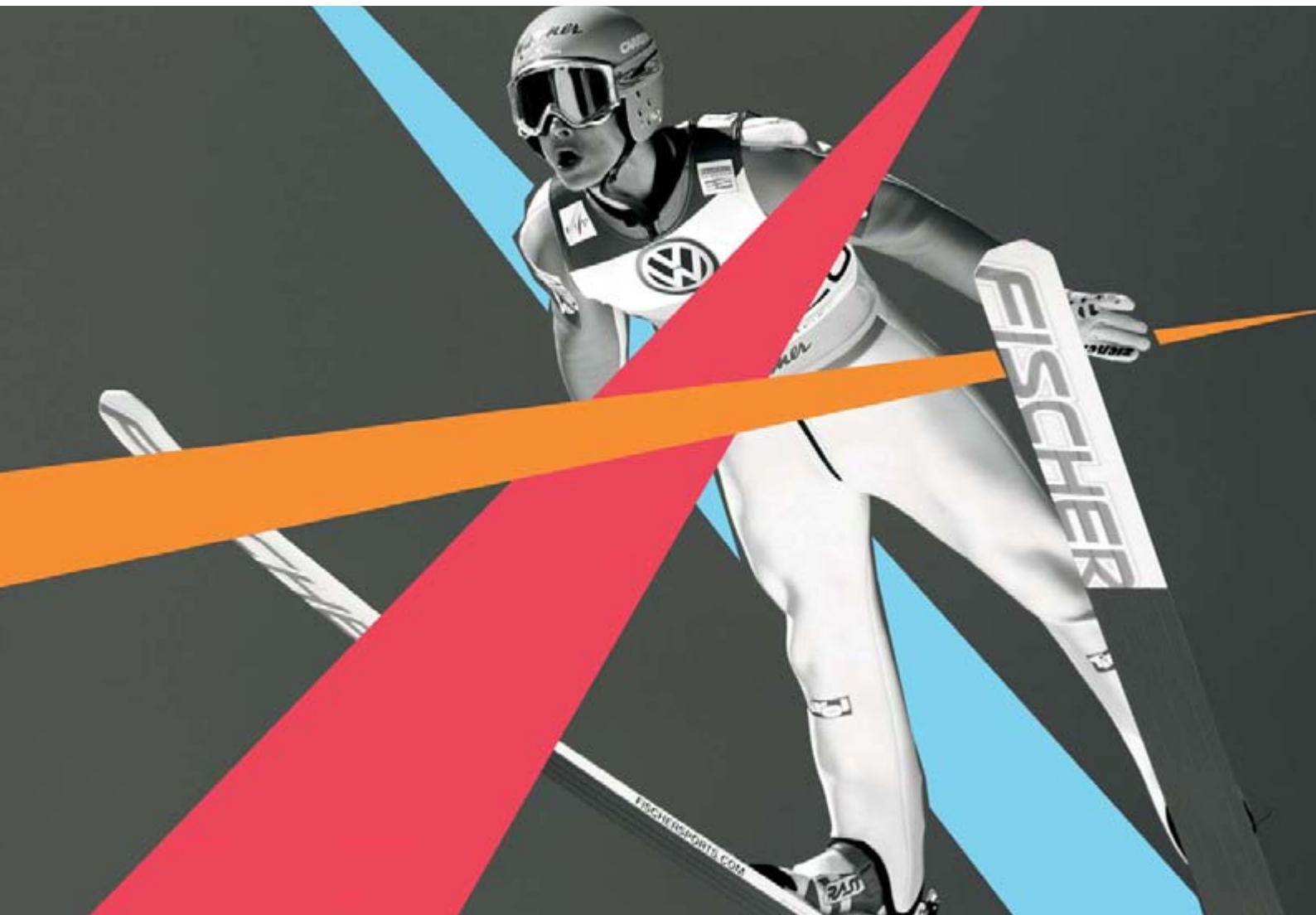
Filialen deutlich wahrzunehmen mit einem neuen Rekordwert 2010.

Bei den Umsatzzahlen für Valuten u. Edelmetallen konnte – gegenüber dem Vorjahr – eine Steigerung von mehr als 10% erreicht werden. Besonders hervorzuheben ist, dass im Monat Mai 2010 (€-Schwäche, Griechenlandkrise) ein Viertel des Umsatzes, aufgrund der großen Nachfrage nach Edelmetallen, Schweizer Franken u. Schweden Kronen, erzielt wurde.

Die österreichweit funktionierende Post-Versorgung mit unseren Logistik-Partnern wurde im 4. Quartal 2010 neu verhandelt und in Kooperation mit anderen Bank-Sektoren auf Schiene gebracht. Im Zuge dessen konnten auch neue Bank-Stellen von neuen Kunden (z.B. in Kärnten Hypo-Alpe-Adria) in die Versorgung durch die B.O.G. aufgenommen werden – insgesamt bereits knapp 400 Geschäftsstellen.

Auch im Jahr 2011 wird die BOG weiterhin versuchen, ihr Dienstleistungsangebot als auch die Kundenzufriedenheit bei bestehenden Kunden zu intensivieren und ihr Service bei neuen Kunden auszuweiten.

GEWERBLICHE WAREN-, DIENSTLEISTUNGS- UND PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN



2010 – EIN JAHR DES AUFSCWUNGS

Nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung wuchs Österreichs Wirtschaft im Jahr 2010 um 2%, nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 (BIP real -3,9%) kam die Wirtschaft unseres Landes also wieder in Gang. Hinsichtlich der Bewältigung der Krise wurde Österreich – gemäß einer aktuellen Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung – ein relativ gutes Zeugnis ausgestellt. Beim Vergleich, wie stark Staaten von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurden, liegt unser Land im Mittelfeld. Innerhalb der EU ist Österreich sogar unter den fünf Ländern, die die Krise am besten überstanden haben.

Der Aufwärtstrend zeigte sich auch im Einzelhandel, der mit +2,7% nominell das größtes Umsatzplus seit Jahren vorweisen konnte und dies in allen Quartalen. Abgerundet wird das Bild durch die Angaben über private Konsumausgaben mit +4%. Wenngleich in nahezu allen Branchen Umsatzzuwächse zu verzeichnen waren, so verdeutlicht eine aktuelle Regioplan-Studie doch die Nachwirkungen der Krise. Die Befragung ergab, dass der Handel in Österreich langsamer expandiert als in den Vorjahren, einzige Ausnahmen Sportartikel- und Elektronikanbieter.

Nicht ganz so positiv die Entwicklung im Handwerk und Gewerbe. Die bislang vorliegenden Ergebnisse der KMU Forschung Austria zeigen für die ersten drei Quartale 2010, dass die Auftragseingänge (investitionsgüternahe Branchen) bzw. Umsätze (konsumnahe Branchen) wertmäßig um 0,8% gesunken sind. Das Gewerbe und Handwerk hat sich damit insgesamt schlechter entwickelt als die Gesamtwirtschaft.

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft spiegelt sich auch in den Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften wider. Zwar zeigt die Gesamtentwicklung ein geringfügig negatives Wachstum, dieses ist allerdings ausschließlich auf Umstrukturierungen einer umsatzstarken Gruppe zurückzuführen. Unter Ausklammerung derselben betrug das Umsatzplus 2010 knapp 6%. Sorgte 2010 im Konsumgüterhandel das ungebremste Konsumverhalten der Privaten,

auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, für steigende Umsätze, war im Food- und Gastrobereich ein eher gegenteiliger Trend zu beobachten.

Dass die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Arbeit der Kooperationen erfolgreich ist, zeigen auch die Zahlen aus Deutschland, wo eine Umfrage bei 63 Kooperationszentralen aus 16 Branchen für das Jahr 2010 bei 86% steigende Umsätze aufzeigte.

In Österreich erwirtschafteten die Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften einen Umsatz von € 1,6 Mrd. Dieses Ergebnis wurde von 3.830 Mitarbeitern für 21.000 Mitglieder erbracht. Insgesamt gehörten der Gruppe Ware und Dienstleistung zum 31.12.2010 108 ordentliche und 47 korrespondierende bzw. außerordentliche Mitglieder an. Bei den a.o. Mitgliedern sind u.a. 12 Konsumgenossenschaften mitgezählt.

Die mit € 886 Mio. Umsatz führende – wenn auch mit 1.300 angeschlossenen Mitgliedern nicht mitgliederstärkste – Gruppe stellen weiterhin die Einkaufsvereinigungen des Handels dar, die in der Regel als Full-Service-Genossenschaften agieren. Die 13 dieser Gruppe zugeordneten Unternehmen erwirtschafteten rd. 55% des in der Statistik Ware erfassten Gesamtumsatzes.

Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft deutlich besser behauptet haben sich die genossenschaftlich organisierten Gruppen des Handwerks und Gewerbes. Die 11 Genossenschaften mit rd. 2.700 Mitgliedern, die von 327 Mitarbeitern serviert wurden, erzielten einen Umsatz von € 405 Mio., dies bedeutet ein Plus von 4,7%. Im Vergleich dazu wurde im Jahr 2009 in der gleichen Gruppe ein Umsatzminus von 3,9% ausgewiesen. Umsatzstärkste Gruppe sind hierbei die Einkaufsgenossenschaften der Baumeister mit einem Anteil von 57% am gewerblichen Gesamtumsatz und einer Umsatzsteigerung im abgelaufenen Jahr von 5,2%.

Die anspringende Konjunktur spiegelt sich auch in den Zahlen der Erzeugergenossenschaften wider, in allen Untergruppen war ein Wachstum zu verzeichnen, wenn gleich in dieser Gruppe sehr unterschiedliche Firmenkonjunktoren zu be-

obachten waren. Insgesamt erwirtschafteten die 11 der Gruppe zugeordneten Genossenschaften € 89,7 Mio., dies bedeutet ein Umsatzplus von 12%. Die Genossenschaftsbrauereien behaupteten sich am Markt und lagen mit einem Umsatzplus von 1,9% gut im Rennen. Insgesamt war der österreichische Biermarkt auch 2010 allerdings weiter leicht rückgängig. Der Hektoliterausstoß reduzierte sich um 0,7% auf 8,7 Mio. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist geringfügig von 106,5 auf 106 Liter gesunken.

Knapp positiv zeigt sich die Entwicklung bei den vier Verkaufsgenossenschaften mit einem Plus von 3,6%. Die Zahlen sind jedoch auf den Bilanzstichtag im Wirtschaftsjahr 2010 abgestellt – bei einer Genossenschaft mit Stichtag Ende Februar – spiegelt sich daher das Wachstum 2010 noch nicht wider.

Die mit 32 Unternehmen starke Gruppe der Dienstleistungsgenossenschaften erlaubt aufgrund ihrer differenzierten Struktur, Branchenzugehörigkeit (21 unterschiedliche Branchen) und Unternehmensvielfalt keine einheitliche Aussage. Um einen Überblick zu geben, seien nur einige Beispiele genannt: Medienunternehmen, Taxifunkzentralen in den Städten Linz und Graz, Beherbergungs- und Restaurantbetriebe, Beratungsunternehmen, Messebetriebe, ein Unternehmens- bzw. Trainernetzwerk sowie ein Unternehmen der Behindertenbetreuung. Maßgebend mit 49,5%

am Umsatz dieser Gruppe beteiligt waren, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Verwertungsgesellschaften, die die Interessen der österreichischen Künstler in den Bereichen Literatur, Musik und Film vertreten. Insgesamt erwirtschafteten die 32 Unternehmen einen Umsatz von € 181,8 Mio., auch hier eine, wenn auch minimale Steigerung von 0,2%.

Eine Umfrage, wie die Verbandsmitglieder die Wirtschaftslage 2011 aus Sicht der Genossenschaften beurteilen, zeigte bei einem Großteil der Antworten eine – wenngleich zum Teil verhalten – optimistische Einschätzung der nahen Zukunft. Mit Sorge wird aktuell die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise beobachtet. Auf Mitgliederebene wurde in etlichen Meldungen ein verstärkter Konkurrenz- bzw. Wettbewerbsdruck und damit einhergehend geringerer Ertrag aufgezeigt.

Ein Blick über die Grenze zeigt auch bei den deutschen Verbundgruppenmanagern eine positive Einschätzung für 2011. 73% der Befragten gaben an, für das laufende Jahr Umsatzzuwächse zu erwarten.

Neue Genossenschaften „entstehen“

2010 wurden acht Genossenschaften im Bereich Ware und Dienstleistung als ordentliche Mitglieder in den Verband aufgenommen. Sie spiegeln ein breites Branchenspektrum wider und demonstrieren die Vielfältigkeit von Aktivitäten,

Prinzipien einer gewerblichen Genossenschaft Dienstleistung – Handel – Handwerk

- Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe
- Genossenschaft ist Demokratie
- Nutzenstiftung für Mitglieder
- Differenzierte Leistungsbeziehungen steigern die Effektivität der Gemeinschaft und des einzelnen Mitgliedes
- Auch die Leistung der Genossenschaft hat ihren Preis
- Genossenschaft muss selbst ein erfolgreiches Unternehmen sein
- Offen für neue Ideen – Franchise in Genossenschaften
- Das Nichtmitgliedergeschäft hat seine Berechtigung
- Die Genossenschaft als wirtschaftliches Unternehmen braucht langfristige Strategien und Führungsinstrumente sowie eine adäquate Prozessgestaltung
- Professionelles Management für die Mitglieder
- Kapitalaufbringung und -sicherung durch die Mitglieder
- Flexibilität – Neue Wege – Unternehmensform der Zukunft

für die sich die Rechtsform Genossenschaft eignet. Nachfolgend sind die 2010 realisierten Gründungsprojekte aufgelistet. Eine Genossenschaft, die **SERVICEOK e.Gen.**, wurde bereits 2009 gegründet, allerdings erst im Jänner 2010 in den Verband aufgenommen. Ihre Vorstellung erfolgte bereits im letzten Jahresbericht.

Dass Interesse an der Rechtsform besteht, zeigte sich 2010 auch insofern, als 12 Gesprächstermine mit Proponenten wahrgenommen sowie 20 telefonische Anfragen behandelt wurden. 24-mal erfolgten Informationen über das elektronische Bestellsystem.

2010 realisierte Gründungsprojekte

Med-Value Service- und Einkaufsgenossenschaft e.Gen.

Das Geschäftsmodell sieht eine Einkaufsgenossenschaft vor, die die Nachfrage der künftigen Genossenschafter – insbesondere Körperschaften öffentlichen Rechts, die Beschaffungsbzw. Trägerorganisationen (für Kranken- und Kuranstalten sowie Altenheime) und Krankenhausverbände sind – bündelt und Verhandlungen mit Lieferanten von Medizinprodukten führt. Als erstes Standbein wurde begonnen, ein Service aufzubauen.

ExpertForce e.Gen.

Bei den Genossenschaffern handelt es sich um Unternehmensberater, die seit Jahren u.a. in den Bereichen Personal- und Organisationsentwicklung, Coaching sowie technische Beratung tätig sind. Die Genossenschaft dient dazu, die Marke ExpertForce zu etablieren, Aufträge zu lukrieren und in der Folge eine Backoffice Organisation zu schaffen.

BestpreisAgrar e.Gen.

In der Gruppe haben sich landwirtschaftliche Betriebe zusammengefunden, um gemeinsam Betriebsmittel zu beschaffen. Im ersten Schritt wurde der Einkauf von Energie realisiert; die Sparte Pflanzenbau ist im Aufbau.

WWO e.Gen.

Die Geschäftsidee der Gruppe ist es, älteren Menschen ein möglichst langes, selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden zu

ermöglichen. Realisiert werden soll dies durch eine sehr einfache Internetinfrastrukturlösung zur audiovisuellen Kommunikation in einem sicheren und geschützten Umfeld mit niederschwelligem Zugang. Die Mitglieder – es handelt sich dabei um IT Entwickler und IT Consultant – haben ihr Projekt im Rahmen der Initiative AAL (Ambient Assisted Living) für eine EU Förderung eingereicht. Die Realisierung bleibt abzuwarten.

Apotheken Blister Center e.Gen.

In dieser Genossenschaft haben sich zwei Arzneimittelvollgroßhändler mit Apothekern zusammengeschlossen, um eine Anlage zur Verblistertung (maschinelle, patientenindividuelle Zusammenstellung von Arzneimitteln in Blistern) zu betreiben. Durch dieses Projekt wird es Apothekern möglich gemacht, Kunden (Pflegeheime), Patienten individuell zusammengestellte Arzneimittelblister anzubieten – wie sie von Heimbetreibern heutzutage gefordert werden.

Holdingsgenossenschaften aus dem Schulze-Delitzsch Finanzverbund

Aus organisatorischen Gründen, da sie keine Bankgeschäfte ausüben, wurden zwei Genossenschaften aus diesem Bereich im Jahr 2010 der Gruppe Ware und Dienstleistung zugeordnet.

Genossenschaft und aktive Bürgerschaft

Der Initiative und dem Engagement von Gemeindevertretern in Niederösterreich ist es zu verdanken, dass die 2.000 Seelen zählende Gemeinde Kirchstetten seit April 2011 wieder über einen Nahversorger – diesmal in Form einer Genossenschaft – verfügt. Auf 260 m² inkl. kleiner Imbissecke wird den Bewohnern ein umfangreiches Sortiment inkl. Frischdienst und Feinkost nach einem Jahr des „Darbens“ angeboten und können sich die angrenzenden Betriebe über ein Zustellservice freuen. Die Gründungsfunktionäre sind ausschließlich ehrenamtlich tätig. Ein – wie wir meinen – wunderschönes Beispiel im europäischen Jahr der Freiwilligkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft, zu dem die EU das Jahr 2011 ausrief und eine Initiative, die hohes Interesse im Bundesland ausgelöst hat. Steht zu hoffen, dass im Jahresbericht 2011 über ein Folgeprojekt berichtet werden kann.

BRANCHENSPLITTER 2010

Beispiele aus Mitgliedsgenossenschaften

Genossenschaften und Umwelt

HOLZWÄRME BAD GOISERN Netzerweiterung



Die im Jahr 2006 von engagierten Bürgern gegründete Genossenschaft begann 2010 ihr Nahwärmenetz Richtung Süden bis zum Industriegebiet Steeg zu erweitern. Gleichzeitig wurde die Vergrößerung des Biomasseheizwerks am Standort Stambach von 2 MW auf 7 MW angegangen. Der Bau eines zweiten Kesselhauses samt Elektrofilter und Rauchgaskondensation sowie die Errichtung einer zweiten Biomasse-Lagerhalle ist in Angriff genommen. Zielsetzung: verstärkte Nutzung der CO₂-neutralen Energiequelle Biomasse für die Wärmeerzeugung und Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Ein - wie wir meinen - gelungenes Beispiel, wie Engagement von Bürgern zur Erhaltung einer intakten Umwelt beitragen kann und unter dem Licht der aktuellen Ereignisse ein zukunftsweisendes Modell.

Genossenschaften bauen

EXPERT ÖSTERREICH übersiedelt in ihre neue Zentrale nach Wels



Nach 34 Jahren an einem gemieteten Standort war es im Mai 2010 endlich soweit und die Genossenschaft konnte in ihr neues Domizil im Gewerbegebiet von Wels übersiedeln. Dort steht neben hellen und modernen Büroräumlichkeiten die fünffache Lagerkapazität zur Verfügung, um zukunftsorientiert erfolgreiche Arbeit für die

170 Mitgliedsbetriebe leisten zu können. Entsprechend auch die Reaktion eines Mitglieds beim Eröffnungsfest: „... Ich bin vor allem erfreut, dass man nicht irgendwo einen Glaspalast hingestellt hat, sondern es verstand, sich in einem schönen Rahmen zu präsentieren, aber gleichzeitig auch in einem zweckmäßigen und sparsamen ...“

Genossenschaften expandieren

BÄKO-ÖSTERREICH Tochtergesellschaft in Südtirol



Seit 2010 ist die Genossenschaft der österreichischen Bäcker und Konditoren nun auch für ihre Südtiroler Kollegen vor Ort vertreten. Die PAN & PAS GmbH, ein Tochterunternehmen der BÄKO-ÖSTERREICH, hat ihren Sitz in Sterzing. Um nah beim Kunden zu sein, erfolgt die intensive Marktbearbeitung durch einen Südtiroler Außendienstmitarbeiter. Erfreuliche Umsatzzuwächse zeigen, dass hohe Service- und Dienstleistungsqualität, gepaart mit einem leistungsstarken und attraktiven Warenangebot, von den Kunden goutiert wird.

TRIGON-GRAZ Zweigniederlassung Schweiz

Viele Hürden mussten überwunden und bürokratische Hemmnisse gemeistert werden, bis es Ende 2010 endlich so weit und die Zweignie-



derlassung Lenzburg im Kanton Aargau amtlich war. Für die Trigon Berater bedeutet dies, ihre Kunden – die vielfach aus dem Schweizer Raum stammen – noch besser als bisher servicieren zu können.

Genossenschaften feiern

BRAUEREI MURAU 100 Jahre jung

Als am 03.07.2010 die Brauerei ihr 100-jähriges Bestandsjubiläum feierte, flimmerte die Stadt vor guter Stimmung und mehr als 30 Musik-



kapellen sorgten für Unterhaltung. Grund genug zum Feiern gab und gibt es, präsentiert sich die Genossenschaft doch trotz ihres Alters als ein modernes, ökologisches Unternehmen, das wirtschaftlich höchst erfolgreich tätig und dem Innovation wichtig ist. So wurde – um nur ein kleines Beispiel zu nennen – im Jubiläumsjahr eine neue Produktkreation „preis & bier“ vorgestellt. Im selben Jahr freute man sich über das AMA Gütesiegel und den Öko-Umweltpreis 2010.

Genossenschaften und Innovation

APA Zeitung auf Fingertipp



iPhone und iPad setzen Standards, wie Konsumenten Informationen aufnehmen, kommunizieren und Medien nutzen. Mit dem Launch des iPad erhoffen sich vor allem Printmedien neue Wege, um ihre Zielgruppen zu erreichen und neue Erlösmodelle zu finden. Die APA bietet mit ihrer White-Label-App eine technische Lösung, mit der Medien – also die Mitglieder – schnell eine professionelle Version ihrer Publikation auf den Markt bringen können.

APA zeichnet innovative Content-Lösungen aus

Selbst hoch innovativ, wird von der APA Gruppe – konkret von der APA-IT – jährlich auch ein Innovationspreis vergeben. Hierbei werden besonders erfolversprechende IT Projekte zum Management von multimedialem Content ausgezeichnet. Der Sieger des Jahres 2010 war das TU Projekt „A-SIA“ (Automated Social Impulse Analysis) sowie das „Start-up“ Spectralmind mit dem Projekt „sonarflow“.

Genossenschaften und Jugendförderung

INTERSPORT offizieller Partner des ÖFB



Die Nachricht ist topaktuell. Seit wenigen Wochen ist die genossenschaftliche Verbundgruppe wieder offizieller Partner des ÖFB. Im Focus des Sponsorings die Botschaft, dass Team-sport für die Jugend wichtig ist. Aus diesem Grund fördert die Gruppe auch seit Jahren gemeinsam mit Didi Constantini den Jugendfußball-sport in Österreich. Jedes Jahr besuchen über 2.000 Kinder die Intersport Didi Constantini Fußball Camps.

EURONICS AUSTRIA Lehrlingscamps



RED ZAC

Auch 2010 wurden Lehrlingscamps abgehalten. Neben für Jugendliche interessanten Outdoor-Aktivitäten wie zB einer Raftingtour, wurden Seminarprogramme – so zum Thema Präsentation und Auftreten – geboten. Es ging um richtige Fragetechnik, das richtige Zuhören und die Körpersprache. Videoaufzeichnungen ließen das Verbesserungspotenzial des Einzelnen erkennen.

Genossenschaften und Kunstförderung

AKM Förderung der Muskschaffenden



Allgemein ist die Genossenschaft dafür bekannt, dass sie die Einhebung und Verteilung von Tantiemen vornimmt. Von der Öffentlichkeit weit weniger wahrgenommen wird, dass die AKM auch für Förderung österreichischer Muskschaffender durch Finanzierung geeigneter Projekte steht, wodurch ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Vielfalt geleistet wird. In 2010 feierte das Projekt pop, das Popmuskschaffenden den Einstieg in den Musikmarkt erleichtert, sein „10-jähriges“.

AKTIVE MITGLIEDER 2010

der Gruppe „Ware und Dienstleistung“*

zum 31.12.2010	Anzahl Genossenschaften/Unternehmen	Mitglieder	Beschäftigte	Umsatz 2010 in Tausend €	Funktionäre VSt.	AR
A Einkaufsgenossenschaften						
1. Groß- und Einzelhandel						
1.1 Lebensmittel	3	424	488	340.591	14	9
1.2 Konsumgüter	10	851	985	545.367	27	33
2. Handwerk						
a) Lebensmittelhandwerk	2	1.790	193	87.720	13	16
c) Bau- und Baunebengewerbe	6	245	37	234.038	31	22
d) Sonstiges	3	634	97	83.271	9	13
	11	2.669	327	405.029	53	51
3. Sonstige Einkaufsgenossenschaften	8	2.985	46	29.733	22	33
B Erzeugungsgenossenschaften						
a) Farben/Lacke/Malerbedarf	3	422	39	5.835	12	11
b) Getränke	4	1.092	259	43.274	16	28
c) Metall	1	28	154	33.477	2	6
d) Sonstige	3	163	33	7.085	14	10
	11	1.705	485	89.671	44	55
C Verkaufsgenossenschaften						
	4	144	48	10.132	15	9
D Sonstige Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften						
a) Transport/Verkehr/Nachrichten	7	420	589	75.991	33	36
b) Hotellerie/Gastronomie	6	10.624	113	5.386	19	21
c) Interessenvertretungen	3	775	156	89.912	22	14
d) Sonstige	16	383	465	10.528	43	41
	32	12.202	1.323	181.817	117	112
E Produktivgenossenschaften						
	2	27	128	21.344	5	5
GESAMT	81	21.007	3.830	1.623.684	297	307

*) ohne Neuzugliederung aus dem Bereich Kredit und „Konsum“, aber inklusive ADEG-AG

BERATUNG, BETREUUNG UND KOORDINATION

Interessenvertretung



Dr. Renate Hinteregger
BBK „Ware“

„Hinter den Kulissen“ und nicht immer erkennbar ist jene Tätigkeit, die im Rahmen der Interessenvertretung insbesondere von Mitarbeitern der Rechtsabteilung geleistet wird. Wie in der Vergangenheit erfolgten 2010 zu unzähligen Gesetzen und Richtlinien Stellungnahmen. Hauptaugenmerk wurde darauf gelegt, dass durch Neuerungen keine organisatorischen und finanziellen Belastungen für Unternehmen entstehen.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2010 wurde die Zusammenarbeit mit dem ZGV, Zentralverband gewerblicher Verbundgruppen e.V., Berlin / Köln mit Büro in Brüssel, gepflegt. Durch die Ähnlichkeit der Mitgliederstrukturen der Verbände in Handel und Handwerk kann von hohen Synergien gesprochen werden.

Beratung und Betreuung

Rechtsberatung

Satzungen und Geschäftsordnungen stellen Schwerpunkte der Individualbetreuung des Jahres 2010 dar. Es galt, den gesetzlichen Anforderungen, die durch die „kleine“ Genossenschaftsgesetznovelle und andere Gesetzesänderungen bedingt waren, zu entsprechen. Für 38 Genossenschaften wurden Satzungen und gegebenenfalls Geschäftsordnungen umgestellt. Mit Ende des Jahres konnte das Projekt „Satzungsadaptierung“ im Wesentlichen abgeschlossen werden. Allen Genossenschaften liegen nunmehr – auf ihre jeweilige Situation abgestimmt – adäquate Regularien vor.

Da die Anforderungen bei Firmenbucheingaben komplex sind und die Firmenbuchgerichte höchste Präzision verlangen, nahmen Mitglieder in extrem hohem Umfang das Verbandsservice in Anspruch und ließen sich Firmenbucheingaben vorbereiten. In 62 Fällen wurden Eingaben bzw. Einreichungen vorgenommen, ohne hierbei die elektronischen Einreichungen der Jahresabschlüsse, die durch die Prüfungsabteilung erfolgten, hinzuzuzählen.

In einigen Fällen verfassten Verbandsmitarbeiter für Mitglieder Entgegnungen auf Gerichtsbeschlüsse bzw. klärten Vorgangsweisen mit Firmenbuchrichtern vorweg erfolgreich ab.

79-mal erfuhren Mitglieder Beratung bei der Einladung zu Generalversammlungen. Textbausteine für Beschlussanträge und Formulierungen für Protokolle wurden erarbeitet sowie – auf die Erfordernisse der jeweiligen Genossenschaft adaptiert – Sitzungsleitfäden für die Vorsitzenden erstellt.

In Gründungsversammlungen lag die Vorsitzführung generell bei einer Verbandsvertreterin. Darüber hinaus waren Mitarbeiter des Verbands in Generalversammlungen anwesend, um Präsentationen vorzunehmen, für Informationen zur Verfügung zu stehen, den Vorsitzenden zu unterstützen oder zu Deeskalation von Situationen beizutragen. In einigen Fällen bestand telefonische Rufbereitschaft.

Unzählige Ausarbeitungen zu diversen Rechtsgebieten – immer in Kooperation mit anderen Beratungsabteilungen, mit dem Ziel, Sachverhalte ganzheitlich abzudecken – galt es, zu erstellen. Die Themenvielfalt war wie immer beachtlich und erstreckte sich auf die Erstellung von Liefer- und Kaufverträgen oder die Beantwortung gewerbe- und markenrechtlicher Fragen. Anfragen zum Datenschutz und Wettbewerbsrecht zählten ebenso zur Tagesordnung wie Mietrechtsangelegenheiten bzw. Fragen zum Insolvenzrecht. Kooperationsverträge, Partnerschaftsvereinbarungen und Geschäftsbesorgungsverträge wurden erstellt. Zeitaufwendig gestaltete sich die Ausarbeitung von AGB's. Einige Genossenschaf-



Alexandra Fischer
Sekretariat BBK „Ware“

ten benötigten bei arbeitsrechtlichen Problemstellungen insbesondere für die Erstellung von (freien) Dienstverträgen oder Werkverträgen Rechtsbeistand. Spezifische Fragen wie Kündigung, Entlassung, einvernehmliche Auflösung oder die Thematiken Teilzeitbeschäftigung und Karenz erfuhren Abdeckung. Kaum ein Tag, an dem nicht genossenschaftsrechtliche Fragen – insbesondere auch das Mitgliederwesen betreffend – Beantwortung erfuhren.

Einige Genossenschaften wandten sich an den Verband, um ihr Mitgliederwesen neu zu organisieren und die Register mit Hilfe von Verbandsmitarbeitern elektronisch anzulegen.

Betriebswirtschaftliche Beratungen

Die Themenstellungen betrafen insbesondere Mitgliederbindung und -strategie. Bei Strukturmaßnahmen wurden Verbandsmitarbeiter begleitend tätig. Stellenbeschreibungen, Geschäftsanweisungen sowie Organisationsrichtlinien zB Kassen- und Inventurrichtlinien konnten gemeinsam mit Mitgliedergenossenschaften ausgearbeitet werden.

Bilanz- und Steuerberatung

Über bilanz- und steuerrelevante Änderungen informierte die Steuerabteilung des ÖGV ausführlich in Rundschreiben, die selbstverständlich auf die Mitgliedergruppe Ware abgestimmt sind. 2010 erstreckte sich die Berichterstattung beispielsweise auf Informationen über das Abgabenänderungsgesetz sowie das Rechnungslegungsänderungsgesetz. Die Mitglieder erhielten Informationen zu diversen aktuellen Themen, etwa über Neuerungen in der BAO oder zu Spezialthemen wie der Behandlung von Bonusmeilen.

In der individuellen Beratung wurde bei Steuererklärungen und der Erstellung von Jahresabschlüssen Unterstützung geboten. Neugegründete Genossenschaften erhielten Hilfestellung beim Aufbau des Rechnungswesens. Spezifische Anfragen wie etwa zum Thema Betriebsstätte oder Werbungskosten wurden ebenso behandelt wie allgemeine Themen, zB Aufsichtsratsvergütung oder vorzeitige Abschreibung. Für einige Mitglieder erfolgten Rückstellungsberechnungen. Ausweisabgrenzung sowie Bewertungsfragen erfuhren Behandlung.

Wie alljährlich, gaben die bereits zu Jahresbeginn übermittelten Steuerarbeitsblätter Hilfestellung bei der mühevollen Jahresabschlussarbeit.

Sitzungsbetreuungen/Beratungsgespräche

Die Themenbereiche umfassten ein weites Spektrum. Basierend auf dem Projektschwerpunkt Satzungs- und Geschäftsordnungsadaptierungen waren viele Termine dieser Thematik gewidmet.

Unverändert wurden Verbandsmitarbeiter zu strategischen und unternehmens- sowie mitgliederpolitischen Fragen und Problemstellungen um Input gebeten. In einzelnen Fällen fungierten Mitarbeiter des Verbands als Mediatoren, um Konflikte im Funktionärskreis einer Lösung zuzuführen.

Neugegründete Genossenschaften erhielten individuelle Erstbetreuung und jene Mitglieder, die ihre Geschäftstätigkeit aufgaben und die Liquidation beschlossen, wurden bei ihren Abwicklungsagenden entsprechend begleitet.

Zahlreich war 2010 auch die Teilnahme bei Funktionärssitzungen, Generalversammlungen sowie Festveranstaltungen.

Verbundaktionen

Strategische Partnerschaften

Energieberatung

2010 war die Rahmenvereinbarung über Beratungsleistungen mit dem ÖEKV, Österreichischer Energiekonsumenten-Verband, unverändert aufrecht, sie endet allerdings mit Mitte des Jahres 2011, da der ÖEKV bedauerlicherweise seine Geschäftstätigkeit einstellt.

Um Mitgliedern weiterhin Anbotsvergleiche insbesondere beim Stromeinkauf auch in Zukunft zu ermöglichen, ist die Suche nach einem neuen Kooperationspartner bereits im Gange.

Gas

Aufgrund des derzeit bestehenden Rahmenvertrags mit MyElectric ist eine Belieferung von Teilnehmern aus den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Kärnten und der Steiermark zu einem höchst interessanten Preis bis 31.12.2011 sichergestellt. Für die Belieferung 2012 sind die Verträge ebenfalls bereits „unter Dach und Fach“.

Leasing

Seit mehr als viereinhalb Jahren besteht eine Kooperationsvereinbarung mit dem Sektorpartner VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H., der über eine 30-jährige Erfahrung im Bereich Mobilien- und KFZ-Leasing verfügt. Dieser Kooperationsvertrag ermöglicht es Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, von exklusiven Leasinganboten Gebrauch zu machen, diese aber auch ihren Mitarbeitern und insbesondere ihren Mitgliedern anzubieten und so eine attraktive Leistung für ihre Kunden zu erbringen.

Ab Beginn der Kooperation wurden Verträge über ein Volumen von nahezu € 840.000 abgeschlossen.

Inkassoservice

Seit nunmehr vier Jahren bietet eine Rahmenvereinbarung mit der sektorinternen Eurincasso GmbH Genossenschaften und deren Mitgliedern die Möglichkeit, Inkassoservice – zu ebenfalls interessanten Bedingungen – in Anspruch zu nehmen. Die Vereinbarung ist zeitlich unbegrenzt. Die Resonanz jener Mitglieder, die das Service nutzen, ist unverändert positiv.

Datenbeschaffung für Marketingaktionen

2010 wurde die Rahmenvereinbarung mit HEROLD auf zwei Jahre verlängert. Auf Basis dieser Rahmenvereinbarung können Genossenschaften kostengünstig Netzlizenzen beziehen. Davon erfasst sind zwei unterschiedliche Produkte mit Daten von Privatpersonen (Marketing CD private) bzw. Unternehmen (Marketing CD business professional). Das Instrument eignet sich vorzüglich für Genossenschaften mit Marketingaktivitäten.

MRV Mitgliederrating

Seitens des Verbands wurde 2008 mit der GENO-RiskSolutions GmbH exklusiv für Mitglieder der Gruppe Ware eine Lizenzvereinbarung ausverhandelt, wodurch diese Mitgliederratings durchführen lassen können. Die GENO-RiskSolutions GmbH ist eine 100%ige Tochter des Württembergischen Genossenschaftsverbands und bietet diese Dienstleistung in deutschen Genossenschaften sehr erfolgreich an.

Auch in Österreich bestehen bereits positive Erfahrungen.

Fit for Business – KMU Sommerakademie

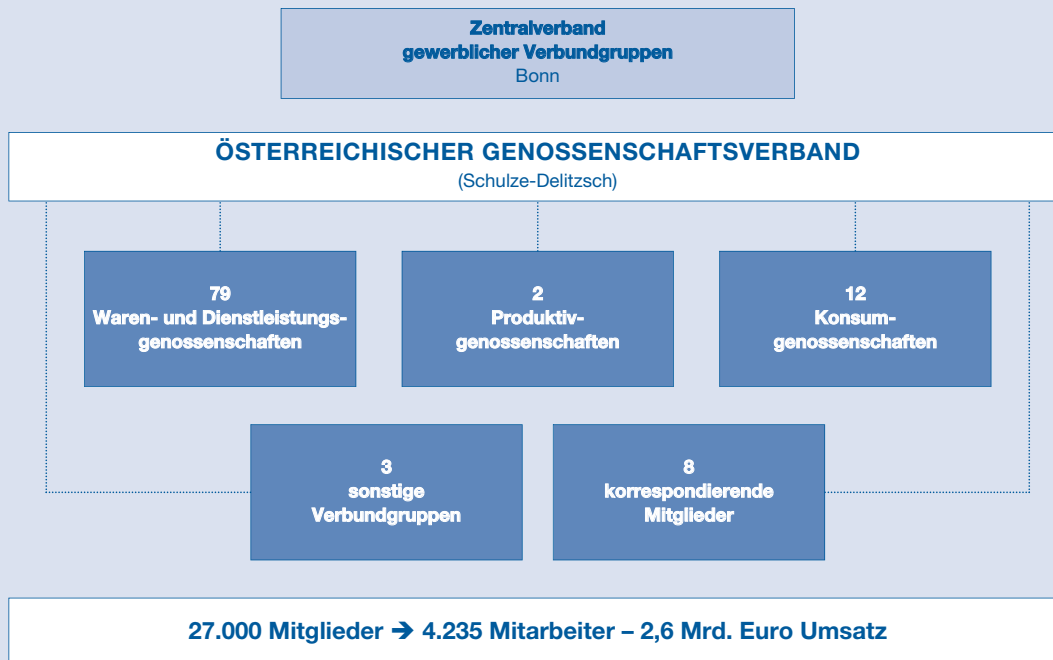
Als Benefit der Mitgliedschaft im Sektor wurde Vertretern der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften 2010 wiederum angeboten, zu Vorzugskonditionen an der KMU Sommerakademie teilzunehmen. Die Veranstaltung, die im Mai 2010 in der Türkei stattfand, bot Workshops zu unterschiedlichsten Themen wie Marketing, Selbstmanagement, Team- und Führung, Strategieentwicklung, Betriebswirtschaft und Steuern sowie Personalauswahl, um nur einige zu nennen. Erfahrene, insbesondere auf KMU's spezialisierte Wirtschaftstrainer, wirkten bei der Veranstaltung mit. Bedauerlicherweise machten 2010 keine Vorstandsmitglieder von Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften von diesem Angebot Gebrauch. Für 2011 haben wir wiederum Vertreter der Gruppe Ware zur Teilnahme eingeladen.

Zusammenarbeit Ware und Kredit

Erfreulicherweise ist an dieser Stelle über eine Kooperation im Gesundheitssektor (Ärzte und Krankenanstalten) zwischen Mitgliedern der Gruppe Ware und der zum Sektor gehörenden Ärztebank zu berichten.

STRUKTUR

der Gruppe „Ware und Dienstleistungen“*



*Aktive Mitglieder – ohne ordentliche und außerordentliche Mitgliedschaften aus dem Bereich Volksbank und exkl. Konsum-Ö.

Bildung und Kommunikation

Kommunikationszentrale

Die Sitzungsräume des ÖGV Kommunikationszentrums nutzten 2010 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in ungewöhnlich starkem Ausmaß für Generalversammlungen aber insbesondere auch für Funktionärssitzungen und Kundengespräche.

Arbeitskreis Bilanz & Steuer

Weiterhin fest institutionalisiert und in das Bildungsprogramm integriert ist der Arbeitskreis Bilanz und Steuer. 2010 fand allerdings nur eine Veranstaltung statt. Diese beschäftigte sich insbesondere mit Änderungen der Körperschaftsteuerrichtlinie sowie mit Bilanzierungsfragen. Intensiv befassten sich die Teilnehmer auch mit dem Thema IKS.

Der für Oktober 2010 geplante Termin musste insofern kurzfristig abgesagt werden, als dass vorgesehene Thema „E-Billing und steuer-

liche Auswirkungen“, zu dem ein Referent aus dem Bundesministerium für Finanzen eingeladen war, mangels fachlicher Umsetzung nicht behandelt werden konnte. Da auch das Budgetbegleitgesetz noch nicht vorlag, mangelte es an aktuellen Themen.

Geschäftsführerarbeitskreis

2010 fanden zwei Geschäftsführerarbeitskreise statt. Im ersten befassten sich die Teilnehmer mit dem Thema „IT Sicherheit – präventive Maßnahmen“, durch das der Geschäftsführer von RATIO strategy & innovation consulting gmbH, Herr Mag. Dell, souverän führte.

Die Veranstaltung am 12.10.2010 stand ganz im Zeichen „Zusammenarbeit mit Medien“; bezeichnenderweise wurde sie in der APA-Austria Presse Agentur eG abgehalten. Im ersten Teil referierte die Geschäftsführerin von APA OTS, Karin Thiller, über das Thema „Bedürfnisse von Unternehmen im Umgang mit der Medienöffentlichkeit“. Im zweiten Teil erörterte der Chefredakteur der APA, Michael Lang, wie Informationen für Medien beschafft und verbreitet werden so-

wie die Arbeitsweise von Redaktionen. Ein nachfolgendes Impulsreferat zum Thema „Social Media – ein regelfreier Raum“, gehalten von der Arbeitskreisleiterin, Dr. Renate Hinteregger vom ÖGV, war Anlass für das Hauptthema des ersten Geschäftsführerforums 2011 „Social Media Marketing“.

Funktionärsinformation

Da 2009 nur im geringen Umfang Neuwahlen stattfanden, wurde 2010 eine Spezialveranstaltung für Funktionäre von neugegründeten Genossenschaften konzipiert und abgehalten. Zwei Genossenschaften nahmen auch die Möglichkeit wahr, firmeninternen Schulungen durch den Verband abhalten zu lassen.

Genossenschaftstag

Der Genossenschaftstag 2010 stand ganz im Zeichen von Basel III. Dieses Thema war auf die Volksbanken ausgerichtet, daher konnten lediglich sechs Teilnehmer aus unserer Gruppe begrüßt werden.

Information

Rundschreiben

Im vergangenen Jahr nutzten 70% der Mitglieder den Rundschreibendienst in elektronischer Form. Themenschwerpunkte der Rundschreiben waren insbesondere steuer- und sozialrechtliche Änderungen. Behandlung erfuhren u.a. auch das neue Markenwiderspruchsverfahren oder die Änderungen in der Arbeitsstättenverordnung. Umfassende Erläuterungen wurden bzgl. des neuen Insolvenzrechts gegeben. Darüber hinaus erfolgten Informationen über Verbundangelegenheiten sowie aktuelle Themen von allgemeinem Interesse.

Leitfäden

2010 und in den ersten Wochen 2011 wurden einige Leitfäden – so der Leitfaden Nr. 11 [Das genossenschaftliche Mitgliederwesen], aber auch Nr. 5 [Auflösung und Liquidation der Genossenschaft], Nr. 1 [Gründung einer Genossenschaft], Nr. 9 [Gründung einer Produktivgenossenschaft] in einzelnen Passagen überarbeitet. Die Änderungen sind im Wesentlichen auf Gesetzes- oder Richtlinienänderungen zurückzuführen.

2010 wurde Leitfaden Nr. 13 [Mustersammlung für den Bereich Personal] herausgegeben. Er enthält Checklisten, Gesprächsanleitungen sowie Formulare und Musterbriefe zu den Themen: Mitarbeiteraufnahme, Beendigung des Dienstverhältnisses, Mutterschutz, Abmahnung, Lehrlingsausbildung sowie Mitarbeitergespräche.

Mit Leitfaden Nr. 14 [Gründung einer SCE (europäische Genossenschaft)] wurde der vorerst letzte Leitfaden vor wenigen Wochen vorgestellt.

Datenbanken

Die Tätigkeit der Datenbankabfragen im Auftrag der Mitglieder stieg 2010 weiter an. Es wurden rd. 190 Abfragen für Mitglieder getätigt. Die Abfragen betrafen die Datenbanken des Firmen- und Grundbuchs bzw. des Gewerberegisters, Kreditauskünfte wurden eingeholt. In diesen Zahlen sind Abfragen, die im Rahmen von Überarbeitungen von Mitgliederregistern durch Verbandsmitarbeiter erfolgten, nicht inbegriffen.

Geschäftsführerinformation

Auch im vergangenen Jahr wurden Brancheninformationen oder Informationen zu speziellen betriebswirtschaftlichen Themenbereichen selektiert an Geschäftsführer weitergegeben. Seit Beginn vor nunmehr vier Jahren sind darüber hinaus einige Genossenschaften in das rapid alert system einbezogen, um über in ihrer Branche gefährliche Produkte, die EU weit über Informationssysteme kommuniziert werden, wöchentlich genaue Daten zu erhalten.

Corporate Governance Kodex

2010 wurde der Corporate Governance Kodex für Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch neu aufgelegt. Gesetzlich notwendige Änderungen sind integriert und darüber hinaus auch Vorgaben des Corporate Governance Kodex für Aktiengesellschaften, die eine sinnvolle Ergänzung darstellten, berücksichtigt. Die neue Fassung wurde im Verbandsrat Ware genehmigt und vom Gruppentag Ware im Mai 2010 beschlossen. Ziel des Kodex ist eine verantwortliche und auf nachhaltige sowie langfristige Wertschaffung ausgerichtete Leitung und Kontrolle eines Unternehmens – kurz gefasst versteht man unter Corporate Governance Führungsgrundsätze



und Verhaltensmaßstäbe bzw. einen Ordnungsrahmen.

Sonderbeilage cooperativ

Im Frühjahr 2010 erschien die Sonderbeilage cooperativ, in der sich Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften, die dies wünschten, präsentieren konnten. Ausgangspunkt der Verbandsinitiative war die Tatsache, dass Genossenschaften und ihre Mitglieder zwar aus der österreichischen Wirtschaft nicht wegzudenken sind, ihnen jedoch viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vielen Bürgern ist es gar nicht bewusst, dass sie täglich bei Mitgliedern einer Genossenschaft einkaufen, Produkte von Genossenschaften erstehen oder deren Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Mit dieser Initiative zur Bewusstseinsbildung über die Vielfalt der Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften wollte der Verband seinen Beitrag zur Steigerung der Bekanntheit der Gruppe Ware und ihrer Mitglieder leisten.

Am 11. Mai 2010 hat ÖGV-Vizepräsident Wolfgang Maurer (re.) den scheidenden Verbandsrat Herbert Hubmann mit der Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold am Bande ausgezeichnet.

PRÜFUNG WARE

Aufgaben der genossenschaftlichen Revision



VDir. Mag. Margareta Steffel



Prüfungsbüro Ware

Mag. Renate Krenn
Prüfung Ware

Isabella Szijjarto Karner
Sekretariat

Mag. Veronika Dugler
Prüfungsleitung Ware

Umfang und Inhalt der genossenschaftlichen Prüfung sind im Genossenschaftsrevisionsgesetz (GenRevG) geregelt. Darüber hinaus sind abhängig von Größe und Gesellschaftszweck das UGB für die Prüfung mittelgroßer und großer Genossenschaften sowie das BWG für die Prüfung von Kreditinstituten zu beachten.

Unsere Mitglieder im Waren- und Dienstleistungsbe-
reich unterliegen je nach Größe
und Mitarbeiterzahl einem ein-
oder zweijährigen Prüfungsinter-
vall. Die Prüfung erstreckt sich
bei mittelgroßen und großen Ge-
nossenschaften auf den Jahres-
abschluss einschließlich Lage-
bericht unter Anwendung der re-
levanten unternehmensrecht-
lichen Vorschriften und auf die
Gebarung und endet mit einem
Bestätigungsvermerk.

Die Revision kleiner Ge-
nossenschaften umfasst die
Rechtmäßigkeit, Ordnungs-
mäßigkeit und Zweckmäßigkeit
ihrer Einrichtungen, ihrer Rech-
nungslegung und Geschäftsfüh-
rung, insbesondere die Erfüllung
des Förderungsauftrags und die
Wirtschaftlichkeit sowie die Zweckmäßigkeit und
Stand und Entwicklung ihrer Vermögens-, Finanz-
und Ertragslage. Im Fall von mehrheitlich im
Eigentum der Genossenschaft stehenden Toch-
terunternehmen umfasst die Revision auch diese
Gesellschaften.

Im Vergleich zu einer Abschlussprüfung
durch einen Wirtschaftsprüfer geht die genossenschaftliche Revision weiter, da sie sich auch auf
die Gebarung und damit die Geschäftsführung
erstreckt. Eine Abgrenzung zwischen Abschluss-
prüfung im eigentlichen Sinn und Gebarungsprü-
fung ist nicht exakt möglich, der Übergang ist
vielmehr fließend. Themen der Gebarungsprüfung
wie z.B. das interne Kontrollsystem (IKS) oder das

Risikomanagement sind auch Gegenstand einer
Abschlussprüfung, allerdings nur insoweit sich
daraus ein Einfluss auf rechnungsrelevante Pro-
zesse ergibt.

Die genossenschaftliche Revision geht
darüber hinaus, da auch auf Auswirkungen Be-
dacht genommen wird, die sich nicht oder nur
mittelbar auf die Rechnungslegung auswirken
können. Insgesamt ist in den letzten Jahren zu
beobachten, dass die Verantwortlichkeit von Wirt-
schaftsprüfern steigt und sich deren Prüfung un-
ter anderem aufgrund der Erwartungshaltung der
Öffentlichkeit zunehmend auch auf Fragen einer
ordnungsgemäßen Geschäftsführung erstreckt.

Wenngleich die Zweckmäßigkeit einer ex-
ternen Prüfung gelegentlich in Frage gestellt wird,
insbesondere weil es sich primär um eine ex-post
Betrachtung handelt, so ist die Erwartungshal-
tung an die externe Prüfung oft sehr hoch. Auf-
gaben und Verantwortung insbesondere von Ab-
schlussprüfern steigen ständig. Dabei darf nicht
außer Acht gelassen werden, dass auch der ex-
ternen Prüfung Grenzen gesetzt sind und aus ei-
nem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
nicht abgeleitet werden darf, dass der geprüfte
Abschluss frei von jeglichen Fehlern ist.

Darum wird auch im Bericht testatspflich-
tiger Genossenschaften darauf hingewiesen, dass
jedem Rechnungslegungs- und internen Kontroll-
system die Möglichkeit von Fehlern immanent ist
und dass aufgrund der stichprobengestützten
Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass
falsche Aussagen im Jahresabschluss selbst bei
sorgfältigster Prüfung unentdeckt bleiben kön-
nen.

Die Vorteile einer externen Prüfung liegen
darin, dass der Revisor als außen stehender Drit-
ter die bestehende Unternehmensorganisation,
das Kontrollsystem sowie die Geschäftsfälle und
deren buchmäßige Erfassung, aber auch die
Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Ein-
richtungen einer Kontrolle und Beurteilung un-
terzieht und dabei auf seine Erfahrungen und Ken-
ntnisse bei anderen Unternehmen zurückgreifen
kann. Diese Erfahrungen und Kenntnisse ermög-
lichen es dem Revisor, Empfehlungen für Verbes-
serungsvorschläge abzugeben oder Lösungs-

möglichkeiten aufzuzeigen, deren weitere Umsetzung jedoch ausschließlich im Ermessen und der Entscheidung von Vorstand und Geschäftsführung liegt. Diese Beratungsaufgaben sind ein wesentlicher Aspekt der genossenschaftlichen Revision und bedeuten keineswegs, dass der Prüfer selbst als De-facto-Geschäftsführer tätig wird.

Je besser die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Prüfer ist, desto mehr profitieren beide Teile davon: der Prüfer, weil er das Unternehmen besser kennen lernen und die Geschäftstätigkeit und die damit verbundenen Risiken und Probleme besser verstehen kann; der Geprüfte, weil ihm ein Fachmann mit breiter Erfahrung in anderen Unternehmen und Branchen gegenüber sitzt, der ihn an seinen Erfahrungen partizipieren lässt und mögliche Verbesserungspotenziale aufzeigt. Eine gute Zusammenarbeit zwischen geprüfem Unternehmen und Revisoren ist Grundlage für eine auf Vertrauen basierende und von Fachkompetenz geprägte Kundenbeziehung. Dazu gehört das Verständnis für die Aufgaben und Ziele des jeweils anderen und die gegenseitige Unterstützung, der aus Sicht der Revision allerdings gesetzliche Grenzen gesetzt sind.

Sinn und Zweck einer Prüfung ist es, wesentliche Fehler zu erkennen, aber auch durch Empfehlungen dazu beizutragen, dass festgestellte Mängel bereinigt und in Zukunft vermieden werden. Der berufliche Ehrgeiz des Prüfers hat sich nicht darauf zu konzentrieren, tadelnden Finger zu erheben, sondern den Weg zu weisen und damit einen Beitrag zu einer positiven Unternehmensentwicklung zu leisten.

Durchgeführte Prüfungen

Die Zahl der 2010 für die ordentlichen Mitglieder des Österreichischen Genossenschaftsverbands durchgeführten und auch abgeschlossenen Prüfungen belief sich auf 44. Dies waren um 10 Prüfungen mehr als im Vorjahr, was vor allem dadurch bedingt ist, dass sich die durchzuführenden Prüfungen nicht gleichmäßig auf die

Jahre verteilen. Bei 6 Genossenschaften wurde die Prüfung begonnen, konnte jedoch meist wegen der noch offenen Berichtsausfertigung oder fehlender Unterlagen nicht bis Jahresende abgeschlossen werden. Unter den durchgeführten Prüfungen waren 15 Jahresabschlussprüfungen und 2 Konzernabschlussprüfungen. Bei zwei der Jahresabschlussprüfungen handelt es sich um freiwillige Prüfungen, da bei diesen Genossenschaften mit dem Unternehmensrechts-Änderungsgesetz (URÄG) 2008 die Pflicht zur Abschlussprüfung weggefallen ist.

Im vergangenen Jahr waren zwei eingetragene Revisoren ständig in der Prüfung vor Ort tätig, die von einer Revisionsassistentin bzw. einem Revisionsassistenten und den drei Mitarbeiterinnen des Innendienstes unterstützt wurden. Eine Mitarbeiterin des Innendienstes wurde auch bei zwei Prüfungen im Außendienst eingesetzt. Darüber hinaus hat Frau Mag. Steffel aufgrund von Kapazitätsengpässen die Prüfungsleitung bei sechs Warengenossenschaften übernommen und prüfte im Auftrag des ÖGV auch die Volksbank Akademie. Trotz dieser äußerst knappen personellen Ressourcen konnten alle notwendigen Prüfungen rechtzeitig durchgeführt werden.

Die Palette der von uns geprüften Genossenschaften ist breit gefächert und umfasst neben den typischen Einkaufsgenossenschaften auch Produktions- und Dienstleistungsunternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen. Gerade diese Mischung stellt eine Herausforderung an die Revisoren dar, bringt aber auch sehr viel Abwechslung mit sich.

Die 2003 mit dem Konsumverband, Revisionsverband der Österreichischen Konsumgenossenschaften, abgeschlossene Kooperationsvereinbarung ist unverändert aufrecht. Auf Basis dieser Vereinbarung haben wir 2010 6 Prüfungen von Konsumgenossenschaften im Auftrag des Konsumverbands durchgeführt. Bei den von uns geprüften Konsumgenossenschaften handelt es sich durchwegs um kleinere Unternehmen, von denen mehr als die Hälfte ihren Sitz in Vorarlberg hat. Der Großteil dieser Gesellschaften hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, außerordentliches Mitglied des Österreichischen Genossen-

schaftsverbands zu werden und damit auch dessen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen zu nutzen.

In der Prüfungsabteilung Ware sind 2010 für Beratung und Prüfung insgesamt 839 Tage (2009: 800 Tage) im Innen- und Außendienst, ohne Berichtsausfertigung, angefallen. In dieser Summe sind auch Zeiten für die im Auftrag der TREUGENO Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH durchgeführten Prüfungen von drei Tochtergesellschaften von Genossenschaften enthalten.

Im ersten Halbjahr konzentrierten wir uns auf die Prüfung der testatspflichtigen Gesellschaften, während das Hauptgewicht in der zweiten Jahreshälfte auf den kleinen Genossenschaften lag, die im zweijährigen Rhythmus geprüft werden. Inventurbeobachtungen rund um den Bilanzstichtag finden bei jenen Genossenschaften statt, bei denen das Vorratsvermögen einen wesentlichen Bilanzposten darstellt und keine permanente Inventur eingerichtet ist.

Schwerpunkt im Jahr 2010 war die im Februar begonnene und im August finalisierte externe Qualitätsprüfung und die damit in Zusammenhang stehenden Vorbereitungsmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die laufende Verbesserung der Planung und Dokumentation von Abschlussprüfungen.

Prüfungsorganisation

Die Abwicklung aller Prüfungen mit nur zwei Revisoren und einer Revisionsassistentin macht eine umfassendere Prüfungsvorbereitung im Innendienst erforderlich. Dadurch können die Prüfungszeiten vor Ort optimiert und die Revisoren bestmöglich unterstützt werden. Diese Vorbereitung umfasst neben den Berichten vor allem das Anfordern von Unterlagen, die Organisation von Saldenbestätigungsaktionen unter Einbindung der Prüfer und deren Auswertung sowie die EDV-mäßige Erfassung von Daten. In den letzten Jahren ist es zunehmend gelungen, Prüfungshandlungen zu einzelnen Prüffeldern bereits im Vorfeld im Verband anhand der von der Genossenschaft übermittelten Unterlagen vorzunehmen

und die dabei offen gebliebenen Fragen im Zuge der Prüfung vor Ort abzuklären.

Inwieweit Prüfungshandlungen bereits im Vorfeld gesetzt werden können, hängt entscheidend von der Kooperationsbereitschaft unserer Mitglieder und deren steuerlichem Vertreter ab. Durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel werden uns zunehmend mehr Daten bereits vorweg in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Auf Basis dieser Unterlagen ist es möglich, eine Reihe von Prüfungshandlungen vor Beginn der Hauptprüfung im Verband zu setzen und so die Prüfungszeiten vor Ort zu optimieren.

Der Bereitstellung von Daten in elektronischer Form kommt eine immer größere Bedeutung zu. Nur so können große Datenvolumina in einem vertretbaren Zeitaufwand bearbeitet und geprüft werden. Dies betrifft vornehmlich Massentransaktionen wie sie in der Regel im Bereich der Umsatzerlöse und des Wareneinsatzes anzutreffen sind. Wesentlich dabei ist, dass diese Daten in Dateiformaten zur Verfügung gestellt werden, die es den Prüfern ohne überdurchschnittlichen Aufwand ermöglichen, sie zu verarbeiten. Manche Buchhaltungsprogramme ermöglichen auch den Export des gesamten Buchungsjournals.

Um einen optimalen Prüfungsablauf zu unterstützen, empfiehlt es sich jedenfalls, die vom ÖGV übermittelte Checkliste zur Prüfungsvorbereitung sorgfältig zu bearbeiten und die dort angeführten Unterlagen, sei es im Original, sei es in Kopie, bereits zu Prüfungsbeginn bereit zu halten. Jedenfalls sollte bei Prüfungsbeginn ein weitgehend fertiger Jahresabschluss mit allen Um- und Nachbuchungen vorliegen, für dessen Aufstellung Vorstand und Geschäftsführung der Genossenschaft verantwortlich sind. Auch wenn es im Einzelfall zweckmäßig sein kann, bei Zweifelsfragen im Rahmen der Bilanzierung die Meinung des Prüfers bereits im Vorfeld einzuholen, liegt die Entscheidung, welcher Bilanzansatz gewählt wird oder wie ein bestimmtes Risiko eingeschätzt und bewertet wird, letztendlich bei Vorstand und Geschäftsführung.



Mag. Wolfgang Pichler
Prüfung Ware



Mag. Petra Geppel

Aufgabe des Prüfers ist es, den Jahresabschluss und den Lagebericht daraufhin zu prüfen, ob sie frei von wesentlichen Fehlern sind und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht. Diese Aufgabe darf keineswegs so verstanden werden, dass dadurch die Genossenschaft selbst, das heißt einerseits die Mitarbeiter und andererseits der Aufsichtsrat, von ihren Kontrollpflichten bezüglich Jahresabschluss und Lagebericht entbunden wird. Änderungen des Jahresabschlusses oder Lageberichts aufgrund von Prüfungsfeststellungen sind zwar immer möglich, beschränken sich in der Regel allerdings auf materiell wesentliche Ausweis- und Bewertungsfragen. Sie führen oft zu einem Mehraufwand an Prüfungszeit und belasten auch die laufende Arbeit der Mitarbeiter in der Genossenschaft selbst. Daher sind die im Rahmen der Bilanzierung erstellten Unterlagen bereits im Vorfeld von Mitarbeitern der Genossenschaft selbst einer Kontrolle zu unterziehen, um allfällige Fehler frühzeitig erkennen und unplausible Entwicklungen klären zu können.

Darüber hinaus ist der Revisor bei testatspflichtigen Genossenschaften verpflichtet, Prüfungsfeststellungen, die zu einer Änderung des Jahresabschlusses führen, aufzulisten und dem

Vorstand zur Kenntnis zu bringen. Letztendlich liegt es bei Vorstand und Geschäftsführung, zu entscheiden, welche Änderungen im Jahresabschluss aufgrund der festgestellten Prüfungsdifferenzen vorgenommen werden. Der Revisor wiederum hat zu beurteilen, welche Auswirkungen sich aus nicht mehr berücksichtigten Prüfungsdifferenzen auf sein Prüfungsurteil ergeben.

Ein Aspekt, der im Rahmen der Revision immer wieder zu vermeidbarem Zeitaufwand bei der Prüfung führt, liegt darin, dass Unterlagen, bei testatpflichtigen Genossenschaften betrifft dies auch den Anhang und Lagebericht, zu spät übermittelt werden. Anhang und Lagebericht sollten immer so fristgerecht vorgelegt werden, dass sie noch vor Ort geprüft und bei Bedarf erforderliche Korrekturen unverzüglich vorgenommen werden können.

Verspätet und manchmal erst nach mehrmaliger Urgenz werden uns oftmals auch die firmenmäßig gefertigten Jahresabschlüsse und Vollständigkeitserklärungen zur Verfügung gestellt, die Voraussetzung für die Berichtsausfertigung und damit die Auslieferung des Prüfungsberichts sind. Das Nachreichen von Unterlagen geht in der Regel zu Lasten der Prüfungseffizienz, verursacht

einen vermeidbaren Mehraufwand an Prüfungszeit und verhindert eine rasche Berichtsabfertigung.

Externe Qualitätsprüfung im ÖGV

Durch das A-QSG (Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz) wurde die verpflichtende externe Qualitätsprüfung für alle Abschlussprüfer und Prüfungsbetriebe verpflichtend eingeführt.

Der ÖGV unterliegt wie jede Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auch – allerdings unter Berücksichtigung der Spezifika eines Revisionsverbands – dieser gesetzlichen Verpflichtung. Aus den Erläuternden Bemerkungen zum A-QSG geht hervor, dass sich die externe Qualitätsprüfung nicht auf die Revision von kleinen, keiner gesetzlichen Abschlussprüfung nach UGB unterliegenden Genossenschaften erstreckt. Auch wenn der Revisor Träger der genossenschaftlichen Revision ist, unterliegt nicht er selbst, sondern der für alle Revisoren einheitliche Prüfbetrieb des ÖGV der externen Qualitätsprüfung.

In der Prüfungsabteilung Ware besteht ein umfassendes Revisions- und Qualitätssicherungshandbuch, das Grundlage für die Durchführung der Prüfungen, insbesondere der Abschlussprüfungen mit Bestätigungsvermerk ist. Darin finden sich neben allgemeinen Regelungen zur Organisation des Prüfungsbetriebs wie z.B. die Aufgabenverteilung und Kompetenzen in der Prüfungsabteilung Ware vor allem eine Darstellung des risikoorientierten Prüfungsansatzes und der Prüfungsabwicklung einschließlich Prüfungseinzelfragen. Ergänzend zu diesem Handbuch wurden diverse Mustervorlagen und Pflichtdokumente entwickelt, die von unseren fachlichen Mitarbeitern bei der Durchführung der Prüfung zu beachten sind.

Breiten Raum nehmen im Handbuch die Ausführungen zu den allgemeinen Berufsgrundsätzen wie Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, Objektivität und Integrität sowie Verschwiegenheit ein. Den Grundsätzen zur unabhängigen und

unparteilichen Berufsausübung kommt bei allen Revisionen besondere Bedeutung zu, da diese zusammen mit einer umfassenden Verschwiegenheitsverpflichtung Grundlage des Vertrauens des Mandanten und der Öffentlichkeit in die Urteilsfähigkeit und Urteilsfreiheit des Prüfers sind. Die gesetzlich verankerten internen Rotationsbestimmungen, die bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen den Wechsel des verantwortlichen Abschlussprüfers nach Ablauf von fünf Jahren nach sich ziehen, sollen ebenfalls dazu beitragen, die Unabhängigkeit zu gewährleisten. Von diesen Rotationsbestimmungen mit verpflichtendem Wechsel des verantwortlichen Revisors sind in der Prüfungsabteilung Ware derzeit zwei Genossenschaften betroffen.

Darüber hinaus hat der Prüfer jährlich anhand einer Liste aller Mitgliedsgenossenschaften des ÖGV offen zu legen, ob persönliche, finanzielle, kapitalmäßige oder sonstige gesellschaftsrechtliche oder nahe persönliche Beziehungen zu prüfungspflichtigen Genossenschaften der Gruppe Ware, deren Tochtergesellschaften oder leitenden Organen bestehen.

Entsprechend dem gesetzlich vorgeschriebenen dreijährigen Intervall fand im Jahr 2010 die zweite externe Qualitätsprüfung statt, die wiederum positiv abgeschlossen werden konnte. Zusammen mit dem ÖGV wurde auch die TREUGENO Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, die aufgrund der engen organisatorischen und personellen Verflechtungen mit dem ÖGV einen gemeinsamen Prüfbetrieb bildet, der externen Qualitätsprüfung unterzogen. Der ÖGV und die TREUGENO verfügen somit über eine aufrechte Bescheinigung gemäß §§ 14 und 15 A-QSG für die nächsten drei Jahre.

EHRUNGEN DES ÖGV



Ehrungen des Österreichischen Genossenschaftsverbandes

Von Jänner bis Dezember 2010 wurden folgende Auszeichnungen an verdiente Mitarbeiter, Geschäftsleiter/Geschäftsführer und ehrenamtliche Funktionäre unserer Mitgliedsunternehmen verliehen:

EHRENMEDAILLE IN GOLD

Renate AICHINGER

Mitarbeiterin
Volksbank Eferding - Grieskirchen registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Abteilungsdirektor Johann BERTEL

Kreditmanager
VOLKSBANK BADEN e.Gen.

Franz BÖCK

Geschäftsstellenleiter
Volksbank Niederösterreich Süd registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Helga BRANDL

Privatkundenbetreuerin
Volksbank Salzburg eG

Prok. Dr. Brigitte BRAUN

Abteilungsleiterin Beteiligungsmanagement
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Bettina FATTINGER

Competence Center Leiterin Web Management
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Brigitte FEIGL

Mitarbeiterin der Kreditverwaltung
Volksbank Donau-Weinland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Hermann HÜTTER

Mitarbeiter der Abteilung EDV/Organisation
Volksbank Altheim-Braunau registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Ernst JESCHKE

Kassier
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dr. Roger Kalab

Mitarbeiter
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Silvia KNAMM

Sekretariat Rechtsabteilung
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Manfred KURZ

Mitarbeiter der Kreditverwaltung
Volksbank Niederösterreich Süd registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Mag. Christine LEWISCH

Mitarbeiterin der Rechtsabteilung
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Albert MAIER

Betriebsschlosser
Brauerei Ried e.Gen.

Franz MAYR

Kraffahrer
Brauerei Ried e.Gen.

Mag. Franz PFEIFFER

Genossenschaftsrevisor
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Franz RAAB

Kundenberater
BÄKO-ÖSTERREICH, Großeinkauf der Bäcker
und Konditoren e.Gen.

Monika RANFTL

Büroleiterin und Bilanzbuchhalterin
Messe in der Oesterreichischen Nationalbank
in Wien registrierte Genossenschaft mit
beschränkter Haftung

Mag. Wolfgang SCHMIDT

Verbandssekretär
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Thomas SCHULITZ

Filialleiter
Volksbank Wien AG

Christiane SPIEGL

Filialleiterin
Volksbank Wien AG

Brigitte SPIEBMAIER

Teamleiterin
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Otto STÖCKL

Privatkundenbetreuer und Schalterleiter
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Eva Maria TOIFL

Mitarbeiterin der Kreditverwaltung
Volksbank Donau-Weinland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Silvia TRAUTENBERGER

Mitarbeiterin der Marktfolge-Aktiv
Waldviertler Volksbank Horn registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Verena ZACH

Kundenberaterin und Hauptkassier
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Johanna ZUKALA

Mitarbeiterin
VOLKSBANK BADEN e.Gen.

EHRENMEDAILLE IN GOLD AM BANDE

Prok. Franz ATTORF

Filialleiter
Volksbank Donau-Weinland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Direktor Robert DAGHOFER

Abteilungsleiter Direktion Privatkunden
Volksbank Salzburg eG

Prok. Gabriele GLAVANOVITS

Abteilungsleiterin Finanz/Betrieb/Controlling
Volksbank Südburgenland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Helmut HATTENBERGER

Leiter der Abteilung
Rechnungswesen/Controlling
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Franz JUGL

Abteilungsleiter Banklogistik
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Elisabeth KAPFER

Mitarbeiterin
Volksbank Alpevorland e.Gen.

Direktor Dr. Erich KASCHNIGG

Stabsstellenleiter Risikomanagement
Capital Markets
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Sonja KOGLER

Mitarbeiterin Team Finanzen
Volksbank Mürztal-Leoben e.Gen.

Eleonore KOPF

Mitarbeiterin
Volksbank Donau-Weinland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Prok. Margit KRALLER

Leiterin interne Revision
Volksbank Oberndorf registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Eva Maria MAIRHOFER

Kundenberaterin
Volksbank Almtal e. Gen.

Direktor Prok. Wolfgang MAYER

Leiter der Innenrevision
Volksbank Ost registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Mag. Dr. Walter RUPRICH

Genossenschaftsrevisor
Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)

Direktor Dr. Rainer SCHARF

Leiter der Abteilung Recht/Compliance
Volksbank Salzburg eG

Winston V. ZAHRA

Chairman
Volksbank Malta Limited

Prok. Markus UNTERLUGGAUER

Leiter Rechnungswesen/Controlling
Volksbank Osttirol registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

**EHRENZEICHEN
IN GOLD**

EHRENNADEL

Josef BRACHER

Beiratsmitglied
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Helga DELLA TORRE

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Kufstein eG

Gerhard FLÖCKNER

Aufsichtsratsmitglied
BÄKO-ÖSTERREICH, Großeinkauf der Bäcker
und Konditoren e.Gen.

Josef HOLZER

Aufsichtsratsmitglied
BÄKO-ÖSTERREICH, Großeinkauf der Bäcker
und Konditoren e.Gen.

Albin KLIMENT

Beiratsmitglied
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Alois MEIRINGER

Beiratsmitglied
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Wilfried PEICHL

Beiratsvorsitzender
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Robert SCHNUDERL

Aufsichtsratsmitglied
BÄKO-ÖSTERREICH, Großeinkauf der Bäcker
und Konditoren e.Gen.

Anton SUMETSBERGER

Beiratsmitglied
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Dr. Ekhard DORFMANN

Vorstandsobmann-Stellvertreter
Volksbank Schwaz Holding eingetragene
Genossenschaft

Dkfm. Werner FABRIS

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Ötscherland eG

Helmuth HÖRHAGER

Aufsichtsratsvorsitzender
Volksbank Bad Goisern eingetragene
Genossenschaft

Ferdinand HUTTERER

Beiratsvorsitzender-Stellvertreter
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Vorstandsdirektor Reinhard KEUSCH

Geschäftsleiter und Vorstandsvorsitzender-
Stellvertreter
Waldviertler Volksbank Horn registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Friedrich KITTINGER

Aufsichtsratsmitglied
Waldviertler Volksbank Horn registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

KR Josef MEHLER

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Alpevorland e.Gen.

Direktor Fritz SCHILCHER

Geschäftsleiter und Vorstandsvorsitzender
Volksbank Bad Goisern eingetragene
Genossenschaft

Direktor Anna-Maria SCHMIDT

Obmann des Vorstandes und Geschäftsleiter
Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit
beschränkter Haftung

Christian SCHUPFER

Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter
Volksbank Bad Goisern eingetragene
Genossenschaft

Dipl.-Ing. Wilhelm SEPER

Aufsichtsratsvorsitzender
Volksbank Südburgenland registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Direktor Mag. Dr. Johannes TURNER

Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter
Messe in der Oesterreichischen Nationalbank
in Wien registrierte Genossenschaft mit
beschränkter Haftung

Dipl.-Ing. Gerolf URBAN

Aufsichtsratsvorsitzender
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

**KLEINES EHRENZEICHEN
IN GOLD****Johann BAUER**

Vorstandsmitglied
Brauerei Ried e.Gen.

KR Rudolf ERTLER

Aufsichtsratsmitglied
IMMO-BANK Aktiengesellschaft

Bürgermeister Erich FANGL

Genossenschaftsratsmitglied
VOLKSBANK BADEN e.Gen.

KR Peter FRIGO

Aufsichtsratsmitglied
IMMO-BANK Aktiengesellschaft

Franz HUAINIGG

Aufsichtsratsmitglied
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Direktor Helfried KÖNIGSBERGER

Genossenschaftsratsmitglied
Volksbank Ötscherland eG

Siegfried LERCHER

Aufsichtsratsmitglied
VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Dr. Werner METZ

Aufsichtsratsvorsitzender
Spar- und Vorschuß-Verein der Beamtenschaft
der Oesterreichischen Nationalbank registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Werner ÖSTERREICHER

Aufsichtsratsmitglied
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft mit
beschränkter Haftung

Johann PUM

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Enns - St. Valentin eG

Bürgermeister Karl STIEBER

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Niederösterreich Süd registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

**SCHULZE-DELITZSCH-MEDAILLE
IN GOLD****Direktor Wolfgang GLAS**

Geschäftsleiter und Vorstandsvorsitzender-
Stellvertreter
Volksbank Altheim-Braunau registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Leopold HAIDEN

Beiratsmitglied
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

Johann HETZENDORFER

Aufsichtsratsmitglied
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung

Ing. Leopold HIESBERGER

Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter
Volksbank Niederösterreich-Mitte e.G.

KR Dipl.-Ing. Helmut KASTL

Aufsichtsratsvorsitzender
EGE-Einkaufsgenossenschaft österreichischer
Elektrizitätswerke registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung

Larysa NESTERIVNA ZAGORODNAYA

Generaldirektorin
PJSC Volksbank („Volksbank Ukraine“)

Direktor Arnulf OPLUSSTIL

ehem. Geschäftsleiter
SPARDA-BANK VILLACH/INNSBRUCK
registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung

Josef SCHUCKERT

Aufsichtsratsvorsitzender
Volksbank Weinviertel e.Gen.

Geschäftsführer KR Johann SCHÜTZ

Vorstandsobmann
WIT – KFZ Fachbetriebe e.Gen.

Dkfm. Dr. Gustav SCHWEIGER

Genossenschaftsratsmitglied
Volksbank Salzburg eG

Direktor Josef TREML

Geschäftsleiter und Vorstandsvorsitzender
VOLKSBANK VÖCKLABRUCK-GMUNDEN
e.Gen.

Direktor Dkfm. Werner WESS

Vice-Chairman
Volksbank Malta Limited

Dkfm. Jan WIEDEY

Vorstandsobmann
Konsumverband Revisionsverband der
österreichischen Konsumgenossenschaften

Mag. Wolfgang WITTIG

Aufsichtsratsvorsitzender
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung

**SCHULZE-DELITZSCH-MEDAILLE
IN GOLD AM BANDE**

Direktor Mag. Ferdinand BAUMGARTNER

Geschäftsleiter und Vorstandsvorsitzender
VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung

Herbert HUBMANN

Vorstandsobmann-Stellvertreter
ADEG Österreich Großeinkauf der Kaufleute
registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung
Mitglied des Verbandsrates des
Österreichischen Genossenschaftsverbandes

Prälat Rupert KROISLEITNER

Ehrevorsitzender des Aufsichtsrates
Volksbank Süd-Oststeiermark e.Gen.

Präsident Bürgermeister a.D.**Hermann KRÖLL**

Aufsichtsratsmitglied
Volksbank Enns- und Paltental registrierte
Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Generaldirektor KR Mag. Gerald WENZEL

Vorstandsvorsitzender
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
Vizepräsident des Verbandsrates des
Österreichischen Genossenschaftsverbandes

ADRESSEN



ADRESSEN

Volksbanken in Österreich



BURGENLAND



Volksbank Südburgenland
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Marktplatz 3
7423 Pinkafeld
Tel.: 03357/424 40-0
Fax: 03357/424 40-3500
E-Mail: info@sb.volksbank.at
www.sb.volksbank.at



KÄRNTEN



Volksbank Feldkirchen,
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Dr.-Arthur-Lemisch Straße 1
9560 Feldkirchen
Tel.: 04276/21 11-0
Fax: 04276/21 11-250
E-Mail: info@vbfe.at
www.vbfe.at



Volksbank Kärnten Süd
e.Gen.
Hauptplatz 6
9170 Ferlach
Tel.: 04227/37 56-0
Fax: 04227/37 56-26
E-Mail: info@vbks.at
www.vbks.at



Volksbank Gmünd
eingetragene Genossenschaft
Hauptplatz 22
9853 Gmünd
Tel.: 04732/22 10-0
Fax: 04732/22 10-79
E-Mail: service@gmuend.volksbank.at
www.gmuend.volksbank.at



NIEDERÖSTERREICH



Volksbank Alpevorland
e.Gen.
Arthur Krupp-Straße 1
3300 Amstetten
Tel.: 07472/645 70-0
Fax: 07472/645 70-4400
E-Mail: info@vba.volksbank.at
www.vba.volksbank.at



VOLKS BANK BADEN
e.Gen.
Hauptplatz 9-13
2500 Baden bei Wien
Tel.: 02252/883 00-0
Fax: 02252/883 00-288
E-Mail: kontakt@baden.volksbank.at
www.baden.volksbank.at



Volksbank Fels am Wagram
e.Gen.
Hauptplatz 13
3481 Fels am Wagram
Tel.: 02738/70 30-0
Fax: 02738/70 30-17
E-Mail: mail@fels.volksbank.at
www.fels.volksbank.at



Volksbank Marchfeld
e.Gen.
Volksbank-Platz 1-2
2230 Gänserndorf
Tel.: 02282/89 25-0
Fax: 02282/89 25-10
E-Mail: mail@volksbank.marchfeld.at
www.volksbank.marchfeld.at



VOLKS BANK OBERES WALDVIERTEL
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Stadtplatz 17
3860 Heidenreichstein
Tel.: 02862/524 03-0
Fax: 02862/524 03-43
E-Mail: office@vbow.at
www.vbow.at



Volksbank, Gewerbe- und Handelsbank
Kärnten Aktiengesellschaft
Pernhartgasse 7
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Tel.: 050 909-0
Fax: 050 909-9001
E-Mail: info@vbk.volksbank.at
www.vbk.volksbank.at



Volksbank Gailtal
eG
Kötschach 20
9640 Kötschach-Mauthen
Tel.: 04715/305-0
Fax: 04715/305-11
E-Mail: info@volksbank-gailtal.at
www.volksbank-gailtal.at



VOLKS BANK OBERKÄRNTEN
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Burgplatz 3
9800 Spittal an der Drau
Tel.: 04762/20 42-0
Fax: 04762/20 42-106
E-Mail: service@vbok.at
www.vbok.at



SPARDA-BANK VILLACH/INNSBRUCK
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
Bahnhofplatz 7
9500 Villach
Tel.: 04242/281 56-0
Fax: 04242/281 56-333
E-Mail: mail@sparda.at
www.sparda.at



**Waldviertler Volksbank Horn
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**

Hauptplatz 10
3580 Horn
Tel.: 02982/22 04-0
Fax: 02982/22 04-48
E-Mail: wvb@horn.volksbank.at
www.horn.volksbank.at



**Volksbank Krems-Zwettl
Aktiengesellschaft**

Gartenaugasse 5
3500 Krems an der Donau
Tel.: 02732/883-0
Fax: 02732/883-111
E-Mail: service@krems.volksbank.at
www.krems.volksbank.at



**Volksbank Laa
eGen**

Nordbahnstraße 3
2136 Laa an der Thaya
Tel.: 02522/22 43-0
Fax: 02522/22 43-75
E-Mail: vb@laa.volksbank.at
www.laa.volksbank.at



**Volksbank Weinviertel
e.Gen.**

Hauptplatz 11-12
2130 Mistelbach
Tel.: 02572/22 47-0
Fax: 02572/22 47-23
E-Mail: mail@vbweinviertel.at
www.volksbankweinviertel.at



**Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf
Deutsch-Wagram e.Gen.**

Hauptstraße 57
2120 Obersdorf
Tel.: 02245/22 19-0
Fax: 02245/22 19-33
E-Mail: marketing@obersdorf.volksbank.at
www.obersdorf.volksbank.at



**Volksbank Niederösterreich-Mitte
e.G.**

Brunngasse 10
3100 St. Pölten
Tel.: 02742/391-0
Fax: 02742/391-392
E-Mail: mail@vbnoem.at
www.noemitte.volksbank.at



**Volksbank Ost
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**

Wiener Straße 22
2320 Schwechat
Tel.: 01/701 10-0
Fax: 01/70110-116
E-Mail: internet@vbost.volksbank.at
www.volksbank-ost.at



**Volksbank Donau-Weinland
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**

Hauptstraße 7
2000 Stockerau
Tel.: 050 440-0
Fax: 050 440-719
vertrauen.verbindet@donau-weinland.volksbank.at
www.donau-weinland.volksbank.at



**Volksbank Tullnerfeld
eG**

Hauptplatz 29
3430 Tulln
Tel.: 02272/624 17-0
Fax: 02272/624 17-34
E-Mail: info@tulln.volksbank.at
www.tulln.volksbank.at



**Volksbank Niederösterreich Süd
eG**

Herzog-Leopold Straße 3
2700 Wiener Neustadt
Tel.: 02622/216 40-0
Fax: 02622/216 40-50
wiener-neustadt@noe-sued.volksbank.at
www.noe-sued.volksbank.at



**Volksbank Ötscherland
eG**

Hauptplatz 16
3250 Wieselburg
Tel.: 07416/523 06-0
Fax: 07416/523 06-2340
E-Mail: info@vboe.at
www.vboe.at



ÖBERÖSTERREICH



**Volksbank Altheim-Braunau
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**

Stadtplatz 25-26
4950 Altheim
Tel.: 07723/422 15-0
Fax: 07723/422 15-70
E-Mail: mail@altheim-braunau.volksbank.at
www.altheim-braunau.volksbank.at



**Volksbank Bad Goisern
eingetragene Genossenschaft**

Obere Marktstraße 2
4822 Bad Goisern
Tel.: 06135/83 33-0
Fax: 06135/83 33-21
E-Mail: info@goisern.volksbank.at
www.goisern.volksbank.at



**Volksbank Bad Hall
e.Gen.**

Hauptplatz 22
4540 Bad Hall
Tel.: 07258/75 50-0
Fax: 07258/75 50-38
E-Mail: info@bad-hall.volksbank.at
www.bad-hall.volksbank.at



OBERÖSTERREICH



Volksbank Eferding - Grieskirchen
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
 Schmiedstraße 12
 4070 Eferding
 Tel.: 07272/22 25-0
 Fax: 07272/22 25-43
 E-Mail: office@efgr.volksbank.at
 www.eferding-grieskirchen.volksbank.at



Volksbank Enns - St. Valentin
eG
 Hauptplatz 15,
 4470 Enns
 Tel.: 07223/845 81-0
 Fax: 07223/845 81-112
 E-Mail: info@enns.volksbank.at
 www.enns.volksbank.at



Volksbank Friedburg
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
 Salzburger Straße 26,
 5204 Strasswalchen
 Tel.: 06215/61 11-0
 Fax: 06215/6436
 vb@friedburg-strasswalchen.volksbank.at
 www.friedburg-strasswalchen.volksbank.at



SPARDA-BANK LINZ,
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
 Wiener Straße 2a
 4020 Linz
 Tel.: 0732/65 43 21-0
 Fax: 0732/65 43 21-236
 E-Mail: office@spardabank-linz.at
 www.diesparda.at



Volksbank Ried im Innkreis
eG
 Hauptplatz 4/5
 4910 Ried im Innkreis
 Tel.: 07752/930-0
 Fax: 07752/930-229
 E-Mail: office@ried.volksbank.at
 www.ried.volksbank.at



Volksbank Schärding
eG
 Stadtplatz 25-26
 4780 Schärding
 Tel.: 07712/32 64-0
 Fax: 07712/32 64-650
 E-Mail: info@schaerding.volksbank.at
 www.schaerding.volksbank.at



Volksbank Almtal
e. Gen.
 Hauptstraße 16
 4644 Scharnstein
 Tel.: 07615/26 71-0
 Fax: 07615/26 71-29
 E-Mail: office@almtal.volksbank.at
 www.volksbank-almtal.at



Volksbank
VÖCKLABRUCK-GMUNDEN e.Gen.
 Stadtplatz 34
 4840 Vöcklabruck
 Tel.: 07672/719-0
 Fax: 07672/719-1216
 E-Mail: info@volksbank-vbgm.at
 www.volksbank-vbgm.at



Volksbank Vöcklamarkt-Mondsee
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
 Hauptstraße 6
 4870 Vöcklamarkt
 Tel.: 07682/65 11-0
 Fax: 07682/27 31
 E-Mail: office@voecklamarkt.volksbank.at
 www.voecklamarkt.volksbank.at



VOLKS BANK LINZ-WELS-MÜHLVIERTEL
AG
 Pfarrgasse 5
 4600 Wels
 Tel.: 07242/495-0
 Fax: 07242/495-97
 E-Mail: office@volksbank-lwm.at
 www.volksbank-lwm.at



SALZBURG



Volksbank Oberndorf
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung
 Brückenstraße 10
 5110 Oberndorf bei Salzburg
 Tel.: 06272/43 16-0
 Fax: 06272/61 43
 E-Mail: kundenservice@oberndorf.volksbank.at
 www.oberndorf.volksbank.at



Volksbank Salzburg
eG
 St. Julien-Straße 12
 5020 Salzburg
 Tel.: 0662/86 96-0
 Fax: 0662/86 96-21
 E-Mail: kundenservice@volksbanksalzburg.at
 www.volksbanksalzburg.at



VB Factoring Bank
Aktiengesellschaft
 Thumegger Straße 2
 5033 Salzburg
 Tel.: 0662/62 35 53-0
 Fax: 0662/62 35 53-160
 E-Mail: info@vb-factoring-bank.at
 www.vb-factoring-bank.at



STEIERMARK



**Volksbank Steirisches Salzkammergut,
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**
Kurhausplatz 298
8990 Bad Aussee
Tel.: 03622/525 51-0
Fax: 03622/525 51-533
E-Mail: vb_mail@badaussee.volksbank.at
www.badaussee.volksbank.at



**VOLKSBANK für den Bezirk Weiz
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**
Florianiplatz 1
8200 Gleisdorf
Tel.: 03112/23 09-0
Fax: 03112/42 60
E-Mail: mail@weiz.volksbank.at
www.weiz.volksbank.at



**VOLKSBANK GRAZ-BRUCK
e.Gen.**
Schmiedgasse 31
8010 Graz
Tel.: 0316/882-0
Fax: 0316/882-9590
E-Mail: vertrieb@graz.volksbank.at
www.graz.volksbank.at



**Volksbank Süd-Oststeiermark
e.Gen.**
Volksbankplatz 1
8230 Hartberg
Tel.: 03332/623 90-0
Fax: 03332/623 90-33
E-Mail: info@so-stmk.volksbank.at
www.so-stmk.volksbank.at



**Volksbank Aichfeld-Murboden
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**
Burggasse 7
8750 Judenburg
Tel.: 03572/822 33-0
Fax: 03572/822 33-30
E-Mail: info@volksbank-am.at
www.volksbank-am.at



**Volksbank Mürztal-Leoben
e.Gen.**
Hauptplatz 4
8700 Leoben
Tel.: 03842/421 14-0
Fax: 03842/421 14-1140
E-Mail: info@ml.volksbank.at
www.ml.volksbank.at



**Volksbank für die
Süd- und Weststeiermark
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**
Volksbankplatz 1
8580 Köflach
Tel.: 03144/37 00-0
Fax: 03144/37 00-18
E-Mail: volksbank@swst.volksbank.at
www.swst.volksbank.at



**Volksbank Enns- und Paltenal
registrierte Genossenschaft
mit beschränkter Haftung**
Hauptstraße 12
8786 Rottenmann
Tel.: 03614/26 52-0
Fax: 03614/26 52-53
E-Mail: vbr@volksbank-ep.at
www.volksbank-ep.at



TIROL



**Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz
AG**
Meinhardstraße 1
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/53 03-0
Fax: 0512/53 03-1333
E-Mail: office@volksbank-tis.at
www.volksbank-tis.at



VORARLBERG



**VOLKSBANK VORARLBERG
e. Gen.**
Ringstraße 27
6830 Rankweil
Tel.: 050 882-8000
Fax: 050 882-8009
E-Mail: volksbank@vvb.at
www.volksbank-vorarlberg.at



WIEN 1



IMMO-BANK

Aktiengesellschaft

Stadiongasse 10
1010 Wien
Tel.: 01/404 34-0
Fax: 01/404 34-697
E-Mail: info@immobank.at
www.immobank.at



Volksbank-Quadrat Bank AG

Löwelstraße 14
1010 Wien
Tel.: 01/313 28-800
Fax: 01/313 28-850
E-Mail: service@volksbank-quadrat.at
www.volksbank-quadrat.at

WIEN 9



Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft

Kolingasse 4
1090 Wien
Tel.: 01/521 07-0
Fax: 01/521 07-190
E-Mail: info@aerztebank.at
www.aerztebank.at



Volksbank Wien AG

Peregringasse 2
1090 Wien
Tel.: 01/401 37-0
Fax: 01/401 37-7600
E-Mail: filialen@volksbankwien.at
www.volksbankwien.at



Allgemeine Bausparkasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Liechtensteinstraße 111-115
1091 Wien
Tel.: 050 400 46-0
Fax: 050 400 46-209
E-Mail: service@abv.at
www.abv.at



Österreichische Apothekerbank
Kompetenz schafft Vertrauen.

Österreichische Apothekerbank eG

Spitalgasse 31
1090 Wien
Tel.: 01/400 80-0
Fax: 01/400 80-4401
E-Mail: apobank@apobank.at
www.apobank.at



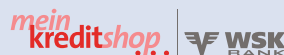
Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

Kolingasse 14-16
1090 Wien
Tel.: 050 4004-0
Fax: 050 4004-3103
E-Mail: info@volksbank.com
www.volksbank.com

Investkredit Bank AG

Kolingasse 14-16
1090 Wien
Tel.: 050 4004-0
Fax: 050 4004-3683
E-Mail: invest@investcredit.at
www.investkredit.at

WIEN 18



Wiener Spar- und Kreditinstitut registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Weimarer Straße 26-28
1180 Wien
Tel.: 01/476 07-0
Fax: 01/476 07-40
E-Mail: office@wsk-bank.at
www.wsk-bank.at

WIEN 22



Gärtnerbank, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Kagranner Platz 48
1220 Wien
Tel.: 01/204 10 41-0
Fax: 01/204 10 41-45
E-Mail: info@gaertnerbank.at
www.gaertnerbank.at



Waren-, Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften



WIEN 1

Hotel Post reg.Gen.m.b.H.

Fleischmarkt 24
1010 Wien
Tel.: 01/515 83
Fax: 01/515 83-808
Hotelbetrieb Kategorie ***

Österreichische Werkstätten, reg.Gen.m.b.H.

Kärntner Straße 6
1015 Wien
Tel.: 01/512 24 18, 01/512 24 19
Fax: 01/512 24 18-25
Einzelhandel Kunsthandwerk;
Schmuck, Glas- und Metalldesign,
Accessoires

VDFS-Verwertungsgesellschaft der Filmschaffenden reg.Gen.m.b.H.

Bösendorferstraße 4
1010 Wien
Tel.: 01/504 76 20
Fax: 01/504 79 71
Treuhändige Wahrnehmung von Rechten für Filmschaffende, besonders bei Kabel-TV und Leerkassettenvergütung

Wirtschaftsverein der MitarbeiterInnen der UniCredit Bank Austria e.Gen.

Postadresse:
Lassallestraße 5
1020 Wien
Tel.: 05 05 05-0
Fax: 05 05 05-40 285
Hotel- und Seminarbetrieb für MitarbeiterInnen der UniCredit Bank Austria

WIEN 2

Elektro-wigo-wien e.Gen.

c/o ECOTRADE CENTER VIENNA
Trabrennstraße 5
1020 Wien
Tel.: 01/728 19 47, 01/728 19 48
Fax: 01/728 19 49
Elektroinstallationen, Verhandlungsführer und Verhandlungspartner: Messeleitung Wien, Austria Center Wien; Auslastung des Personals der Mitglieder.
Elektroinstallationen für Messen und Ausstellungen, Planung, Ausführung und Betreuung elektrischer Anlagen.
Messungen und Überprüfung, Befundung sowie Dokumentation elektrischer Anlagen.
Vorteilspartnerschaft und Kooperation mit Handel und Produzenten.

WIEN 3

INTERSERVICE Abfallentsorgung reg.Gen.m.b.H.

Marokkanergasse 23/TOP 1
1030 Wien
Tel.: 01/895 67 87
Fax: 01/895 67 88
Projekt- und Entwicklungsarbeiten im Bereich Entsorgung, Abfallentsorgung inkl. zentrale Kundenlösungen

Staatlich genehmigte Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger (A.K.M.) reg.Gen.m.b.H.

Baumannstraße 8-10
1031 Wien
Tel.: 05 07 17-0
Fax: DW 19 199
Die AKM ist die größte Urheberrechtsgesellschaft in Österreich. Unternehmensgegenstand ist das treuhändige Verwalten der Aufführungs-, Vortrags-, Sende- und Zurverfügungstellungsrechte der Komponisten, Textdichter und Musikverleger durch das entgeltliche Erteilen von Werknutzungsbewilligungen an die Musiknutzer (Veranstalter, Sendeunternehmen, Online-Dienstleister) und die Abrechnung der eingehobenen Nutzungsentgelte (Tantiemenabrechnung) an die Rechteinhaber.

WAG-Assistenzgenossenschaft gemeinnützige e.Gen.

Modecenterstraße 14A 1/2
1030 Wien
Tel.: 01/798 53 55
Fax: 01/798 53 55-21
Persönliche Assistenz für Behinderte

WIEN 6

APA-Austria Presse Agentur eG

Laimgrubengasse 10
1060 Wien
Tel.: 01/360 60-0
Fax: 01/360 60-2099
Die APA AUSTRIA PRESSE AGENTUR ist die nationale österreichische Nachrichtenagentur und versorgt professionelle Märkte mit multimedialen Nachrichten- und Informationsdiensten, lösungsorientierten Wissensmanagement-Systemen und zugehöriger Informationstechnologie.

WIEN 8

Wiener Heimgenossenschaft „Bruna Sudetia“ reg.Gen.m.b.H.

Strozzigasse 11
1080 Wien
Tel.: 01/406 86 37
Vermietung von Wohnungen an Mitglieder der Burschenschaft Bruna-Sudetia und Vermietung von Geschäftslokalen

WIEN 9

EGE-Einkaufsgenossenschaft österreichischer Elektrizitätswerke reg.Gen.m.b.H.

Alserstraße 44
1095 Wien
Tel. 01/405 15 97-0
Fax: 01/405 15 97-32
Großhandel für E-Werkebedarf, Kabel und Leitungen, Zähler, Horstmann-Kurzschlussanzeiger und Spannungsprüfer, Generalvertretung der HAUFF-Technik u.a. für Kabel u. Rohrabdichtungen, Isolier- und Schrumpfmateriale;
Dienstleistungen: Information und Schulungen

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft „Wiener Rauchfangkehrermeisterschaft“ in Wien reg.Gen.m.b.H.

Dietrichsteingasse 4
1090 Wien
Tel.: 01/317 25 71
Fax: 01/317 25 71-17
Handel mit Rauchfangkehrergebrauchsartikeln sowie berufsbezogenen Geschenkartikeln; Ver- und Abrechnung mit der öffentlichen Hand. Aus- und Weiterbildung sowie Schulungen und Seminare für die Mitgliedsbetriebe

Messe in der Oesterreichischen Nationalbank in Wien reg.Gen.m.b.H.

Otto Wagner-Platz 3
1090 Wien
Tel.: 01/404 20-2431 bis 2435
Fax: 01/404 20-2496
Restaurant- und Buffetbetrieb für Dienstnehmer und Gäste der OeNB

WIEN 15

Global-Apo reg.Gen.m.b.H.

Stutterheimstraße 16-18, Stg. 2, Etage 4
1150 Wien
Großhandel mit Arzneimitteln eingeschränkt auf den Bürobetrieb. Die betrieblichen Tätigkeiten im Sinne des § 63 Abs. 1 Arzneimittelgesetz wie das Herstellen, das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Arzneimitteln werden durch verschiedene europäische Kooperationspartner übernommen. Für ausgesuchte europäische Industriepartner erbringt die Global-Apo bestimmte Dienstleistungen, vor allem im Key Account Management- und Marketingbereich.

Internationaler Medienverbund reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Hütteldorfer Straße 63-65
1150 Wien
Tel.: 05 08 020
Open Source Software-Lösungen, Innovations- und Medienprojekte



WIEN 18

Cinema Circuit e.Gen.

Leitermayergasse 43/6
1180 Wien
Filmeinkauf

Maldek Malerei und Dekorationen reg.Gen.m.b.H.

Kreuzgasse 16
1180 Wien
Tel.: 01/405 72 68
Fax: 01/408 57 49
Produktivgenossenschaft
des Malergewerbes, Maler- und
Tapezierarbeiten, Tür- und
Fensteranstrich, Bodenbeläge, Fassaden

Med-Value Service- und Einkaufsgenossenschaft e.Gen.

Währingerstraße 89
1180 Wien
Tel.: 01/409 63 21
Fax: 01/409 63 21-50
Abschluss von Vereinbarungen mit
Lieferanten von medizinischen und medizin-
technischen Produkten

Einkaufs- und Wirtschaftsgenossenschaft für soziale Einrichtungen reg.Gen.m.b.H. (P.E.G.)

Pötzleinsdorfer Höhe 1/5/1
1180 Wien
Tel.: 01/440 24 88
Fax: 01/440 24 00
Betreuung von Gesundheits- und
Bildungseinrichtungen;
Planung, Finanzierung, Neu-, Aus- und
Umbau, Einrichtung, Installation, Investition;
Verbrauchsmaterialien - medizinisch und
nicht medizinisch, Lebensmittel,
Medikamente; Dienstleistungen, Entsorgung,
ERFA-Gruppen, Schulung, Fortbildung,
EU-Förderung, Unterstützung in allen
Behördenangelegenheiten

WIEN 19

Fachoptiker e.Gen.

Mooslackengasse 17
1190 Wien
Tel.: 01/230 60-3341
Fax: 01/230 60-3342
Großhandel für Optikerbedarf
Sortiment: Brillen, Gläser, Fassungen,
Handelswaren opt. Art; Eigenmarken

WIEN 20

Vereinigte Eisfabriken und Kühllhallen in Wien, reg.Gen.m.b.H.

Pasettistraße 76
1200 Wien
Tel.: 01/332 72 02-0
Fax: 01/332 53 26
Kühllhallen- und Lagerhausbetrieb,
Lagerhaltung in 2 Kühlhäusern
und 3 Kühllhallen
sonstige Dienstleistungen: Übernahme
von Lohnarbeiten für Einlagerer sowie
Kommissionierung

WIEN 22

WIT - KFZ Fachbetriebe e.Gen.

Am Kaisermühlendamm 71
1220 Wien
Tel.: 01/260 61-0
Fax: 01/260 61-20
Autospengler, Lackiererei, Kfz-Technik
Versicherungsservice inkl.
Schadensabwicklung mit sämtlichen
Versicherungsanstalten sowie kostenloser
Rechtsberatung durch hauseigenes
Versicherungsmaklerbüro

WIEN-SCHWECHAT

„ATS-Airport Transfer Service reg.Gen.m.b.H.“

Objekt 107
Koje BZ 004
1300 Wien-Flughafen
Tel.: 01/7007 359 10
Fax: 01/7007 359 20
Airporttaxi-Limousinenservice,
Minibustransfer,
Vermittlung von Fahrten über Counter,
Werbung



NIEDERÖSTERREICH

ADEG Österreich Großeinkauf der Kaufleute reg.Gen.m.b.H.

Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 3, Objekt 16
2355 Wiener Neudorf
Tel.: 02236/600-2142
Fax: 02236/600-821 42
Verwaltungsgenossenschaft

ADEG Österreich Handelsaktiengesellschaft

Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 3, Objekt 16
2355 Wiener Neudorf
Tel.: 02236/600-2142
Fax: 02236/600-821 42
Lebensmittelgroßhandel

„Arztbedarf“ Ein- und Verkaufsgenossenschaft, reg.Gen.m.b.H.

Enzersdorfer Straße 1-3/11
(Am Freiheitsplatz 7/11)
2340 Mödling
Tel.: 02236/423 46
Fax: 02236/419 90
Handel für Ordinations- und Berufsbedarf

ATP Auto-Teile-Partner e.Gen.

Mitterfeldstraße 7
3300 Amstetten
Tel.: 07472/67 666-9010
Fax: 07472/67 666-9100
Großhandel für Autobedarf;
Sortiment: Kfz-Ersatzteile und Verschleißteile,
Eigenmarken; Eigenimporte, Werbung,
Schulung

BestpreisAgrar e.Gen.

Melkfeld 11a
3243 St. Leonhard/Forst
Tel.: 02756/80 51-30
Fax: 02756/80 51-51
Einkauf von Betriebsmitteln

Business Messen Wiener Neustadt Genossenschaft für Wirtschaftsförderung reg.Gen.m.b.H.

Rudolf-Diesel-Straße 30
2700 Wr. Neustadt
Tel.: 02622/223 60-0
Fax: 02622/223 60-23
Messebetrieb, Liegenschaftsverwaltung,
Veranstaltungsbetrieb

Gewußt wie wellness & beauty reg.Gen.m.b.H.

Industriestraße 58
2514 Traiskirchen
Tel.: 02252/806 34-0
Fax: 02252/806 34-16
Einkauf, Logistik, Marketing für Drogerien,
Parfümerien und Reformhäuser;
Sortiment: Konsumkosmetik, System-
kosmetik, Reform, allgemeines Drogerie-
sortiment,
Marketing: Eigenmarken, Werbung
in Printmedien

Euronics Austria reg.Gen.m.b.H.

Humbhandlgasse 7
2362 Biedermannsdorf
Tel.: 02236/471 40
Fax: 02236/471 40-65
Großhandel für Elektro-, Radio- und Fernseh-
fachhandel; Sortiment: weiße, braune und
graue Ware; Ladenbauprogramm;
Schulungen; Franchisekonzeption

Austria Bau Niederösterreich/ Wien e.Gen.

Dr. Mical-Gasse 12
3100 St. Pölten
Tel.: 02742/311 031
Fax: 02742/311 034

Dienstleistungsbetrieb für Baumeister in NÖ
und Wien; Schwerpunkte: zentraler Einkauf;
Seminarorganisation; betrieblicher Erfahrungsaustausch; EDV-Organisation; Versicherungsberatung; Marketingaktivitäten

S&W and Partners registrierte Dienstleistungsgenossenschaft m.b.H.

Postanschrift:
S&W Communication und Software
Development Ges.m.b.H.
Rilkeplatz 1
1040 Wien
Tel.: 01/505 39 26
Fax: 01/504 24 76
EDV Beratung

SERVICEOK e.Gen.

IZ NÖ-Süd Straße 2a
2351 Wiener Neudorf
Vermittlung von Service- und
Reparaturaufträgen sowie Einsatzsteuerung
im Bereich Weißware

Tefilak e.Gen.

J.-Ressel-Str. 7
3464 Hausleiten
Tel.: 02265/53 153-0
Fax: 02265/53 153-30
Malerbedarf; Eigenerzeugnisse und Handel
von Farben, Lacken, Spachtelmassen,
Dispersionen und Bio-Farben,
Fassadenfarben, Vollwärmeschutzsysteme
sowie Werkzeuge und Zubehör für das
Malerhandwerk

WWO e.Gen.

Stockern 11
3744 Stockern
Tel.: 02983/29 51
projektbezogene Softwareentwicklung



STEIERMARK

BAURING e.Gen.

Judenburger Straße 19b
8753 Fohnsdorf
Tel.: 03573/60 85-11
Fax: 03573/60 85-20
Großhandel für Baustoffe
Beschaffung: Baustoffhändlersortiment;
Marketing: Organisation von gemeinsamen
Werbeaktivitäten, Messen, Flugblattaktionen

BODENKALK e.Gen.

Liebenauer Hauptstraße 34/2/3
8041 Graz
Tel.: 0316/715 479, 0316/713 978
Fax: 0316/715 479-85
Großhandel mit Düngekalk
Vertrieb von Erzeugnissen der Mitglieder
und Handel mit Düngekalk-Mischprodukten
sowie Anwendungsberatung und
Bodenschutzmaßnahmen mit Kalkprodukten

Erste alpenländische Volksbrauerei Schladming reg.Gen.m.b.H.

Hammerfeldweg 163
8970 Schladming
Tel.: 03687/225 91
Fax: 03687/225 91-5730
Verwaltung Liegenschaftsbesitz;
operative Tätigkeit: Schladminger Brau GesmbH

1. Obermurtaler Brauereigenossenschaft in Murau reg.Gen.m.b.H.

Raffaltplatz 19-23
8850 Murau
Tel.: 03532/32 66
Fax: 03532/32 66-57 oder 48
Brauereibetrieb
Sortiment: Eigenproduktion:
Biere, Limonaden
Handel: Biere, Fruchtsäfte,
Mineralwasser

Taxi 2801 e.Gen.

Harter Straße 27/1. Stock
8053 Graz
Tel.: 0316/28 01
Fax: 0316/28 74 45
Funktaxizentrale

Grund-Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaft (Grewig) reg.Gen.m.b.H., Bruck an der Mur

Kernstockstraße 7a
8600 Bruck/Mur
Tel.: 03862/518 79
Sportplatz- und Hallenverwaltung
sowie Vermietung

Powerteam Dienstleistungen reg.Gen.m.b.H.

Hauptstraße 169
8141 Unterpremstätten
Tel.: 03136/200 43 (8-12 Uhr)
Fax: 03136/200 43-15
Schneeräumung, Rasenpflege und
Heckenschnitt;
weitere Geschäftsfelder: Grabarbeiten,
Reinigung, Baumabtragung, Obstkulturen-
pflege, Forstarbeiten und Wurzelstockfräse.
Das Tätigkeitsgebiet umfasst die ganze
Steiermark.

Trigon Entwicklungsberatung für Mensch und Organisation reg.Gen.m.b.H.

Entenplatz 1a
8020 Graz
Tel.: 0316/403 251
Fax: 0316/403 251-40, 0316/403 610
Organisationsentwicklung,
Change Management, Projektmanagement,
Konfliktmanagement, Coaching Netzwerk-
und Clusterbildung, Mediation, Management
Development

Malervereinigung e.Gen.

Münzgrabenstraße 12
8010 Graz
Tel.: 0316/827 503-0
Fax: 0316/827 503-3
Großhandel für Malerbedarf
Eigenerzeugung: Emallacke und Kunstharz-
farben, Kunststoff- und Dispersionsfarben,
Leimfarben und Spachtelmasse, Schutzfarben;
Handelsware; Schulungen



ÖBERÖSTERREICH

Arbeitsgemeinschaft oberösterreichischer Transportunternehmer reg.Gen.m.b.H.

Andreas Hofer-Straße 3
4021 Linz
Tel.: 0732/694 04
Fax: 0732/601 282
Vermittlung von Transportdienstleistungen,
A1-Mobikkom Shop, Handel mit Recycling-
material

BÄKO-ÖSTERREICH, Großeinkauf der Bäcker und Konditoren e.Gen.

Im Südpark 194
4030 Linz-Pichling
Tel.: 0732/305 707-0
Fax: 0732/305 707-223
Großhandel für Bäcker und Konditoren,
Sortimentauszug: Backhilfsmittel, Roh- und
Hilfsstoffe, Gewürze und Soßen, Handels-
waren, Verpackung und Papierwaren,
Geräte und Maschinen, Förderleistungen:
Fachveranstaltungen, Seminare, Backvor-
führungen, Messen und Ausstellungen



BURGENLAND

BCC - e.Gen.

Esterházystraße 1
7000 Eisenstadt
Planung und Projektentwicklung von
Trainings der Mitglieder, insbesondere
in den Bereichen Lehrlings- und Fach-
arbeiterausbildung sowie Qualifizierungs-
und Aktivierungsmaßnahmen für
Erwachsene.

Geschäftsstelle Wien:
Siebenhirtenstraße 17, 1230 Wien
Tel.: 01/602 91 87, Fax: 01/602 91 87-23

Geschäftsstelle Graz:
Tiergartenweg 13, 8055 Graz
Tel.: 0316/291 224, Fax: 0316/293 76 720

Geschäftsstelle Tirol:
Gewerbepark 36, 6068 Mils
Tel.: 05223/431 18, Fax: 05333/431 18-5

Geschäftsstelle Salzburg:
Rechtes Salzachufer 42
5101 Salzburg-Bergheim
Tel.: 0662/450 501-0, Fax: 0662/450 502

... ein Unternehmen der BÄKO-Österreich
zur Betreuung der Südtiroler Bäcker und
Konditore
PAN & PAS GmbH
Neustadt Nr. 28
39049 Sterzing

Brauerei Ried e.Gen.

Brauhausgasse 24
4910 Ried/Innkreis
Tel.: 07752/820 17
Fax: 07752/820 17-33
Brauereibetrieb

Eigenproduktion: Biere, Limonaden;
Handelsware: Mineralwasser, Fruchtsäfte,
alkoholfreie Biere; Zusatzsortiment: z.B.
Kühlgeräte, Schankanlagen, Gläser,
Service- und Reparaturdienst

EXPERT Österreich e.Gen.

Kamerlweg 37
4600 Wels
Tel.: 07242/290 700-0
Fax: 07242/290 666
Großhandel für Elektro-, Radio- und
Fernsehfachhandel, Telekommunikation
und Multimedia-Produkte. Werbung,
Marktforschung, EDV-Warenwirtschaft,
Schulungen, Ladenbau, Internet-
Kommunikation
Mitglied von EXPERT-GLOBAL
(7000 Geschäfte weltweit)

ExpertForce e.Gen.

Kammerhuberweg 8b
4501 Neuhofen / Krems
Tel.: 0720/595 595
Fax: 0720/595 595-99
Unternehmensberatung. Die Geschäfts-
bereiche lassen sich in drei Hauptgruppen
einteilen:
a) Mensch und Arbeit
b) operative Systeme
c) Navigation und Marketingmanagement

EZ AGRAR e.Gen.

Salzburger Straße 38
4020 Linz
Tel.: 0732/347 266 oder 267 oder 268
Fax: 0732/347 260
Großhandel mit Landmaschinen,
Maschinen, Geräten und Ersatzteilen
für den Haus-, Hof- und Kommunalbereich
sonstige Dienstleistung:
Marketing, Werbung

Holzwärme Bad Goisern, reg.Gen.m.b.H.

Untere Marktstraße 62
4822 Bad Goisern
Tel.: 0650/231 68 35
Wärmeerzeugung durch Hackschnitzel,
Biomasse-Nahwärmeversorgung

INTERSPORT Österreich e.Gen.

Flugplatzstraße 10
4600 Wels
Tel.: 07242/233-0
Fax: 07242/321 00
Großhandel für Sportartikel,
Sport- und Freizeitbekleidung,
Sporthardware, Eigenkollektionen,
integriertes Marketingkonzept,
Schulungs- und Ausbildungsprogramm

Oberösterreichische Taxigenossenschaft reg.Gen.m.b.H.

Dr. H. Bahr-Gasse 2
4020 Linz
Tel.: 0732/69 69
Fax: 0732/665 108
Funktaxizentrale

OBK-Mitarbeiterbildungs- und Erholungsförderung reg.Gen.m.b.H.

Hauptplatz 10-11
4020 Linz
Tel.: 0732/780 274-60
Fax: 0732/785 812
Ferienwohnungen für Mitarbeiter

„WIGOF“

Wirtschaftsgenossenschaft der Fleischer Oberösterreichs reg.Gen.m.b.H.

Holzstraße 14
4020 Linz/Donau
Tel.: 0732/774 566
Fax: 0732/774 566-130
Großhandel für Fleischereibedarf;
Sortiment: Fleischereibedarfsartikel;
Entsorgung von Häuten und Fellen
sowie Schlachtnebenprodukten;
Filiale: 3100 St. Pölten, Mitterweg 75
Tel.: 02742/366 410, E-Mail: st.poelten@wigof.at

Zentrasport Österreich e.Gen.

Ohlsdorfer Straße 10
4694 Ohlsdorf
Tel.: 07612/780-0
Fax: 07612/780 7311
Einkaufs- und Marketingverbund;
Produktentwickler; Großhandel



SALZBURG

Apotheken Blister Center e.Gen.

Ziegeleistraße 32
5020 Salzburg
Produktion von patientenindividuellen
Arzneimittelblistern

ARKADIA Ferien Domizil Warmbad-Villach reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Heubergstraße 122
D-83404 Ainring
Tel.: +49 865/47 77-193
Fax: +49 865/47 77-195
Verwaltung, Betreuung und Unterhaltung
der genossenschaftseigenen Ferien-
wohnungen für die Genossenschafts-
mitglieder in der Familienresidenz in Villach

Autriche pro France registrierte Gäste-Service- und Informations-Genossenschaft mbH

Postadresse:
Hotelnetwork Betriebsführung und Management
Glockengasse 4D
5020 Salzburg
Tel.: 0662/640 961
Fax: 0662/648 206
Werbung und Gästevermittlung
Werbung und PR, Hotel- und Touristikführer

conSalis e.Gen.

Mirabellplatz 9/3. Stock
5020 Salzburg
Tel.: 0662/88 66 35-0
Fax: 0662/88 66 239
Unternehmensberatung

„Malag-Salzburg“ Maler-, Anstreicher- und Lackierer- Ein- und Verkaufs- genossenschaft reg.Gen.m.b.H.

Michael-Walz-Gasse 18b
5020 Salzburg
Tel.: 0662/846 594
Fax: 0662/594-40
Malerbedarf; Handelsware: Farben und
Lacke, Spachtelmassen, Verdünnungen,
Werkzeuge, Abmischungen

ÖZG Österreichische Zahnärztliche reg.Gen.m.b.H.

Rochusgasse 4
5020 Salzburg
Tel.: +49 89/892 633-93 (Dr. Bruno Weber)
Fax: +49 89/892 633-30
zahnärztliche Interessenvertretung,
Handel mit Dentalmaterial



SALZBURG

Salzburger Baugenossenschaft Vereinigung zur Förderung der Bauunter- nehmer des Landes Salzburg reg.Gen.m.b.H.

Röcklbrunnstraße 22
5020 Salzburg
Tel.: 0662/66 46-10
Fax: 06662/66 32-48

Gemeinsamer Einkauf von Baustoffen
und Investitionsgütern um durch diese
Synergieeffekte die Leistungsfähigkeit
der Mitgliedsgesellschaften zu erhöhen.
Neben der Einkaufstätigkeit auch Anbot
verschiedenster anderer Dienstleistungen
wie Organisation und Beratung.

Salzburger Heimatwerk eG

Residenzplatz 9
5010 Salzburg
Tel.: 0662/844 110
Fax: 0662/844 575

Einzelhandel – Tracht und
Kunsthandwerk, Veranstalter des
„Salzburger Adventsingens“

Salzburger Kraftwagen-Verkehrs- genossenschaft reg.Gen.m.b.H. „Salzkraft“

Postadresse:
Stromstraße 11
1200 Wien
Tel.: 01/331 00-0
Busbetrieb

Trigon Entwicklungsberatung reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Entenplatz 1a
8020 Graz
Tel.: 01/505 88 61
Fax: 01/505 55 97

Unternehmensberatung und Bildungsarbeit;
Entwicklung von Konzepten und Methoden
der Unternehmensberatung,
Fachpublikationen zur Organisations-
und Unternehmensentwicklung,
weiterführende Trainerausbildung,
Herausgabe der Zeitschrift TRIGON Themen

„KEVTA“

Kärntner Ein- und Verkaufs- genossenschaft für Tapezierer, Dekorateur und Sattler reg.Gen.m.b.H.

Feldkirchner Straße 35-37
9020 Klagenfurt
Tel.: 0463/511 53 00
Fax: 0463/511 53 0-22

Großhandel für Tapeziererbedarf
Sortiment: Waren und Zubehör
für Tapezierer und Raumausstatter;
Schauroum für Kunden

Wohlfühlzentrum Poggersdorf e.Gen.

Landesstraße 55
9130 Poggersdorf
Einrichtung eines Wohlfühlzentrums
in Planung



TIROL

Gerätewerk Matrie e.Gen.

Naviser Straße 1
6143 Matrie/Brenner
Tel.: 05273/62 22
Fax: 05273/62 22-105
Elektro- und Metallverarbeitung;
Produktion: Erzeugung von Geräten,
vorwiegend Heiz- und Kochgeräte für
Elektro und Gas, serienmäßige
Metallverarbeitung (Zieh-, Press- und
Stanzeile), Werkzeuge und Vorrichtungen

Stubai Werkzeugindustrie reg.Gen.m.b.H.

Dr. Köfler-Straße 1
6166 Fulpmes
Tel.: 05225/69 20
Fax: 05225/69 60-12
Vertrieb von Produkten der Marke Stubai;
Verkauf und Marketing der Erzeugnisse
der Mitglieder wie Hand- und
Schraubwerkzeuge, Holzbearbeitung,
Bauwerkzeuge, Forstwerkzeuge,
Gartengeräte, Schneidwaren,
Kunstschmiedartikel, Bergsportgeräte

Tiroler Baugenossenschaft Vereinigung zur Förderung der Bauunter- nehmer des Landes Tirol reg.Gen.m.b.H.

Dörrstraße 85
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/566 316-0
Fax: 0512/566 316-15
Großhandel für Baumeisterbedarf
über Beteiligungsgesellschaft



VORARLBERG

„Gurtiser Lädle“ reg.Gen.m.b.H.

Bazorastraße 15
6820 Gurtis
Tel.: 05522/534 89
Fax: 05522/534 89
Lebensmitteleinzelhandel

Tischler Rohstoff e.Gen.

Ermenstraße 15
6845 Hohenems
Tel.: 05576/735 04-10
Fax: 05576/754 69
Großhandel für Tischlereibedarf;
Einzelhandel: Baumarkt
Sortiment: Kunststoffplatten, Spanplatten,
Qualitätshölzer und Furniere, Roh- und Halb-
fertigmaterial für Bau- und Möbeltischler, Holz-
bearbeitungsmaschinen, Türen
Fertigprodukte: Boden/Wand/Decke für
Tischler und Bauherrn, Isoliermaterialien
sowie umfangreiche Produktpalette für
Zimmerei-Holzbau und Trocken-Innen-Ausbau
sowie Fassade und Terrasse

Talent Dienstleistung und Handel e.Gen.

Bildgasse 10
6850 Dornbirn
Gutscheinsystem,
Handel mit Waren aller Art,
Genossenschaft für regionale Wirtschaft

Vorarlberger Baugenossenschaft Vereinigung zur Förderung der Bauunternehmer des Landes Vorarlberg reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Dörrstraße 85
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/566 316
Großhandel für Baumeisterbedarf
über Beteiligungsgesellschaft

Vorarlberger Brauerei-Genossenschaft Frastanz, reg.Gen.m.b.H.

Bahnhofstraße 22
6820 Frastanz
Tel.: 05522/517 01
Fax: 05522/517 01-4
Brauereibetrieb
Produktion: Eigenproduktion: Biere;
Handel: Weizenbier, Hopfen- und
Malzgetränke; Verleihprogramm;
Schank- und Leitungswartungsservice



KÄRNTEN

ADEG Wolfsberg e.Gen.

Burgstall 25
9433 St. Andrä/Lavanttal
Tel.: 04358/300 20
Fax: 04358/302 235

Lebensmittelgroßhandel, Lebensmittel-
einzelhandel, Sortiment und Dienstleistun-
gen in Zusammenarbeit mit ADEG AG,
regionale Schulungen. Abholgroßmärkte
für Gastronomie und Großverbraucher in
Wolfsberg und Unterburg/Klopeiner See.
Inhaber des EUCO Center, Lavanttaler
Einkaufszentrum, in 9400 Wolfsberg

Konsumgenossenschaften



WIEN

KONSUM

Österreich reg.Gen.m.b.H.

Döblinger Hauptstraße 54
1190 Wien
Tel.: 01/368 46 82-0
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Schnifis reg.Gen.m.b.H.

Jagdbergstraße 200
6822 Schnifis
Tel.: 05524/85 02
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Schwarzenberg reg.Gen.m.b.H.

Hof 30
6867 Schwarzenberg
Tel.: 05512/29 75
Fax: 05512/29 75-10
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Silbertal, e.Gen.

Nr. 332
6780 Silbertal
Tel.: 05556/74 115
Fax: 05556/77 436
Lebensmitteleinzelhandel

Konsum-Verein, Sonntag, reg.Gen.m.b.H.

Boden 57
6731 Sonntag
Tel.: 05554/52 44
Fax: 05554/52 44-4
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Übersaxen, reg.Gen.m.b.H.

Pfarrers Gässele 1
6830 Übersaxen
Tel.: 05522/41 313
Fax: 05522/41 313
Lebensmitteleinzelhandel



OBERÖSTERREICH

Wirtschaftsgenossenschaft der Post- und Telegraphenbediensteten in Oberösterreich reg.Gen.m.b.H.

Domgasse 1
4010 Linz
Tel.: 050 664/42 904
Kantinenbetrieb



VORARLBERG

Konsum Bizau reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Hilkat 328
6874 Bizau
Tel.: 05514/21 27-0
Fax: 05514/35 50
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Düns und Dünserberg, reg.Gen.m.b.H.

Nr. 60
6822 Düns
Tel.: 05524/23 15
Fax: 05524/23 15
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Höchst und Umgebung reg.Gen.m.b.H.

Landstraße 50
6973 Höchst
Tel.: 05578/75 201
Fax: 05578/74 318
Lebensmitteleinzelhandel

Konsumverein Hörbranz, reg.Gen.m.b.H.

Postadresse:
Lindauerstraße 18
6912 Hörbranz
Vermietung und Verpachtung

Konsum-Verein in Mellau, e.Gen.

6881 Mellau 123
Tel.: 05518/22 14
Fax: 05518/22 14-4
Lebensmitteleinzelhandel

Abkürzungsverzeichnis

APC	Austrian Payment Council	FMA	Finanzmarktaufsicht	VERA	Vermögenserfolgs- und Risikoausweis
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	FMA-ÄG	Finanzmarktaufsichts-Änderungsgesetz	VOBA	Volksbankenbeteiligungsaktiengesellschaft
BAP	Bankaufsichtlicher Prüfungsbericht	FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz	WTBG	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz
BFBP	Banque Fédérale de Banques Populaire	FOG	Forschungsverein für Genossenschaftswesen		
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GenRevG	Genossenschaftsrevisionsgesetz		
BKS	Bewertete Kreditsicherheiten	GKE	Großkreditevidenz		
BMF	Bundesministerium für Finanzen	GOG	Grundsätze ordnungsgemäßer Geschäftsführung		
BMJ	Bundesministerium für Justiz	HSZ	Haftsummenzuschlag		
BMSG	Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	IAS	International Accounting Standard		
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process, Kreditinstitutseigene Verfahren zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung		
BWG	Bankwesengesetz	IFRIC	International Financial Reporting Interpretation Committee		
CCF	Credit Conversion Factor	IRB	Internal Rating Based		
CEBS	Committee of European Banking Supervisors, Ausschuss der Europäischen Bankaufsichtsbehörden	IWF	Internationaler Währungsfonds		
CEIOPS	Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors	KKE	Kleinkreditevidenz		
CEPS	Centre for European Policy Studies	KMG	Kapitalmarktgesetz		
CESR	Committee of European Securities Regulators	KMU	Klein- und Mittelunternehmen		
CFR	Gemeinsamer Referenzrahmen	KSCH	Konsumentenschutzgesetz		
CIBP	Internationale Volksbanken Vereinigung, Confederation Internationale des Banques Populaires	KSV	Kreditschutzverband		
COREP	Common European Reporting Capital Requirements Directive	MAUS	Monatsausweis		
CRD	Capital Requirements Directive	MEP	Member of European Parliament		
CRM	Credit Risk Mitigation	MiFID	Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente		
CSR	Corporate Social Responsibility, Unternehmerische Verantwortung	MSK	Mindeststandards für das Kreditgeschäft		
EACB	Groupement, European Association of Cooperative Banks	NLF	New Legal Framework, Neuer Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr		
EBF	Europäische Bankenvereinigung	ÖBA	Österreichisches Bankenarchiv		
EBIC	European Banking Industry Committee	OeNB	Oesterreichische Nationalbank		
ECOFIN	Rat der Wirtschafts- und Finanzminister	OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren		
ECSAs	European Credit Sector Associations	PKS	Privatkreditsystem		
EFRAG	European Financial Reporting Advisory Group, Europäischer beratender Ausschuss zur Rechnungslegung	SCE	Societas Cooperativa Europea, Europäische Genossenschaft		
ErlBEM	Erläuternde Bemerkungen	SCEG	Gesetz zur Europäischen Genossenschaft		
ESIS	Europäisches standardisiertes Merkblatt	SCHUFA	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung		
ESPG	Europäische Sparkassenvereinigung	SEPA	Single European Payments Area		
EVÜ	Europäisches Schuldvertragübereinkommen	SR	Special Recommendation, Sonderempfehlung		
EZB	Europäische Zentralbank	SREP	Supervisory Review Evaluation Process, Aufsichtsbehördliches Überprüfungsverfahren		
FSAP	Financial Services Action Plan, Aktionsplan Finanzdienstleistungen	STUZZA	Studiengesellschaft für allgemeine Kreditsicherung		
FATF	Financial Action Task Force	T2S	Target 2 Securities		
FINREP	Financial Reporting, Konzernrechnungslegung	UNICO	Europäischer Zusammenschluss großer Genossenschaftsbanken		
		US-GAAP	Amerikanische allgemein akzeptierte Bilanzierungsvorschriften		
		VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz		





Das ÖGV-Haus in der Löwelstraße 14, 1010 Wien

Foto: Dressler

Jahresbericht 2010	für den Verbandstag 2011 am 18. Mai 2011 in Wien
Medieninhaber Verleger:	Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) 1013 Wien, Löwelstraße 14
Redaktion:	Prof. DDr. Hans Hofinger, Mag. Bernd Spohn, Dr. Rainer Borns, Mag. Margareta Steffel, Dr. Renate Hinteregger, MitarbeiterInnen des ÖGV, Dr. Hermann Fritzl (Konzeption und Endredaktion)
Kunst-Inserts & Cover:	Marko Lulić, Serie „Dynamischer Raum“ 2011 unter Verwendung von GEPA-Fotos
Fotos:	Günther Peroutka (S. 8, 20, 99, 102, 113), GEPA (S. 76, 77, 81), Hermann Fritzl: Mitarbeiter-Fotos und S. 29
Gestaltung und Produktion: Druck: Verlagsort:	Verbund-Marketing Grafik & Design Druckerei Paul Gerin, Wolkersdorf Wien

Soweit es sich nicht um eigene Erhebungen des ÖGV handelt, wurden die im Bericht enthaltenen Daten dem Geschäftsbericht 2010 der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft, des weiteren Aussendungen in- und ausländischer Verbände sowie den Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank, des Instituts für Wirtschaftsforschung, des IfG-Instituts für Gewerbe-forschung, der Wirtschaftskammer Österreich, des Statistischen Zentralamtes sowie diverser weiterer in- und ausländischer Institutionen entnommen.

Österreichischer Genossenschaftsverband
(Schulze-Delitzsch)
A-1013 Wien
Löwelstraße 14

Tel.: 0043/1/ 31328 – 0
050 400 41-0 österreichweit zum Ortstarif
Fax: 0043/1/ 31328 – 450
050 400 41– 450 österreichweit zum Ortstarif

E-Mail: service@oegv.volksbank.at



